



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Soziale Nachhaltigkeit im Neoliberalismus?

Neoliberale Reformen, Ungleichheit und solidarische
Gegenbewegung in Bolivien 1985 – 2010

Verfasser

Mag. (FH) Robert Rybaczek-Schwarz

angestrebter akademischer Grad

Magister (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuer:

Dr. Christian Rammel

*Es gibt kein richtiges Leben im falschen System.
(Frei nach Theodor W. Adorno)*

*Gewidmet den Straßenkindern von El Alto (Bolivien)
und meiner kleinen Familie: Elli, Juna und Lorena.*

Vorwort

Denkt daran, dass die Revolution das Wichtigste ist und dass jeder von uns allein nichts wert ist. Seid vor allem immer fähig, jede Ungerechtigkeit gegenüber irgend jemandem irgendwo auf der Welt bis ins tiefste zu empfinden. Das ist die schönste Fähigkeit eines Revolutionärs.

Ernesto „Che“ Guevara (1968, S. 3) im Abschiedsbrief an seine Kinder

Studieren war für mich immer mit dem Ziel verbunden, die Welt besser zu verstehen und im Optimalfall dadurch einen Weg und eine ‚Berufung‘ zu finden, um zu deren ‚Verbesserung‘ beizutragen. Mein erstes Studium der Sozialarbeit konnte mich dabei allerdings nur beschränkt unterstützen, und ich setzte mich damals in meiner Diplomarbeit mit dem begrenzten ‚Systemveränderungs-Potential‘ der Sozialen Arbeit auseinander (vgl. Rybaczek 2007). Das angeschlossene Studium der Internationalen Entwicklung hat mir dabei geholfen, meinen bereits vorhandenen kritischen Blick auf die Welt zu schärfen. Diese Diplomarbeit ist Ausdruck davon. Sie hat mehrere Wurzeln. Zum einen im Thema der Nachhaltigkeit, über das ich zuerst beruflich gestolpert bin und dem ich mich dann mehr und mehr auch wissenschaftlich genähert habe. Zum zweiten im tiefen Bewusstsein und Gefühl, dass die Welt, in der wir leben – in der die Koexistenz von Überfluss und bitterer Not unauflösbar scheint –, nicht ‚rund läuft‘. Zum dritten wurzelt sie in Bolivien, das ich durch ein mehrmonatiges Streetwork-Praktikum im Rahmen meiner Sozialarbeits-Ausbildung in El Alto 2005 vor allem auch von seiner tragischen Seite kennenlernen durfte. 14-jährige Mädchen und Buben auf dem Strich, erfrorene, mit Schnüffeldrogen vollgepumpte Jugendliche, Kriminalität, Armut. Und auch die Proteste der sozialen Bewegungen, die Straßenblockaden, die Konfrontationen mit dem Militär habe ich kurz vor der Wahl von Evo Morales ‚hautnah‘ miterlebt. Lateinamerika und Bolivien haben mich daher auch während meines Studiums immer wieder begleitet.

Danke an alle, die mir dieses Studium und vor allem diese Diplomarbeit ermöglicht haben. An meinen Betreuer Christian Rammel, der mir die Chance gegeben hat, dieses umfangreiche Thema im Rahmen einer Diplomarbeit zu behandeln, mich in guten Bahnen geleitet und stets motivierend begleitet hat. An meine ArbeitskollegInnen und meine ArbeitgeberInnen, die mir über Monate Freiräume geschaffen haben, um diese Arbeit abschließen zu können. Danke allen Freunden und Bekannten, die Verständnis dafür hatten, dass ich über einige Wochen untergetaucht war. Gracias a l@s nin@s de la calle de El Alto Bolivia por las experiencias intensas, y a Ange, Martin y Juan Pablo (†)! Ganz besonderer Dank gilt meiner Familie. Meinen Eltern Franz und Marianne, meinen Schwiegereltern Otto und Marianne (vor allem für die Kinderbetreuung) und meiner kleinen Familie. Meiner Frau Elli, für monatelange Unterstützung und Entbehrungen, für ihr Verständnis und ihre Liebe; und meinen Töchtern Juna und Lorena, die zwar über Wochen nur wenig Papa hatten, die aber dafür schon im Kindergartenalter wissen, was eine ‚Diplomarbeit‘ ist. ☺

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	V
INHALTSVERZEICHNIS	VII
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	X
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	XI
1 EINLEITUNG	1
1.1 AUSGANGSLAGE UND PROBLEMSTELLUNG	2
1.2 FORSCHUNGSFRAGEN, HYPOTHESEN UND ZIELSETZUNG	3
1.3 METHODISCHE VORGEHENSWEISE	4
1.4 THEMATISCHE ABGRENZUNG	6
1.5 AUFBAU DER ARBEIT	7
2 DAS VERHÄLTNISS VON NACHHALTIGKEIT UND NEOLIBERALISMUS	9
2.1 DAS KONZEPT DER NACHHALTIGKEIT	9
2.1.1 <i>Hintergründe, Geschichte und Verständnis</i>	9
2.1.2 <i>Dimensionen und zentrale Positionen</i>	11
2.1.3 <i>Nachhaltigkeit als Gerechtigkeits-Prinzip</i>	14
2.1.4 <i>Kritik an Begriff und Konzept</i>	16
2.2 DIE SOZIALE DIMENSION DER NACHHALTIGKEIT	18
2.2.1 <i>Konzepte Sozialer Nachhaltigkeit</i>	18
2.2.2 <i>Soziale Nachhaltigkeit und Solidarität</i>	20
2.2.3 <i>Das Problem sozialer Ungleichheit</i>	21
2.2.4 <i>Bedürfnisse und ‚gutes Leben‘</i>	23
2.2.5 <i>Soziale Nachhaltigkeit durch solidarische Umverteilung</i>	24
2.3 NEOLIBERALISMUS – GESCHICHTE, ANNAHMEN UND DENKEN	27
2.3.1 <i>Theoretische Ursprünge und historische Hintergründe</i>	28
2.3.2 <i>Die Geschichte neoliberaler Strömungen</i>	29
2.3.3 <i>Zentrale theoretische Annahmen und Prinzipien</i>	31
2.3.4 <i>Individuelle Freiheit, Staat und Demokratie</i>	32

2.3.5	<i>Der Mensch als Homo oeconomicus</i>	33
2.3.6	<i>Gerechtigkeit im neoliberalen Denken</i>	35
2.4	NACHHALTIGER NEOLIBERALISMUS? – EINE KRITIK DES NEOLIBERALEN DENKENS AUS (SOZIAL) NACHHALTIGER PERSPEKTIVE	37
2.4.1	<i>Schwache Nachhaltigkeit und ‚Inwertsetzungs-Logik‘ der neoklassischen Umweltökonomie</i>	38
2.4.2	<i>Die Kritik am Wachstums-Paradigma</i>	40
2.4.3	<i>Das Verhältnis des Homo oeconomicus zu Nachhaltigkeit</i>	42
2.4.4	<i>Unternehmen und die Grenzen von Effizienz und CSR</i>	43
2.4.5	<i>Nachhaltigkeit durch politische Freiheit und Demokratie</i>	45
2.4.6	<i>Das Verhältnis des Neoliberalismus zu Ungleichheit, distributiver Gerechtigkeit und Solidarität</i>	47
2.5	NEOLIBERALISIERUNGSPROZESSE – WIRTSCHAFTSPOLITISCHE PRAXIS UND KONSEQUENZEN	50
2.5.1	<i>Neoliberalisierung als Werte-Transformation</i>	51
2.5.2	<i>Geschichte, Instrumente und Maßnahmen neoliberaler Wirtschaftspolitik</i>	51
2.5.3	<i>Neoliberalismus und Privatisierungen</i>	54
2.5.4	<i>Neoliberalisierung, Soziale Ungleichheit und Solidarität</i>	57
2.6	FAZIT: DIAMETRALE GEGENSÄTZE ZWISCHEN DEN THEORETISCHEN KONZEPTEN	60
3	NEOLIBERALE REFORMEN UND SOZIALE NACHHALTIGKEIT IN BOLIVIEN	63
3.1	NEOLIBERALE POLITIK UND STRUKTURANPASSUNG	64
3.1.1	<i>Strukturelle Hintergründe – Verschuldung und Ungleichgewichte</i>	66
3.1.2	<i>Politische Hintergründe – Die Durchsetzung neoliberaler Politik</i>	68
3.1.3	<i>Wirtschaftspolitische Ziele und Maßnahmen der Strukturanpassung</i>	69
3.1.4	<i>Auswirkungen und Kritik an Strukturanpassung</i>	70
3.2	STRUKTURANPASSUNG IN BOLIVIEN	74
3.2.1	<i>Bolivien – Politische und ökonomische Ausgangslage</i>	74
3.2.2	<i>Politische Instabilität und ökonomisches Chaos Anfang der 1980er Jahre</i>	76
3.2.3	<i>Strukturanpassungs-Maßnahmen in den 1980er und 1990er Jahren</i>	76
3.2.4	<i>Strukturanpassung und Privatisierungen in Bolivien</i>	79
3.3	AUSWIRKUNGEN DER STRUKTURANPASSUNGSPROGRAMME IN BOLIVIEN	81
3.3.1	<i>Ökonomische Auswirkungen der NPE</i>	82

3.3.2	<i>Verlauf und Folgen der Privatisierungen in den 1990er Jahren</i>	84
3.3.3	<i>Gesellschaftliche Auswirkungen der SAPs</i>	86
3.3.4	<i>Neoliberale Reformen, Verteilung und Ungleichheit</i>	88
3.3.5	<i>Neoliberalisierung und gesellschaftliche Solidarität</i>	91
3.4	SOLIDARISCHE GEGENBEWEGUNGEN UND POLITISCHE TRANSFORMATION	93
3.4.1	<i>Soziale Bewegungen und der Bruch mit dem neoliberalen System ab 2000</i>	93
3.4.2	<i>Demokratische Revolution 2005 – MAS und Evo Morales</i>	96
3.4.3	<i>Plurinationaler Staat und Buen Vivir als nachhaltige Gegenkonzepte?</i>	98
3.5	FAZIT: NEOLIBERALISIERUNGSPROZESSE, SOZIALE UNGLEICHHEIT UND SOLIDARITÄT IN BOLIVIEN	101
4	CONCLUSIO	105
4.1	ERKENNTNISSE – DIE GEGENSÄTZE AUF THEORETISCHER EBENE UND IN DER WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN PRAXIS	105
4.2	KONSEQUENZEN UND WEITERFÜHRENDE FRAGESTELLUNGEN	107
4.3	FAZIT: STARKE NACHHALTIGKEIT BRAUCHT UMVERTEILUNG JENSEITS DES NEOLIBERALISMUS!	110
	LITERATURVERZEICHNIS	113
	ANHANG	127
	ZUSAMMENFASSUNG	127
	ABSTRACT	128
	LEBENS LAUF	129

Abbildungsverzeichnis

<i>Abb. 1: Dimensionen der Nachhaltigkeit in ihren systemischen Zusammenhängen</i>	12
<i>Abb. 2: Widersprüche zwischen Sozialer Nachhaltigkeit und neoliberalem Denken</i>	61
<i>Abb. 3: Übersicht über Ansatzpunkte eines Anpassungsprogramms</i>	70
<i>Abb. 4: Entwicklung zentraler Wirtschaftsindikatoren in Bolivien (1980-2012)</i>	84
<i>Abb. 5: Entwicklung der Einkommensverteilung und Armut in Bolivien (1991-2008)</i>	90
<i>Abb. 6: Ökonomische Wirkungen und soziale Auswirkungen der SAPs in Bolivien</i>	102

Abkürzungsverzeichnis

ADN	Acción Democrática Nacionalista – <i>Nat. demokratische Aktion</i> (bolivianische Partei)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BOL	Bolivien
COB	Central Obrera Boliviana (= Bolivianische Gewerkschaft)
CSR	Corporate Social Responsibility
EMV	Empresa Metalúrgica Vinto (Zinn-Verhüttungs-Unternehmen in Bolivien)
ENDE	Empresa Nacional de Electricidad (Nationaler Energieversorger in BOL)
ENFE	Empresa Nacional de Ferrovías (Nationale Eisenbahn in BOL)
ENTEL	Empresa Nacional de Telecomunicaciones (Nationale Telekommunikations-Unternehmen in BOL)
FSE	Fondo Social de Emergencia – <i>Sozialer Notfall-Fond</i>
IWF/IMF	Internationaler Währungsfond / International Monetary Fund
LAB	Lloyd Aéreo Bolivia (Bolivianische Fluglinie)
MAS	Movimiento al Socialismo – <i>Bewegung zum Sozialismus</i> (bol. Partei)
MIR	Movimiento de Izquierda Revolucionaria – <i>Revolutionäre Linke Bewegung</i> (bol. Partei)
MNR	Movimiento Nacionalista Revolucionaria - <i>Nationalistisch Revolutionäre Bewegung</i> (bol. Partei)
NPE/NEP	Nueva Política Económica = New Economic Policy
PAE	Programa Ajuste Estructural = SAP
SAP(s)	Strukturanpassungsprogramm(e) bzw. Structural Adjustment Program(s)
SOE	State Owned Enterprise
WB	Weltbank bzw. World Bank
WCED	World Commission on Environment and Development
YFPB	Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos (Bol. Erdöl- und Erdgas-Unternehmen)

1 Einleitung

Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.
(Albert Einstein)

Nachhaltigkeit ist ein viel strapaziertes Schlagwort der letzten Jahre, von der Wissenschaft (bereits seit Jahrzehnten), von der Politik (seit Jahren) und mittlerweile auch von Unternehmen und der Werbung. Wie andere ‚schillernde Begriffe‘ bleibt Nachhaltigkeit oftmals vage, schwammig und unkonkret. Nachhaltigkeit ist positiv konnotiert, und es lässt sich vieles darin hineinpacken – etwa auch Dinge, die sich verkaufen sollen. Von der Politik zwar offiziell anerkannt und bestätigt, führt sie doch ein Schattendasein in ‚schriftlichen Strategien‘, d.h. aus den Worten folgten bisher wenige Taten. Die internationalen Debatten jedenfalls beschränken sich zumeist auf die ökologische Dimension, mit dem besonders prominenten Klimawandel.

Der ursprünglich subversive und ‚systemkritische‘ Charakter ist dem Nachhaltigkeitskonzept etwas verloren gegangen, was unter anderem darin ersichtlich wird, dass sich auch große Wirtschaftsunternehmen und politische Akteure dazu bekennen. Das hat mit der Vereinnahmung des Konzepts durch neoklassische Umweltökonomie zu tun. Diese drückt sich in der Position *schwacher Nachhaltigkeit* aus, die von der Substituierbarkeit des ökologischen Kapitals ausgeht und daher sehr weite ökologische Grenzen zieht. Demgegenüber steht die Position *starker Nachhaltigkeit*, auf der auch diese Arbeit weitgehend basiert, die die Tragfähigkeit des Ökosystems als unumstößliche Grenze setzt (dazu mehr in *Kapitel 2.1.2*).

Neoliberalismus bzw. ‚Neoliberalisierung‘ hat stark mit der ‚Umdeutung‘ von Nachhaltigkeit zu tun. Als *Neoliberalismus* wird – vor allem in der kritischen Fachwelt – die derzeit globale Wirtschaftsweise bezeichnet, die wesentlich auf dem Ordnungsprinzip des Marktes und auf einem methodologischen Individualismus basiert. Nachhaltige Entwicklung bzw. nachhaltiges Wirtschaften sieht sich mit dieser Ausformung des Kapitalismus konfrontiert und dadurch mit der Fragestellung (die auch dieser Arbeit zugrunde liegt), inwiefern sich das Nachhaltigkeits-Prinzip darin verwirklichen lässt. Die kritische Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Wirtschaftssystem aus dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit ist nicht neu. Eine ganze Disziplin der Umweltwirtschaft, nämlich die ‚Ökologische Ökonomie‘ hat sich rund um dieses Thema entwickelt. Deren VertreterInnen setzen sich aus einem ökologischen Blickwinkel auch mit der Frage auseinander, inwiefern im gegebenen kapitalistischen Regime die Realisierung einer Wirtschaftsweise möglich ist, die die Tragfähigkeit (Grenzen) des Ökosystems respektiert. An diese Fragestellung schließt vorliegende Arbeit an, jedoch aus einer gesellschaftlichen Perspektive – aus dem Blickwinkel Sozialer Nachhaltigkeit.

1.1 Ausgangslage und Problemstellung

Grundlegender Ausgangspunkt meiner Arbeit ist die globale ökologische und soziale Krise unserer ressourcen- und emissionsintensiven Industriegesellschaft, die auch am Beginn der Nachhaltigkeits-Idee stand. Während die ‚Deepwater Horizons‘¹ und ‚Fukushimas‘² der Welt – um metaphorisch zwei eindrucksvolle Beispiele zu nennen – uns sowohl die ökologischen als auch die Grenzen technologischer Machbarkeit vor Augen führen, macht das Fortbestehen absoluter Armut neben Überfluss die sozialen Unzulänglichkeiten der heutigen Welt deutlich. Die westliche Welt pflegt einen Lebensstil, der weder auf die ganze Welt übertragbar ist (obwohl dies durch die Idee der ‚Entwicklung‘ so vermittelt wird) noch langfristig in dieser Form praktiziert werden kann.

Die Menschheit ist ökonomisch gemessen so reich, wie sie noch nie war, und trotzdem herrscht ein Gefühl der Knappheit. Auch im globalen Norden, wo Staaten unter Austeritätspolitik und die Bevölkerungen unter zunehmender Prekarität leiden. Gleichzeitig scheint es so, als würden ökonomische Krisen die zunehmende Brüchigkeit eines auf Konsum und damit auf Ressourcenverbrauch aufbauenden Wirtschaftssystems offen legen. Doch jene, die von diesem Wirtschaftssystem am meisten profitieren, ziehen offenbar auch aus dessen Krisen die größten Vorteile. Der freie Markt scheint große Konzerne zu begünstigen, die ihre Macht immer mehr ausweiten. Laut einer Studie der Universität Zürich kontrollieren 147 transnationale Unternehmen (größtenteils aus dem Finanzsektor), die eng miteinander verwoben sind, etwa 80 Prozent des gesamten Weltumsatzes und 40 Prozent des Weltvermögens (vgl. Vitali; Glattfelder; Battiston 2011). Die Wahrnehmung, dass nicht Politiker, sondern Großkonzerne die politischen Fäden ziehen, scheint unter diesem Gesichtspunkt durchaus evident. Neben dieser extremen Vermögens- und Machtkonzentration besteht das große Problem der Unterernährung in Teilen der Dritten Welt fort.³ „Die Liste der globalen Probleme ist bis zum Überdruß geläufig, so dass die eigentliche Katastrophe in der Gewöhnung an die Permanenz der Krise zu liegen scheint“, formuliert es Hans Diefenbacher (2001, S. 19) treffend.

¹ Die Tiefsee-Ölbohrinsel namens ‚Deepwater Horizon‘ des britischen Konzerns BP war nach einem technischen Defekt 2010 vor der amerikanischen Küste gesunken und Millionen Liter Öl aus einem Bohrloch ausgetreten, mit großen ökologischen Folgen. Zahlreiche Indizien deuten einerseits auf grobe Fahrlässigkeit und andererseits auf Schmiergeldzahlungen gegenüber Behörden hin.

² Die Nuklearkatastrophe im japanischen Fukushima wurde durch einen Tsunami 2011 ausgelöst, der zu einem Supergau im Atomkraftwerk führte und weite Landstriche und Meerwasser bis heute verstrahlt.

³ Jean Ziegler (2012) spricht angesichts einer Landwirtschaft, die 12 Milliarden Menschen ernähren könnte – durchaus provokant – von Mord.

Nachhaltigkeit setzt umfassend an all diesen Krisen an – sowohl an der ökologischen als auch an der Verteilungs-Krise – und bietet eine relativ einfache ‚Formel‘, um miteinander und mit der (Um)Welt besser umzugehen. Nämlich einerseits unsere Lebensweise so zu gestalten, dass alle Menschen dieser Erde zentrale Bedürfnisse stillen können; und andererseits den Ressourcenverbrauch für diese Lebensweise innerhalb zu definierender ökologischer Grenzen zu halten, um zukünftigen Generationen eine ausreichende Basis für ein lebenswertes Leben zu hinterlassen. Die Idee der Nachhaltigkeit hat folglich einen tiefen ‚sozialen Kern‘. Zugleich ist die soziale oder gesellschaftliche Dimension der Nachhaltigkeit bisher am wenigsten beschrieben und definiert.

1.2 Forschungsfragen, Hypothesen und Zielsetzung

Anschließend an die dargestellte Problematik, die den Anstoß zu dieser Arbeit gegeben hat, möchte ich nun die konkreten Fragestellungen erläutern. Die übergeordnete Leitfrage bezieht sich auf das Verhältnis des neoliberalen Wirtschaftssystems zur Nachhaltigkeit:

Inwiefern widersprechen die Grundannahmen des neoliberalen Wirtschaftsdenkens und die praktischen (gesellschaftlichen) Konsequenzen neoliberaler Politik den Prinzipien der Sozialen Nachhaltigkeit?

Diese Fragestellung beinhaltet bereits jene Hypothese, dass es grundsätzlich Reibungsverhältnisse zwischen den beiden Konzepten gibt. Die Fragestellung wurde mit bestimmten Vorkenntnissen und aufbauend auf den Erkenntnissen der Ökologischen Ökonomie formuliert. Die Frage richtet sich also konkret danach, *warum* neoliberales Denken und Wirtschaften den Grundwerten Sozialer Nachhaltigkeit widersprechen.

Die Fragestellung bezieht sich sowohl auf die theoretische als auch auf die ‚real politische‘ Ebene. Faktisch wird diese große Fragestellung im Rahmen vorliegender Arbeit durch folgende Teilfragen behandelt:

- *Was sind Kernelemente Sozialer Nachhaltigkeit?* (Definition / Interpretation Sozialer Nachhaltigkeit)
- *Welche Annahmen prägen das neoliberale Denken, und in welchem Verhältnis stehen diese zum Konzept der (Sozialen) Nachhaltigkeit?* (Analyse und Vergleich der theoretischen Ansätze)
- *Wie wirkten sich neoliberale Reformen in Bolivien ab Mitte der 1980er Jahre auf Kernelemente Sozialer Nachhaltigkeit aus?* (Praktische Untersuchung anhand eines konkreten Fallbeispiels)

Ich gehe also derart vor, dass ich zuerst im breiten Feld Sozialer Nachhaltigkeit eine geeignete Interpretation (Kernelemente) herausarbeite. Nach der Analyse theoretischer Hintergründe und Prämissen neoliberalen Denkens kontrastiere ich diese mit ausgewählten Kernelementen Sozialer Nachhaltigkeit. Da es sich um zwei normative Konzepte handelt, ist es zielführend den Vergleich auf die Wertebene zu beziehen. Anschließend wird anhand eines konkreten Fallbeispiels das Verhältnis zwischen neoliberaler Praxis und Sozialer Nachhaltigkeit behandelt.

Wie bereits dargelegt, gehe ich grundsätzlich von einem Missverhältnis der beiden Konzepte aus. Im Rahmen der Arbeit prüfe und argumentiere ich diese Hypothese. Auf theoretischer Ebene werden die zentralen Prinzipien der Sozialen Nachhaltigkeit mit den Annahmen und Prämissen neoliberaler Theorien kontrastiert. Auf praktischer Ebene werden mithilfe von empirischem und statistischem Material die Konsequenzen neoliberaler Reformen in Bolivien für Indikatoren Sozialer Nachhaltigkeit untersucht. Meine Hypothese ist, dass sich neoliberale Reformen negativ auf Kernelemente Sozialer Nachhaltigkeit auswirkten und dass diese negativen Auswirkungen ein wesentliches Motiv für die massiven sozialen Proteste gegen neoliberale Politik ab dem Jahr 2000 waren. Diese These schließt wiederum an die auch in der Literatur verbreitete Analyse an, dass in Lateinamerika in den letzten Jahrzehnten eine Abkehr von neoliberaler Wirtschaftspolitik zu beobachten sei.

Mit den drei Fragestellungen gehen die wesentlichen Ziele der Arbeit einher: Erstens eine geeignete fokussierte Definition Sozialer Nachhaltigkeit zu formulieren, zweitens die beiden theoretischen Konzepte des Neoliberalismus und der Nachhaltigkeit gegenüberzustellen und mögliche Widersprüche herauszuarbeiten sowie drittens auf praktischer Ebene die Konsequenzen neoliberaler Politik für die gesellschaftliche Nachhaltigkeit zu überprüfen.

1.3 Methodische Vorgehensweise

Die Arbeit basiert theoretisch auf dem Gesellschaftsverständnis der *Neuen Politischen Ökonomie* bzw. der *Internationalen Politischen Ökonomie*, welche die Interaktion von Verteilung (Wohlstand) und Macht in einem internationalen Kontext beleuchtet. Die Bedeutung liegt in der „integrativen Perspektive politischer Ökonomie, die analytisch auf Zusammenhänge von Politik und Wirtschaft fokussiert und diese im Hinblick auf Macht- und Herrschaftsverhältnisse untersucht“ (Michalitsch 2012, S. 117). Dadurch wird etwa das asymmetrische Verhältnis zwischen Zentren und Peripherie bzw. das Nord-Süd-Gefälle theoretisch fassbar. Die Politische Ökonomie ermöglicht eine integrative Analyse von Ökonomie, Politik und Gesellschaft, da sie „im Kern Ökonomie als gesellschaftliches

Verhältnis begreift“ (Jäger; Springler 2012, S. 69). Dabei verwendet die Neue Politische Ökonomie einige Kategorien der marxistischen Kapitalismus-Analyse, um gesellschaftliche (Re)Produktionsbedingungen umfassend zu begreifen. Der Begriff der *Produktionsweise* bezieht sich auf „die Interaktion von menschlicher Gesellschaft und Natur bzw. die Transformation der Natur durch menschliche Arbeit“ (ebd., S. 70). Die *Produktionsverhältnisse* wiederum schärfen den Blick für die Form der Organisation der Produktion und die daraus resultierenden Verteilungs- bzw. Klassenverhältnisse. Methodologisch baut die Neue Politische Ökonomie auf dem *Kritischen Realismus* auf, der davon ausgeht, dass Wertfreiheit nicht möglich ist, und als ‚kritische Wissenschaft‘ auf Gesellschaftsveränderung abzielt. Die konkrete methodische Vorgangsweise der Neuen Politischen Ökonomie scheint etwas sperrig: „Mittels der *Methodik der Abstraktion und Konkretion* werden bestimmte Kausalitäten und Zusammenhänge herausgehoben, die sich für das Erkenntnisinteresse als wichtig erweisen“ (ebd., S. 32). *Abstraktionen* sind Begriffe, mit denen wir uns der Welt nähern, die aber immer das Konkrete, d.h. die konkrete Realität bzw. „konkrete empirisch-historische Kenntnisse“ (ebd. S. 87), als Ausgangspunkt benötigen.

Besser verständlich wird diese methodische Herangehensweise anhand von Beispielen polit-ökonomischer Fragestellungen – wobei sich diese Vorgehensweise nach Jäger und Springler (2012, S. 91) besonders „für ‚große‘ Fragen nach ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklung und globaler Ungleichheit eignet (...), da sie den breiten gesellschaftlichen Kontext systematisch berücksichtigt und in seiner historischen Entwicklung analysiert.“ Die Methode lässt sich somit auch für die Auseinandersetzung mit Armut oder Ungleichheit in der Peripherie gut verwenden, die aus historischer Perspektive nach Ursachen und Hintergründen für deren Vorhandensein forscht.

Dies erfolgt im Zuge einer konkreten Analyse, bei der auf Daten, wie etwa die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, Daten zur Wirtschaftsstruktur, der Verteilung, auf Informationen zu Regulierungen und zu Wirtschaftspolitik, sowie die Bestimmungsgründe und Interessen hinter bestimmten Strukturen etc. zurückgegriffen wird. (Jäger; Springler 2012, S. 91)

Mithilfe dieser Vorgangsweise analysiere ich im *Kapitel 3* die Veränderung makroökonomischer Indikatoren in Bolivien – mit Fokus auf Verteilungszahlen. Die Ausführungen zur Methodik beziehen sich also besonders auf das Fallbeispiel Bolivien. Doch auch für die gesamte Arbeit bildet die Politische Ökonomie einen geeigneten Rahmen, da sie den Blick dafür öffnet, dass sich Nachhaltigkeits-Diskurse nicht in einem macht- und herrschaftsfreien Raum bewegen.

1.4 Thematische Abgrenzung

Bezüglich Nachhaltigkeit wird hier auf die Verteilung zwischen heute lebenden Menschen (*intragenerationale Gerechtigkeit*) fokussiert, während sonst zumeist die Frage intergenerationaler Gerechtigkeit im Mittelpunkt steht. Der Fokus liegt bei den Prinzipien, Werten und ethischen Grundlagen der Nachhaltigkeit, weshalb politische Diskussionen (etwa im Rahmen von Klimagipfeln), rechtliche Standpunkte etc. hier aus Platzgründen nicht behandelt werden.

Der Begriff der ‚Sozialen Nachhaltigkeit‘ wird trotz berechtigter Kritik an der Zerlegung des ganzheitlichen Prinzips der Nachhaltigkeit im Rahmen von Säulenmodellen gezielt verwendet, wobei in Folge überwiegend von der *sozialen Dimension der Nachhaltigkeit* gesprochen wird. Im Bewusstsein, dass Nachhaltigkeit nur als *ganzheitliches Konzept* gedacht und vor allem tatsächlich umgesetzt werden kann, ist es auf analytischer Ebene doch notwendig, Begriffe in Einzelteile zu zerlegen, um sie besser greifbar bzw. operationalisierbar zu machen. Hier wird der Terminus auch aus Abgrenzungs-Gründen verwendet, um den Fokus – trotz der nach wie vor vorhandenen Breite – besser einzuschränken. Umweltökonomische Argumentationen etwa werden deshalb nicht ausgeschlossen, aber möglichst aus dem Blick der vorliegenden Fragestellung behandelt. Stärker fließen ethisch-philosophische Argumentationen ein, die auf dem normativen Gerechtigkeits-Kern von Nachhaltigkeit aufbauen. Es wird hier nicht der Anspruch verfolgt, eine umfassende Definition zu liefern, vielmehr werden in Folge wesentliche Elemente Sozialer Nachhaltigkeit erarbeitet und argumentiert. Die Arbeit möchte zu einem besseren Verständnis der sozialen Dimension beitragen und deren Relevanz für die Nachhaltigkeits-Debatte unterstreichen.

Bezüglich des streitbaren Begriffs des ‚*Neoliberalismus*‘ und seiner zahlreichen Strömungen wird im theoretischen Teil insbesondere auf die im internationalen Kontext sehr einflussreichen Texte von Friedrich August von Hayek zurückgegriffen. Auf praktischer Ebene werden vor allem die von neoliberaler Politik geförderten *Privatisierungen* untersucht.

Das *Fallbeispiel Bolivien* ist bewusst gewählt, es könnte aber durch eine Vielzahl anderer Untersuchungsgegenstände ersetzt werden. Die praktische Untersuchung von Widersprüchen zwischen Prinzipien Sozialer Nachhaltigkeit und Neoliberalisierungsprozessen ließe sich nicht nur auf andere Länder, sondern wohl ebenso auf Unternehmen, auf gesellschaftliche Prozesse wie Bildung (Stichwort Bologna-Prozess) oder Sport (Stichwort FC Chelsea und Abramovich) oder sogar auf Beziehungen (Familien, Partnerschaft etc.) übertragen. Bolivien habe ich aus mehreren Gründen gewählt. Ein Staat bildet einen klar eingrenzbaeren Untersuchungsgegenstand. Für Bolivien spricht die

persönliche Kenntnis dieses Landes durch einen mehrmonatigen Praxis-Auslandsaufenthalt in der Sozialen Arbeit. In Bolivien wurden neoliberale Reformen ziemlich konsequent durchgezogen – das ist für die Validität, d.h. die Gültigkeit meiner Untersuchung von wichtiger Bedeutung: der Ursache-Wirkungs-Zusammenhang zwischen neoliberalen Reformen und Elementen Sozialer Nachhaltigkeit. Die starken politischen Veränderungen der letzten Jahre hatten einen weiteren Einfluss auf die definierten Indikatoren. Die gesellschaftliche und politökonomische Entwicklung des Landes wird in der Literatur sehr breit diskutiert. Aufgrund meiner Spanisch-Kenntnisse sind mir auch Texte in einer der Landessprachen zugänglich. Abgrenzend sei hier hinzuzufügen, dass ich natürlich nur einen kleinen Ausschnitt der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten beinahe 30 Jahre behandeln kann. Nicht eingehen werde ich auf die aktuellsten politischen Vorgänge und Veränderungen, da sie den Rahmen der Arbeit sprengen würden.

Ebenso werden gesellschaftliche und wirtschaftliche Alternativen weitgehend ausgelassen, im Mittelpunkt steht die Analyse bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse.

1.5 Aufbau der Arbeit

Der folgende Hauptteil der Arbeit teilt sich in zwei große Abschnitte. Im zweiten Kapitel werden die beiden Konzepte der Nachhaltigkeit und des Neoliberalismus auf theoretischer Ebene gegenübergestellt. Hier werden also wichtige Begriffe definiert sowie Prinzipien und Werte herausgearbeitet. Zuerst beschäftige ich mich allgemein mit dem Hintergrund und den Grundsätzen nachhaltiger Entwicklung (*Kapitel 2.1*) und in Folge spezifisch mit dem breiten Verständnis der sozialen Dimension (2.2). Dazu wird eine Interpretation von Sozialer Nachhaltigkeit entwickelt, die vor allem durch die Werte der *Gleichheit* und *Solidarität* bestimmt ist. In *Kapitel 2.3* widme ich mich den theoretischen Ursprüngen und Annahmen neoliberalen Denkens. In der darauf folgenden Gegenüberstellung (2.4) der Kernelemente Sozialer Nachhaltigkeit und der Grundsätze der neoliberalen Theorie werden zahlreiche Widersprüche zwischen den beiden normativen Konzepten deutlich. Im *Kapitel 2.5* werden – zum Fallbeispiel hinführend – einige wesentliche Instrumente der neoliberalen Wirtschaftspraxis (vor allem Privatisierungen) durch Auseinandersetzung mit zentralen wirtschaftshistorischen Bezugspunkten erarbeitet. Im *Kapitel 2.6* folgt schließlich ein erstes Fazit zum theoretischen Teil.

Der *zweite Abschnitt* des Hauptteils (*Kapitel 3*) untersucht diese theoretischen Widersprüche für die wirtschaftspolitische Praxis, anhand neoliberaler Strukturanpassung in Bolivien. In einem ersten Schritt werden deshalb die Hintergründe und Instrumente der

Strukturanpassung beschrieben (3.1) und dann die konkrete Umsetzung in Bolivien – wiederum mit dem Fokus auf Privatisierungen – dargestellt (3.2). In *Kapitel* 3.3 widme ich mich den konkreten Auswirkungen und Konsequenzen neoliberaler Strukturanpassung, sowohl auf wirtschaftliche als auch auf soziale Kennzahlen, mit dem Fokus auf Ungleichheit und Entsolidarisierung. Im *Kapitel* 3.4 werden als längerfristige Folgen dieser Wirtschaftspolitik solidarische soziale Bewegungen und deren Kritik an der Neoliberalisierung behandelt und schließlich der demokratische Transformationsprozess der Gesellschaft, der sich in der Verankerung der Plurinationalität und des Konzepts des *Buen Vivir* niederschlug, die als nachhaltige Gegenkonzepte interpretiert werden können. Im *Kapitel* 3.5 fasse ich die Erkenntnisse der Fallstudie zusammen.

In der Conclusio (*Kapitel* 4) resümiere ich die Ergebnisse in Zusammenschau theoretischer und praktischer Widersprüche (4.1) und gehe auf Konsequenzen dieser Erkenntnisse und weiterführende Fragen ein (4.2). Das *Kapitel* 4.3 beinhaltet ein abschließendes Fazit.

2 Das Verhältnis von Nachhaltigkeit und Neoliberalismus

2.1 Das Konzept der Nachhaltigkeit

Hinter dem Konzept nachhaltiger Entwicklung steckt folgende Grundidee: Das Teilsystem Wirtschaft darf nicht über jenes Maß hinauswachsen, innerhalb dessen es vom umfassenden Ökosystem permanent aufrechterhalten und getragen werden kann. (Daly 1999, S. 47)

Zu anfangs möchte ich nun auf einen der beiden zentralen Begriffe der Arbeit eingehen, die Idee der Nachhaltigkeit. Dazu werden in einem ersten Schritt die Hintergründe und die Geschichte des Begriffs beleuchtet (2.1.1), sowie die zentralen Dimensionen und Positionen erörtert (2.1.2). Das *Kapitel* 2.1.3 beschäftigt sich mit dem Gerechtigkeits-Prinzip als ein wesentliches Merkmal der Nachhaltigkeit. *Kapitel* 2.1.4 beinhaltet einen kurzen Überblick zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Begriff und dem Konzept.

Wie bereits in der Einleitung angeführt werden aufgrund des begrenzten Umfangs und der spezifischen Fragestellung der Arbeit politische Meilensteine (von der Konferenz in Rio über Agenda-21-Prozesse und das Kyoto-Protokoll bis zu den als gescheitert angesehenen letzten Klimakonferenzen in Durban, Doha und Warschau),⁴ nationale Nachhaltigkeitsstrategien, die überwiegend bei unverbindlichen Worthülsen und Floskeln verbleiben, naturwissenschaftliche Debatten (um Treibhausgaseneffekt etc.), sowie rechtliche Aspekte nicht näher behandelt.

2.1.1 Hintergründe, Geschichte und Verständnis

Eine Gesellschaft kann dann als nachhaltig bezeichnet werden, wenn sie selbst existenzfähig bleibt. (...) so weitsichtig, daß sie die eigenen materiellen und sozialen Existenzgrundlagen nicht unterminiert. (Günter 2002, S. 17)

Das Nachdenken über *Nachhaltigkeit* entspringt vor allem einer Problemanalyse: der Übernutzung natürlicher Ressourcen. Weder das Problem noch der Lösungsansatz der Erhaltung natürlicher Ressourcen durch sorgsamen Umgang sind neu.⁵ Die Idee der Nachhaltigkeit wurde ‚gemäß offizieller Geschichtsschreibung‘ erstmals Anfang des 18. Jahrhunderts für die Forstwirtschaft formuliert und hatte hier vor allem eine betriebswirtschaftliche Bedeutung – nur so viel Holz zu entnehmen, dass gleichbleibende Erträge langfristig

⁴ Siehe dazu etwa Pufé (2012) oder Wissen (2012).

⁵ Wie etwa die Entwaldung der Mittelmeer-Küsten infolge des Schiffbaus der Griechen und Römer beweist.

gesichert sind. Schon hier zeigt sich die Bewertung ökologischer Tragfähigkeit unter dem ökonomischen Kalkül, eine Ressource dauerhaft *ertragbringend* zu nutzen (vgl. Pufé 2012, S. 30). Ein weiterer wichtiger historischer Bezugspunkt sind die düsteren Prognosen von *Robert Malthus* Ende des 18. Jahrhunderts, der die ökologischen Grenzen bald erreicht sah, da er eine beschränkte arithmetische Wachstumsmöglichkeit der landwirtschaftlichen Produktion im Gegensatz zur exponentiellen Vermehrung der Bevölkerung annahm (vgl. Ott; Döring 2008, S. 23f.).

Ausgangspunkt des heutigen Verständnisses von Nachhaltigkeit war die langsame Einsicht ab den 1970er Jahren, dass grenzenloses ökonomisches Wachstum an natürliche Grenzen stoßen würde. Im ersten Bericht des *Club of Rome* mit dem Titel „The limits to growth“ (Meadows u. a. 1972) wurde erstmals breitenwirksam auf diesen prekären Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch aufmerksam gemacht.⁶

Als zentraler Referenzpunkt zum Thema Nachhaltigkeit gilt die Arbeit und die Formulierung der *Brundtland-Kommission*, die in ihrem Bericht „Our common future“ (WCED 1987) das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung für alle Gesellschafts-Bereiche folgendermaßen definierte: „Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs“ (WCED 1987, S. 43). Diese bis heute meist rezipierte Definition als „sustainable development“ betont durch die Verbindung mit ‚Entwicklung‘ den dynamischen Charakter von Nachhaltigkeit⁷ und bezieht sich stark auf Bedürfnisse (*needs*). Neben der *intragenerationalen Forderung*, die Gesellschaft solle nicht auf Kosten zukünftiger Generationen leben, hat auch die *intergenerationale Ebene* einen wichtigen Stellenwert, d.h. die Verteilung zwischen Reich und Arm bzw. zwischen Nord und Süd. Nachhaltigkeit ist damit ein höchst normativer und politischer Begriff, der auf einer ethisch-moralischen und regulativen Idee aufbaut. Als Lösungsansatz wird eine neue Form des ressourcenschonenden und effizienten Wachstums angesehen, das vor allem ärmeren Bevölkerungsteilen zugute kommt. Das Besondere des *Brundtland-Berichts* liegt in der Verbindung der beiden Ebenen: „Globale Umweltprobleme sind hauptsächlich das Resultat der nicht-nachhaltigen Produktions- und Konsummuster im Norden und der großen Armut im Süden“ (Pufé 2012, S. 36). Die

⁶ Schlussfolgernd wird darin eine starke Reduktion des Ressourcenverbrauchs gefordert, in den Industrieländern sogar um den Faktor 10 (um den Entwicklungsländern ausgleichend eine leichte Steigerung zu ermöglichen).

⁷ Das englische Wort *sustainability* kommt vom lateinischen *sustinere*, das ‚schützen, aufrechterhalten, bewahren, aushalten‘ bedeutet. Der Fokus des ‚Aufrechterhaltens‘ greift allerdings in der breiten Debatte um Nachhaltigkeit zu kurz, weshalb der Entwicklungs-Begriff hinzugezogen wurde. Dadurch wird darüber hinaus vermittelt, dass es nicht nur um Einschränkungen geht, „sondern vielmehr um eine alternative Vorstellung von gesellschaftlicher Entwicklung und von dem Umgang mit natürlichen Ressourcen und Lebensgrundlagen“ (Muraca 2010, S. 402).

Brundtland-Kommission hat die Idee der Nachhaltigkeit zwar nicht erfunden, aber breitenwirksam gemacht. Sie bleibt allerdings der wirtschaftsliberalen Idee verhaftet und hält am Paradigma wirtschaftlichen Wachstums mit Wettbewerbsfähigkeit und ökonomischer Leistungsfähigkeit fest (vgl. Ekardt 2005, S. 30). In der neueren Diskussion zeigt sich eine Verschiebung der Problemwahrnehmung von der Übernutzung der Ressourcen zur Übernutzung der Umwelt als Senke – Stichwort CO₂, Treibhausgaseffekt und Klimawandel.⁸

2.1.2 Dimensionen und zentrale Positionen

Nachhaltigkeit bzw. nachhaltige Entwicklung meint das Ziel, daß unsere Kinder und Kindeskindern auch morgen noch etwas auf dem Teller haben – und daß überhaupt erstmals alle Menschen dieser Welt etwas auf den Teller bekommen. Es geht also um eine lebenswerte, freiheitliche und friedliche Erde für alle Menschen. (Ekardt 2005, S. 25)

Wie obiges Zitat veranschaulicht, ist es relativ einfach, sich zu den moralisch-hochwertigen Zielen der Nachhaltigkeit zu bekennen (zumindest vorgeblich), allerdings ist sehr umstritten, wie wir dieses Ziel erreichen. Neben der Operationalisierung des Nachhaltigkeitsbegriffs in Form von Modellen bzw. Dimensionen geht es nun um die beiden zentralen Positionen der ‚schwachen‘ und der ‚starken‘ Nachhaltigkeit.

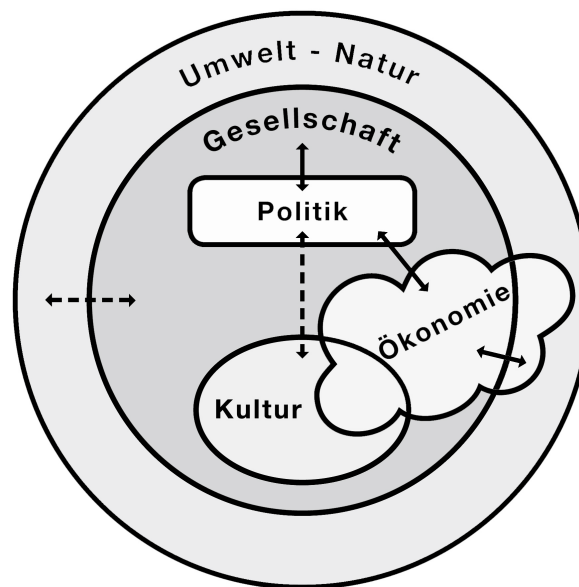
Nachhaltigkeit steht im Zusammenhang mit der Kritik an den ökologischen Kosten der Industrialisierung, die ab den 1970er Jahren vermehrt problematisiert wurden, somit in ihrer ursprünglichen Bedeutung an der Schnittstelle zwischen Ökonomie und Ökologie. Der Fokus war auf die langfristige Erhaltung des Ökosystems zu dessen *Nutzung* gerichtet. Bald wurde aber Kritik daran laut, dass diese Sichtweise Macht- und Verteilungsaspekte zu wenig beachtet. Nachhaltigkeit als ‚gesellschaftliches Konzept‘ hat von Grund auf ein tiefgehendes soziales Element. Menschen sind in die Umwelt eingebunden – sie leben individuelle und gesellschaftliche Austausch-Beziehungen mit der Umwelt.

In einem engen Verständnis wird Nachhaltigkeit von manchen AutorInnen auf den Bereich der Ökologie und damit auf die Umwelt und ihre Ressourcen als ‚Quelle des Lebens‘ beschränkt. Überspitzt interpretiert, würde dieses *eindimensionale Konzept* allerdings rein auf eine ‚dauerhafte Erhaltung der Natur‘ hinauslaufen und damit in letzter Instanz jeglichen menschlichen Eingriff in die Natur in Frage stellen oder gar ablehnen. Im öffentlichen und politischen Verständnis mittlerweile am weitesten verbreitet – von Wissenschaftsseite

⁸ Mit sich abzeichnenden fatalen Auswirkungen und immensen Herausforderungen zur Reduktion der Emissionen, vor allem für Industrieländer (vgl. Kromp-Kolb 2009).

aufgrund der scheinbaren Trennung hingegen oftmals kritisiert⁹ – ist die Darstellung mit drei Säulen bzw. als Dreieck mit den *Dimensionen* der *Ökologie*, der *Ökonomie* und des *Sozialen*. Es finden sich auch erweiterte Darstellungen mit fünf Dimensionen, inklusive einer politischen (oder institutionellen) und einer kulturellen Ebene.

Abb. 1: Dimensionen der Nachhaltigkeit in ihren systemischen Zusammenhängen



Quelle: Eigene Darstellung inspiriert durch Kanatschnig (1992, S. 424), grafisch umgesetzt durch Christina Trah.

Einer eigenen Darstellung (siehe Abb. 1) der Dimensionen von Nachhaltigkeit liegt der Versuch zugrunde die *systemischen Zusammenhänge* zwischen den Ebenen besser sichtbar zu machen. Die Ökologie bildet den Rahmen, in dem die menschliche Gesellschaft lebt. Über die Ökonomie regelt der Mensch einen großen Teil seines Austauschs mit der Natur – er entnimmt Ressourcen und gibt sie in Form von ‚Abfall‘ wieder zurück. Ökonomie ist hier bewusst in ihrer Funktionalität zwischen Gesellschaft und Umwelt abgebildet.¹⁰ Oftmals finden sich Darstellungen, in denen die Ökonomie über der Gesellschaft oder sogar über der Umwelt steht, was aus System-Sicht jedoch nicht stimmig ist (auf die Wertigkeit bezogen

⁹ Kritik an der Säulen-Darstellungen gibt es dahingehend, dass sie ein Nebeneinander der Dimensionen vermittelt, obwohl es im wissenschaftlichen Diskurs große Einigkeit darin gibt, dass Nachhaltigkeit nur ganzheitlich verstanden werden kann (vgl. Ott; Döring 2008, S. 37ff.). „Mit dem Reden von ‚drei Säulen‘ verkörpert Nachhaltigkeit plötzlich nur noch die recht unspektakuläre Botschaft, daß politische Entscheidungen *heutige* verschiedene Belange möglichst in Einklang bringen sollen“ (Ekardt 2005, S. 27); die zentrale Botschaft der Dauerhaftigkeit gehe dadurch verloren.

¹⁰ Oftmals finden sich Darstellungen, in denen die Ökonomie über der Gesellschaft steht, was aus System-Sicht jedoch nicht stimmig ist (auf die Wertigkeit bezogen mag dies der Fall sein).

mag dies der Fall sein). Gerade das neoliberale Wirtschafts- und Naturverständnis tendiert in diese Richtung:

In die Bedeutungslosigkeit gedrängt wird Natur als Teilbereich des übergeordneten Systems Wirtschaft verstanden und auf die eindimensionale Charakteristik von Rohstoffen und Deponien reduziert. (Rammel 2002, S. 31)

Innerhalb der Gesellschaft steht die kulturelle Dimension, die sich nicht auf ‚Volks-Kulturen‘ beschränkt, sondern im Sinne eines weiten Kultur-Begriffs jegliche Art des Denkens und Art sich zu verhalten, einschließt. Die politische Sphäre als Entscheidungsgremium der Gesellschaft beschränkt sich keineswegs auf staatliche Politik, sondern umfasst, im Sinne eines weiten Politikbegriffs, wie er etwa von Dahl (1991) formuliert wurde, auch die Zivilgesellschaft, Unternehmen und Familien. Politik bildet damit die zentrale Verbindung zur Ökonomie. Die Gesellschaft bestimmt durch politische Entscheidungsprozesse über die konkrete Ausgestaltung der Ökonomie, d.h. wie die Austauschbeziehungen mit der Natur (bzw. auch zwischen den Gesellschaftsmitgliedern) geregelt sind.

Diese Darstellung macht darüber hinaus sehr gut deutlich, wie viele Ebenen die soziale Dimension der Nachhaltigkeit eigentlich umfasst, nämlich die Gesellschaft mit ihrem politischen System, mit ihrer kulturellen Dimension und letztlich auch mit ihrer ökonomischen Sphäre. Denn Ökonomie ist Teil der Gesellschaft und daher ein soziales System, sie wird von Menschen bestimmt und von Menschen durchgeführt.

Von den Dimensionen nun zu den zentralen *Positionen*. Hier treffen zwei Verständnisse von Nachhaltigkeit aufeinander, die nicht homogen sind, aber in Grundzügen so vertreten werden. Die *schwache Nachhaltigkeit* fußt weitgehend auf den Annahmen und Werten der neoklassischen Ökonomie; zumindest tritt sie nicht eindeutig damit in Widerspruch. In diesem Verständnis lässt sich die Umweltproblematik in erster Linie durch *Effizienz*¹¹ und Technologie lösen, denn Naturkapital sei durch Sachkapital substituierbar, womit etwa Ausgleichszahlungen bei Umweltverschmutzung (Emissions-Handel) begründet werden (vgl. Ott; Döring 2008, S. 108ff.). Das Paradigma des wirtschaftlichen Wachstums wird nicht in Frage gestellt. Es ist also jenes Verständnis, das derzeit Politik und Wirtschaft dominiert. *Starke Nachhaltigkeit* hingegen weist den „Substituierbarkeitsglauben“ (Pufé 2012, S. 103) zurück und bewertet Natur als unwiederbringliches Gut, das es um jeden Preis zu schützen gilt.¹² Sie lehnt somit die Inwertsetzung der Natur ab und hält nicht Wirtschaftswachstum für

¹¹ Effizienz meint die „Erhöhung der Ressourcenproduktivität“ (Pufé 2012, S. 123), d.h. im Optimalfall ein höherer Output trotz niedrigerem Input. Perpetuiert wird dieser Vorteil aber insbesondere durch den sogenannten *Rebound-Effekt*. D.h., dass z.B. trotz einer Gebäude-Isolierung gleich viel Energie für das Heizen aufgewendet wird, weil BewohnerInnen sich an höhere Temperaturen gewöhnen; dass nach einem Umstieg auf ein Fahrzeug mit weniger Verbrauch der Treibstoff-Verbrauch gleichbleibt, da mehr gefahren wird, etc.

¹² Teilweise auch aus einer ökozentrischen Sichtweise – der Schutz der Natur ist nicht um des Menschen Willen begründet, sondern die Natur hat ein Eigenrecht auf Erhaltung (vgl. Pufé 2012, S. 104).

die entscheidende Lösung, sondern betont statt Effizienz die Notwendigkeit der Suffizienz („Genügsamkeit“), die aber keineswegs negativ bewertet wird, sondern mit mehr Lebensqualität (statt Wirtschaftswachstum) argumentiert wird (vgl. Ott; Döring 2008, S. 145ff.). Zentrales Ziel muss demnach sein, weniger ressourcenintensive Lebensstile zu entwickeln und zu praktizieren (vgl. Ekardt 2005, S. 28).

Näher behandelt werden die beiden Positionen im *Kapitel 2.4*, in dem es um das neoliberale Verständnis von Nachhaltigkeit geht. Grundsätzlich orientiert sich diese Arbeit an der Position starker Nachhaltigkeit, wie sie etwa von Ott und Döring (2008) argumentiert und vertreten wird.

2.1.3 Nachhaltigkeit als Gerechtigkeits-Prinzip

Die Idee der Nachhaltigkeit ist (...) an die Idee der Gerechtigkeit angelehnt und lässt sich nicht ohne diese bestimmen. (Ott; Döring 2008, S. 45)

Das normative Konzept der Nachhaltigkeit dreht sich um die Frage der Gerechtigkeit. Ohne einen Begriff der Gerechtigkeit verliert die Nachhaltigkeitsidee ihren Sinn, denn sie wird bestimmt durch die Frage nach *gerechter Verteilung* zwischen den heute lebenden Menschen und zukünftigen Generationen, und damit auch nach einem gerechten Verhalten gegenüber den Mitmenschen, zukünftig lebenden Menschen und gegenüber der Natur selbst.

Gerechtigkeit ist eine ‚Urfrage‘ der Menschheit. Jörg Reitzig (2008, S. 134) konstatiert, dass Gerechtigkeit eine „zentrale Orientierungsgröße menschlichen Zusammenlebens“ darstellt, unter anderem, indem sie eine „Basis der normativen Begründung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verhältnisse“ liefert. Gerechtigkeitstheorien werden sehr unterschiedlich kategorisiert, wobei für diese Arbeit in erster Linie *Ansätze distributiver Gerechtigkeit* relevant sind, die sich also auf Gemeinschaftsverhältnisse und die Verteilung von Gütern und Lasten beziehen¹³ (vgl. Koller 2012, S. 53). Daniela Krysiak unterscheidet etwa ergebnisorientierte Theorien, die eine Verteilung als gerecht ansehen, wenn das Ergebnis des Verteilungsprozesses gerecht ist, und prozedurale Theorien, die eine Verteilung dann als gerecht ansehen, „wenn sie durch ein gerechtes Verfahren erzielt wurde, unabhängig vom Ergebnis des Verfahrens“ (Krysiak 2007, S. 131). Diese Kategorisierung ist zwar etwas

¹³ Jene Gerechtigkeits-Kategorie also, auf die sich zumeist auch der Begriff der ‚Sozialen Gerechtigkeit‘ bezieht. Ein Begriff, der aufgrund seiner Unschärfe – jede Form der Gerechtigkeit hat einen ‚sozialen‘ Gehalt – und seiner Polarisierung im wissenschaftlichen Bereich eher abgelehnt wird.

grob,¹⁴ aber für diese Arbeit grundsätzlich ausreichend. Die oftmals verwendeten Begriffe der Chancengerechtigkeit bzw. der ideologisch stark behafteten Leistungsgerechtigkeit liegen quer zu diesen Ansätzen. Eine gleiche Verteilung von Chancen bezieht sich stärker auf den Prozess (wenn alle die gleichen Chancen hatten, ist das Ergebnis gerecht); der Leistungsbegriff bezieht sich auf das Ergebnis – das Verteilungsmaß ist die Leistung.¹⁵

Wie bereits dargelegt, werden Gerechtigkeitstheorien im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit intensiv diskutiert, insbesondere um die normativen Nachhaltigkeits-Grundsätze philosophisch, ethisch zu begründen. Zahlreiche AutorInnen beziehen sich dabei auf John Rawls, der mit seinem „Postulat der Maximierung der Wohlfahrt des jeweils am schlechtesten gestellten Mitglieds einer Gesellschaft“ (Diefenbacher 2001, S. 69) viele Gerechtigkeits-Theorien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt hat. Da die ethische Begründung nicht im Zentrum dieser Arbeit steht, möchte ich hier nur kurz auf Felix Ekardt eingehen, der anknüpfend an Rawls und Habermas einen Gerechtigkeitsansatz entwirft, der „allen Menschen in einer globalisierten Welt Entfaltungschancen bringt“ (Ekardt 2005, S. 23). Wesentlich ist dabei Chancengleichheit im Sinne gleicher Freiheitschancen, nicht faktische Gleichverteilung, wobei ein positiv verstandener Freiheitsbegriff „auch ein Recht auf Leben, Gesundheit und Existenzminimum umfasst“ (ebd., S. 120).

Nachhaltigkeit beruht auf dem ethischen Postulat, dass allen Menschen unabhängig von ihrem Geburtsort (intragenerational) und ihrem Geburtszeitpunkt (intergenerational) „das Recht auf ein gutes Leben zusteht“ (Krysiak 2007, S. 129). Auf diesem Postulat baut auch meine Arbeit auf, wobei ich mich in erster Linie mit der Verteilung zwischen heute lebenden Menschen (im Fokus Nord-Süd) beschäftige (wobei die intergenerationale Verteilung damit eng zusammenhängt). In Auseinandersetzung mit der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit (*Kapitel 2.2*) wird die Frage der Verteilung nochmals stark aufgegriffen und in späterer Folge auch die Position neoliberaler Theorien (*Kapitel 2.3 und 2.4*).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die philosophisch und anthropologisch begründ- und herleitbare Prämisse der *Nachhaltigkeit als Verteilungsgerechtigkeit* dieser Arbeit zugrunde liegt. „Ziel ist die gerechte Verteilung eines Gutes zwischen den Generationen, aus dem ethischen Postulat, dass allen Generationen unabhängig von ihrem Geburtszeitpunkt das Recht auf ein gutes Leben zusteht“, fasst Daniela Krysiak (2007, S. 129) den Gerechtigkeitsansatz der Nachhaltigkeit treffend zusammen.

¹⁴ Zusätzlich ließe sich die Kategorie der prozeduralen Gerechtigkeit unterscheiden in Tauschgerechtigkeit (Transaktionen unter fairen Bedingungen) und Verfahrensgerechtigkeit, d.h. wenn Ergebnisse entsprechend vorher vereinbarten Regeln zustande kommen (vgl. Hake 2005, S. 66).

¹⁵ Im Gegensatz etwa zu egalitären Theorien, die eine Gleichverteilung einfordern, oder Ansätzen, die eine Verteilung entsprechend von Bedürfnissen favorisieren (um z.B. eine erhöhte Familienbeihilfe für Menschen mit Behinderung zu begründen).

2.1.4 Kritik an Begriff und Konzept

Eine Strategie, jegliches Konzept zu verharmlosen, besteht darin, seine Bedeutung so zu erweitern, daß fast alles darin enthalten ist. (Daly 1999, S. 27)

Die Kritik am Nachhaltigkeits-Begriff bzw. an dessen Operationalisierung ist vielfältig, weshalb ich hier nur einen Ausschnitt behandeln kann. Einige der angeführten Kritikpunkte werden in Folge und vor allem im *Kapitel 2.4* nochmals aufgegriffen. Das einleitende Zitat von Hermann E. Daly betrifft den Kritikpunkt, das Nachhaltigkeits-Konzept sei bewusst verharmlost, schwammig gehalten und verbreitert worden, um seinen „subversiven Charakter“ zu überdecken, der mit der Forderung nach der „ökologischen Nachhaltigkeit eines wirtschaftlichen Subsystems“ (Daly 1999, S. 27) und damit der Infragestellung des herrschenden Wirtschaftssystems verbunden wäre. Aufgrund der *Ungenauigkeit des Begriffs* können sich nicht nur entwicklungspolitische und Umweltschutz-Organisationen dazu bekennen, sondern auch Politiker und Konzerne (vgl. Raza 1997b, S. 3; Groeneveld 1997). Schon in den 1990er Jahren als Kritik formuliert, wird ‚Nachhaltigkeit‘ heute überhaupt inflationär, ‚in jedem zweiten Werbespot‘, verwendet, was im Zusammenhang mit CSR-Strategien, Nachhaltigkeitsberichten und ‚Greenwashing‘ die Begrifflichkeit weiter in Frage stellt (doch gleichzeitig auch Potential bietet).

Dies hängt zusammen mit der generellen Kritik an der *Begriffswahl* der *Brundtland-Kommission*, da die kompromissbedingte Verbindung von *sustainability* und *development* notwendig war, um die Zustimmung von 170 Nationen zu erreichen. Es sollten dadurch Aspekte des Umweltschutzes und des Wirtschaftswachstums verbunden werden, wodurch dieses Begriffspaar jedoch zugleich „die konfliktreichen Implikationen dieser Verbindung nicht zu lösen vermochte“ (Muraca 2010, S. 27). In eine ähnliche Richtung weist die Kritik am deutschen Begriff der ‚Nachhaltigkeit‘, da der Begriff auch im einfachen Sinne von ‚dauerhaft‘ verwendet wird (etwa eine ‚nachhaltige Finanzierung‘ für ein Projekt). Andere Begrifflichkeiten wie ‚Dauerhaftigkeit, Zukunftsfähigkeit, Tragfähigkeit‘ oder ‚dauerhaft umweltgerecht‘ haben sich jedoch nicht durchgesetzt.

Ebenso wird die Kritik an der *systemerhaltenden Wirkung* von Nachhaltigkeit bereits in den 1990er Jahren vorgebracht. Im *Brundtland-Bericht* wird Wirtschaftswachstum als Grundvoraussetzung gesehen, Wissenschaft und Technik zwar als Mitverursacher benannt, doch gleichzeitig als Teil der Lösung angesehen – für eine weniger material- und energieintensive Wirtschaftsweise. Christoph Spehr und Armin Stickler (1997, S. 15) verwenden die Begriffe „Effizienz- und Suffizienzrevolution“, um das Ziel der ökologischen Zählung der hemmungslosen Marktwirtschaft zu beschreiben; Werner Raza (1997a, S. 104) schreibt von der „ökologischen Modernisierung des Kapitalismus.“

Die Betonung der Nord-Süd-Dimension im *Brundtland-Bericht* steht in engem Zusammenhang mit entwicklungspolitischen Vorgängen: Das Versprechen von *Entwicklung*¹⁶ im Sinne nachholender Industrialisierung ist endgültig gescheitert und wird durch das Prinzip der Nachhaltigkeit ersetzt, das in Bezugnahme auf die ökologischen Grenzen die Nicht-Übertragbarkeit des westlichen Lebensstandards impliziert. Damit wird ‚Unterentwicklung‘ in gewisser Weise auch legitimiert. „Nachhaltigkeit ist kein Rivale der Globalisierung, sondern ihr Partner“ (Spehr; Stickler 1997, S. 17). Den Hoffnungen sozialer Bewegungen im globalen Süden und des linken Lagers im Norden im emanzipatorischen und kritischen Charakter des Nachhaltigkeits-Begriffs wird damit eine Absage erteilt.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die überwiegend *anthropozentrische Interpretation* des Nachhaltigkeits-Konzepts. Der Natur wird somit kein ‚Eigenrecht‘ eingeräumt, d.h. sie wird nicht als schützenswert um ihrer selbst willen erachtet, sondern um der Menschen willen – um sie langfristig nutzen und *ausbeuten* zu können (vgl. Diefenbacher 2001, S. 69). Die Lösung ökologischer Probleme wird im Nachhaltigkeits-Kontext oftmals auf das einzelne Individuum übertragen – Stichwort nachhaltiger Konsum. „Die strukturellen Zusammenhänge zwischen kapitalistischer Modernisierung – insbesondere in Form der Industrialisierung der Produktion – und Naturzerstörung werden aber häufig übersehen“ (Raza 1997b, S. 5).

Die Kritik am Konzept der Nachhaltigkeit aufgrund dessen Beitrag zur *Inwertsetzung der Natur* wurde ebenfalls bereits in den 1990er Jahren vorgebracht (näher setze ich mich damit im *Kapitel 2.4.1* auseinander). Andreas Novy (1997) analysiert an einem konkreten entwicklungspolitischen Nachhaltigkeits-Projekt in Brasilien dessen Beitrag zur Kapitalisierung von Natur. Da Marktversagen und unzureichende Preissysteme zu übermäßiger Abholzung führen, „würde die Rationalität der Marktwirtschaft die Nachhaltigkeit der Waldnutzung automatisch bedingen“ (Novy 1997, S. 84). Dadurch trägt Nachhaltigkeit dazu bei, das expansive kapitalistische System und gegebene Herrschaftsstrukturen zu stärken.

Diese Kritikpunkte machen auf einige Unzulänglichkeiten aufmerksam, verdeutlichen aber gleichzeitig die Vielschichtigkeit des Konzepts. Der offensichtliche Kampf um die Deutungshoheit ist meines Erachtens zugleich ein deutliches Indiz dafür, dass sich das Konzept eignet, um Wirklichkeiten zu verändern. Diese Arbeit möchte dazu beitragen, den ‚ursprünglichen‘ und subversiven Charakter des Konzepts zu vertiefen und diesen wieder mehr in den Vordergrund zu stellen.

¹⁶ Der Entwicklungs-Begriff selbst ist – wie von Post-Development-Ansätzen vorgebracht – aufgrund seines ideologischen, eurozentrischen und neokolonialen Charakters höchst problematisch. In diesem Sinne schreibt etwa Arturo Escobar (2008, S. 265): „Aus dieser kritischen Perspektive kann Entwicklung als Apparat (*dispositif*) beschrieben werden, der das Wissen über die Dritte Welt mit Machtausübung und Intervention verbindet und damit die Gesellschaften der Dritten Welt erst kartiert und produziert.“

2.2 Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit

Sozialer wie wirtschaftlicher Kollaps haben eine gemeinsame Ursache: die zunehmende Ungleichheit. (Wilkinson; Pickett 2009, S. 19)

Wie bereits in der Einleitung dargelegt, fokussiert meine Arbeit auf die soziale Dimension der Nachhaltigkeit. Der Begriff der Sozialen Nachhaltigkeit wird aus Gründen der Abgrenzung und der spezifischen Analyse verwendet; im Bewusstsein, dass Nachhaltigkeit nur als ganzheitliches Konzept gedacht werden kann. Aufgrund der im *Kapitel 2.1.2* dargestellten Mannigfaltigkeit sozialer und gesellschaftlicher Bezüge von Nachhaltigkeit wird die soziale Dimension sehr unterschiedlich definiert. Im *Kapitel 2.2.1* gehe ich auf eine kleine Auswahl dieser Ansätze ein. Einige Aspekte der sozialen Dimension wurden bereits in den letzten Kapiteln vorweggenommen, so die Feststellung, dass Nachhaltigkeit – obwohl oftmals auf die ökonomisch-ökologische Sphäre reduziert – von Grund auf als ein soziales Konzept gesehen werden muss, das auf dem Prinzip gesellschaftlicher Gerechtigkeit aufbaut. Ein zentraler Aspekt davon ist gesellschaftliche Solidarität, mit der sich das *Kapitel 2.2.2* auseinandersetzt. Mit sozialer Ungleichheit als einem wesentlichen Ausgangsproblem der Nachhaltigkeits-Idee beschäftigt sich *Kapitel 2.2.3*. Der Frage nach Bedürfnissen, die in der *Brundtland-Definition* eine wichtige Rolle spielen, geht das *Kapitel 2.2.4* nach. Im *Kapitel 2.2.5* wird abschließend eine Interpretation der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit erarbeitet, die wesentlich auf (Um)Verteilung und gesellschaftlicher Solidarität aufbaut.

2.2.1 Konzepte Sozialer Nachhaltigkeit

Die Praxis der sozialen Nachhaltigkeit zeigt sich vielmehr als eine Politik des Ad hoc. Es gibt eine Vielzahl von Definitionen und Zielen sozialer Nachhaltigkeit, die stark durch den jeweiligen Kontext der AutorInnen/AkteurInnen geprägt ist. (Mutlak; Schwarze 2007, S. 13)

Ein zentrales Werk zu Sozialer Nachhaltigkeit im deutschsprachigen Raum ist der gleichnamige Sammelband, der von Jürgen Meyerhoff (2007) herausgegeben wurde. Ich werde mich daher in Folge immer wieder auf Beiträge daraus beziehen. Der Sammelband macht die bereits in *Kapitel 2.1.2* dargestellte *Komplexität der Sozialen Nachhaltigkeits-Dimension* deutlich. Die darin versammelten Texte behandeln unter dem Schlagwort Sozialer Nachhaltigkeit eine Vielzahl von Themen und Perspektiven: Gerechtigkeitszugänge, Zusammenhänge zwischen Natur- und Humankapital, sozial-ökologische Risikoforschung, Grundeinkommen, die Bedeutung von Sozialkapital, politische Umsetzungsmöglichkeiten, nachhaltige Wirtschaftsformen, Glücksforschung, bis hin zu vorausschauendem Risikomanagement. Es finden sich also hier im Grunde alle Dimensionen der Nachhaltigkeit

aus einer gesellschaftlichen Perspektive: Umwelt, Ökonomie und die Gesellschaft selbst, mit Bezug zu Individuen, zu ihrer Gesamtheit oder zu politischen Prozessen. Ausgangspunkt des Buches ist das konstatierte Theorie-Defizit Sozialer Nachhaltigkeit, für die es ‚Bausteine‘ zur Verfügung stellen möchte.¹⁷

Niko Paech und Reinhard Pfriem, auf deren Konzept ich im abschließenden *Kapitel 2.2.5* genauer eingehe, sehen als allgemeinen Maßstab für Soziale Nachhaltigkeit „die Stabilität, Strategie- und also Entwicklungsfähigkeit“ (Paech; Pfriem 2007, S. 122) menschlicher Kollektive. Und weiter: „Soziale Nachhaltigkeit hat (...) zum Kern, den Menschen auf Erden (...) immer wieder neue Inklusionschancen zu eröffnen“ (ebd., S. 123). Soziale Nachhaltigkeit meint eben nicht nur, ständig die Unzulänglichkeiten des bestehenden Systems auszugleichen (defensive Reparaturarbeit), sondern würde bedeuten, über Neues nachzudenken.

Während Sonja Haug und Jean-Yves Gerlitz (2007) sich auf gesellschaftliches Sozialkapital beziehen (ihr Ansatz wird im *Kapitel 2.2.2* näher behandelt), sehen Konrad Ott und Ralf Döring (2007) die Frage nach *Lebensstilen und Suffizienz* im Zusammenhang mit Sozialer Nachhaltigkeit als zentral. In Auseinandersetzung mit der festgestellten Nicht-Übertragbarkeit des westlichen Lebensstils auf den Rest der Welt postulieren sie im Sinne der Nachhaltigkeit:

Wenn aufgrund der erwartbaren Folgen niemand wollen kann, dass alle Menschen in einem bestimmten Ausmaß Ressourcen verbrauchen, dann hat jeder einen moralischen Grund, seinen eigenen Ressourcenverbrauch zu modifizieren (einzuschränken, zu unterlassen). (Ott; Döring 2007, S. 43)

(Soziale) Nachhaltigkeit steht aus diesem Blickwinkel in engem Zusammenhang mit ungleicher Verteilung (von ökonomischem Reichtum, Ressourcen, Teilhabe-Möglichkeiten), wie ich in den folgenden Abschnitten ebenfalls ausführlicher argumentieren werde. Ott und Döring unterscheiden weiters zwischen Lebensstandard, der monetär bestimmt ist, und Lebensqualität, d.h. die „subjektive Zufriedenheit mit je eigenen Lebensverhältnissen und Lebensvollzügen“ (Ott; Döring 2007, S. 50). Wenn also im Sinne der Suffizienz ein geeigneter Lebensstil ermittelt werden soll, ist vor allem die ‚Schwellen-Hypothese‘ relevant, die besagt, dass die Zunahme des Lebensstandards, d.h. die Anhäufung von Geld, ab einer bestimmten Höhe nicht mehr mit der Zunahme an Lebensqualität korreliert (vgl. Ott; Döring 2007, S. 51f.).

In mehreren Beiträgen findet sich eine starke Verknüpfung von Sozialer Nachhaltigkeit mit (Erwerbs-)Arbeit (vgl. Brandl; Hildebrandt 2002; Littig; Grießler 2004). Sebastian Brandl und Eckart Hildebrandt (2002, S. 27) etwa definieren die „selbstbestimmte Lebensführung durch eigene Arbeit“ als zentrales Element der sozialen Dimension, wobei sie (Erwerbs-)Arbeit als

¹⁷ So werden etwa der sozialwissenschaftliche Strukturfunktionalismus, das Grundbedürfniskonzept und der Ansatz des Sozialkapitals als mögliche theoretische Basis Sozialer Nachhaltigkeit vorgeschlagen (vgl. Mutlak; Schwarze 2007).

Voraussetzung für Teilhabe an Gesellschaft und für individuelle Lebensqualität erachten. Ich halte diese Sichtweise, die vor allem von gewerkschaftlicher Seite formuliert wird, für verengt, und sie muss sich auch die Kritik gefallen lassen, dass sie eine Auffassung von Nachhaltigkeit vertritt, die sich überwiegend mit dem bestehenden System arrangieren kann bzw. sogar „auf dem traditionellen Boden dieses kapitalistischen Fortschrittsmodells definiert“ (Paech; Pfriem 2007, S. 121).

In praktischer Auseinandersetzung mit indigenen Bevölkerungsgruppen in ökologischen Schutzreservaten führt Günter (2002) noch zwei wesentliche Aspekte auf das Tapet, die sich m.E. nicht auf den entwicklungspolitischen Kontext beschränken. Zum einen ist die Frage der Verteilung nicht auf monetäre Maße begrenzt, sondern die *Machtfrage* hat eine wesentliche Bedeutung. Zum anderen eröffnet die soziale Dimension den Blickwinkel auf die Relevanz von *Partizipation* und Mitsprache:

Soziale Nachhaltigkeit beinhaltet vielmehr das Hinwirken auf die Erweiterung und gerechte Verteilung lokaler Machtbefugnisse, die Beteiligung betroffener Bevölkerungsgruppen an Entscheidungsprozessen sowie deren Einbeziehung in Entwicklungsplanung und Nutzung. (Günter 2002, S. 50)

2.2.2 Soziale Nachhaltigkeit und Solidarität

(...) die soziale Dimension [bezieht sich] auf die Ausrichtung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen: Demnach sollen die politischen Institutionen einer Gesellschaft so organisiert sein, dass sie sowohl soziale Stabilität herstellen als auch die individuelle Freiheiten [sic] garantieren, wobei die Erzeugung und Bewahrung gegenseitiger Solidarität als Schlüssel angesehen wird. (Haug; Gerlitz 2007, S. 190)

Solidarität spielt bereits in der Nachhaltigkeits-Definition der *Brundtland-Kommission* eine wesentliche Rolle. Hans-Werner Bierhoff und Detlef Fetchenbauer fassen definitorisch zusammen, „dass Solidarität ein emotionales Handlungsmuster kennzeichnet, dessen Motivation altruistisch ist und das die Idee von Gerechtigkeit zugrunde legt, der sich die handelnde Person verpflichtet fühlt“ (Bierhoff; Fetchenhauer 2001, S. 10). Sie sehen daher unter anderem Verbindungen mit Begriffen wie Chancengleichheit, Altruismus und Kooperation. Kurt Bayertz (1998, S. 11f.) betont den normativen Gehalt des Begriffs, der sich erst in einer Gemeinschaft entfalten kann. Denn Solidarität setzt „ein Bewusstsein von Gemeinsamkeit und innerer Verbundenheit in einer Gesellschaft voraus“ (Altwater 2009, S. 186). Leo Montada sieht einen engen Zusammenhang der Solidarität mit Benachteiligung und Ausgrenzung: „'Sich solidarisch erklären' heißt, diese Personen, Gruppen oder sozialen Kategorien gegen die ungerechte Viktimisierung zu unterstützen“ (Montada 2001, S. 69). Solidarität ist dabei mehr als nur persönliche Einstellung, nämlich „struktureller Bestandteil von Staat, Recht und Gesellschaft“ (Beckmann 2011, S. 70).

Ott und Döring (2008, S. 33) bezeichnen die beiden moralischen Paradigmen der Verantwortung für zukünftige Generationen und für heute lebende Menschen als „diachronische“ bzw. „synchronische Solidarität.“ Versuche, die gesellschaftliche Solidarität weltweit zu begründen, unternimmt etwa Ekaradt, indem er Gerechtigkeit loslöst von der nationalstaatlichen Ebene und postuliert als „Leitidee des Zusammenlebens in der Welt“ (Ekaradt 2005, S. 103). Universale Rechte – wie ein Recht auf ein Existenzminimum – würden dann auch zu globalen Rechten, und dies entspricht dem Prinzip der Nachhaltigkeit.

Besonders erkenntnisreich im Zusammenhang mit Solidarität im Kontext von Nachhaltigkeit ist der ‚makroanalytische Zugang‘ zu Nachhaltigkeit von Haug und Gerlitz (2007, S. 196ff.). Wie bereits einleitend zitiert, sehen sie „die Erzeugung und Bewahrung gegenseitiger Solidarität als Schlüssel“ (ebd., S. 190), um eine sozial stabile Gesellschaft zu schaffen, in der individuelle Freiheitsrechte gewährt werden. Sie verwenden dazu das *Konzept des Sozialkapitals* in Bezug auf Gemeinschaften,¹⁸ das besonders das Potential solidarischer Netzwerke zwischen den Mitgliedern im Fokus hat. Voraussetzungen für Kooperation und kollektives Handeln in diesen Netzwerken sind vor allem Vertrauen, Gemeinschaftsgefühl und Empathie (vgl. Haug; Gerlitz 2007, S. 196f.). Hier werden also mehrere Aspekte angeführt, die auch im Konzept der Solidarität enthalten sind und somit deren Rolle für tragfähige, langfristig stabile und daher ‚sozial nachhaltige‘ Gemeinschaften betont.

2.2.3 Das Problem sozialer Ungleichheit

Wenn wir anerkennen, dass ein noch höherer materieller Lebensstandard uns kaum noch etwas nützen kann, dann sollten wir uns als die erste Generation begreifen, die nach gänzlich neuen Wegen zur Verbesserung unserer Lebensqualität such muss. Alles deutet darauf hin, dass der Abbau von Ungleichheit der beste Weg zur Verbesserung unserer sozialen Lebenswelt und damit der Lebensqualität für alle ist. Dies gilt (...) auch für die Wohlhabenden. (Wilkinson; Pickett 2009, S. 44)

Große soziale Ungleichheiten zwischen den heute lebenden Generationen sind Ausgangspunkt für das der Nachhaltigkeit immanente Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit – verbunden mit der Forderung nach Umverteilung zwischen Nord und Süd. Im entwicklungspolitischen Kontext wurde bereits in den 1960er Jahren Kritik am Modell der ‚nachholenden Entwicklung‘ laut, als sich mit Dependenz- und Metropole-Peripherie-Modellen theoretische

¹⁸ Der Begriff wurde 1916 vom amerikanischen Pädagogen Lyda J. Hanifan erstmals verwendet, in den 1960er-Jahren für die Funktion von Nachbarschafts-Vierteln wieder aufgegriffen und als soziologische Kategorie seit den 1990er-Jahren durch Robert D. Putnam geprägt (vgl. Haug; Gerlitz 2007, S. 196ff.). (Im Gegensatz zum Konzept Pierre Bourdieus, das sich auf die sozialen Ressourcen auf individueller Ebene bezieht).

Ansätze entwickelten, die eine strukturelle Ungleichentwicklung konstatierten.¹⁹ Die strukturellen Zusammenhänge zwischen dem Reichtum des Nordens und der Armut des Südens werden etwa auch durch den Begriff der *Überentwicklung* – im Gegensatz zu *Unterentwicklung* – problematisiert, „dem zur Folge die Strukturen, die zur Überentwicklung führen, anderenorts für Unterentwicklung verantwortlich sind“ (Ott; Döring 2008, S. 31). Auch im Bericht des Club of Rome (1972) wurden die Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum, Ressourcenverbrauch und Ungleichheit thematisiert.

One of the most commonly accepted myths in our present society is the promise that a continuation of our present patterns of growth will lead to human equality. (...) present patterns of population and capital growth are actually increasing the gap between the rich and the poor on a worldwide basis. (Meadows u. a. 1972, S. 178)

Der Mythos des Wirtschaftswachstums als Mittel zur Wohlstandsverteilung hält sich jedoch bis heute hartnäckig und ist ein wesentlicher Knackpunkt in der Vereinbarkeit neoklassischer Annahmen mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit (*ausführlicher dazu in Kapitel 2.4*).

Ebenso spielen im *Brundtland-Bericht* Ungleichheit und Armut eine zentrale Rolle, wobei hier ganz klar der Zusammenhang mit der Umweltproblematik betont wird: „A world in which poverty and inequity are endemic will always be prone to ecological and other crisis“ (WCED 1987, S. 43f.). Weiters wird in dem Bericht hervorgehoben, dass es dabei nicht nur um materielle Armut geht, sondern viele Probleme der Übernützung von Ressourcen und der Umwelt mit den großen Disparitäten politischer Macht zu tun haben.²⁰ Dementsprechend räumt der *Brundtland-Bericht* mit der von konservativer Seite gerne vorgebrachten Problematisierung des Bevölkerungswachstums auf und stellt die Frage der *Verteilung von Ressourcen* in den Mittelpunkt: "The issue is not merely one of population size but of the distribution of resources" (ebd., S. 44). Der *Brundtland-Bericht* betont dabei die Wichtigkeit der ‚Commons‘, bzw. öffentlicher Güter, die jedoch immer öfter ‚Einhegungs-, und Privatisierungs-Tendenzen ausgesetzt sind.²¹

Eine für diese Arbeit zentrale Studie zum Thema Ungleichheit liefern *Richard Wilkinson* und *Kate Pickett* (2009) mit dem bezeichnenden Titel „Gleichheit ist Glück“ (im engl. Original „The spirit level“). Wilkinson und Pickett untersuchen die Relation zwischen sozialer *Ungleichheit* und sozialen *gesellschaftlichen Problemen* in den ‚hochentwickelten‘ Staaten des globalen Nordens. Sie können in überraschender Deutlichkeit für zahlreiche soziale Indikatoren (psychische Gesundheit, Teenager-Schwangerschaften, Zahl der Gefängnis-

¹⁹ Siehe dazu etwa Gunnar Myrdal (2008 [1957]) oder Andre Gunder Frank (2008 [1966]).

²⁰ Als Beispiel wird hier etwa die Abholzung eines Waldes genannt, der von den indigenen BewohnerInnen nicht geschützt werden kann, da sie viel weniger Macht haben als die Holz- und Agrar-Unternehmer.

²¹ Die Chance der selbst- und regional-organisierten Verwaltung von Commons, wie Flüssen und Wäldern, liegt darin, dass hier Verhandlungsprozesse über Nutzungsrechte auf Augenhöhe und unter Einbeziehung der Betroffenen geschehen (siehe dazu Ostrom 1999; Helfrich; Heinrich Böll-Stiftung 2009).

strafen, Niveau des Vertrauens, soziale Mobilität, schulische Leistungen der Kinder) eine klare Korrelation mit der Höhe der nationalen Einkommens-Ungleichheit feststellen, d.h. „Gesellschaften mit hoher Ungleichheit [sind] von den genannten Problemen viel stärker betroffen“ (Wilkinson; Pickett 2009, S. 35).²² Begründet wird dies mit Erkenntnissen der Individualpsychologie, nämlich dass große soziale Unterschiede zu vermehrtem Status-Druck, größerer Angst vor sozialem Abstieg, schwindendem Selbstwertgefühl etc. führen²³ (vgl. ebd., S. 48ff.). Darüber hinaus stellen Wilkinson und Pickett einen klaren Zusammenhang mit der Frage nachhaltiger Entwicklung her, indem sie ihre Erkenntnisse auch dahingehend interpretieren, dass *Lebensqualität* – wie bereits in *Kapitel 2.1.2* erläutert – eben nicht mit einem höheren Volkseinkommen korreliert, sondern die Frage der Verteilung maßgeblich ist. Sie schließen sich damit Analysen an, die dafür eintreten, Faktoren von Lebensqualität zu definieren und zu verfolgen, statt ständig nach einem höheren Lebensstandard – im Sinne von materiellem Konsum – zu streben. Denn „[l]angfristig haben Ängste, Depressionen und andere soziale Probleme mit wachsendem Wohlstand zugenommen“ (ebd., S. 20). Ungleichheit und ökologische Nachhaltigkeit hängen auf mehreren Ebenen zusammen: Erstens bezüglich der bereits bearbeiteten Frage zwischen materiellem Lebensstandard und Lebensqualität; zweitens zeigen sich eklatante Unterschiede des Ressourcenverbrauchs zwischen wohlhabenden und ärmeren Bevölkerungsgruppen, d.h. faire Klimapolitik müsste Reichere auch stärker belasten; und drittens würde weniger Ungleichheit – empirisch nachgewiesen – auch den Konsumdruck verringern, der unsere Gesellschaft prägt (vgl. ebd., S. 248ff.).²⁴

2.2.4 Bedürfnisse und ‚gutes Leben‘

High levels of productive activity and widespread poverty can coexist, and can endanger the environment. Hence sustainable development requires that societies meet human needs both by increasing productive potential and by ensuring equitable opportunities for all. (WCED 1987, S. 44)

Neben Solidarität und Ungleichheit gibt es einen dritten wichtigen Aspekt der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit, nämlich die Frage nach den Bedürfnissen (*needs*) der

²² Am Besten schneiden Japan und die skandinavischen Länder ab, während die USA, Großbritannien und Portugal am unteren Ende der Skala zu finden sind (vgl. Wilkinson; Pickett 2009, S. 200).

²³ „Entscheidend ist, wie groß der Abstand des Einzelnen zu den anderen Mitgliedern seiner Gesellschaft ist“ (Wilkinson; Pickett 2009, S. 40).

²⁴ Die Studie von Wilkinson und Pickett wurde mehrfach kritisiert. Die Autorinnen vermuten dahinter auch ‚politische‘ Beweggründe, aufgrund der deutlichen empirischen Nachweise zu den negativen Folgen von Ungleichheit, und sind auf alle Kritikpunkte umfangreich eingegangen, um die Vorwürfe zu entkräften (vgl. Wilkinson; Pickett 2010).

Menschen (der in meiner Arbeit allerdings nicht im Mittelpunkt steht und auf den ich daher nur kurz eingehe). Ott und Döring (2008, S. 83) betonen, dass es – im Sinne einer Nachhaltigkeits-Definition, die auf *Bedürfnisse* heutiger und zukünftiger Generationen aufbaut – einen Mindeststandard dafür braucht, welches Leben als ‚nachhaltig‘ erstrebenswert definiert wird. Dabei geht es also im weiteren Sinn um Fragen des *guten Lebens*. Mehrere AutorInnen schlagen dafür den *Fähigkeitenansatz* Martha Nussbaums vor, der auf der Würde und dem gleichen Wert jedes Menschen beruht. Der Fähigkeitenansatz umfasst unter anderem Gesundheit, Sinneswahrnehmungen, Lebensplanung, soziale Interaktion etc. (vgl. Nussbaum 2010, S. 103ff.). Für Nussbaum geht es darum, diese Fähigkeiten allen Menschen gleichermaßen zu ermöglichen; mit ihnen kann der Begriff der Lebensqualität bestimmt werden. „Aus der Perspektive des Fähigkeitenansatzes spielt vor allem die Frage nach der *Fähigkeit*, eben jene Güter für die Verwirklichung eines ‚guten Lebens‘ zu nutzen, eine zentrale Rolle“ (Muraca 2010, S. 24). Der Fähigkeitenansatz ist zugleich universalistisch und offen für unterschiedliche Lebensentwürfe.

Im *Brundtland-Bericht* wird die Frage nach Bedürfnissen nicht nur allgemein gestellt, sondern in erster Linie auf die absolut Armen im globalen Süden bezogen: „(...) in particular the essential needs of the world's poor, to which overriding priority should be given“ (WCED 1987, S. 43). Daraus lässt sich die Forderung ableiten, dass die Bedürfnisse der Menschen so formuliert und gestaltet sein müssen, dass sich damit jedenfalls die Grundbedürfnisse aller Menschen in einer Welt begrenzter Ressourcen erfüllen lassen. Eine Welt, in der absolute Armut neben Überfluss existiert, kann von daher m.E. per se nicht als nachhaltig bezeichnet werden.

2.2.5 Soziale Nachhaltigkeit durch solidarische Umverteilung

Nicht nur innerhalb der Wirtschaftswissenschaften scheint oft in Vergessenheit zu geraten, dass es prinzipiell zwei Wege gibt, auf denen sich Bedürfnisse befriedigen lassen: durch weiteres Wachstum der Wertschöpfung *oder* eine wachstumsneutrale Umverteilung vorhandener Werte. (Paech; Pfriem 2007, S. 104f.)

Aufbauend auf den bisherigen Ausführungen zu Solidarität, Ungleichheit und Grundbedürfnissen möchte ich nun abschließend eine Interpretation von Sozialer Nachhaltigkeit vorschlagen. Dazu beziehe ich mich insbesondere auf den Beitrag „Wie kommt das Soziale in die Nachhaltigkeit?“ von Niko Paech und Reinhard Pfriem (2007), die ein ‚ungemütliches‘ Konzept erarbeiten. Aus einer ganzheitlichen Perspektive – sie sprechen sich gegen das Verständnis der Dreidimensionalität aus – definieren sie Soziale Nachhaltigkeit als „Handlungsfeld für die Schaffung zukunftsfähiger ökologischer Entwicklungsbedingungen des Systems Erde“ (Paech; Pfriem 2007, S. 102f.). Das ‚Handlungsfeld‘ meint die Gesellschaft, in

der über die Zukunftsfähigkeit des Systems diskutiert und bestimmt wird. Dabei gilt die Kapazität der Umwelt, d.h. die ökologischen Rahmenbedingungen als Grenze, innerhalb derer die Bedürfnisse zu befriedigen sind.²⁵ Paech und Pfriem (2007, S. 103f.) erkennen im Bewusstsein der vorgegebenen Grenzen ökonomischen Wachstums *Umverteilung* als einzig praktikablen Lösungsansatz in Richtung Sozialer Nachhaltigkeit. Ohne Wachstum „gelten die Regeln eines Nullsummenspiels“ (ebd., S. 104), in dem nicht mehr zukünftige Verteilung, sondern nur noch Umverteilung des aktuell vorhandenen Kuchens etwas an den Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung des überwiegenden Teils der Menschheit ändern kann. Unumgänglich scheint somit eine „wachstumsneutrale Umverteilung vorhandener Werte“ (ebd., S. 104f.). Diese Interpretation von Nachhaltigkeit steht in engem Zusammenhang mit dem Suffizienz-Prinzip, „beruht also im Gegensatz zur konventionellen Sozial- und Entwicklungspolitik darauf, weniger zu nehmen, statt großzügiger zu geben“ (ebd., S. 107). Sie folgern, dass „vermutlich deshalb (...) dieser Zugang zur sozialen Dimension der Nachhaltigkeit zumeist gemieden [wird]“ (ebd.), weil er die bestehende Ordnung und dadurch auch bestehende Konsummuster und die Legitimität der globalen Schieflage hinterfragt. VertreterInnen der bestehenden Strukturen diskreditieren derartige Fragestellungen und Ansätze, indem sie diese ‚ins linke Eck‘ stellen.

Die dargestellte Interpretation von (Sozialer) Nachhaltigkeit findet sich natürlich nicht nur bei Paech und Pfriem, wird aber hier am deutlichsten und ‚radikalsten‘ formuliert. Während etwa im *Brundtland-Bericht* Wirtschaftswachstum und technologische Entwicklung explizit als ‚Verteilungsmöglichkeit‘ benannt werden, sehen viele VertreterInnen einer starken Nachhaltigkeit, etwa Ott und Döring, bzw. der Ökologischen Ökonomie (auf die ich in *Kapitel 2.4* noch näher eingehe), Umverteilungsmaßnahmen als unumgänglich an. Hermann Daly (1999) etwa entwirft als Komponente seiner Konzeption starker Nachhaltigkeit ein *Prinzip begrenzter Ungleichheit*, das er in erster Linie mit religiösen – konkret christlichen – und damit moralischen Argumenten untermauert.²⁶ Er schlägt dabei auch ganz konkrete Ungleichheits-Maßstäbe vor, etwa eine gesellschaftlich auszuhandelnde Begrenzung des

²⁵ Sie orientieren sich damit an der dreigliedrigen Rangordnung, die auch ökologische Konzepte vorschlagen: An erster Stelle steht die Tragfähigkeit des ökologischen Systems (als unumstößliche Grenze); dann die Frage nach der Verteilung – d.h. die Ressourcen „nach Maßgabe gerechter Regeln und Prinzipien unter der Menge an gegenwärtigen und zukünftigen Anspruchsberechtigten zu verteilen“ (Ott; Döring 2008, S. 56); und erst zuletzt die Effizienz, im Sinne einer effizienten Nutzung der begrenzten Menge an verfügbaren Ressourcen. Wie in Kapitel 2.4 noch dargestellt wird, orientiert sich der realpolitisch verbreitete Ansatz schwacher Nachhaltigkeit in erster Linie am Effizienz-Paradigma.

²⁶ Daly (1999, S. 269ff.) bezieht sich dabei auf traditionelle Formen der Begrenzung von Ungleichheit: Etwa das in der Bibel beschriebene System des ‚Jubeljahres‘, durch das alle 50 Jahre eine Gleichverteilung hergestellt wird; bzw. das urchristliche Zinsverbot, als sehr starkes Instrument gegen Ungleichheit. Wobei Daly anführt, dass in allen Weltreligionen Formen zur Begrenzung von Ungleichheit vorgeschlagen werden und sich diese moralische Begründung nicht auf das Christentum beschränken lässt; darüber hinaus auch als humanistisches Ideal begründbar wäre.

Höchstes Einkommens wie des Mindesteinkommens.²⁷ Ott und Döring (2008, S. 77) kritisieren zu Recht, dass Daly die Begrenzung der Ungleichheit nur unzureichend argumentiert. Dabei gibt es allerdings mehrere Begründungen, die herangezogen werden können. Neben ethischen Gesichtspunkten sind das sowohl demokratie-politische Aspekte (zu große Machtkonzentration als Problem für Demokratie) sowie Argumente hinsichtlich der gesellschaftlichen Stabilität.²⁸

Schließlich möchte ich hier noch die oftmals vertretene These anführen, dass sich das Prinzip nachhaltiger Entwicklung in einer ‚gleicheren‘ Gesellschaft leichter verwirklichen ließe,²⁹ wie sie bereits im *Brundtland-Bericht* angedeutet wird: "Our inability to promote the common interest in sustainable development is often a product of the relative neglect of economic and social justice within and amongst nations" (WCED 1987, S. 49). Nur jene Menschen, die soziale Rechte haben und deren Grundbedürfnisse gestillt sind, könnten sich also am Schutz der Umwelt beteiligen. Ebenso sieht Daly (1999) einen engen Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen und der Ressourcen-Ebene. Wilkinson und Pickett sind von der Wechselbeziehung überzeugt: „Wir wissen, dass ein Mehr an Gleichheit uns ermöglichen wird, den Konsumismus zu zügeln, und es uns erleichtern wird, Maßnahmen gegen die Erderwärmung auf den Weg zu bringen“ (Wilkinson; Pickett 2009, S. 304).

Die These, dass das Prinzip der Nachhaltigkeit in einer *Welt mit weniger Ungleichheiten* leichter umsetzbar wäre, lässt sich laut Ott und Döring (2008, S. 77f.) folgendermaßen argumentieren: Große soziale Ungleichheit führt zu einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft, da Armut angesichts des großen Reichtums Abstiegsängste, Empörung und Wut hervorruft, während auf der anderen Seite der extreme Reichtum zu Hartherzigkeit, Selbstgerechtigkeit und Wohlstandschauvinismus führt.

„Einer derart von Klassengegensätzen geprägten, weitgehend entsolidarisierten Gesellschaft (...) dürfte es weitaus schwerer fallen, einen Pfad hin zu (starker) Nachhaltigkeit einzuschlagen, als einer solidarischen, demokratischen Bürgergesellschaft mit moderaten Ungleichheiten“ (Ott; Döring 2008, S. 78).

Zurecht merken Ott und Döring an, dass es sich dabei um eine hypothetische Argumentation handelt, die auch schwer überprüfbar ist, weil wir bereits in einer sehr ungleichen Welt leben. Trotzdem erscheint mir diese Erklärung sehr einleuchtend und anregend.

²⁷ In Ermangelung eines konkreten Bezugsrahmens schlägt Daly (1999, S. 273f.) den Faktor 10 vor – d.h. das höchste Einkommen darf maximal 10 Mal so hoch sein wie das niedrigste, wobei er sich dabei an den Entlohnungsschemata in öffentlichen Institutionen orientiert (etwa Universitäten, öffentlicher Dienst etc.).

²⁸ Worauf ja im Grunde auch der Bismarcksche Sozialstaat zurückgeführt wird – um die politische Sprengkraft der Klassengegensätze zu entschärfen.

²⁹ In diesem Zusammenhang wird auch deutlich, dass Verteilungsfragen nicht nur auf globaler Ebene relevant sind, sondern insbesondere innerhalb der reichen Länder des Nordens, wo armutsgefährdete Menschen zunehmend von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden und damit auch von der Möglichkeit, „sich für einen nachhaltigen Lebensstil entscheiden zu können“ (Moser 2009, S. 194).

Abschließend möchte ich aufbauend auf den Ausführungen zu Solidarität, Ungleichheit und (Grund)Bedürfnissen die dieser Arbeit zugrundeliegende *Interpretation Sozialer Nachhaltigkeit* vorstellen: Soziale Nachhaltigkeit wird durch *solidarische Umverteilung* im Rahmen der Tragfähigkeit des ökologischen Systems erreicht. Eine (Welt)Gesellschaft (und damit auch das (Welt)Wirtschaftssystem), die sozial nachhaltig ausgerichtet ist, fördert somit *Solidarität* zwischen ihren Mitgliedern (= ErdenbürgerInnen), begrenzt *Ungleichheit* bzw. steuert zu *großer Ungleichheit* entgegen, respektiert die *ökologischen Grenzen* (Tragfähigkeit des Ökosystems) und trachtet danach, die gemeinsam definierten *zentralen Bedürfnisse aller Menschen* zu erfüllen bzw. in einem ersten Schritt, allen Menschen ein *Existenzminimum* zu bieten.

In dieser Interpretation sind zahlreiche bisher genannte Elemente enthalten, etwa ebenso der demokratisch-partizipative Charakter durch die *gemeinsame* Definition von Grundbedürfnissen. Mein zentraler Fokus in der weiteren Arbeit wird jedoch auf den Werten der (*relativen*) *Gleichheit* bzw. auf ‚begrenzter Ungleichheit‘ (womit, wie erläutert, kein gleichmachender Egalismus gemeint ist) und der *Solidarität* liegen. Andere Aspekte, wie Grundbedürfnisse und Partizipation, werden aber in Folge immer wieder gestreift.

2.3 Neoliberalismus – Geschichte, Annahmen und Denken

Das Programm des Neoliberalismus besteht darin, die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu verbessern und die institutionellen Rahmenbedingungen für die Steigerung der Profitabilität herzustellen. (Zeller 2004, S. 34)

Dieses Kapitel beschäftigt sich in verkürzter und überblicksartiger Perspektive mit den Grundzügen des neoliberalen Denkens und den darin übernommenen Prämissen der neoklassischen Theorie. Der Begriff des ‚Neoliberalismus‘ ist ein per se kritischer Terminus, da er von VertreterInnen einer liberalen Marktordnung selbst selten verwendet wird. Dies hat zu einer starken ideologischen Überfrachtung des Begriffs geführt, was – neben den zahlreichen divergierenden liberalen Strömungen (*Kapitel 2.3.2*) – eine klare Beschreibung fast unmöglich macht.³⁰ Jedoch haben alle diese unterschiedlichen Konzepte ihre theoretischen Ursprünge und Hintergründe in der ökonomischen Klassik und Neoklassik (*Kapitel 2.3.1*) und beruhen auf deren Annahmen und Positionen (*Kapitel 2.3.3*). Auch bauen alle diese Strömungen auf den zentralen Wert der individuellen Freiheit und haben daher ein ambivalentes Verhältnis zum Staat (*Kapitel 2.3.4*). Eine besonders prägende Annahme der

³⁰ Butterwegge et al. (2008) schlagen daher vor, eher von „Neoliberalismen“ zu sprechen.

Neoklassik ist das Menschenbild des *Homo oeconomicus* (*Kapitel 2.3.5*). Für das Verhältnis zu den Positionen der Nachhaltigkeit sehr bedeutsam ist das Gerechtigkeits-Verständnis des Neoliberalismus (*Kapitel 2.3.6*). In diesem Kapitel setze ich mich fast ausschließlich mit theoretischen Aspekten bzw. der Werte-Ebene auseinander, während die praktische Seite, d.h. die tatsächliche Umsetzung des Neoliberalismus in *Kapitel 2.5* behandelt wird. Die konkrete Gegenüberstellung der Prinzipien der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit und der neoliberalen Theorien folgt in *Kapitel 2.4*.

2.3.1 Theoretische Ursprünge und historische Hintergründe

Marktwirtschaft bedeutet ein selbstreguliertes System von Märkten; etwas genauer ausgedrückt, handelt es sich um eine Wirtschaftsform, die einzig und allein von Marktpreisen gesteuert wird. (Polanyi 1977, S. 71).

Der Neoliberalismus beruht auf den Paradigmen der Neoklassik, die wiederum auf dem *ökonomischen Liberalismus* aufbaut, der federführend von *Adam Smith* (1723–1790) und *David Ricardo* (1772–1823) geprägt wurde. Auf *Adam Smith* geht die bis heute zentrale Annahme zurück, dass das Nutzenstreben der einzelnen Individuen durch die Ordnung des Marktes – von Smith berühmt mit einer ominösen *unsichtbaren Hand* beschrieben – zur Wohlfahrt aller führe (vgl. Willke 2003, S. 36f.) Robert Rolle (2005, S. 90ff.) weist darauf hin, dass Smith selbst Menschen nie auf die Nutzenmaximierung alleine beschränkte,³¹ diese Interpretation in der Folgezeit jedoch dominierend wurde. An dieser extremen Sichtweise orientierte sich der *Manchester-Liberalismus* bzw. der *„Laissez-faire“-Liberalismus*, der damals eine weitreichende Deregulierung und Handelsliberalisierung auslöste. Er führte zur weitgehenden Zerstörung der alten Gesellschaftsstrukturen – etwa durch die Auflösung des Zunftwesens und die fortschreitende Einfriedung des Gemeindelandes bzw. der Allmende³² – und damit zu beträchtlicher Verelendung (vgl. Polanyi 1977). Jedoch erhöhte die Liberalisierung die wirtschaftliche Prosperität, gemessen am erwirtschafteten Bruttonationalprodukt. *David Ricardo* entwickelte daran anschließend die Theorie der *komparativen Kostenvorteile* des Handels, gemäß derer alle Nationen durch internationalen Handel und Arbeitsteilung

³¹ Smith sah den grenzenlosen Egoismus eingeschränkt durch Gefühle der Sympathie, das moralische Bewusstsein, die positiven Gesetze und den Wettbewerb (vgl. Rolle 2005, S. 192).

³² Polanyi schreibt dazu: „Solange die Heimarbeit ergänzt werden konnte durch die Erträge eines Kleingartens, eines kleinen Stück Bodens oder Weiderechte, solange war die Abhängigkeit des Arbeiters vom Lohneinkommen nicht absolut. (...). Die Rationalisierung der Landwirtschaft entwurzelte zwangsläufig den Heimarbeiter und untergrub seine soziale Sicherheit“ (Polanyi 1977, S. 133).

besser gestellt werden.³³ Sowohl bei Adam Smith als auch bei David Ricardo „gilt internationaler Handelstausch im Sinne einer internationalen Arbeitsteilung als eine der wichtigsten Quellen der Wohlstandsmehrung“ (Rogall 2002, S. 93). Diese Theorie, die in England und Westeuropa großen Zuspruch fand, gilt zwar einerseits als überholt, da sie die Industriestaaten stark begünstigt,³⁴ doch ist sie bis heute „eine der zentralen theoretischen Begründungen für die Globalisierung des Welthandels“ (ebd., S. 83). In der *Neoklassik* wurde Ende des 19. Jahrhunderts die klassische Nationalökonomie um einige Erklärungsmuster und Modell-Annahmen ergänzt, insbesondere um die subjektive Werttheorie, die Gleichgewichts-Theorie zwischen Angebot und Nachfrage oder den methodologischen Individualismus (vgl. Biesecker; Kesting 2003, S. 86ff.). Die vormals ‚Political Economy‘ wurde zu einer entpolitisierten mathematischen und abstrakten ‚Economics‘, und lieferte im Nachhinein die „vermeintlich wissenschaftlich gedeckte Rechtfertigung“ (Biebricher 2011, S. 30) für die ‚Laissez-faire‘-Politik. Die mathematischen Modelle der Neoklassik prägen bis heute die Auffassung der Ökonomie, da sie von neoliberaler Seite aufgegriffen und verfeinert wurden.

2.3.2 Die Geschichte neoliberaler Strömungen

The ideology now called neoliberalism is usually regarded as a modern variant of classical economic liberalism, seen as centred on a belief in the self-regulating capacity of the market, and correlatively the need to restrict the scope of action of the state. (Radice 2008, S. 1155)

Nachdem der Wirtschaftsliberalismus bis zum Ersten Weltkrieg eine ‚Blüte‘ erlebt hatte, wurden kriegs- und kriegsfolgenbedingt zunehmend interventionistische Strategien verfolgt. Mit der Weltwirtschaftskrise 1929–32 erlebten liberale Ansätze eine weitgehende Diskreditierung. Dem Marktoptimismus und den Erklärungsansätzen der Neoklassik wurden mehr und mehr Skepsis entgegengebracht. Dadurch setzte sich eine von *John Maynard Keynes* beeinflusste *marktregulierende* und interventionistische *Wirtschaftspolitik* durch, „welche darauf abzielte, die krisenhafte kapitalistische Ökonomie aktiv durch Prozesspolitik zu stabilisieren“ (Ptak 2008, S. 17). Doch bereits in der Zwischenkriegszeit entstanden einflussreiche neue liberale Theorien. Vor allem die anti-sozialistischen Arbeiten von *Ludwig von Mises* (1881–1973), die *Friedrich A. von Hayek* (1899–1992), eine spätere Schlüsselfigur des Neoliberalismus, sowie den ordoliberalen Ansatz von *Wilhelm Röpke* (1899–1966) stark

³³ Im berühmten Wein-Tuch-Beispiel argumentiert Ricardo, dass es aufgrund der komparativen Kostenvorteile volkswirtschaftlich am Besten sei, wenn sich Portugal nur auf die Produktion von Wein und Großbritannien ganz auf die Herstellung von Textilien spezialisiert.

³⁴ Sie benachteiligt ‚Entwicklungsländer‘, weil Produktivitätssteigerungen bei industriellen Produkten viel stärker entwickelt werden können als in der Landwirtschaft oder bei der Rohstoffgewinnung.

beeinflussten (um hier nur ein paar Vertreter zu nennen) (vgl. Biebricher 2011, S. 31f.). Als offizielle Geburtsstunde des Neoliberalismus gilt ein *Colloque* in Paris 1938, bei dem zahlreiche liberale Ökonomen zum Anlass einer Buchveröffentlichung des (neo)liberalen Journalisten *Walter Lippmann* zusammenkamen³⁵ (vgl. Biebricher 2011, S. 33ff.).

Unter dem Begriff des Neoliberalismus werden unterschiedliche Wirtschaftstheorien gefasst, die jedoch den gemeinsamen Wert individueller Freiheit, den gemeinsamen Feind des ‚Kollektivismus‘ – darunter fallen sowohl realsozialistische Planwirtschaft als auch westliche Sozialstaaten – sowie das Ziel gemeinsam haben, eine offene Marktgesellschaft realpolitisch durchzusetzen. Die Theorie-Ansätze unterscheiden sich bezüglich der konkreten Ausgestaltung einer *liberalen Marktwirtschaft*. Dabei hat sich jedoch gerade diese Flexibilität „als große Stärke des neoliberalen Projekts erwiesen“ (Ptak 2008, S. 24). Ich kann an dieser Stelle nur kurz auf die unterschiedlichen Strömungen eingehen. Die Ansätze von *Hayek* und *Friedman* behandle ich etwas ausführlicher, da sie auf internationaler Ebene die Politik und Öffentlichkeit am meisten beeinflussten und ich mich in Folge auch immer wieder auf die beiden Denker beziehe. Die grobe Unterscheidung von Ralf Ptak (2008, S. 30ff.) in zwei Hauptströmungen erscheint mir sinnvoll. Nämlich zum einen den *ordoliberalen Ansatz*, der von deutschen Ökonomen (Walter Eucken, Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke, u.a.) geprägt und auch vor allem in Deutschland selbst einflussreich wurde – viele verstehen darunter die so genannte ‚Soziale Marktwirtschaft‘ als ‚dritten Weg‘. Der Ansatz betont die Notwendigkeit einer aktiven staatlichen Wettbewerbspolitik, die zu große wirtschaftliche Machtkonzentration verhindern sollte, hat aber als liberale Theorie zugleich ein zwiespältiges Verhältnis zum Staat. Die andere Hauptströmung gründet auf *Hayek*, der die *spontane Ordnung des Marktes* und die Dynamik des Wettbewerbs betont.³⁶ Der Staat hat hier nur die Funktion eines liberalen Rechtsstaates, und jegliche darüber hinausgehende Intervention wird abgelehnt. Mehr Staat braucht es nicht, da der Wettbewerb selbst „ein Ordnungsprinzip der Gesellschaft“ bildet (Ptak 2008, S. 43), durch den es über Einzelhandlungen eben zu einer ungeplanten und spontanen Ordnung komme, von Hayek auch als ‚Katalaxie‘ bezeichnet. Der monetaristische Liberalismus *Milton Friedmans* schließt weitgehend an Hayeks Marktverständnis an, baut jedoch auf einer dem Keynesianismus widersprechenden Geldmengen-Theorie auf und fordert aktive öffentliche Geldpolitik. Sonst wird staatliche Regulierung wie bei Hayek weitgehend abgelehnt. Neben den theoretischen Beiträgen ist das Leben Milton Friedmans vor allem durch seine aktive Überzeugungsarbeit auf politischer

³⁵ Dieses Treffen fand schließlich nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Fortsetzung im neoliberalen Think-Tank der *Mont Pèlerin Society*, die sich 1947 konstituierte und in den Anfangsjahren wesentlich von Hayek geprägt wurde (vgl. Biebricher 2011, S. 36ff.)

³⁶ Da der Ansatz *Hayeks* „in Richtung einer zusehends evolutarischen Vorstellung der Gruppenauslese“ (Biebricher 2011, S. 64) argumentiert, wird er auch als *evolutarischer Neoliberalismus* bezeichnet.

wie auf öffentlicher Ebene gekennzeichnet (vgl. Thomasberger 2012, S. 149f.). Neben Zeitungsartikeln, Fernseh-Auftritten und –Serien beeinflusste er aktiv politische Akteure, etwa nach dem Putsch in Chile (*siehe Kapitel 2.5.2*).

Von einigen radikalen Annahmen der Klassik, vor allem vom Ansatz des Laissez-faire, distanzieren sich neoliberale Theorien weitgehend. Die Neoklassik liefert aber weiterhin den theoretischen Erklärungsansatz für die marktliberale Ökonomie, der Neoliberalismus die „weiter gefasste wirtschaftspolitische ‚Vision‘ auf der Basis dieser Theorie“ (Willke 2003, S. 34).

2.3.3 Zentrale theoretische Annahmen und Prinzipien

Die neoklassische Markttheorie kann zeigen, dass die Entscheidungen und Handlungen der Marktteilnehmer durch den Preismechanismus und durch Konkurrenz hinreichend effizient koordiniert werden – zum Nutzen der Beteiligten und zum Vorteil der Gesellschaft insgesamt. (Willke 2003, S. 35)

Der folgende Abschnitt beschäftigt sich mit einigen Grundannahmen und Prämissen des (neo)liberalen Denkens, die bis heute vor allem durch die ökonomischen Theorien der Neoklassik geprägt sind. Aufgrund der vielfältigen Strömungen wird hier kein vollständiges Bild, sondern ein selektiver Ausschnitt dargestellt. Einige dieser Annahmen beziehen sich direkt oder indirekt auch auf das wirtschaftsliberale Menschenbild des *Homo oeconomicus*, das allerdings erst im nächsten Abschnitt separat behandelt wird.

Der *Markt* bildet den zentralen Schauplatz (neo)liberalen Denkens und Wirkens. Grundsätzlich betonen die klassische und neoklassische Ökonomie die Vorteile einer markt-basierten Wirtschaft und versuchen, mithilfe von Modellen die Funktionsweise des Marktes zu erklären. Der Markt ist der Ort des Gütertauses, auf dem durch das Medium Geld Waren und Dienstleistungen getauscht werden. Der Markt hat kein über die Tauschprozesse hinausgehendes Ziel. Neoklassische Modelle beruhen auf der Annahme, dass alle Individuen mit den gleichen Fähigkeiten und Rechten ausgestattet sind, somit Austauschbeziehungen ‚auf Augenhöhe‘ stattfinden. Dazu gehört auch, dass sich die Tauschakte im Markt *freiwillig* vollziehen. Wobei Gerhard Willke (2003, S. 43) anmerkt, dass benachteiligte Marktteilnehmer bei starker Ungleichverteilung von Verfügungsrechten ihre Rechte und Freiheiten faktisch nicht wahrnehmen können.³⁷ Die neoklassische Gleichgewichtstheorie besagt unter der Annahme ‚vollständiger Märkte‘, dass alle Güter und Produktionsfaktoren optimal verteilt sind. Gleichgewicht bedeutet das optimale Aufeinandertreffen von Angebot

³⁷ „Eine vergleichbare, *faire* Ressourcenausstattung in der Ausgangssituation ist somit unabdingbare Voraussetzung für den freiwilligen Tausch“ (Willke 2003, S. 43f.).

und Nachfrage (Pareto-Optimum³⁸), wobei dieses Optimum nichts über die Verteilung der Ressourcen aussagt (vgl. Rogall 2002, S. 45ff.).

Zentral für die liberale Marktwirtschaft ist *Wettbewerb*, der zugleich als Anreiz wie als Sanktionsmechanismus wirkt. Der Wettbewerb trägt dazu bei, dass sich der gesamtgesellschaftliche Nutzen (seit Adam Smith) ‚automatisch‘ (‚als Nebenwirkung‘) durch die nach Eigennutzen strebenden Individuen ergibt. „Das Gemeinwohl wird von niemandem bewusst angestrebt; vielmehr ergibt es sich emergent (...) als ungeplante und unbeabsichtigte Folge eigennütziger Handlungen“ (Willke 2003, S. 67). Dabei wird das Gemeinwohl nur monetär gefasst, im Sinne einer Steigerung des volkswirtschaftlichen Gesamteinkommens. Was Adam Smith noch thesenhaft mit einer ‚invisible hand‘ umschrieb, wird in der Neoklassik zu einem Postulat:

Das Ausblenden der normativen Grundlage des Utilitarismus nötigt die neoklassisch inspirierten ökonomischen Theorien dazu, eine *automatische* Harmonisierung des Eigennutzens mit dem kollektiven Nutzen durch einen nicht regulierten freien Markt zu *postulieren*. (Muraca 2010, S. 358)

Generell tendiert der Neoliberalismus dazu, seine impliziten Werte (Wettbewerb, Marktwirtschaft, Nutzenorientierung etc.) zu *naturalisieren*, d.h. als natürliche Eigenschaften des Menschen und der Gesellschaft darzustellen. Dadurch erscheinen sie nicht als Werte, sondern als ‚objektive‘ Feststellungen.

2.3.4 Individuelle Freiheit, Staat und Demokratie

Wie alle Prinzipien der Moral muß sie [Freiheit, RRS] als ein Wert an sich genommen werden, als ein Grundsatz, der respektiert werden muß, ohne Rücksicht darauf, ob die Folgen im besonderen Fall wohlthätig sein werden. (Hayek 1991, S. 85)

Individuelle Freiheit wird innerhalb der wirtschaftsliberalen Theorien als höchstes moralisches Gut bewertet. Eine besondere Bedeutung hat sie nicht nur in den Arbeiten Hayeks sondern auch bei Milton Friedman (1971), der die wirtschaftliche Freiheit als Voraussetzung für politische Freiheit argumentierte.³⁹ Hayek (1991) definiert Freiheit negativ, d.h. in der Abwesenheit von Zwang. Freiheit bedeutet die Freiheit zu wählen. Jegliche staatliche Intervention, die über das Schaffen der Rahmenbedingungen hinausweist – wird somit als Eingriff in die individuelle Freiheit interpretiert. Staatliche Eingriffe werden auch deshalb abgelehnt, weil in einer spontanen Ordnung einer Marktwirtschaft eine kollektive Definition für Gemeinwohl nicht möglich sei – bei derartigen Versuchen handle es sich nur um

³⁸ Pareto-Optimalität bedeutet, dass „keine Erhöhung des Nutzens eines Menschen mehr möglich [ist], ohne gleichzeitig den Nutzen eines anderen Menschen zu senken“ (Krysiak 2007, S. 133)

³⁹ KritikerInnen sehen heute den Zusammenhang genau umgekehrt, nämlich dass wirtschaftliche Freiheit und der Markt die politische Freiheit (und damit auch die Würde) der Menschen zerstört (vgl. Willke 2003, S. 141).

ideologische Phrasen. Auf die Konsequenzen dieser sehr dogmatischen und begrenzten Auffassung von Freiheit werde ich im *Kapitel 2.4.5* noch zurückkommen.

Die konkrete *Ausformung des Staates* wird, wie bereits angedeutet, in der neoliberalen Theorie unterschiedlich gesehen. Vor allem ist umstritten, wie stark der Wettbewerb durch ‚Spielregeln‘ reguliert werden muss. Relative Einigkeit dürfte allerdings bezüglich anderer staatlich zu gewährender Voraussetzungen für Marktwirtschaft bestehen: Sicherung von Eigentum, Rechtsstaatlichkeit und die Gewährleistung innerer und äußerer Sicherheit.⁴⁰ Es geht also nicht um eine Marktwirtschaft ohne Staat, „sondern um einen minimal-invasiven Staat“ (Willke 2003, S. 56f.). Vor allem habe der Staat die individuelle Freiheit der BürgerInnen zu gewährleisten, wodurch Formen distributiver Verteilung strikt zurückgewiesen werden.

Im Zusammenhang mit dem Staatsverständnis steht die ausgeprägte *Demokratiskepsis*, die sich durch neoliberale Theorien zieht. Hayek etwa lehnte in seiner Theorie eine parlamentarische Demokratie klar ab und schlug stattdessen die Einrichtung eines „Rat der Weisen“ vor, der mit der Gesetzgebung betraut werden sollte. Bettina Lösch (2008) erkennt darin zumindest eine Reduktion der Politik auf die Aufgabenbereiche von Sicherheit und Wettbewerbsregulierung, wenn nicht sogar eine Ablehnung der Demokratie und Bevorzugung von Diktaturen zur Durchsetzung der Marktwirtschaft (siehe dazu *Kap 2.5.2*).

Aus neoliberaler Sicht ist die demokratische Regierungsform grundsätzlich nur dann akzeptabel, wenn sie die Entfaltung einer freien Marktwirtschaft nicht behindert und der Legitimation der Gesellschaftsordnung dient. (Lösch 2008, S. 240)

2.3.5 Der Mensch als *Homo oeconomicus*

Das Konzept des *homo oeconomicus* stellt keine Arbeitshypothese dar in jenem Sinn, dass sich die Stichhaltigkeit dieser Hypothese an der Wirklichkeit menschlichen Verhaltens messen lassen müsste. Vielmehr handelt es sich bei *homo oeconomicus* um ein System von Annahmen, welches axiomatisch Aussagen bezüglich der Identität des Akteurs, dessen wirtschaftlichem Verhalten sowie seiner idealtypischen Umgebung voraussetzt. (Rolle 2005, S. 164)

Wie bereits dargestellt, bauen die neoklassischen Modelle zentral auf dem Menschenbild des *Homo oeconomicus* auf. Auch wenn er selbst ‚interner Kritik‘ ausgesetzt ist, wird bis auf einige Modellierungen in Grundzügen an ihm festgehalten. Adelheid Biesecker und Stefan Kesting (2003, S. 127) sehen den *Homo oeconomicus* durch drei Handlungsregeln charakterisiert: Er verhält sich eigennützig, erfolgsorientiert und seinen Nutzen maximierend. Robert Rolle (2005, S. 167ff.) gliedert die Annahmen rund um den idealtypischen *Homo*

⁴⁰ Diese reduzierte Konzeption des Staates als ‚Nachwächter‘ hatte allerdings schon im Manchester-Liberalismus gravierende Auswirkungen auf die breite Bevölkerung.

oeconomicus in vier Bereiche. Das *Handlungssubjekt* entscheidet im Rahmen eines strengen Individualismus und hat unendliche Bedürfnisse. Seine *Handlungsmaxime* sind bestimmt mit dessen strenger Rationalität (unter Ausschluss jeglicher emotionaler Beweggründe) und der Maximierung des Eigennutzens. Bezüglich der *Handlungssituation* wird unterstellt, dass der *Homo oeconomicus* mit der Knappheit der Güter konfrontiert ist, jedoch werden alternative Wahlmöglichkeiten angenommen – die Freiheit des *Homo oeconomicus* liege in der Wahlfreiheit. Die *Annahmen methodisch technischer Natur* schließlich beziehen sich auf die vollkommene Informiertheit des Handlungssubjekts, das bedeutet eine vollkommene Transparenz des Marktes.

Das liberale Paradigma vertritt also die Annahme, dass der Menschen sich rational verhält, wenn es um Zweck-Mittel-Entscheidungen geht. Er wird damit auf sein ökonomisches Verhalten begrenzt, das durch die Rationalitätsannahme prognostizierbar und theoretisch modellierbar wird (vgl. Willke 2003, S. 96f.). Das Menschenbild des *Homo oeconomicus* beruht auf einem utilitaristischen Paradigma. Die Verbindung einer utilitaristischen Ethik – d.h. die normative Begründung eines hedonistischen, nutzenmaximierenden Individualismus – mit der Ökonomie wurde besonders von *Jeremy Bentham* (1748–1832) geprägt (vgl. Rolle 2005, S. 114ff.). *Ricardo* schließlich vollzog den Schritt hin zu einer Verhaltensregel in Form einer „Modellvorstellung des wirtschaftenden Menschen“ (ebd., S. 122). In der Neoklassik wurde dafür erstmals der Terminus ‚*Homo oeconomicus*‘ verwendet. Durch *Gary S. Becker* erfolgte die neoliberale Erweiterung dieses Menschenbilds auf alle Gesellschaftsbereiche, durch die sämtliche zwischenmenschliche Beziehungen als Tauschverhältnisse interpretiert werden.⁴¹

Die *Kritik* am Menschenbild des *Homo oeconomicus* ist vielfältig und ich werde daher nur auf einige wenige Aspekte eingehen. Kritik aus der Perspektive der Nachhaltigkeit, wie sie vor allem VertreterInnen der Ökologischen Ökonomie vorbringen, wird etwas ausführlicher im *Kapitel 2.4.3* behandelt. Fundamentale Kritik etwa betrifft die Feststellung, dass dieses Menschenbild empirisch nicht zutreffe,⁴² d.h. schlichtweg falsch sei.⁴³

Fest steht, dass das beobachtbare Verhalten in vielen Fällen den Modellannahmen widerspricht. Solche Inkonsistenzen sind dabei weniger Ausnahmen als vielmehr die Regel: Ökonomisch handelnde Menschen verhalten sich in der Mehrzahl der Fälle anders, als es die ökonomische Theorie annimmt. (Raab 2006, S. 107)

⁴¹ Dieser sich ausbreitende und viel kritisierte „ökonomische Imperialismus“ steht für ein Denken, „das den Menschen und seine Beziehungen vollständig ökonomisiert und damit Marktverhältnisse totalisiert“ (Ptak 2008, S. 28).

⁴² Priddat (1997, S. 7) weist darauf hin, dass es für die neoklassische Theorie unerheblich ist, wie Entscheidungen empirisch zustande kommen, „weshalb sie völlig ohne Psychologie (...) auskommen kann.“

⁴³ Von BefürworterInnen wird entgegengehalten, dass diese Eigenschaften den Menschen ‚noch am Besten‘ beschreiben würden. Wobei sich dann trotzdem die Frage stellt, warum nicht an einem Menschenbild gearbeitet wird, das eher der Realität entspricht.

Bei der Rationalitätsannahme handle es sich um eine normative Forderung (nicht um eine anthropologische Bestimmung), und die Annahme der Eigennutzen-Maximierung wird in der ökonomischen Theorie verwendet, als „ein reines (prä-empirisches) Erklärungsprinzip“ (Rolle 2005, S. 190). Damit in Zusammenhang steht der Vorwurf, das Bild des *Homo oeconomicus* reduziere den Menschen auf einen rational entscheidenden ‚Nutzen-Automaten‘. Der „Maskulinismus des scheinbar geschlechtslosen homo oeconomicus“ (Michalitsch 2006, S. 118) macht ihn schließlich auch zum Ziel feministischer Kritik, die durch dieses patriarchale Menschenbild ungleiche Geschlechterverhältnisse legitimiert sieht.

2.3.6 Gerechtigkeit im neoliberalen Denken

Wenn es nicht das beabsichtigte oder vorhergesehene Resultat von irgendjemandes Handlung ist, daß A viel und B wenig haben soll, kann dies nicht gerecht oder ungerecht genannt werden. Wir werden sehen, daß das, was ‚soziale‘ oder ‚distributive‘ Gerechtigkeit genannt wird, tatsächlich bedeutungslos in einer spontanen Ordnung ist. (Hayek 1981, S. 56)

Aufgrund der dargestellten unterschiedlichen Strömungen, die unter dem Begriff des Neoliberalismus gefasst werden, lässt sich auch kein einheitliches Gerechtigkeitsverständnis definieren. Wie sich jedoch bereits in den Grundannahmen gezeigt hat, wurzelt der Neoliberalismus zum einen in utilitaristischen Vorstellungen, die verkürzt das Wohlergehen einer Gesellschaft an der Summe des Nutzens der einzelnen Individuen festmachen. Gerecht ist demnach eine Verteilung, die den größtmöglichen Nutzen bedeutet. Zum anderen orientieren sich neoliberale Ansätze sehr stark an libertären Gerechtigkeitstheorien. Diese legen „den Schwerpunkt nicht auf die Gerechtigkeit der Ergebnisse, sondern auf die Gerechtigkeit des Verteilungsprozesses“ (Krysiak 2007, S. 138).

In Folge werde ich mich insbesondere mit dem Gerechtigkeitsansatz von Hayek beschäftigen, da es sich um einen sehr einflussreichen Vertreter neoliberalen Denkens handelt und er sich explizit mit Gerechtigkeit auseinandersetzt. Hayek vertritt einen prozeduralen Ansatz der Verhaltensgerechtigkeit: „Gerechtigkeit hat einen Sinn nur als eine Regel für menschliches Verhalten“ (Hayek 1977, S. 24). Die *Verfahrensgerechtigkeit*, die von der wirtschaftsliberalen Theorie vertreten wird, zielt auf die Spielregeln ab, die somit für alle gleich sein müssten und „insofern eine Gleichheit der Chancen besteht“ (Willke 2003, S. 72). Die Notwendigkeit einer faktischen Chancengleichheit für einen funktionierenden Markt scheint innerhalb wirtschaftsliberaler VertreterInnen umstritten. Hayek jedenfalls weist tatsächliche Chancengleichheit als faktisch unmöglich zurück, und darüber hinaus wäre sie mit freiheitsberaubenden Eingriffen verbunden. An dieser Stelle wirft ihm sogar ein durchaus

affirmativer Autor wie Willke (2003, S. 73) vor, er verdränge damit das „Problem der ungleichen *Ausgangsbedingungen*.“⁴⁴

Bezüglich *gerechter Verteilung* rekurriert man im liberalen Verständnis meist nur auf das Pareto-Optimum, das allerdings nichts über die Ausgangsverteilung aussagt. Distributive Ansätze oder ‚Soziale‘ Gerechtigkeit lehnt Hayek strikt ab und diffamiert sie als Illusion. Der Begriff der ‚Sozialen Gerechtigkeit‘ sei inhaltsleer, denn die Forderung ist „nicht an das Individuum, sondern an die Gesellschaft gerichtet“ (Hayek 1981, S. 95). Damit wird sie zu einer Forderung, sich zu organisieren und Umverteilungsmechanismen zu installieren. Genau diesen gelenkten Prozess sieht Hayek als ungerecht, da er dazu tendiert, die individuelle Freiheit der Menschen zu beschränken. Umverteilung sei aber nicht nur ungerecht, sondern vielmehr ist sie aufgrund des Wesens einer freien Marktwirtschaft faktisch unmöglich umzusetzen, da keiner die besonderen Tatsachen kennt „auf denen die Gesamtordnung der Tätigkeiten in einer großen Gesellschaft beruhen“ (ebd., S. 23). Da die Funktionsweise der Marktwirtschaft als spontane Ordnung nicht im Detail bekannt und schon gar nicht planbar ist, bleibt die Frage nach Gerechtigkeit innerhalb dieser Prozesse obsolet. Verteilungsgerechtigkeit hat für Hayek deshalb keinen Sinn, weil sie nur in einer geplanten Wirtschaft, nicht aber in einer Marktwirtschaft vollkommen möglich ist. „Es kann keine austeilende Gerechtigkeit geben, wo niemand etwas austeilte“ (Hayek 1977, S. 24). Hayek zieht daraus zwei klare Schlüsse: Erstens habe der Begriff der Sozialen Gerechtigkeit in einer ökonomischen Marktordnung keine Bedeutung, und zweitens könne eine Marktordnung nicht erhalten werden, wenn ein Entlohnungssystem im Interesse bestimmter Gruppen von einer Autorität durchgesetzt wird⁴⁵ (vgl. Hayek 1981, S. 99). „Der Ausdruck ‚soziale Gerechtigkeit‘ gehört nicht in die Kategorie des Irrtums, sondern in die des Unsinnns wie der Ausdruck ‚ein moralischer Stein‘“ (ebd., S. 137).

Dieses Gerechtigkeitsverständnis stößt auf umfangreiche Kritik aus unterschiedlichsten Richtungen, die ich hier nur kurz anschnitten möchte. Ein Kritikpunkt betrifft die handlungstheoretischen Engführung, denn Hayek bezieht Gerechtigkeit „einzig auf intentionale menschlichen Handlungen“ (Biebricher 2011, S. 63). Willke (2003, S. 144f.) konstatiert, dass sich sowohl bei Hayek wie bei Friedman die Schwachstelle der marktliberalen Argumentation in der indifferenten Positionierung zur Verteilungsfrage zeige. Demirovic (2008, S. 26) bezeichnet das neoliberale Gerechtigkeitsverständnis als eine

⁴⁴ Hayeks Kampf gegen freiheitsraubende Kollektivismen habe ihn „zu weit in Richtung individueller Autonomie getrieben – was benannt und korrigiert werden muss“ (Willke 2003, S. 127). Das ungeklärte Problem der Ausgangsverteilung findet sich allerdings bei mehreren neoliberalen Vertretern, etwa ebenso in der einflussreichen liberalen Philosophie von Robert Nozick (vgl. Krysiak 2007, S. 139).

⁴⁵ Gerechtigkeit im Entlohnungssystem ist deshalb schlichtweg sinnlos, da die Höhe von Löhnen von Umständen abhängen, die niemand in ihrer Gesamtheit kennt (vgl. Hayek 1981, S. 114).

„paternalistische Gerechtigkeitsideologie, die das Interesse weniger mit dem Wohl aller gleichsetzt.“ Ott und Döring (2008, S. 49) sehen neoklassische ökonomische Modelle überhaupt sehr wenig geeignet, Verteilungsaspekte zu bewerten, und halten daher fest: (...) „die Ökonomik *ist* in ihrer Form der neoklassischen Mikroökonomik in Verteilungsfragen unzuständig.“ Es zeichnet sich bereits ab, dass dieses Gerechtigkeitsverständnis der Auffassung Sozialer Nachhaltigkeit diametral gegenübersteht. Eine konkrete Gegenüberstellung erfolgt dann im *Kapitel 2.4.6*.

2.4 Nachhaltiger Neoliberalismus? – Eine Kritik des neoliberalen Denkens aus (sozial) nachhaltiger Perspektive

Die neoliberale Verachtung von Natur und Gesellschaft ist eine Folge der Vorstellung einer Welt von *Homines oeconomici*, die der utilitaristischen Logik der Gewinnmaximierung folgen und bei diesem privaten Laster der Gesellschaft insgesamt nur Gutes tun. (Altvater 2008, S. 65)

Dieses Kapitel beschäftigt sich nun konkret mit dem Verhältnis des neoliberalen Denkens zu den Prinzipien der (Sozialen) Nachhaltigkeit. Ich schließe dazu an die breite Literatur im Umfeld der Ökologischen Ökonomie an, die sich aus ökologischer Perspektive kritisch mit Paradigmen des Neoliberalismus auseinandersetzt. Ich beginne das Kapitel daher mit der Kritik am Konzept *schwacher Nachhaltigkeit* der neoklassischen Umweltökonomie (*Kapitel 2.4.1*) und am *Wachstums-Paradigma* (*2.4.2*) Diese Debatten (die hier nur ansatzweise dargestellt werden) befördern grundlegende Gegensätzlichkeiten zutage. Obwohl es hier in erster Linie um die grundverschiedene Natur-Auffassung geht, gibt es durch die Konsequenzen für Verteilungsfragen einen sozialen Bezug. Auch bezüglich des *Homo oeconomicus* (*2.4.3*) werden zwar viele Kritikpunkte von Ökologischen ÖkonomInnen vorgebracht, jedoch ist die Verbindung zu sozialen Fragen schon viel stärker. Vor allem, wenn es um alternative Menschenbilder geht, und damit um die Frage, welche Eigenschaften und Werte den Menschen tatsächlich bestimmen (Solidarität, Empathie, Kooperation, gesellschaftliche Anerkennung etc.). Das *Kapitel 2.4.4* verbindet die ökonomische und die soziale Dimension durch die Frage nach der *gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen*. Schließlich geht es in den letzten Kapiteln zu *politischer Freiheit, Demokratie und Partizipation* (*2.4.5*) sowie *Ungleichheit, distributive Gerechtigkeit und Solidarität* (*2.4.6*) um zentrale Aspekte der Nachhaltigkeit und den oftmals diametral entgegengesetzten Zugang des neoliberalen Denkens. Im diesem Kapitel werden die beiden Konzepte überwiegend auf theoretischer Ebene bzw. auf Werte-Ebene gegenübergestellt. Denn der Neoliberalismus verkauft sich zwar oftmals als ‚objektive‘ Wissenschaft oder als

„naturegegebenes“ Ordnungsprinzip, indem er seine Prinzipien (Wettbewerb, Nutzenorientierung, individuelles Freiheitsstreben etc.) naturalisiert, doch tatsächlich – das wurde bereits in *Kapitel 2.3* deutlich – handelt es sich um ein moralisches Konzept. Daher ist es naheliegend den Vergleich mit dem ebenfalls normativen und ethischen Prinzip Sozialer Nachhaltigkeit auf Werteebene anzusetzen.

2.4.1 Schwache Nachhaltigkeit und ‚Inwertsetzungs-Logik‘ der neoklassischen Umweltökonomie

Die Postmoderne kennzeichnen (...) zwei Utopien: die umfassende Heilungsfähigkeit des freien Marktes und die technologische Reparierbarkeit der Welt. (Nordmann 2008, S. 111)

Von der neoklassischen Umweltökonomie werden Umweltzerstörung und -übernutzung als *rein ökonomische Probleme* (als negative externe Effekte) aufgefasst, die durch partielles Marktversagen theoretisch erklärbar seien. Um sie zu lösen, müssten diese *internalisiert* werden, indem die Verursacher der Übernutzung der Umwelt für die Kosten ihrer Handlungen bezahlen (vgl. Manstetten 2006, S. 43f.). Dafür ist es notwendig, die Umweltschäden und die Vermeidungskosten zu monetarisieren, d.h. „es müssen Methoden zur geldlichen Bewertung von Umweltschäden und Umweltschutzmaßnahmen entwickelt werden“ (Rogall 2002, S. 47). Neoklassische Umweltökonomie geht also davon aus, dass die Bezahlung von Geld die Zerstörung der Natur aufwiegen würde. Dieses Prinzip wird im Konzept der *schwachen Nachhaltigkeit* übernommen, das auf der Substituierbarkeit von Sach- und Naturkapital aufbaut und sich dadurch wunderbar „in die neoklassische Wachstumstheorie integrieren lässt“ (Ott; Döring 2008, S. 114). Hier wird eine ausreichende Kompensation angenommen, d.h. zukünftige Generationen würden durch höheres Sachkapital entschädigt.⁴⁶ Das Umweltproblem könne durch Effizienz und Technologie gelöst werden.

Die Kritik an diesem Zugang zur Umwelt wurde vor allem seit den 1980er Jahren von VertreterInnen der *Ecological Economics* formuliert, die sich den Nachhaltigkeits-Prinzipien und damit der Erhaltung des ökologischen Gesamtsystems verpflichtet fühlen. Sie weisen darauf hin, dass die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage strukturell bedingt ist und vor allem auf die „Naturvergessenheit“ neoklassischer Theorie zurückzuführen ist, die den Wirtschaftsprozess „als weitgehend unabhängig von natürlichen Restriktionen betrachtet“

⁴⁶ Konsequenz zu Ende gedacht, erwächst daraus die naive Vorstellung, die Zahlung eines Geldbetrages würde die Verschmutzung der Umwelt ‚wieder gut machen‘.

(Holstein 2003, S. 56).⁴⁷ Die Ökologische Ökonomie ist dabei keine einheitliche Theorie, sondern ihre VertreterInnen entwickelten unterschiedliche Ansätze. Zentrale gemeinsame Positionen finden sich in der Zurückweisung weiteren quantitativen wirtschaftlichen Wachstums (bis hin zur völligen Zurückweisung des Wachstumsideals), Betonung des Werts von Gemeinschaftsgütern, einer Ethik der Verantwortung und der Loslösung vom anthropozentrischen Blick auf Natur (bis hin zur Einräumung von Eigenrechten der Natur) (vgl. Rogall 2002, S. 84ff.).

Wesentliche Kritikpunkte der Ökologischen Ökonomie beziehen sich auf den *Substitutionsglauben*, da von einem unwiederbringlichen Verbrauch natürlicher Ressourcen ausgegangen wird, und auf die *Inwertsetzungs-Logik*⁴⁸ der neoklassischen Umweltökonomie,⁴⁹ die als zentraler Schwachpunkt gesehen wird. Durch diese wird etwa der Klimawandel als reiner Kostenfaktor interpretiert – wie viel kostet es uns, wenn die Gletscher schmelzen und die Trinkwasserversorgung dadurch eingeschränkt wird? Oder welchen Preis hätte gar die Sonne? Die Ökologische Ökonomie betont somit, „dass zumindest bestimmte natürliche Güter nicht ausschließlich im Rahmen der neoklassischen Allokationsökonomik betrachtet werden dürfen“ (Holstein 2003, S. 64). Die Monetarisierung von Umweltkosten ist nämlich mit zahlreichen methodischen und praktischen Problemen konfrontiert: Es handelt sich um komplexe Zusammenhänge; mit welchem Maßstab sollen Belastungen, Folgekosten und zukünftige Vorteile bewertet werden? Ist Zahlungsbereitschaft ein geeignetes Kriterium etc.⁵⁰ (vgl. Rogall 2002, S. 66ff.). Diese Probleme treten beispielsweise im System der Emissionszertifikate deutlich zutage,⁵¹ bei dem Unternehmen Rechte zur Luftverschmutzung erwerben und es damit in letzter Instanz um die „Privatisierung der Atmosphäre als Deponie für Treibhausgase“ geht (Altvater 2008, S. 61).

⁴⁷ Dies hängt vor allem mit der subjektiven Wertlehre der Neoklassik zusammen, die den Preis eines Gutes nicht mehr durch die materielle Eigenschaft und die enthaltene Arbeitsmenge bestimmt sieht, sondern durch die Zahlungsbereitschaft (vgl. Holstein 2003, S. 66f.).

⁴⁸ „Inwertsetzung meint einen Prozess, bei dem Teile der Natur überhaupt erst zu Ressourcen werden, indem neue Technologien und Märkte entstehen, welche deren Entwicklung ökonomisch aussichtsreich erscheinen lassen (z.B. genetische ‚Ressourcen‘, die gentechnologisch verarbeitet und vermarktet werden sollen).“ (Brand 2004, S. 121)

⁴⁹ Ganz im Sinne des anthropozentrischen Weltbilds erhält die Natur nur durch die Nützlichkeits-Bewertungen der Menschen einen Wert. Umwelt muss somit notwendigerweise ökonomisiert werden (vgl. Rogall 2002, S. 73).

⁵⁰ So weist Ekardt (2005, S. 186) darauf hin, dass in dieser Logik etwa der Wert eines stabilen Klimas von der Zahlungsbereitschaft der BürgerInnen bestimmt würde oder damit auch der Wert eines Menschenleben unterschiedlich bestimmt wird (praktisch etwa bei der Versicherung eines Atomkraftwerks in Deutschland oder in Indien).

⁵¹ Es zeigt sich vermehrt das Scheitern dieser Maßnahme, denn während vor allem Zertifikat-Händler(innen) und Finanzinstitutionen am Handel und an der Spekulation mit den Rechten verdienen, haben sie auf die reale Umweltverschmutzung so gut wie keine Auswirkung (vgl. Altvater 2008, S. 62; Ruzicka 2012).

2.4.2 Die Kritik am Wachstums-Paradigma

Wenn das Ziel ökonomischer Prozesse die Sicherung und Verbesserung menschlichen Lebens ist, führt die Maximierungsidee genau in die entgegengesetzte Richtung. (Muraca 2010, S. 356)

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt der Ökologischen Ökonomie bezieht sich auf das *Wachstums-Dogma* des Neoliberalismus, das sich in Form eines überschwänglichen „Innovationsoptimismus“ (Paech; Pfriem 2007, S. 105) auch im Nachhaltigkeits-Diskurs breit gemacht hat. Bereits der Bericht des Club of Rome (1972) zeigte klar die „Grenzen des Wachstums“ auf und betonte folgernd die Notwendigkeit, die Grenzen unseres Ökosystems zu respektieren. Im Konzept der *schwachen Nachhaltigkeit* sollte dies durch *Entkoppelung* von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum geschehen, d.h. durch Effizienz und *Dematerialisierung*. Paech und Pfriem (2007, S. 105f.) halten jedoch fest, dass dieses Ziel mittlerweile als praktisch gescheitert bezeichnet werden kann: Die ‚Entkoppelung‘ ist nicht im erhofften Umfang eingetreten, und die globale Übernahme westlicher Konsummuster, vor allem in den neuen Mittelschichten Chinas und Indiens, trägt dazu bei, dass der Verbrauch von Energie, Wasser, Fläche etc. im Steigen begriffen ist. Muraca (2010, S. 374) schreibt von der „Illusion eines nachhaltigen Wachstums.“⁵² Die Hoffnungen wurden nicht erfüllt, etwa durch die *New-Economy* der digitalen Welt, Wachstum trotz gleichbleibendem Ressourcenverbrauch zu ermöglichen. Die Wachstumsideologie ist dabei eng mit dem *Wettbewerbs-Prinzip* verbunden. Während es allerdings in Wettbewerben (etwa im Sport) klare Ziele gibt, wird der ökonomische Wettbewerb zu einem *Zweck für sich* geführt, ohne darüber hinausgehende Ziele zu verfolgen; wettbewerbsfähig zu sein genügt (vgl. Muraca 2010, S. 379f.). Wettbewerb verliert dadurch auch seine positiv kreative, schöpfende Kraft und verwandelt sich in einen „stahlharten sozioökonomischen Selbstzwang“ (ebd., S. 380). Schließlich sollte man in einer kritischen Auseinandersetzung auch die Bedingungen dieses Wachstums nicht übersehen, die historisch auf Kolonialisierung und Ausbeutung von Menschen wie von der Natur beruhen (vgl. ebd., S. 381f.).

Spannende Überlegungen zur Wachstums-Kritik werden von der *Décroissance-Theorie* formuliert, mit Ursprüngen in Frankreich und Italien. Die *Décroissance*-Perspektive richtet sich gegen den Glauben an Wachstum und Fortschritt als Notwendigkeit oder gar als Lösung gesellschaftlicher Probleme. Hier finden sich etwa biologisch-ökonomische Überlegungen, die die Hypothese der ‚Nicht-Sättigung‘ der neoklassischen Ökonomie in Frage stellen. Für Daly (1999, S. 52) bedeutet nachhaltige Entwicklung „in jedem Fall einen radikalen Umschwung von einer Wachstumswirtschaft (...) hin zu einer Wirtschaft im stationären

⁵² Der Begriff des ‚nachhaltigen Wachstums‘ erscheint aus diesem Blickwinkel als Widerspruch in sich.

Zustand.“ Dabei richtet sich die Kritik auch gegen das *System der Zinsen*, da es zur Wachstumsspirale beiträgt und ständig eine Steigerung der Produktion erfordert.⁵³

„Die Funktion des Geldes im Sinne einer Schuld, die mit Zins zurück zu zahlen ist, nötigt der Wirtschaft eine exponentielle Dynamik auf, die zu einem Raubbau an menschlichen und ökologischen Ressourcen führt“ (Hofmann 2008, S. 1).

Ebenso wird die ausschließliche *Fokussierung auf Wettbewerb* in Frage gestellt, denn in komplexen biologischen Systemen gäbe es „eine Kombination zwischen kooperativen und kompetitiven Verhaltensweisen“ (Muraca 2010, S. 356). Wachstumsspirale und Wettbewerb entkräften „jene Fähigkeit der Selbstgestaltung von Bewältigungsstrategien, die auf (...) Gemeinschaftlichkeit aufbauen“ (ebd., S. 386) und wirken sich somit negativ auf *Konvivialität* aus. Denn der Neoliberalismus vertritt weiterhin ein selbst in der Biologie überholtes sozial-darwinistisches Prinzip des *Survival of the fittest*, und überträgt dieses Prinzip auf den ‚natürlichen‘ Zustand des Marktes, „in dem die ungehemmte Entfaltung des Stärksten und Effizientesten Fortschritt und Optimalität bewirkt“ (Rammel 2002, S. 25).

Mit der Wachstums-Kritik in Zusammenhang steht weiters die *Ablehnung des BIP* als zentralen Indikator für Fortschritt und Wohlstand. Zum einen vermittelt es, dass ‚Lebensqualität‘ oder ‚Glück‘ mit dem ökonomischen Wohlstand einhergeht, was aber nachgewiesenerweise zumindest ab einer bestimmten Höhe nicht mehr zutrifft. Zum anderen wird kritisiert, dass das BIP nur wirtschaftliche Aktivitäten misst, „inklusive derjenigen, die zur Wiedergutmachung negativer Externalitäten getätigt werden müssen“ (Muraca 2010, S. 376). Dabei wird auch umweltschädigendes Verhalten (z.B. mehr Autofahren, generell mehr Konsum, kürzere Nutzungsdauer von Geräten etc.) indirekt positiv bewertet. Im Nachhaltigkeitsbereich gibt es daher zahlreiche Vorschläge alternativer Messinstrumente (auf die ich hier nicht eingehen kann). Teilweise wird die ökonomische Annahme der Messbarkeit und Quantifizierbarkeit überhaupt zurückgewiesen (vgl. ebd., S. 376f.). Der enge Zusammenhang des Wachstumsprinzips mit gesellschaftlicher Entwicklung ist dadurch gegeben, dass Wachstum (wie im *Kapitel 2.2* bereits dargestellt) nach wie vor als notwendig argumentiert wird, um Ungleichheiten zu verringern (und um die Alternative der Umverteilungsmaßnahmen zu vermeiden).⁵⁴

⁵³ Diese spannende Debatte würde hier zu weit führen – siehe dazu etwa Senf (2009, S. 81ff.) oder Daly (1999, S. 235ff.).

⁵⁴ Tatsächlich ist die ‚gesellschaftliche‘ Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum allgegenwärtig: Weniger Wachstum bedeutet weniger Steuereinnahmen und damit weniger umverteilende Staatsausgaben. Dies könnte aber durch Veränderungen des Steuersystems, etwa ökologische Verbrauchssteuern, Vermögenssteuern etc., leicht verändert werden.

2.4.3 Das Verhältnis des *Homo oeconomicus* zu Nachhaltigkeit

Eine Gesellschaft, die langfristig bestehen soll, ist darauf angewiesen, dass es in ihr Menschen gibt, die sich in entscheidenden Situationen an Maximen jenseits des privaten Nutzenkalküls orientieren. Dafür hat jedoch die Ökonomik, wie (...) auch jede andere Rational Choice Theorie, keine Begrifflichkeit und Sprache. (Manstetten 2006, S. 46)

In diesem Kapitel beschäftige ich mich überblicksmäßig mit Kritik am *Homo oeconomicus*, wie sie wiederum vor allem von VertreterInnen der Ökologischen Ökonomie formuliert wurde, und gehe sehr knapp auf alternative Menschenbilder ein. Einige allgemeine Vorwürfe, wie etwa jener, dass dieses Menschenbild schlichtweg nicht der empirischen Realität entspreche, habe ich bereits in *Kapitel 2.3.5* behandelt. Lars Holstein (2003, S. 21) beschäftigt sich intensiv mit der Frage, „ob die Handlungsziele von homo oeconomicus mit den Anforderungen an menschliches Verhalten vereinbar sind, die aus dem Nachhaltigkeitsbegriff abgeleitet werden.“ Er versucht die Neoklassik so zu interpretieren und den Nachhaltigkeitsbegriff so zu formulieren, dass sich eine Anschlussfähigkeit in beide Richtungen ergibt. VertreterInnen der Ökologischen Ökonomie sind sich weitgehend einig, dass die Nachhaltigkeits-Idee nicht mit dem neoklassischen Menschenbild zu vereinbaren ist, „da das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung nach ihrer Ansicht nicht als Konsequenz von Nützlichkeitsabwägungen darstellbar ist“ (Holstein 2003, S. 99).

Argumentiert wird unter anderem mit dessen extremem *Individualismus*, der suggeriert „jede beliebige Handlung (...) ganz nach eigenem Gusto vornehmen zu können, ohne sich sonderlich über die u.U. fatalen Wirkungen für andere Menschen zu bekümmern“ (Ekardt 2005, S. 18). Die zunehmende Zerstörung der Lebensgrundlage beweist, dass sich das *eigennützige Verhalten* des *Homo oeconomicus* in der Summe negativ für alle Gesellschaftsmitglieder auswirken kann. Ähnlich die Kritik Holger Rogalls (2002, S. 113), der konstatiert, dass das Menschenbild des *Homo oeconomicus* den Menschen von allen Abwägungsprozessen zwischen Gut und Böse befreit, wenn es nur gelte, nach einem Nutzen-Kalkül zu entscheiden. Adam Smiths ‚unsichtbare Hand‘ wirkt im Menschenbild des *Homo oeconomicus* nach, dessen individuelles Nutzen-Streben automatisch zur Wohlfahrt der gesamten Gesellschaft führe. Da sich allerdings in diesem formalen Individualismus nur die Nutzenpakete der einzelnen Subjekte summieren, kann nach Muraca (2010, S. 358) nur von einem „*totalen Nutzen* (...) gesprochen werden, welcher mit *kollektivem Nutzen* oder mit *gemeinsamem Wohl* zunächst nichts zu tun hat.“ Das totale Wohl – als Summe aller individuellen Einzelnutzen – könne nicht mit dem gemeinsamen Wohl gleichgesetzt werden.

Auch wenn die Verhaltensweisen des *Homo oeconomicus* nur bedingt auf die Menschen zutreffen, lässt sich anhand experimenteller Untersuchungen belegen, „dass von der Verwendung der Eigennutzenmaximierung in der ökonomischen Theorie durchaus eine normative Kraft auf menschliches Handeln ausgeht“ (Holstein 2003, S. 114). So wird ein

egoistisches Verhalten gefördert bzw. jene Menschen, die diesem Verhalten am nächsten kommen.⁵⁵ Zur Überwindung dieser bedenklichen Entwicklung und dieses problematischen Bildes wurden mehrfach alternative Menschenbilder entworfen. Hier finden sich etwa Überlegungen, die auf christlich-moralischen Normen basieren (siehe dazu etwa Ulrich 1997), oder feministische Ansätze der Care-Ökonomie, etwa durch „Vorsorgendes Wirtschaften“ bei Adelheid Biesecker (2011) oder die „Vier-in-einem-Perspektive“ Frigga Haugs (2008). Das Menschenbild des *Homo politicus*⁵⁶ wurde vor allem deshalb entworfen, weil der *Homo oeconomicus*, der nur seinen eigenen Interessen folgt, die Möglichkeit eines politischen Systems, vor allem der Demokratie radikal in Frage stellen würde. So wird dem *Homo oeconomicus* auch nicht zugestanden ein Interesse am „langfristigen (...) Fortbestehen der natürlichen Lebensgrundlage (ökologisches Interesse)“ zu haben (Rolle 2005, S. 231). Damit in Zusammenhang stehen die konkreten Entwürfe eines *Homo sociooeconomicus*⁵⁷ oder eines *Homo oecologicus*⁵⁸. Der *Homo reciprocans* bildet ein alternatives Menschenbild, das die menschliche Gesellschaft und den wichtigen sozialen Bund wesentlich durch das Paradigma der Gabe (Reziprozität),⁵⁹ und damit einhergehend durch gegenseitiges Vertrauen, bestimmt sieht (vgl. Muraca 2010, S. 360ff.). Im ‚nachhaltigen‘ Menschenbild des *Homo sustinens* schließlich wird die menschliche „Fähigkeit der Empathie für andere Menschen und der emotionalen Naturwahrnehmung“ (Holstein 2003, S. 138) betont, die ihm ein pflichtbewusstes und ethisches Handeln ermöglichen.

2.4.4 Unternehmen und die Grenzen von Effizienz und CSR

Es gibt wenig Entwicklungstendenzen, die so gründlich das Fundament unserer freien Gesellschaft untergraben können, wie die Annahme einer anderen sozialen Verantwortung durch Unternehmer, als die, für die Aktionäre ihrer Gesellschaften soviel Gewinn wie möglich zu erwirtschaften. (Friedman 1971, S. 176)

⁵⁵ Diese Schlussfolgerung drängt sich jedenfalls angesichts der Top-Verdienste von Banken-, Hedgefonds- und sonstigen Managern auf.

⁵⁶ Das Handlungssubjekt strebt im Konzept des *Homo politicus* zwar ebenso nach Eigennutz, erhält aber Selbstachtung und Anerkennung, „indem es sich für das Gemeinwohl engagiert“ (Rolle 2005, S. 231).

⁵⁷ In Ablehnung des reinen Individualismus und der Nutzenorientierung des *Homo oeconomicus* begreift der *Homo sociooeconomicus* menschliches Handeln „als Resultat von inneren Bedürfnissen, den Präferenzen, und äußeren Zwängen, den gesellschaftlichen Konventionen“ (Holstein 2003, S. 136).

⁵⁸ Der *Homo oecologicus* schätzt alles Leben und die Natur und begreift dadurch „die Achtung der Lebensrechte anderer Artgenossen und sogar anderer Spezies als moralische Pflicht“ (Holstein 2003, S. 137).

⁵⁹ Auch Polanyi (1977, S. 77ff.) erachtet Reziprozität – in anthropologischer Auseinandersetzung mit indigenen Völkern – als Grundverhalten der Menschen.

Nachhaltigkeit wird in privatwirtschaftlichen Unternehmen derzeit in erster Linie im Sinne einer schwachen Nachhaltigkeit umgesetzt. Hier geht es um Minimierung des Energieverbrauchs, ökologisches Produkt-Design, Materialeffizienz oder Verlängerung der Nutzungsdauer (vgl. Pufé 2012, S. 71f.). Das ökologische und gesellschaftliche Engagement wird in Form zunehmend in Kritik geratener *Nachhaltigkeitsberichte* oder CSR-Strategien (Corporate Social Responsibility) – Stichwort ‚Green-Washing‘ – nach außen transportiert und soll „Wettbewerbsvorteile und Differenzierung erlauben“ (ebd., S. 168).⁶⁰ Damit wird Nachhaltigkeit „vom lästigen Ökothema zum potentiellen Erfolgskonzept“ (ebd., S. 164). Es scheint, als könne die Wirtschaftswelt, in ihrem eigenen Denken verhaftet, ihr nachhaltiges Engagement nur ökonomisch begründen (ein Verdacht, der wohl nicht ganz generalisierbar ist). Gleichzeitig wäre es m.E. vermessen, die Transformation der Gesellschaft bei privatwirtschaftlichen Unternehmen zu suchen, die nun mal davon leben, sich ‚zu verkaufen‘. Unternehmen setzen auf Nachhaltigkeit ‚wenn es etwas bringt‘ (Gewinn), d.h. wenn KonsumentInnen ihre Kaufentscheidung an Nachhaltigkeits-Prinzipien ausrichten. In diese Richtung geht auch die unverblünte Ansage von Iris Pufé (2012, S. 22): „Nachhaltigkeit müsse sich erst noch seinen *Business Case* schaffen, also ein Modell zur Gewinnerwirtschaftung und damit zur ökonomischen Legitimierung.“⁶¹ In dieser Logik legitimiert sich Nachhaltigkeit nur über monetären Gewinn, nicht etwa durch Grenzen der Natur oder eine Ethik der Verantwortung. Nachhaltigkeit wird zum ‚Wettbewerbsvorteil‘, operationalisiert vor allem durch Effizienzsteigerung. Die zynische Konsequenz: Die Verantwortung wird auf die einzelnen umweltbewussten, sich jedoch oftmals machtlos fühlenden KonsumentInnen abgewälzt.

Brisant ist die Bewertung von CSR-Aktivitäten durch einen Klassiker der neoliberalen Denkschule. Der schon kapiteleinleitend zitierte Milton Friedman weist die *soziale Verantwortung von Unternehmen* rigoros zurück:

In einem freien Wirtschaftssystem gibt es nur eine einzige Verantwortung für die Beteiligten: sie besagt, daß die verfügbaren Mittel möglichst gewinnbringend eingesetzt und Unternehmungen unter dem Gesichtspunkt der größtmöglichen Profitabilität geführt werden müssen. (Friedman 1971, S. 175)

Die Ablehnung einer sozialen Verantwortung der Unternehmen begründet er damit, dass die Unternehmer(innen) nicht bestimmen könnten, was das soziale Interesse sei und worin somit die soziale Verantwortung tatsächlich liege (im Sinne der spontanen Ordnung des Marktes).

Was bedeutet diese Einschätzung und der monetäre unternehmerische Zugang nun praktisch für die Debatte um Nachhaltigkeit? Meines Erachtens ist es ein deutliches Signal

⁶⁰ So kann sich etwa BMW offenbar ohne ‚schlechtes Gewissen‘ als nachhaltiges Unternehmen der *Automobilindustrie(!)* bezeichnen (vgl. Pufé 2012, S. 170).

⁶¹ In diese Richtung gehen auch Schätzungen ‚globaler Nachhaltigkeits-Geschäftschancen‘, die das Potential der Vermarktung von Nachhaltigkeit analysieren (vgl. Pufé 2012, S. 23f.).

dafür, dass die ‚Nachhaltigkeitsrevolution‘ nicht von den privatwirtschaftlichen Unternehmen ausgehen wird. Dieses Ergebnis spricht wiederum dafür, dass es sowohl eine Loslösung von marktliberalen Prinzipien als auch eine Stärkung gesamtgesellschaftlicher (staatlicher, zivilgesellschaftlicher etc.) Bestimmung und Einflussnahme braucht.

2.4.5 Nachhaltigkeit durch politische Freiheit und Demokratie

Zugleich offenbart die Gleichsetzung von Marktwirtschaft und Demokratie das neoliberale Verständnis von Gerechtigkeit, die dann besteht, wenn niemand daran gehindert wird, an Marktprozessen teilzunehmen. Allgemein gesprochen geht es um formelle Gerechtigkeit, die explizit von materieller Gerechtigkeit abgegrenzt wird. Wie die Freiheit ist auch die Gerechtigkeit in der neoliberalen Lehre eine negative Kategorie, die allein rechtliche Diskriminierungen ausschließen soll, aber keine positiven Normen beinhaltet. (Ptak 2008, S. 71)

Ralf Ptak (2008, S. 64) weist darauf hin, dass im *neoliberalen Freiheitsverständnis* „das Problem ökonomischer Macht und die Notwendigkeit materieller Voraussetzungen zur Entfaltung der persönlichen Freiheit ausgeblendet werden“. Freiheit bedeutet hier *wirtschaftliche Freiheit*, d.h. die Möglichkeit zur Marktteilnahme, und *nicht politische Freiheit*.⁶² In diesem Zusammenhang kritisiert Ekardt (2005, S. 119f.), dass Freiheit im neoklassischen Verständnis keine Voraussetzungen hat. Alleine die Abwesenheit von Zwang gilt als Kriterium für Freiheit, selbst wenn es Menschen an den elementarsten Dingen (Wasser, Lebensmittel etc.) mangelt, gelten sie als frei (zumindest ‚frei zu sterben‘). Dieses Verständnis von individueller Freiheit hat darüber hinaus eine legitimatorische Funktion für „die aus der neuen kapitalistischen Marktorganisation hervorgehende Macht-, Einkommens- und Vermögensverteilung, denn nun wird der freie, gleiche Einzelne für sein Geschick verantwortlich, jeder zu ‚seines Glückes Schmied‘“ (Michalitsch 2006, S. 122). Staatliche oder auch ‚gesellschaftliche‘ Eingriffe in das Marktgeschehen werden somit vermeintlich ‚rechtmäßig‘ als freiheitseinschränkende Interventionen abgelehnt. Im Konfliktfall, etwa im Spannungsverhältnis mit Sozialer Gerechtigkeit, hat persönliche Freiheit immer Vorrang (vgl. Willke 2003, S. 74). Folglich schließen diese beiden moralischen Prinzipien einander im neoliberalen Verständnis aus. Die Verbindung von Freiheit und staatlichen Eingriffen zur ‚Steigerung von Gerechtigkeit‘ lässt sich aber sehr wohl ethisch argumentieren. Allerdings nur, wenn ein *positiver Freiheitsbegriff* verwendet wird, wie es etwa Amartya Sen (2010) mit seinem „Befähigungs-Ansatz“ tut, der für eine „regulierte Marktwirtschaft“ eintritt, die über Umverteilungsmaßnahmen aktiv daran arbeitet, benachteiligten Menschen mehr Freiheit in Form von

⁶² Dass sich wirtschaftliche Freiheit im Sinne des Neoliberalismus offenbar problemlos in Diktaturen, d.h. in politischer Unfreiheit, realisieren lässt, beweist unter anderem das Beispiel Chile (siehe Kapitel 2.5.2)

Handlungsmöglichkeiten (*Capabilities*) zu verschaffen. An diesem positiven Freiheitsbegriff orientiert sich auch das Nachhaltigkeits-Konzept, wie im *Kapitel 2.2.4* bereits mit dem Fähigkeitsansatz Martha Nussbaums erläutert. Es zeigt sich also auch hier ein *gegensätzliches Freiheitsverständnis* zwischen neoliberaler Theorie und dem Nachhaltigkeits-Prinzip.

Robert Rolle stellt fest, dass im neoklassischen Verständnis die Freiheit des Menschen nur in der Freiheit des Willens besteht, Dinge zu tun, d.h. *Handlungsfreiheit*. Der Wille selbst hingegen ist eindeutig durch die *Nutzenmaximierung* bestimmt. Der *Homo oeconomicus* kann also nicht „die Maximierung seines Eigennutzens als Ziel in Frage (...) stellen“ (Rolle 2005, S. 224), somit über die Ziele selbst nicht frei bestimmen. „Handlungsfreiheit meint die Möglichkeit, sich entsprechend seiner Präferenzen zu verhalten. Willensfreiheit ist die Fähigkeit, seine eigenen Präferenzen zu bestimmen“ (ebd., S. 342). Wenn nur das Handeln frei ist, aber der Wille als Nutzenmaximierung determiniert, wird auch alles altruistische, moralische oder ethische Handeln in der Annahme des individuellen Nutzens interpretiert. Nicht-egoistische Handlungsmöglichkeiten werden somit nicht ausgeschlossen, aber verkümmern unter dieser Prämisse des Individualismus. Gerade bezüglich der Fragen nach der Realisierbarkeit einer nachhaltigen Entwicklung unter neoliberalen Vorzeichen handelt es sich meines Erachtens um eine wichtige Feststellung. So gedacht, hätten die Menschen, als *Homines oeconomici* nämlich schon von Grund auf nicht die Möglichkeit, das Nachhaltigkeits-Prinzip als zentrales Handlungsziel zu bestimmen.

Wie bereits angeführt, wird die individuelle Freiheit, die eigenen Wünsche zu erfüllen, auch deshalb als beste Lösung angesehen, weil das Vorhandensein einer darüber hinausgehenden Definition von Gemeinwohl bzw. eines gemeinschaftlichen Interesses aufgrund der mannigfaltigen Wünsche und Bedürfnisse der Individuen bezweifelt wird (vgl. Willke 2003, S. 69f.). Nachhaltigkeit wäre aber eben gerade ein derartiges *gesamtgesellschaftliches, gemeinsam definiertes Ziel*, dass die Marktlogik aber offensichtlich nicht als solches berücksichtigen kann.

Die Geringschätzung politischer Freiheit steht in Zusammenhang mit dem teilweise *problematischen Demokratieverständnis* neoliberaler Vordenker, die Demokratie nur so lange befürworten, wie sie die freie Marktwirtschaft nicht in Frage stellt.⁶³ „Neoliberale negieren die sozialen und materiellen Voraussetzungen der Demokratie und betrachten diese als ein rein formales Verfahren“ (Lösch 2008, S. 240). Hingegen wird die Gewährung sozialer Grundrechte und die Gleichheit der Menschen oftmals als Bedingung für funktionierende Demokratie betrachtet. Durch die Vorgabe des Marktwirtschafts-Prinzips

⁶³ Politische demokratische Systeme seien nach Ansicht neoliberaler Vordenker auch nur bedingt notwendig, da die Marktbeziehungen selbst als demokratisch aufgefasst werden.

wird die Demokratie-Politik einiger ihrer zentralen Funktionen enthoben, nämlich Gesellschaft zu gestalten. Ptak (2008, S. 70) spricht in diesem Zusammenhang von einer „beschränkten Demokratie“, also einer Entkernung der Demokratie von ihrem materiellen Kern und ihrer sozialen Substanz unter Beibehaltung ihrer legitimatorischen Funktion“. Denn natürlich betreibt auch der neoliberale Staat Politik, „allerdings in erster Linie zwecks Ausbaus und Sicherung der Marktgesellschaft“ (ebd., S. 67).

Im Gegensatz dazu wird *Partizipation* und aktive Einbeziehung der Menschen (etwa durch Bildung) als Grundvoraussetzung für die Realisierung einer nachhaltigen Entwicklung erachtet (deutlich etwa in der *Agenda 21*). Zugleich gibt es auch in der politischen Nachhaltigkeits-Debatte Zweifel an den Realisierungsmöglichkeiten von Nachhaltigkeit in demokratischen Systemen, wo es notwendig wäre, das Nachhaltigkeitsprinzip etwa in Verfassungsrang zu bringen, um es tatsächlich verbindlich zu machen.

2.4.6 Das Verhältnis des Neoliberalismus zu Ungleichheit, distributiver Gerechtigkeit und Solidarität

Ebenso wenig wie die Achtung vor der Natur ist (...) eine Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse anderer Menschen im Rahmen der Neoklassik als möglich anzusehen. (Holstein 2003, S. 98)

Wie im *Kapitel 2.3.6* bereits festgestellt, wird in der (neo)liberalen Theorie *soziale Ungleichheit* überwiegend als notwendig im Sinne des ‚Leistungs-Prinzips‘ legitimiert.⁶⁴ Allerdings blendet die neoklassische Theorie soziale Ungleichheit gewissermaßen überhaupt aus, da sie auf der Annahme gleicher Ausgangsverhältnisse und Tauschgeschäften auf ‚Augenhöhe‘ basiert.

Die Unsichtbare Hand des Adam Smith löst nicht die Frage nach der gerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen und blendet damit das Problem der Gerechtigkeit im Wesentlichen aus. (Manstetten 2006, S. 43).

Die Analyse-Kategorie der *Macht* kommt in ökonomischen Theorien nicht vor. KritikerInnen dieser theoretischen Modelle argumentieren daher, dass es staatliche Eingriffe braucht, um Asymmetrien – in Einkommens-, Vermögens- oder Machtkonzentration – nicht noch weiter zu verschärfen (vgl. Rogall 2002, S. 115). Nicht zuletzt befeuert das Knappheits-Prinzip sozialen Ausschluss und Ungleichverteilung, da sich die Verteilung von Gütern am Markt nach dem dringendsten Bedarf richtet, der jedoch nur „durch die Zahlungsbereitschaft angezeigt wird. Andere Dringlichkeiten werden ignoriert“ (Willke 2003, S. 38). Das erklärt

⁶⁴ Debatten um Verteilungsgerechtigkeit und soziale Ungleichheit werden von neoliberaler Seite stark ideologisiert und bekämpft, zum Beispiel, indem Forderungen nach Gerechtigkeit als ‚Neiddebatten‘ abgestempelt werden. Tatsächlich handelt es sich beim Gefühl im Zusammenhang mit Ungerechtigkeit jedoch nicht um Neid, sondern um Empörung (vgl. Ott; Döring 2008, S. 52f.).

auch die nicht-nachhaltige Tendenz, dass gerade jene, die schon ‚zu viel‘ haben, immer noch mehr erhalten, während jenen die bereits zu wenig haben, weiterhin der Zugang zu Lebensnotwendigem verwehrt bleibt.

Sogar liberale VertreterInnen bestätigen die Kritik, dass Marktkräfte dazu tendieren bestehende Ungleichverteilungen von Ressourcen noch zu verstärken, wodurch *Asymmetrien* zwischen TauschpartnerInnen entstehen. „In diesem Fall erweist sich das ‚Gesetz des Marktes‘ tatsächlich nur als das Recht des Stärkeren, sprich: Reicherer“ (Willke 2003, S. 45).⁶⁵ Die Funktion des Marktes wird auch durch *Machtkonzentration* in Form sehr großer Unternehmen oder gar Kartelle oder Oligopole ausgehebelt, da dadurch der Tausch verfälscht wird. Nachdem es sich in der Realität – vor allem global gesehen – oftmals um asymmetrische Tauschverhältnisse handelt, ist davon auszugehen, dass diese Macht-Asymmetrien wesentlich zur ‚Unvollkommenheit der Märkte‘ bzw. zu den beobachtbaren gravierenden Nebeneffekten der Marktwirtschaft beitragen. Es ist auch fraglich, ob die umfangreichen Voraussetzungen für das Funktionieren des Marktes – insbesondere Regulierungsmechanismen – tatsächlich in dieser Form vorhanden sind. Auf diese Frage sowie auf die empirisch-beobachtbare Zunahme von sozialer Ungleichheit komme ich in *Kapitel 2.5.4* und in der Länderanalyse im *Kapitel 3.3.4* zurück.

Die Wahrnehmung und Bewertung sozialer Ungleichheit hängt eng mit dem Gerechtigkeits-Thema zusammen. Das neoliberale Gerechtigkeitsverständnis, wie es vor allem von Hayek formuliert wurde, habe ich bereits in *Kapitel 2.3.6* ausführlicher behandelt. An dieser Stelle möchte ich darauf zurückkommen und nochmals in Bezug auf das Nachhaltigkeits-Prinzip diskutieren.

Der Gerechtigkeitsansatz der Nachhaltigkeit trägt – wie dargestellt – in seiner subversiven Ursprungs-Idee die *Forderung nach Umverteilung* in sich, jedenfalls hat er eine egalitäre Komponente wenn es darum geht, zumindest ‚gleichere‘ Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung zu schaffen. Ralf Ptak (2008, S. 71f.) stellt fest, dass egalitäre Ansätze von liberaler Seite oftmals als ‚Gleichmacherei‘ abgetan werden,⁶⁶ obwohl der Wert der Gleichheit ein wesentlicher Aspekt von Gerechtigkeits-Fragen ist. *Egalitäre Positionen* betonen zweierlei: Zum einen die Gleichheit der Startbedingungen (Chancengleichheit), zum anderen eine Verteilungs-Gerechtigkeit, die aber nicht eine plumpe Vereinheitlichung bedeutet, sondern „in der die Einkommensunterschiede auf Grundlage politisch-moralischer Kollektiventscheidungen begrenzt werden“ (ebd., S. 72). Dieser distributive Ansatz – der auch als

⁶⁵ Willke (2003, S. 45f.) führt weiters an, dass dieses Problem in der liberalen Theorie unterschiedlich diskutiert wird. Während etwa *Milton Friedman* die Freiwilligkeit des Tausches als ein wesentliches Kriterium erachtet, steht *Ludwig von Mises* auf der Position, dass Ungleichheit als wichtiges Anreizsystem der Marktwirtschaft gerechtfertigt sei.

⁶⁶ Gerade im aggressiven Antiegalitarismus sieht Ptak (2008, S. 73) klare Bezüge zu einem problematischen Sozialdarwinismus.

„Soziale Gerechtigkeit“ bezeichnet wird – ist aber offenbar mit der Theorie der Marktwirtschaft nicht vereinbar bzw. entsprechend der Gesetze des Marktes – wie von Hayek formuliert – gar nicht denkbar.⁶⁷ Zum distributiven und *egalitären Gerechtigkeitsansatz der (Sozialen) Nachhaltigkeit* zeigen sich somit fundamentale Widersprüche mit den Auffassungen des Neoliberalismus, die Ptak folgendermaßen zusammenfasst:

So verstandene Egalität bildet in dreifacher Hinsicht einen fundamentalen Gegensatz zum neoliberalen Modell: erstens, weil sie eine kollektive Kategorie voraussetzt, nämlich eine gesellschaftspolitische Verabredung über einen gewünschten Zustand, wie auch immer dieser aussehen mag; zweitens, weil Egalität den direkten Gegensatz zu Konkurrenz und Wettbewerb bildet, also jenen Prinzipien, die das Grundgerüst der neoliberalen Marktgesellschaft ausmachen; und drittens, weil Egalität eine ökonomische Dimension hat, die auf die Korrektur der Marktergebnisse abzielt und eine gerechte Verteilung des Produktivitätsfortschritts anstrebt. (Ptak 2008, S. 72f.)

Der erste hier angeführte Punkt – eine Vereinbarung über einen gewünschten Zustand der Gesellschaft – erscheint mir bezüglich Nachhaltigkeit entscheidend. Die neoliberale Theorie lehnt es ab (bzw. weist dies sogar als praktisch unmöglich zurück), dass sich die Menschen auf ein „über den Markt hinausgehendes“ Ziel verständigen. In der politischen Praxis scheint dies tatsächlich traurige Realität: Politik bemüht sich um wirtschaftliches Wachstum und um „Standort-Sicherung“ während nationale Nachhaltigkeits-Strategien ein Schatten-Dasein führen. Ebenso werden die im Nachhaltigkeits-Prinzip enthaltenen distributiven Ansätze als ungerechtfertigte Eingriffe in die freie Marktwirtschaft zurückgewiesen. Auch die Ökologische Ökonomie erachtet „die utilitaristische Neoklassik als nicht vereinbar mit den Gerechtigkeitsargumenten (...), die zur Begründung von Nachhaltigkeit als unverzichtbar angesehen werden“ (Holstein 2003, S. 97f.).

Weiters hat das Nachhaltigkeits-Prinzip (als auch die Idee Sozialer Gerechtigkeit) – wie erläutert – einen engen Bezug zu *gesellschaftlicher Solidarität*. Von neoliberalen Vorurteilen allerdings wird auch dieses ethische Prinzip abgelehnt. Hayek (1981, S. 123f.) etwa diffamiert das moralische Gefühl der Solidarität als primitives Überbleibsel aus der Zeit, als Menschen noch in Kleingruppen lebten; dieses sei nicht auf die „große Gesellschaft“ übertragbar. Hayek weist also Emotionen in Bezug auf Ungleichheit als „übertriebene Sentimentalitäten“ zurück. Schließlich sei die „instinktgeleitete ‚Solidarität‘ des Teilens (...) für primitive Gesellschaften kennzeichnend“ (Reitzig 2008, S. 136). Diese *Zurückweisung der Solidarität* durch das neoliberale Gesellschafts-Bild steht meines Erachtens der Konzeption einer ‚nachhaltigen Gesellschaft‘, die wesentlich auf dem Solidaritätsprinzip beruht, diametral gegenüber.

⁶⁷ „Aus neoliberaler Sicht ist der Begriff des Sozialen eine ideologische Figur, die bewusst oder unbewusst die Marktwirtschaft (...) untergräbt“ (Ptak 2008, S. 72).

2.5 Neoliberalisierungsprozesse – Wirtschaftspolitische Praxis und Konsequenzen

Ich schlage vor, den Neoliberalismus als eine praktische Ideologie der Akteure des Kapitals zu begreifen. Als solche ist er vor allem (gegen)revolutionär und zerstörerisch; er organisiert die Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse unter kapitalistischen Bedingungen. (Demirovic 2008, S. 19)

Wie sich gezeigt hat, ist der Begriff des Neoliberalismus einerseits umstritten, andererseits werden unterschiedliche marktliberale Strömungen darunter zusammengefasst, was den ‚echten‘ Neoliberalismus schwer greifbar macht. Trotzdem konnten in den letzten Abschnitten einige zentrale Annahmen und Grundlagen festgemacht und die gegensätzlichen Positionen zu den Prinzipien der Nachhaltigkeit herausgearbeitet werden. Im folgenden Abschnitt soll nun überblicksartig erläutert werden, wie sich diese Theorien, Prinzipien und Annahmen als eine *neoliberale Praxis* in Wirtschaft und Gesellschaft etablieren konnten.⁶⁸ Biebricher (2011, S. 90) verwendet dafür in Anlehnung an das staatssozialistische System der Sowjetunion die sicherlich strittige Bezeichnung eines „real existierenden Neoliberalismus“. Trotz der problematischen Konnotation erscheint mir diese Bezeichnung durchaus sinnvoll, denn abgesehen von den inhaltlich diametralen Unterschieden geht es auch hier um die praktische Umsetzung einer in zahlreichen, teilweise widersprüchlichen Theorien festgeschriebenen Gesellschaftsform.⁶⁹ Nachdem sich das letzte Kapitel also mit den Theorien hinter dem Neoliberalismus beschäftigt hat, geht es an dieser Stelle um die realpolitische praktische Umsetzung. Dabei kommen vor allem zwei Analyse-Ebenen⁷⁰ in Frage: Nämlich zum einen die mikroökonomische Ebene, d.h. Menschen und ‚Haushalte‘ bzw. spezifischer die *Wertemuster*, das Denken und Verhalten der Individuen, die ich hier nur kurz streife (*Kapitel 2.5.1*). Zum zweiten die makroökonomische bzw. gesellschaftliche Ebene, d.h. *wirtschaftspolitische Maßnahmen und Instrumente*, die zur Einführung und Verbreitung neoliberaler Ansätze beitrugen, die in der jüngeren Geschichte (vor allem ab den 1980er Jahren) implementiert wurden (2.5.2). Die wirtschaftspolitischen Instrumente stehen im Fokus, da sie mir in Folge als ‚Indikatoren‘ für die Auseinandersetzung mit dem Fallbeispiel Bolivien dienen. Vor allem beschäftige ich mich mit *Privatisierungen* im Zuge von Neoliberalisierungsprozessen (2.5.3). Abschließend gehe ich auf Analysen ein, die sich mit den Auswirkungen des Neoliberalismus auf soziale Ungleichheit und Solidarität auseinandersetzen.

⁶⁸ Der Neoliberalismus bildet im Gegensatz zur Neoklassik eben nicht nur ein ideologisches Denkgerüst, sondern „sein Programm beinhaltet vielmehr auch die permanente Suche nach einer politischen und institutionellen Strategie und Taktik zur Durchsetzung der Marktgesellschaft“ (Ptak 2008, S. 73).

⁶⁹ Wie es im Marxismus widerstreitende Theorien zur praktischen Umsetzung einer klassenlosen Gesellschaft gab (Bolschewismus, Leninismus, Trotskismus etc.).

⁷⁰ Als dritte Ebene wäre auch noch eine Betrachtung des neoliberalen Projekts aus hegemonietheoretischer Perspektive d.h. inwiefern Denkformen und Diskurse als hegemonial einzuschätzen sind (siehe dazu etwa Demirovic 2008).

2.5.1 Neoliberalisierung als Werte-Transformation

Gemeint sind damit Lehrer/innen, Journalist(inn)en, Fernseh- und Radiomoderator(inn)en, Geistliche, Schriftsteller/innen, Künstler/innen und Schauspieler/innen, die in der Strategiebildung die Aufgabe zugewiesen bekommen, die neoliberalen Botschaften unter das Volk zu bringen. Das geschieht in der Regel nicht in transparenter Form, die auf Zweck und Ziel hinweist, sondern in Gestalt scheinbar objektiver Informationsvermittlung. (Ptak 2008, S. 77)

Auf die individuelle Werteebene kann ich nur sehr kurz eingehen. Als aufschlussreiche Analysekategorie dient dabei das von *Michel Foucault* begründete Konzept der *Gouvernementalität*, mit dem er Techniken und Rationalitäten des Regierens (*gouverner*) und die Übernahme in das Denken (*mentalité*) der Menschen durch Selbst-Regierungs-Formen und Subjektivierung fassbar macht (vgl. Foucault 1979). Es geht dabei um „Subjektivierungsmacht“, die im Fall des Neoliberalismus „auf die Formung von Individuen entlang der Leitlinie des unternehmerischen und eigenverantwortlichen Selbst abziel[t]“ (Biebricher 2011, S. 169). Ptak (2008, S. 75) schreibt vom „dauerhaften 'Kampf um die Köpfe' durch permanente Propaganda für die Vorzüge einer freien Marktwirtschaft.“ So ist mittlerweile etwa die Wachstumslogik tief in unseren Köpfen und in unseren Wertvorstellungen verankert und führt zu immer neuen Bedürfnissen und damit steigender Nachfrage bis hin zur Konsumsucht (vgl. Muraca 2010, S. 373). Analysen, die sich mit der Internalisierung neoliberaler Prinzipien und Werte – wie Individualisierung, Konkurrenz, Wettbewerb, Technologie-Glaube etc – beschäftigen, beziehen sich etwa auf die Ökonomisierung der Wissenschaft (vgl. Nordmann 2008) oder die Rolle der Medien, insbesondere des Fernsehens (vgl. Thomas 2008).

2.5.2 Geschichte, Instrumente und Maßnahmen neoliberaler Wirtschaftspolitik

(...) es [gibt] keinen Automatismus, keine ‚natürliche Entwicklung‘ der Gesellschaft (...), die garantieren würde, dass sich das Marktsystem durchsetzt, sondern (...) es [bedarf] einer bewussten Einflussnahme, der ‚Planung für den Markt‘ (...) um es gegen konkurrierende Weltbilder zu verteidigen und weiterzuentwickeln. (Thomasberger 2012, S. 23)

Wie das einleitende Zitat von Thomasberger verdeutlicht, handelt es sich bei der Marktwirtschaft weder um einen Automatismus noch um eine ‚natürliche Ordnung‘ des Zusammenlebens – wie von (neo)liberalen Theoretikern gerne vertreten, sondern sie wird bewusst gemacht und politisch durchgesetzt.⁷¹ Dieser Abschnitt beschäftigt sich nun mit den

⁷¹ Ptak (2008, S. 75) erläutert dabei zwei wesentliche Taktiken, nämlich die „systematische Politikbeeinflussung im Sinne des neoliberalen Projekts“ sowie die „Absicherung und Dynamisierung marktwirtschaftlicher Reformen durch unterschiedliche Formen der institutionellen Verankerung.“ Ersteres wurde vor allem durch einflussreiche Think-Tanks erreicht, auf zweiteres gehe ich ausführlicher ein.

wirtschaftspolitischen Instrumenten zur Durchsetzung neoliberaler Politik. Beispielhaft gehe ich auf einige historische ‚Eckpfeiler‘ neoliberaler Transformation in Chile, Großbritannien und den USA ein.

Wirtschaftshistorisch betrachtet, setzte sich der Ansatz Anfang der 1980er Jahre international durch, als Margret Thatcher (GB) und Ronald Reagan (USA) begannen, liberale Marktstrategien stärker zu forcieren.⁷² Als ‚Experimentierfeld‘ der *Chicago Boys* unter *Milton Friedman* wurde jedoch *Chile* auserwählt, wo unter der Militärdiktatur des 1973 durch einen Putsch⁷³ an die Macht gekommenen Augusto Pinochet eine radikale Umstrukturierung von Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung einer liberalen Marktwirtschaft realisiert wurde; begleitet von massiver Repression gegen Regimegegner und vor allem die Gewerkschaften.

Das in Form einer drastischen ‚Schock-Therapie‘ umgesetzte Programm umfasste eine Vielzahl von Maßnahmen, die von der Öffnung des inländischen Marktes für ausländische Investitionen über die Senkung staatlicher Ausgaben und die Deregulierung diverser Märkte bis hin zu Privatisierung von Sozialprogrammen und Staatseigentum sowie der Aufhebung von Preiskontrollen reichten. (Biebricher 2011, S. 88)

Die in Chile umgesetzten Liberalisierungs- und Deregulierungs-Maßnahmen sollten auch in Folge wesentliches Kennzeichen neoliberaler Reformen bleiben, wobei Schwerpunkte und Reform-Geschwindigkeit differierten. Das ‚Modell‘, neoliberale Politiken im Rahmen von repressiven Militärdiktaturen einzuführen, fand sich in Folge auch in anderen lateinamerikanischen Ländern und ist vor allem angesichts der festgestellten Notwendigkeit der politischen Durchsetzung marktwirtschaftlicher Systeme auffällig.⁷⁴ Obwohl sich die späteren westlichen Transformationen – meist schleichender – in Demokratien vollzogen.

Margret Thatcher, die sich offiziell auf Hayek und Friedman bezog, läutete in Großbritannien ab 1979, aus der Zwangslage eines stagnierenden Wirtschaftswachstums, eine neoliberale Wende ein. Sie setzte mit einer Hochzinspolitik – entsprechend der Friedmanschen Theorien – zuerst bei den monetaristischen Hebeln an, was zu einer Rezession und zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit führte. Weiters führte sie Steuersenkungen, insbesondere der Spitzensteuersätze, und umfangreiche Privatisierungen durch, die jedoch ohne die Schaffung entsprechender Wettbewerbsbedingungen große private Monopole zur Folge hatten (vgl. Biebricher 2011, S. 98ff.). *Ronald Reagan*, der 1980 in den USA zum Präsidenten gewählt wurde, setzte gleich zu Beginn seiner Amtszeit drastische Reformen um, insbesondere Einsparungen im Sozialbereich – was

⁷² Ptak (2008, S. 84) weist darauf hin, dass der Zusammenbruch von Bretton-Woods und damit des Systems der festen Wechselkurse und die Liberalisierung der Finanzmärkte als ein wesentlicher Impuls globaler Neoliberalisierungsprozesse zu betrachten ist.

⁷³ Der blutige Putsch gegen die demokratisch gewählte sozialistisch orientierte Regierung von Salvador Allende wurde von den USA gefördert und finanziell unterstützt.

⁷⁴ Milton Friedman, der als Berater mehrerer autoritärer lateinamerikanischer Regime fungierte, „betonte immer wieder, dass ein autoritäres Militärregime keine Voraussetzung für die Umsetzung neoliberaler Reformen sei und keine notwendige Verbindung zwischen beiden existiere“ (Biebricher 2011, S. 88).

mitverantwortlich war für stark steigende Armutszahlen – und eine Steuerreform, durch welche die Einkommens- und Unternehmenssteuer erheblich reduziert wurde. Ein weiterer Schwerpunkt waren Deregulierungsmaßnahmen, die unter anderem eine Minimierung der Monopol-Reglementierung vorsahen, darauf abzielten, unternehmerische Aktivitäten zu erleichtern und vor allem den Finanzmarkt betrafen (mit der Konsequenz einer Bankenkrise) (vgl. ebd., S. 111ff.).

Deutlich wird an all diesen Maßnahmen, dass die Minimierung des staatlichen Handlungsspielraums in wirtschaftlichen Belangen im Mittelpunkt neoliberaler Politik steht. Birgit Mahnkopf bezeichnet die drei wesentlichen Instrumente als „Trias der Globalisierung“, nämlich:

die *Liberalisierung*, also die Öffnung der Märkte für ausländische Waren, Dienstleistungen und Direktinvestitionen (...); die *Deregulierung* – durch Rücknahme von Normen, Regeln, Gesetzen (...); und die *Privatisierung* öffentlicher Güter und Dienstleistungen – durch den Verkauf öffentlicher Einrichtungen an die Privatwirtschaft, langfristige Konzessionen und Verpachtungen, (...). (Mahnkopf 2004, S. 80)

Wie in Chile hatten die Maßnahmen sowohl in Großbritannien als auch in den USA massive *Konsequenzen für die Arbeiterschaft* und vor allem für deren gewerkschaftliche Organisationsformen. Dies steht in Zusammenhang mit dem neoliberalen Gesellschaftsverständnis, in dem nicht mehr der Staat derjenige ist, der den Raum wirtschaftlicher Freiheit begrenzt, sondern der Markt selbst „zum Organisations- und Regulationsprinzip von Staat und Gesellschaft avanciert“ (Demirovic 2008, S. 24).

Auf globaler Ebene waren vor allem *IWF und Weltbank* für die Internationalisierung des neoliberalen System zuständig, begünstigt durch den Druck der Schuldenkrise in den 1980er Jahren und dadurch erfolgreich durchsetzbarer Strukturanpassungsprogramme (darauf gehe ich im Zusammenhang mit Bolivien im *Kapitel 3.1* näher ein). Neben internationalen Verträgen (wie auf europäischer Ebene) spielten die immer stärker liberalisierten Finanzmärkte (durch die Aufhebung von Kapitalverkehrskontrollen) eine wesentliche Rolle.⁷⁵

Seitdem haben Finanzmärkte (...) ihre eigenen Methoden der finanziellen Unterdrückung ausgeübt: gegen die reale Wirtschaft und gegen soziale Systeme zum Zwecke des Transfers von Einkommen zu den Finanzakteuren. (Altviater 2008, S. 54)

Aus der Kapital-Konzentration in diversen Hedge- und Pensionsfonds erwächst mittlerweile auch eine extreme politische Macht, mit der Nationalstaaten unter Druck gesetzt werden (wie aktuell etwa Rating-Agenturen beweisen). Es mehren sich Analysen, die diese Machtkonzentration als große Gefahr für die Demokratie einschätzen (siehe dazu etwa Löscher 2008).

⁷⁵ Dadurch wurden – wie es von der Regulationstheorie formuliert wird – spekulative und extensive Akkumulationsstrategien gegenüber intensiven, realwirtschaftlichen Strategien stark gefördert (vgl. Novy 2007, S. 101ff.). Dabei wird immer mehr Kapital in den nahezu gleichen Sachkapitalstock investiert (etwa Aktien), ohne dass das Produktivvermögen selbst wächst (vgl. Becker 1997, S. 152).

Seit den 1990er Jahren – beflügelt durch den Zusammenbruch des staatssozialistischen Systems – bildet der Neoliberalismus auf globaler Ebene die alleinige *hegemoniale Wirtschafts-Doktrin*. Die Implementierung neoliberaler Praktiken und Politiken erfolgt mittlerweile oftmals *subtiler*. So suchten etwa europäische Sozialdemokraten Anschluss in Form eines „gemäßigten Neoliberalismus“ (Ptak 2008, S. 85). Das ‚Mantra‘ jedoch ist gleich geblieben: Mehr Markt, weniger Staat, Effizienz, Kürzung von Sozialausgaben, Liberalisierungen, Privatisierungen (mit denen ich mich im *nächsten Kapitel* etwas genauer beschäftige). Die Hoffnung vieler, die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 würde zumindest Regulierungsmaßnahmen im Finanzmarktbereich bewirken, wurde kaum erfüllt.⁷⁶ Die Maßnahmen bleiben zahnlos, und es wirkt so, als wäre der Neoliberalismus durch Rating-Agenturen und Banken-Rettungen zusätzlich gestärkt aus der Krise hervorgegangen. Und das trotz der paradoxen Auswirkungen neoliberaler Politik, die sich mittlerweile in zahlreichen lateinamerikanischen Ländern beobachten lassen⁷⁷ (vgl. Biebricher 2011, S. 90). Obwohl zumeist in Militärdiktaturen umgesetzt, wurde der in der neoliberalen Theorie so wichtige starke Staat durch den Ausverkauf staatlichen Eigentums und die Beschränkung öffentlicher Mittel ausgehöhlt und von Eliten vereinnahmt und korrumpiert. Wohl gerade deshalb zeigen sich gerade in Lateinamerika erste Anzeichen eines Bruchs mit diesem Wirtschaftssystem. Beides wird auch im Fallbeispiel von Bolivien deutlich (siehe *Kapitel 3.3* und *3.4*).

2.5.3 Neoliberalismus und Privatisierungen

Privatisierung ist ein in staatlich-privater Symbiose organisierter Mechanismus der Umverteilung. (Rügemer 2008, S. 272)

Wie sich in den knappen historischen Ausführungen gezeigt hat, bilden Privatisierungen ein zentrales Element neoliberaler Wirtschaftspolitik. Darin vereinen sich mehrere Maßnahmen, da sowohl Liberalisierungen (insbesondere des Finanzmarkts zur Öffnung für ausländische Direktinvestitionen) als auch die Einschränkung der staatlichen Wirkungssphäre (durch die Abgabe von Verfügungsrechten) damit verbunden sind. Da ich im Fallbeispiel Bolivien (im *Kapitel 3.2.4* und *3.3.2*) auf Privatisierungen fokussiere, werden hier der theoretische Rahmen und einige kritische Punkte angeführt.

⁷⁶ Gar nicht zu sprechen davon, die Krise würde eine Chance eröffnen, die Dominanz des neoliberalen Systems zu brechen und ernsthaft über Alternativen nachzudenken. So prognostizierte etwa Fred Luks (2009, S. 174) voreilig: „Der Marktradikalismus („Neoliberalismus“) scheint tot.“

⁷⁷ Etwa muss das damals weitgehend privatisierte Pensionssystem in Chile seit 2003 öffentlich subventioniert werden, „damit die ersten Jahrgänge der Rentenbezieher/innen nicht unter die Armutsgrenze abrutschen“ (Rügemer 2008, S. 261)

Privatisierung meint, dass staatliche Aktivitäten in den privatwirtschaftlichen Sektor verlagert werden bzw. *öffentliches Vermögen in privates Eigentum* übergeht, wobei der Grad der Privatisierung differiert (vgl. McDonald; Ruiters 2005, S. 9). Ein zentraler Ausgangspunkt von Privatisierungen ist der hohe Wert privaten Eigentums in der liberalen Theorie,⁷⁸ der von der bürgerlichen Gesellschaft übernommen und bis heute gesellschaftspolitisch unumstritten scheint. Argumentiert werden Privatisierungen vor allem mit behaupteten Unzulänglichkeiten staatlicher Organisation.⁷⁹ Privatisierungen seien notwendig, um „die Effizienz zu steigern, Synergieeffekte zu erzielen und Organisationsstrukturen zu ‚verschlanken‘“ (Engartner 2008, S. 88). Dabei wird allerdings übersehen oder/und verschwiegen, dass davon oftmals *öffentliche Dienstleistungen und Güter* betroffen sind (Krankenhäuser, Universitäten, Wasserwerke etc.), denen eine wesentliche gesellschaftliche Bedeutung zukommt sowohl zur Versorgungssicherheit, als auch zur „Begrenzung sozialer Ungleichheit auf personeller wie räumlicher Ebene“ (ebd.). Neben der Funktion gesellschaftlichen Reichtum in private Hände überzuführen, erhöhen Privatisierungen den Druck auf Individuen materiellen Wohlstand anzusammeln, um vormals öffentliche Güter weiterhin nutzen zu können:

Gerade die solidarische Ebene der gemeinschaftlichen Nutzung von Gütern und Dienstleistungen, wie es zum Beispiel bei den ‚commons‘ noch gewährleistet war, ermöglichte einen Zugang zu den fundamentalen Ressourcen und Instrumenten der Existenzsicherung und Lebensqualität, der keinen individuellen materiellen Wohlstand voraussetzte. (Muraca 2010, S. 385)

Abgesehen von den vorgebrachten Effizienz-Argumenten liegt eine wesentliche Ursache der Privatisierungs-Tendenzen jedoch in dem auf *deregulierten Finanzmärkten* nach profitablen Anlagen suchenden Kapital (vgl. Huffschmid 2004, 2010; Mahnkopf 2004). Von David Harvey (2005) wird diese Strategie als „Accumulation by Dispossession“ bezeichnet.⁸⁰ Gerade als ‚öffentlich‘ klassifizierte Güter oder auch ‚meritorische Güter‘⁸¹ – die aufgrund externer positiver Effekte staatlich gestützt unter dem Marktpreis angeboten werden (etwa Schule oder Müllabfuhr) – sind begehrte Objekte.⁸² Gerade dort bräuchte es jedoch strenge

⁷⁸ Bei Hayek etwa ist Privateigentum unzertrennlich mit individueller Freiheit verbunden (vgl. Engartner 2008, S. 89).

⁷⁹ Aufgrund systematischer Misswirtschaft, die gerade in Ländern der Dritten Welt immer wieder vorkommt, gibt es nach Altvater durchaus Bereiche, in denen es durch Privatisierungen zu Verbesserungen kam. Trotzdem führte es dazu, dass sich die Versorgungssituation der Bevölkerung in vielen Fällen verschlechterte und dass der Staat in seinen Kapazitäten beschnitten wurde, „um regulierend in die Ökonomie und Gesellschaft einzugreifen, wenn dies notwendig ist“ (Altvater 2003:17).

⁸⁰ Harvey sieht einerseits (in Anlehnung an Rosa Luxemburg) Expansion als Voraussetzung für die Überlebensfähigkeit des Kapitalismus, und konstatiert andererseits eine Überakkumulations-Krise, die nach neuen Anlagemöglichkeiten sucht.

⁸¹ ‚Öffentliche Güter‘ zeichnen sich durch ‚Nicht-Ausschließbarkeit‘ und ‚Nicht-Rivalität‘ aus, ‚Allmende-Güter‘ (natürliche öffentliche Güter) oder ‚meritorische Güter‘ nur durch die Nicht-Ausschließbarkeit (vgl. Altvater 2003).

⁸² In neoliberalen Theorien fand hier eine Umdeutung statt, da sie die von der Neoklassik vertretene Ansicht in Frage stellen, dass diese Güter vom Staat verwaltet und bereitgestellt werden sollten (vgl. Rogall 2002, S. 77f.).

und kostenintensive Regulierungsmechanismen (die aus diesem Grund vor allem in ‚Entwicklungsländern‘ oftmals nicht umgesetzt werden konnten), um Oligopol-Stellungen zu vermeiden, Wettbewerb zu schaffen und um die Versorgungssicherheit der Bevölkerung zu wahren. Entwicklungsländer sind daher mit einer besonderen Situation konfrontiert, da in diesen Ländern einige zentrale Institutionen, die für ‚erfolgreiche Privatisierungen‘ notwendig sind, schwach ausgebildet sind bzw. gänzlich fehlen (was sich vor allem in fehlenden Regulierungen niederschlägt) (vgl. Bayliss; Fine 2008, S. 48ff.). Trotzdem wurden Privatisierungen von IWF und Weltbank durchgängig als Bedingungen für neue Kredite und Entschuldungen eingefordert (etwa auch in Bolivien).⁸³

Empirische Analysen zeigen mittlerweile, dass Privatisierungen keineswegs immer mit den versprochenen Preissenkungen und Qualitätssteigerungen einhergehen (vgl. Bayliss; Fine 2008; Mahnkopf 2004, S. 84f.).⁸⁴ Und darüber hinaus kann bei Fragen der Versorgungssicherheit das Effizienz-Kriterium nicht ausschlaggebend sein, da die privatwirtschaftliche Organisation zu *Selektions- und Ausgrenzungsmechanismen* tendiert (vgl. Engartner 2008, S. 96).

Das am weitesten verbreitete und stichhaltigste Argument gegen die Privatisierung vormals öffentlicher Unternehmen leitet sich aus der Tatsache ab, dass private Unternehmen aufgrund ihrer Verpflichtung, profitabel zu wirtschaften, zahlreiche Ziele verfolgen, die einer am Gemeinwohl orientierten Politik diametral entgegenstehen. (Engartner 2008, S. 126)

Privatisierungen führen neben der Einschränkung staatlicher Gestaltungsmöglichkeiten nicht nur zu Einnahmenverlusten⁸⁵, sondern darüber hinaus übernimmt der Staat oftmals „zusätzlich Sicherungs- und Haftungsfunktionen und Schulden“ (Rügemer 2008, S. 259).⁸⁶ Altvater (2003, S. 7) bringt klar auf den Punkt, dass es in letzter Instanz für private Anbieter nicht um Effizienz, Transparenz oder Qualität geht, sondern „das Kriterium für die Bereitstellung privater Güter ist der Profit, der mit ihnen erzielbar ist.“

⁸³ „Von 193 Strukturanpassungsdarlehen der Weltbank, die zwischen 1996 und 1999 vergeben wurden, waren 58% mit Privatisierungen verknüpft“ (Tittor 2005, S. 44).

⁸⁴ Vor allem in Entwicklungsländern ist der Trend deutlich erkennbar, dass vormals privatisierte Betriebe wieder staatlich bezuschusst werden, „wobei der (...) Trend, Gewinne zur privatisieren und Verluste zu sozialisieren, durchschlagend ist“ (Tittor 2005, S. 40).

⁸⁵ Öffentliche Verluste sind obendrein bedingt durch die mit Privatisierungen einhergehende Korruption – die für Entwicklungsländer umfassend nachgewiesen und dokumentiert ist (vgl. Altvater 2004; Hall 1999), und mittlerweile etwa auch die österreichische Justiz im Fall von Telekom und Hypo beschäftigt.

⁸⁶ So etwa im Falle privater Pensionsversicherungssysteme über Kapitalmärkte. In diesem staatlich gelenkten Prozess werden private Anbieter subventioniert, Kapitalgarantien staatlich abgesichert und das Umlagensystem durch die Politik ‚krankgeredet‘. Und das, obwohl die Finanzierung über Kapitalmärkte mit großen Unsicherheiten und Risiken verbunden und „das Versagen kapitalgedeckter Ansätze evident ist“ (Christen 2008, S. 195).

2.5.4 Neoliberalisierung, Soziale Ungleichheit und Solidarität

This massive concentration of economic resources in the hands of fewer people presents a significant threat to inclusive political and economic systems. Instead of moving forward together, people are increasingly separated by economic and political power, inevitably heightening social tensions and increasing the risk of societal breakdown. (Oxfam 2014, S. 3)

An dieser Stelle beschäftige ich mich noch sehr knapp mit dem *Verhältnis* von neoliberaler Wirtschaftspolitik und den definierten Indikatoren Sozialer Nachhaltigkeit, Ungleichheit und Solidarität. Eine spezifische und tiefergehende Analyse folgt zum Fallbeispiel Bolivien in *Kapitel 3.3.4*. Eine detaillierte Aufarbeitung ist auch deshalb notwendig, weil zwar für KritikerInnen neoliberaler Politik die Sache klar auf der Hand liegt, dass diese Form der Wirtschaft die bedenklichen und extrem ungleichen Zustände auf der Welt zu verantworten hat, jedoch BefürworterInnen der Marktwirtschaft bemängeln, dass sich eine freie Marktwirtschaft nicht etablieren kann, da der Staat nach wie vor zu viel (schlechten) Einfluss nimmt. D.h. in deren Analyse werden Probleme nach wie vor durch ‚zu viel‘ Staat verursacht und nicht durch den Markt.⁸⁷ Beispielhaft sei hier nur Karl Socher – Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Hayek-Instituts – zitiert, der bezüglich der Finanzkrise festhält: „Es hat an ordnungspolitischen Maßnahmen für diese Fälle des Marktversagens gefehlt, es lag also *Staatsversagen* vor“ [Hervorhebung RRS] (Socher 2008, S. 1). Um anschließend auch noch zu behaupten, dass der Staat nicht nur schlecht reguliert habe, sondern auch als Verursacher dieser Krise zu betrachten sei: „Last, but not least muss man als Neo-Liberaler immer darauf verweisen, dass die Kreditkrise durch ein weiteres Staatsversagen ausgelöst wurde, nämlich die volatile staatliche Geldpolitik“ (Socher 2008, S. 4). Ganz ähnlich argumentiert Karen Horn, die auch noch die *Sozialpolitik* ins Visier nimmt, auf der Website der Konrad-Adenauer-Stiftung:

Dabei wird übersehen, dass die 2007 geplatzte Immobilienpreisblase in Amerika nicht als ein ausschließliches Marktphänomen gelten kann, sondern aufgebläht war von einer – gerade nicht neoliberal inspirierten – expansiven Geldpolitik und einer interventionistischen, allzu generösen, Anreize wie Preise verzerrenden Sozialpolitik. (Horn 2014, o.S.)

Altwater weist m.E. zu Recht darauf hin, dass diese Argumentation den Neoliberalismus unangreifbar macht, denn das neoliberale Dogma der grundsätzlichen *Stabilität des privaten Sektors* wird dadurch zementiert.

Wenn sich dennoch Instabilitäten oder sogar Krisentendenzen zeigen, sind politische Institutionen dafür verantwortlich. Sie haben offensichtlich die Gesetze des Marktes durch ungerechtfertigte Eingriffe verletzt. (Altwater 2008, S. 60)

Der Staat ist also immer schuld, entweder er greift zu viel ein, oder er reguliert zu wenig. Im Rahmen vorliegender Arbeit ist es zwar nicht notwendig, diesen Widerspruch gänzlich zu klären, zumindest für das Fallbeispiel Bolivien wird in Folge aber eine durchwegs stichhaltige

⁸⁷ Entwicklungsländern wird dabei vorgeworfen, Reformen nicht vollständig und konsequent umgesetzt zu haben, etwa auf dem Arbeitsmarkt oder in der Haushaltspolitik (vgl. Falk 2008, S. 17).

Beweisführung entwickelt. Zahlreiche Analysen jedenfalls sehen den nachweisbaren *Anstieg sozialer Ungleichheit* – sowohl global als auch innerhalb von Nationen – seit den 1980er Jahren in *Zusammenhang mit neoliberaler Politik*. Branko Milanovic etwa beschäftigt sich intensiv mit globaler Ungleichheit. Aufgrund unterschiedlicher Messmethoden kursieren dazu widersprüchliche Einschätzungen. Werden nämlich Nationen miteinander verglichen, d.h. das Verhältnis der BIP aller Länder, ergibt sich seit den 1980er Jahren eine Verringerung der Ungleichheit, was allerdings nur auf das rasante Wachstum von China und Indien zurückzuführen ist (vgl. Milanovic 2005, S. 85ff.).⁸⁸ Vergleicht man hingegen die globale Ungleichheit zwischen allen Menschen dieser Erde, im Sinne eines globalen Gini-Index, lässt sich eine deutliche Steigerung der Ungleichheit konstatieren. Der globale Gini ist – nach einem Rückgang während der keynesianistisch inspirierten Nachkriegszeit – seit den 1970er Jahren im Steigen begriffen und erhöhte sich alleine im Zeitraum 1988 bis 1989 von 61,9 auf 64,2 Punkte (vgl. Milanovic 2005, S. 108).

Das heißt, die verbreitete Wahrnehmung einer zunehmenden Schere zwischen Arm und Reich bei einer gleichzeitigen Erodierung der ‚Mittelklasse‘ zeigt sich empirisch bestätigt. Sie betrifft nicht nur den globalen Süden, sondern vollzieht sich auch in den ‚Industrieländern‘, wo ebenfalls eine *Umverteilung von ‚unten nach oben‘* beobachtet werden kann. Seit den 1980er Jahren stagnieren oder sinken gar die Reallöhne – verbunden mit wachsenden Einkommensunterschieden⁸⁹ –, während zugleich die Einkünfte aus Kapitaleinkommen steigen (durch steuerliche Entlastungen) (vgl. Bontrup 2010). Paech und Pfriem (2007, S. 106) konstatieren dahingehend, dass aufgrund der zunehmenden sozialen Disparitäten im Norden und einer immer reicheren Elite in ‚Entwicklungsländern‘ die soziale Trennlinie nicht mehr einfach zwischen dem globalen Süden und dem Norden gezogen werden kann.⁹⁰

Die Ungleichheit fällt noch drastischer aus, wenn nicht die gängigen Zahlen der Einkommensverteilung verwendet werden, sondern jene zur *Vermögensverteilung*, die allerdings nur selten verfügbar sind. Erste Erkenntnisse einer europaweiten Erhebung der Vermögensverteilung bringt trotz tendenzieller Unterschätzung extreme Ungleichheiten zu Tage.⁹¹ Auf globaler Ebene gehen Schätzungen davon aus, dass das reichste Prozent der Weltbevölkerung die Hälfte des Vermögens besitzt, während die untere Hälfte der

⁸⁸ Und darüber hinaus mit einer zunehmenden Ungleichheit innerhalb dieser beiden Länder einhergeht.

⁸⁹ Siehe dazu etwa Glocker et al (2012) mit Zahlen für Österreich.

⁹⁰ Daraus folgern Paech und Pfriem (2007, S. 106): „Globale Gerechtigkeit lässt sich somit nicht mehr zwischenstaatlich, sondern nur auf personenbezogener Ebene im Sinne einer ‚Weltinnenpolitik‘ verwirklichen.“

⁹¹ Für Österreich betragen diese tendenziell unterschätzten Gini-Koeffizienten 0,77 für Sachvermögen und 0,75 für Finanzvermögen; während die reichsten 5 Prozent der Bevölkerung fast die Hälfte des Bruttovermögens besitzen, entfallen auf die gesamte untere Hälfte der Bevölkerung gerade 4 Prozent (vgl. Andreasch u.a. 2012).

Weltbevölkerung gerade so viel besitzt, wie die 85 Reichsten der Welt (vgl. Oxfam 2014). Wie bereits in *Kapitel 2.3.4* auf theoretischer Ebene zu Demokratie erläutert, finden sich auch hier eindringliche Warnungen vor einer Gefährdung der sozialen und politischen Stabilität:

In many countries, extreme economic inequality is worrying because of the pernicious impact that wealth concentrations can have on equal political representation. When wealth captures government policymaking, the rules bend to favor the rich, often to the detriment of everyone else. The consequences include the erosion of democratic governance, the pulling apart of social cohesion, and the vanishing of equal opportunities for all. (Oxfam 2014, S. 2)

Die Machtkonzentration untergräbt demokratische Systeme und *gefährdet den sozialen Zusammenhalt*, womit also auch die Solidarität in der Gesellschaft angesprochen ist. Wie im letzten Kapitel festgehalten, führen vor allem Privatisierungen zu Machtkonzentration und tendieren dazu, sowohl demokratische Systeme zu unterminieren⁹² als auch den Zugang zu öffentlichen Gütern einzuschränken (vgl. Krysmanski 2004). Die Privatisierungsprozesse tragen dadurch zur Entsolidarisierung und Entpolitisierung des gesellschaftlichen Systems bei, und sie gefährden die soziale Demokratie, die „vom Zugang zu öffentlichen Gütern, zu Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen oder zu Versorgungseinrichtungen ab[hängt]“ (Altwater 2003, S.13). Während die Nutzung öffentlicher Güter als StaatsbürgerInnen ein politisches Recht darstellt, wird der Konsum privater Güter durch die monetäre Kaufkraft bestimmt. Ein gutes praktisches Beispiel dafür ist etwa die Förderung privater Pensionsversicherungen anstatt des solidarischen und risikolosen Umlagen-Systems.

Die auf theoretischer Ebene extrem ablehnende Haltung gegenüber Solidarität (wie im *Kapitel 2.4.6* dargelegt) schlägt sich also auch empirisch nieder. In den letzten Jahren wird generell eine zunehmende Individualisierung konstatiert. Beckmann (2011) streicht hervor, dass Individualität zwar eine notwendige Voraussetzung sei, um sich mit anderen zu identifizieren,⁹³ jedoch wirke sich die Überbetonung des Individuellen im Zusammenhang mit Postmoderne und Neoliberalismus negativ auf die Solidarität in einer Gemeinschaft aus.

⁹² Ein Beispiel dafür ist meines Erachtens, dass der von Hayek vorgeschlagene „Rat der Weisen“ (siehe *Kapitel 2.3.4*) in ‚westlichen Demokratien‘ in Form von technokratischen Regierungen (die ‚Herrschaft der Sachverständigen‘) mittlerweile Realität wurde – etwa 2011 in Italien unter Monti und in Griechenland unter Papademos. Wahrscheinlich nicht zufällig bestand deren primäres Ziel darin, eine neoliberale Austeritätspolitik gegen großen Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen. Ähnlich problematisch erscheint in diesem Zusammenhang die Struktur der Europäischen Union, wo nicht das gewählte Parlament, sondern nicht unbedingt gewählte nationale Minister die Entscheidungen treffen.

⁹³ „Solidarität mit den anderen als Gleichen ist nur möglich auf der Grundlage des Bewusstseins, selbst ein Gleicher zu sein“ (Beckmann 2011, S. 69).

2.6 Fazit: Diametrale Gegensätze zwischen den theoretischen Konzepten

Es ist diese sich derzeit in allen gesellschaftlichen Bereichen krakenartig ausbreitende kulturelle Orientierung von ‚The winner takes it all‘, die die Grundlagen sozialer Nachhaltigkeit systematisch zu zerstören droht. (Paech; Pfriem 2007, S. 123)

In diesem Kapitel möchte ich nun die theoretische Diskussion resümierend festhalten. Ausgehend von einer Position *starker Nachhaltigkeit* wurde zuerst ein systemisches Verständnis von Nachhaltigkeit erarbeitet, das die Austauschbeziehungen zwischen Gesellschaft und Umwelt fokussiert. Dadurch wurde die Breite der sozialen Dimension deutlich, die sich unter anderem auf die ökonomische, die politische, die kulturelle und die gesellschaftliche Ebene selbst bezieht. Anschließend habe ich den Gerechtigkeitsbezug der Nachhaltigkeit erörtert, der das normative Konzept durch das ethische Postulat gleicher Bedürfnisbefriedigungs-Chancen bestimmt. Daran anschließend wurden in *Kapitel 2.2* Aspekte Sozialer Nachhaltigkeit beleuchtet und eine Interpretation Sozialer Nachhaltigkeit erarbeitet, die dieser Arbeit zugrunde liegt:

Eine (Welt)Gesellschaft (und damit auch das (Welt)Wirtschaftssystem), die sozial nachhaltig ausgerichtet ist, fördert somit *Solidarität* zwischen ihren Mitgliedern (= ErdenbürgerInnen), begrenzt *Ungleichheit* bzw. steuert zu *großer Ungleichheit* entgegen, respektiert die *ökologischen Grenzen* (Tragfähigkeit des Ökosystems) und trachtet danach, die gemeinsam definierten *zentralen Bedürfnisse aller Menschen* zu erfüllen bzw. in einem ersten Schritt, allen Menschen ein *Existenzminimum* zu bieten.

Aus den darin enthaltenen Aspekten habe ich mit den Werten der *Solidarität* und der *(relativen) Gleichheit*, bzw. dem Indikator der Sozialen Ungleichheit, zwei zentrale Kernelemente der sozialen Dimension gewählt. Die Idee der Nachhaltigkeit beruht auf einer solidarischen Verbindung der Menschen, denn sonst ließe sich die Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf zukünftige Generationen nicht begründen. Soziale Ungleichheit ist nicht nur Verursacher sozialer Konflikte, sondern erhöht auch den Konsumdruck und hat daher eine enge Verbindung zur ökologischen Dimension.

Im *Kapitel 2.3* habe ich mich anschließend mit zentralen Annahmen und Prämissen neoliberalen Denkens auseinandergesetzt, die auf neoklassischen Modellen und dem methodologischen Individualismus des *Homo oeconomicus* basieren. Dazu zählen die Maxime der individuellen Freiheit, die Bedeutung des Wettbewerbs, Verfahrensgerechtigkeit, die zweifelsfreie Überlegenheit einer marktbasierten Wirtschaft, die Ablehnung von (staatlichen) Interventionen, und die Annahme der größten Wohlfahrt durch Verfolgung individueller Ziele.

Abb. 2: Widersprüche zwischen Sozialer Nachhaltigkeit und neoliberalen Denken

Prinzip / Bereich	Soziale Nachhaltigkeit		Neoliberalismus	
	Verhältnis	Begründung	Verhältnis	Begründung
<i>Homo oeconomicus</i>	–	Individualismus und Nutzenorientierung führt tatsächlich nicht zum größten gemeinsamen Wohl (sondern gefährdet Lebensgrundlage).	+	Nutzenmaximierung entspricht Naturell des Menschen am ehesten; Nutzenorientierung Einzelner führt zur größten Wohlfahrt aller.
Politische Freiheit	+	Positives Freiheitsverständnis: Freiheit als Handlungsfähigkeit; politische Freiheit durch politische Grundrechte.	~	Negatives Freiheitsverständnis: Freiheit als Abwesenheit von Zwang; Betonung wirtschaftlicher Freiheit als Wahlmöglichkeit am Markt.
Demokratie und Partizipation	+	Demokratie und Mitbestimmung wesentliche Elemente zur Realisierung nachhaltiger Entwicklung; Voraussetzung für funktionierende Demokratie: soziale Grundrechte.	~	Ambivalente Haltung zu Demokratie: sie darf marktwirtschaftliche Orientierung nicht in Frage stellen; Tendenz zu autoritären Systemen; Demokratie ist Voraussetzungslos.
Gesamtgesellschaftliches Handlungsziel	+	Nachhaltigkeit als gemeinsames ethisches Grundprinzip der Gesellschaft notwendig.	–	Kollektive Ziele sind faktisch unmöglich, aufgrund spontaner Ordnung des Marktes.
„Soziale“ bzw. distributive Gerechtigkeit	+	Distributives Gerechtigkeitsverständnis der Nachhaltigkeit immanent, d.h. Verteilung von „Bedürfnisbefriedigungsmöglichkeiten“ zwischen heute lebenden und zukünftigen Generationen; Umverteilung zur Schaffung größerer Chancengleichheit notwendig.	–	Gerechtigkeit als „Verfahrensgerechtigkeit“; Ablehnung „Sozialer Gerechtigkeit“ als Illusion und als Kategorie des Unsinn; Chancengleichheit faktisch unmöglich realisierbar und auf Kosten der Freiheit.
Soziale Ungleichheit	–	Soziale Ungleichheit als Triebfeder sozialer Konflikte und der Ressourcenausbeutung; Argumentation für „begrenzte“ Ungleichheit, Tendenz zu egalitären Positionen; starke Ablehnung absoluter Armut (Grundbedürfnisse müssen für alle Menschen gedeckt sein).	+	Soziale Ungleichheit keine Kategorie neoklassischer Theorie; wird durch „Leistungsprinzip“ und individualistischen Zugang „Jede/r ist ihres/seines Glückes Schmied“ legitimiert; Ungleichheit notwendig als „Leistungsanreiz“ in Wettbewerbssystemen.
Staatliche Eingriffe	+	Staatliche Umverteilungsmaßnahmen zur Erhöhung der Chancengleichheit und zur Minimierung sozialer Ungleichheit notwendig.	–	Staat als „Nachtwächterstaat“; Ablehnung staatlicher Eingriffe und vor allem außerhalb des Marktes angesiedelter Umverteilungsmaßnahmen, da auf Kosten individueller Freiheit.
Gesellschaftliche Solidarität	+	Solidarität als zentrales Element einer nachhaltigen (Welt)Gesellschaft: Nachhaltigkeits-Prinzip nur durch Solidarität mit heute lebenden und zukünftigen Generationen realisierbar.	–	Ablehnung der Solidarität als „übertriebene Sentimentalität“, moralisches Überbleibsel primitiver Gesellschaften; Betonung des Individualismus.
Legende: + positives Verhältnis, Zustimmung – negatives Verhältnis, Ablehnung ~ ambivalentes Verhältnis				

Anschließend an die Kritik der Ökologischen Ökonomie am Nachhaltigkeits-Verständnis der Neoklassik und des Neoliberalismus – die sich insbesondere auf die Inwertsetzungs-Logik, den Substituierbarkeits-Glauben und die Wachstums-Kritik beziehen – wurden schließlich im *Kapitel 2.4* die zentralen Prinzipien der neoliberalen Theorie dem Konzept Sozialer Nachhaltigkeit konkret gegenübergestellt und deutliche Gegensätze sichtbar. Da es sich, wie erläutert, in beiden Fällen um normative Konzepte handelt, stand die Werte-Ebene im Mittelpunkt der Analyse. Die Tabelle in *Abbildung 2* fasst eine Auswahl der Gegensätze überblicksmäßig und verkürzt zusammen. Dabei wird das jeweilige Verhältnis zu einem bestimmten Prinzip bzw. Bereich als negativ, positiv oder ambivalent abgebildet und begründet. Hier wird nochmals deutlich erkennbar, an wie vielen zentralen Punkten sich die beiden Konzepte widersprechen: im Gerechtigkeits-, Freiheits- und Demokratieverständnis, im Zugang zu kollektiven gesellschaftlichen Zielen, sowie ebenso in der Bewertung sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Solidarität. Für die theoretische Ebene lässt sich somit eindeutig schlussfolgern, dass sich (Soziale) Nachhaltigkeit in einem neoliberalen System nicht umsetzen lässt. Damit sind auch meine ersten beiden Forschungsfragen nach den Kernelementen Sozialer Nachhaltigkeit und jene nach dem Verhältnis und den Gegensätzen zum neoliberalen Denken beantwortet.

In *Kapitel 2.5* wurden – hinleitend zur praktischen Auseinandersetzung mit dem Fallbeispiel Bolivien – überblicksmäßig historische Verläufe und wirtschaftspolitische Instrumente (insbesondere der Privatisierung) des Neoliberalismus beschrieben. Der Exkurs zu den sozialen Konsequenzen dieser Politik (2.5.4) legt auch auf praktischer Ebene ein Missverhältnis nahe. Dazu werde ich mich nun ausführlich im *Kapitel 3* zu Bolivien beschäftigen.

3 Neoliberale Reformen und Soziale Nachhaltigkeit in Bolivien

Die Geschichte Boliviens ist seit der Eroberung durch die Spanier eine Geschichte von Plünderungen. (Chrenko 2008, S. 82)

Im folgenden Abschnitt wird die jüngere Geschichte Boliviens als Fallbeispiel herangezogen, um die in den letzten Kapiteln erarbeiteten Definitionen, Thesen und theoretischen Widersprüche zwischen neoliberalem Denken und Prinzipien Sozialer Nachhaltigkeit auch ‚empirisch‘ zu untersuchen. Konkret wird dabei die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Entwicklung Boliviens von den 1980ern bis in das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts im Kontext internationaler Wirtschaftspolitik beleuchtet. Ich gehe dabei der anfangs definierten Fragen nach, *wie sich neoliberale Reformen in Bolivien ab Mitte der 1980er Jahre auf Kernelemente Sozialer Nachhaltigkeit auswirkten*. Das heißt konkret, wie sich die Indikatoren der sozialen Ungleichheit und der gesellschaftlichen Solidarität im Zuge der Reformphase verändert haben.

Dabei geht es im ersten Schritt um die Feststellung, dass der in Bolivien ab 1985 begonnene wirtschaftspolitische ‚Umbau‘ der Gesellschaft in Form von *Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogrammen (SAPs)* als ‚neoliberal‘ zu bezeichnen ist bzw. Maßnahmen neoliberaler Politik umgesetzt wurden. Dazu folgt in *Kapitel 3.1* eine Auseinandersetzung mit den Hintergründen und wirtschaftspolitischen Vorgaben und Auswirkungen der Strukturanpassung sowie mit der Rolle des IWF und der Weltbank. Anschließend (3.2) wird – nach einer kurzen Darstellung der historischen Ausgangslage – die Umsetzung von Stabilisierungs- und Strukturanpassungs-Maßnahmen in Bolivien analysiert, mit dem besonderen Fokus auf die Privatisierungspolitik. Privatisierungen stellen, wie bereits in *Kapitel 2.5.3* erörtert, ein zentrales Element neoliberaler Transformation dar und ermöglichen im Falle Boliviens, wo diese auch gut beschrieben und aufgearbeitet sind, eine Eingrenzung.

Mit den konkreten Auswirkungen und längerfristigen Folgen der Reformen beschäftige ich mich in den *Kapiteln 3.3* und *3.4*. Dabei stehen die sozialen Konsequenzen im Mittelpunkt mit Fokus auf die definierten Indikatoren Sozialer Nachhaltigkeit: Gleichheit bzw. Ungleichheit und Solidarität. Sehr deutlich lässt sich im Falle Boliviens der Zusammenhang von neoliberalen Reformen und steigender sozialer Ungleichheit nachweisen (*Kapitel 3.3.4*). Schwerer zu fassen ist hingegen die Auswirkung neoliberaler Politik auf gesellschaftliche Solidarität (3.3.5). Die Neoliberalisierungsprozesse richteten sich zwar gegen solidarische Gemeinschaftsformen und Organisation (etwa gegen Gewerkschaften, kollektive Entscheidungsstrukturen etc.), doch hatte dies längerfristig keine Abnahme der Solidarität zur Folge, sondern ab dem Jahr 2000, also gerade am Höhepunkt sozialer Ungleichheit, traten die auf Solidarität beruhenden sozialen Bewegungen massiv gegen die weitere neoliberale Durchdringung der Gesellschaft auf (3.4.1). Obwohl sich also gesellschaftliche

Solidarität trotz neoliberaler Individualisierungsprozesse ‚nicht unterkriegen‘ ließ, kann dadurch nicht schlussgefolgert werden, dass Neoliberalismus Solidarität fördert, weil sich diese Solidarität eben gerade *gegen* jene wirtschaftspolitischen Instrumente und Prozesse richtete, die durch neoliberale Strukturanpassung gepusht wurden. Die zivilgesellschaftlichen Gegenbewegungen mit der Folge eines politischen Machtwechsels (3.4.2) werden verbreitet als Widerstand gegen den vorangegangenen Neoliberalisierungsprozess interpretiert. In der 2007 verabschiedeten neuen Verfassung Boliviens finden sich mit der Definition als *plurinationaler Staat* und mit der Aufnahme des indigenen Konzepts des *Buen Vivir* klare Inhalte, die die Überwindung neoliberaler Politik und den Entwurf eines alternativen Gesellschafts-Bildes nahelegen (3.4.3). Im *Kapitel 3.5* fasse ich die wichtigsten Erkenntnisse zum Fallbeispiel Bolivien zusammen. Die aktuellsten politischen Entwicklungen würden den Rahmen der Arbeit sprengen und werden daher nicht behandelt.

Wie im *Kapitel 1.3* ausführlich erläutert, orientiere ich mich *methodisch* an der *Internationalen Politischen Ökonomie*. Die Analyse des bolivianischen Fallbeispiels erfolgt durch die Verarbeitung von Datenmaterial, Studien und Berichten, die sich sowohl mit makroökonomischen gesellschaftlichen Veränderungen als auch mit mikroökonomischen Auswirkungen beschäftigen. Dabei wird etwa die Entwicklung zentraler Wirtschafts- und Verteilungs-Indikatoren berücksichtigt, wie das BIP/Kopf oder der Gini-Index. Ich kann dabei auf eine breite Literatur zurückgreifen, wobei es vor allem Anfang der 1990er Jahre (zu makroökonomischen Analysen der Stabilisierungspolitik) und nach 2000 (mit Fokus auf die Privatisierungspolitik und die sozialen Bewegungen) eine starke Publikationstätigkeit gab. Seit den politischen Umbrüchen im Jahr 2006 gibt es eine wahre Flut von Büchern und Texten, die sich mit der Transformation der Gesellschaft auseinandersetzen.

3.1 Neoliberale Politik und Strukturanpassung

The essence of the neoclassical policies inherent in SAPs is market rationality and efficient behaviour of economic agents with priority given to internal and international competitiveness rather than to national economic independence. (Grütter 1993, S. 6)

Dieses Kapitel widmet sich den Hintergründen, Inhalten und Wirkungen von Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogrammen (SAPs), wie diese seit den 1980er Jahren von IWF und Weltbank in verschuldeten Ländern umgesetzt wurden. ‚Structural Adjustment‘ beschreibt die gezielte Veränderung der Wirtschaftspolitik eines Staates mit dem Ziel, makroökonomische Indikatoren (positiv) zu beeinflussen. Terminologisch unterschieden werden Maßnahmen grundsätzlich je nach ihrer Ausrichtung in *Stabilisierungsprogramme* mit dem Ziel, kurzfristig makroökonomische Gleichgewichte herzustellen, und

Strukturanpassungsprogramme (SAPs), bei denen die längerfristige Veränderung von Anreizen und damit eine ordnungspolitische Komponente im Mittelpunkt steht (vgl. Schiesser-Gachnang 1993, S. 100f.). Zentrales Unterscheidungskriterium ist der Wirkungszeitraum: Stabilisierung wirkt kurzfristig, Strukturanpassung mittel- und langfristig. Terminologisch wird in Folge nicht explizit zwischen den beiden Maßnahmen unterschieden, sondern überwiegend von Strukturanpassung bzw. Strukturanpassungsprogrammen als Überbegriff gesprochen.⁹⁴ Wie nun eine Stabilisierungspolitik praktisch aussieht, das heißt, welche Instrumente und wirtschaftlichen Strategien verwendet werden, ist begrifflich nicht vorgegeben. So unterscheidet etwa Pastor (1992) zwischen „orthodoxen“ und „heterodoxen“ Strategien, die in Lateinamerika vor allem angewandt wurden, um hohe Inflationsraten zu bekämpfen. *Orthodoxe Strategien*, die wesentlich in der neoklassischen und monetaristischen Auffassung der Ökonomie verwurzelt sind, zeichnen sich unter anderem durch Markt-Mechanismen, Budget-Disziplin, Wechselkurs-Abwertung und Lohnkürzungen aus, also jene Maßnahmen, die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und von der Weltbank (WB) im Rahmen ihrer Auflagen eingemahnt wurden (vgl. Pastor 1992, S. 1). *Heterodoxe Maßnahmen* – die auf dem ökonomischen Strukturalismus basieren – hingegen setzen auf staatliche Interventionen, in Form von aktiver Geld-, Lohn- und Preispolitik, um Wachstum zu erreichen (vgl. ebd., S. 8f.).⁹⁵ Überwiegend wird mit SAPs eine orthodoxe, d.h. konservative und an neoklassischen Marktmechanismen orientierte Wirtschaftspolitik verstanden – vor allem in der Form, wie sie seitens des IWF und der WB seit den 1980er Jahren umgesetzt wird⁹⁶ – und daher auch von mir in diesem Sinne verwendet.

In den folgenden Abschnitten beschäftige ich mich mit *strukturellen Hintergründen* dieser Strukturanpassungs-Maßnahmen, die vor allem in Verschuldung und Ungleichgewichten liegen (3.1.1), und mit den *politischen Hintergründen*, die offensichtlich im Ziel der Durchsetzung einer neoliberalen Politik zu finden sind (3.1.2). Wobei die strukturellen und politischen Gründe eng zusammenhängen und dadurch auch ineinander verschwimmen. Danach beschreibe ich die *konkreten Maßnahmen* und Ziele (3.1.3) sowie überblicksartig allgemeine Bewertungen zu deren *Wirkungen und Folgen* (3.1.4).

⁹⁴ Auch Schiesser-Gachnang (1993, S. 101) führt in ihrer Analyse an, dass die Unterscheidung „etwas künstlich“ sei, da die beiden Strategien eng miteinander verbunden sind und ähnliche Instrumente verwenden.

⁹⁵ Erfolgreiche heterodoxe Maßnahmen gab es Mitte der 1980er-Jahre etwa in Brasilien und Argentinien (vgl. Pastor 1992, S. 2ff.). Sie beweisen auch, dass es sehr wohl Alternativen zum marktwirtschaftlichen Ansatz gibt, diese jedoch in Folge durch die entsprechenden Vorgaben von IWF und WB zurückgedrängt wurden.

⁹⁶ Wobei Kredite mit dem Ziel der Stabilisierung vom IWF auch schon in den 1960er und 1970er Jahren vergeben wurden.

3.1.1 Strukturelle Hintergründe – Verschuldung und Ungleichgewichte

Weithin wird auch angenommen, dass die heutige Unterentwicklung eines Landes als Produkt oder als Ausdruck seiner eigenen ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Merkmale oder Strukturen verstanden werden kann. Die historische Forschung zeigt jedoch, dass die heutige Unterentwicklung zu einem großen Teil aus vergangenen und andauernden wirtschaftlichen und anderen Beziehungen zwischen den unterentwickelten Satelliten und den nunmehr entwickelten metropolitanen Ländern entstanden ist. (Frank 2008 [1966], S. 148)

Strukturell sind Strukturanpassungsprogramme (SAPs) wesentlich mit Entwicklungspolitik und dem Nord-Süd-Verhältnis verbunden. Der globale Süden setzte ab den 1950er Jahren auf ein Wachstumsmodell der *Entwicklung durch Modernisierung*⁹⁷ und damit auf einen Prozess nachholender Industrialisierung (vgl. Fischer; Hödl; Parnreiter 2007). Die Investitionen wurden im Rahmen des ‚Growth-cum-Debt-Modells‘ durch Kredite im globalen Norden ermöglicht, mit dem Ziel, diese durch zukünftige Export-Überschüsse ausgleichen zu können. Die leichte Zugänglichkeit zu Krediten in Folge der Niedrigzinspolitik der 1970er Jahre verstärkte die von vielen Seiten empfohlene kreditfinanzierte Wachstumsstrategie noch zusätzlich⁹⁸ (vgl. Schmalz; Tittor 2005, S. 24). Die strukturelle Ungleichheit jedoch verschärfte sich zunehmend, da die erhofften kurzfristigen Wachstumseffekte nicht so eintraten wie optimistisch prognostiziert (vgl. Chahoud 1992, S. 12f). Auch wurde schon in den 1960er Jahren erkannt, dass der von großen Geber-Institutionen wie IWF und WB vorhergesagte ‚Trickle-Down-Effekt‘⁹⁹ nicht bzw. jedenfalls nicht im gewünschte Ausmaß eingetreten war. Manche AutorInnen konstatieren gar eine Zunahme von Massenverelendung und Verschlechterung der Nahrungsmittel-Versorgung durch die zunehmende Produktion von *Cash Crops* (vgl. Twele 1995, S. 96f.). Die Folge waren *dependenztheoretische Ansätze*, die vor allem in lateinamerikanischen Ländern die *Importsubstitutionsstrategie* stärkten, sowie ‚Trickle-up‘-Konzepte oder ‚Investment-in-the-poor‘- und Grundbedürfnis-Strategien. Allerdings konnten diese kritischen Ansätze nur kurzfristig dazu beitragen, dass die WB und andere Geber-Organisationen Mitte der 1970er Jahre vermehrt direktarmutsorientierte Sektoren förderten, etwa die ländliche Entwicklung (vgl. ebd., S. 98ff.). Zur selben Zeit scheiterten die Bestrebungen der Entwicklungsländer weitgehend etwa durch Kartellbildungen oder Rohstoffstabilisierungsmechanismen politisch mehr Macht zu erreichen. Die Folge waren immer *größere Ungleichgewichte* und Abhängigkeiten des globalen Südens.

⁹⁷ Eingeläutet wurde dieses Modell durch den amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman, auf den der Begriff der ‚Entwicklung‘ im Sinne eines hegemonialen Konzepts zur Propagierung des westlichen Lebensstils zurückgeht – was etwa im ‚Stufenmodell‘ Walt Rostows dann auch theoretisch begründet wurde.

⁹⁸ Toussaint (2000, S. 90ff) spricht von einer verantwortungslosen und waghalsigen Kreditpolitik, die durch die Überliquidität des internationalen Finanzsystems (‚Petro-Dollars‘) und fehlende Kontrolle zustande kam.

⁹⁹ Dieser Ansatz ging mit einer regressiven Verteilung einher, die oftmals Ungleichgewichte innerhalb eines Landes verstärkten (vgl. Pastor 1992, S. 154f.).

Anfang der 1980er Jahre brach dieses Modell externer Wachstumsfinanzierung schließlich zusammen, und zwar vor allem aufgrund der von den USA eingeleiteten *Hochzinspolitik*, die eine vielfach größere Zinsbelastung mit sich brachte (vgl. Chahoud 1992, S. 13). Neben internen Faktoren – wie aufgeblähten Verwaltungsapparaten und technologisch veralteten Produktionsstrukturen – kamen durch die negative Entwicklung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch andere exogene Ursachen hinzu: die Verschlechterung der *Terms of Trade* aufgrund der geringeren Rohstoffnachfrage in Industrieländern (was für viele großteils rohstoffexportierende Entwicklungsländer sinkende Exporteinnahmen bedeutete), die steigenden Rohölpreise in Folge der zweiten Ölkrise 1979/80, expansive Fiskal- und Geldpolitik (Geldmengenausdehnung) und schließlich ein akutes Defizit des Staatshaushalts¹⁰⁰ (vgl. Ferroni 1992, S. 28f.; Rabenau 1992, S. 69f.).

So konstatiert auch Joachim Becker (1997, S. 149ff.) das Zusammenwirken interner und externer Faktoren als Ursache der Strukturanpassung. Nämlich zum einen die zunehmende Unzulänglichkeit der Importsubstitutions-Strategie¹⁰¹ in zahlreichen Ländern des Südens, in denen es nicht gelungen war, eine Konsumgüterproduktion und einen ausreichenden Binnenmarkt aufzubauen (aufgrund beschränkter Umverteilungsmaßnahmen). Zum anderen die *Überakkumulationskrise* in den kapitalistischen Zentren, wodurch Kapital nach neuen Anlagemöglichkeiten suchte. Trotz dieser durchaus vorhandenen endogenen Ursachen darf jedoch nicht übersehen werden, dass der globale Norden maßgeblich an deren Entstehung beteiligt war: durch immense Rüstungsexporte und die Finanzierung fragwürdiger Infrastruktur-Großprojekte, die wesentlich zur Verschuldung beitrugen; oder durch die Unterstützung von oftmals korrupten und autoritären Regimes (vgl. Hauff; Heinecke 1992, S. 114f.).¹⁰² Diese Verwicklungen sind ein wesentliches Argument von kritischen AutorInnen, die die Legitimität dieser Schulden bezweifeln und eine weitgehende Entschuldung fordern.¹⁰³

¹⁰⁰ Hauff und Heinecke (1992, S. 114) führen in diesem Zusammenhang weiters multinationale Unternehmen an, die ihre Gewinne transferierten.

¹⁰¹ Zugleich betont Drekonja-Kornat (1997, S. 18), dass trotz des teilweisen Scheiterns „Lateinamerikas importsubstituierende Entwicklung aus historischer Perspektive kein Fehlschlag gewesen ist, sondern eine wichtige Etappe im eigenen Entwicklungsprozeß darstellt.“

¹⁰² Dies steht in Zusammenhang mit der instrumentalisierten Rolle der Entwicklungshilfe im Kalten Krieg als außenpolitisches Mittel, um Einfluss im globalen Süden zu gewinnen bzw. zu festigen (vgl. Twele 1995, S. 144f.).

¹⁰³ Neben der Unterstützung korrupter Regimes gibt es zahlreiche Beispiele, wie diese Gelder in zweifelhafte Prestigeobjekte oder gar spätere „Ruinen“ investiert wurden. Wie etwa im Fall von Bolivien die Verhüttungs-Anlage von Karachipampa, die nie in Betrieb ging (vgl. Merk 2003). ‚Haarsträubende‘ Korruptions-Details finden sich etwa auch bei Toussaint (2000, S. 92ff.).

3.1.2 Politische Hintergründe – Die Durchsetzung neoliberaler Politik

Projects of neoliberal restructuring are rapidly redrawing the boundaries between the state and the market, as well as forging new forms of insertion into the global economy. (Smith; Acuña 1994, S. 1)

Die Schuldenkrise und die Umstrukturierung der weltwirtschaftlichen Beziehungen steht in engem Zusammenhang mit der US-Präsidentschaft Ronald Reagans, der die Ideologie des „Magic of the market place“ (Twele 1995, S. 144) und damit verbunden freies Unternehmertum, *offene Märkte*, uneingeschränkte Investitionsmöglichkeiten des (US-)Kapitals sowie Beschneidung des staatlichen Einflusses ganz oben auf seiner politischen Agenda hatte. Der IWF und die Weltbank übernahmen als westlich geprägte entwicklungspolitische Institutionen und mächtige Schuldenmanager die Rolle, die neue Wirtschaftsdoktrin – auch als *Washington Consensus*¹⁰⁴ bezeichnet – international, und vor allem in Entwicklungsländern, durchzusetzen.¹⁰⁵ Konkret bestand die Krisenstrategie in der Bildung eines mächtigen Gläubiger-Kartells, das von IWF, WB, privaten Banken und Notenbanken gebildet wurde.

Dieses Gläubigerkartell hatte das vorrangige Ziel, den Schuldendienst der Schuldnerländer für die transnationalen Geschäftsbanken, und zwar allen voran für die stark in Lateinamerika exponierten und extrem ‚performance‘-abhängigen (großen) US-amerikanischen Banken, weiterhin zu gewährleisten. (Twele 1995, S. 131)

So betont auch Detlef Nolte (1991, S. 14), dass neben geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen der USA in Lateinamerika die Absicherung der Kredite US-amerikanischer Banken im Vordergrund stand. Die damals ausgebrochene Schuldenkrise wurde in diesem Sinne „als vorübergehende Liquiditäts- und nicht als strukturelle Insolvenzkrise“ (Twele 1995, S. 131) gedeutet, um den Banken Verluste und Abschreibungen zu ersparen. Das Gläubigerkartell beharrte auf der vollständigen Zahlungsverpflichtung,¹⁰⁶ wobei die US-Politik auch vor der Androhung massiver Konsequenzen nicht zurückschreckte, wie der Einfrierung jeglicher Kapitalflüsse oder sogar der Beschränkung von Lebensmittelimporten in Krisenländern (vgl. ebd., S. 132f.). Die *mächtigen Gläubigerkartelle* waren auch darin erfolgreich, die Bildung gemeinsamer Aktionen oder sogar eines Schuldnerkartells zu verhindern.¹⁰⁷ Generell bedeutet der bis heute aufrechte Schuldendienst einen sehr hohen monetären Transfer von Süd nach Nord (vgl. Toussaint 2000, S. 101ff.).

¹⁰⁴ Der Begriff wurde in den 1990er-Jahren eingeführt, um den ökonomischen Mainstream der in Washington beheimateten Finanzinstitutionen von IWF und Weltbank und US-amerikanischen Regierungsstellen zu bezeichnen (vgl. Falk 2008, S. 16f.).

¹⁰⁵ Die Weltbank verließ dadurch Anfang der 1980er-Jahre deutlich den eingeschlagenen Pfad der direkten Armutsreduktion, der von der US-Politik als Wohlfahrtspolitik denunziert worden war.

¹⁰⁶ Twele führt an, dass die Gläubiger massiv gegen ‚widerständige‘ Schuldnerländer auftraten, die versuchten, „die vollständige Leistung ihrer gesamten Schuldendienstverpflichtungen in Frage zu stellen und eher im Sinne eines ‚Insolvenz-Szenarios‘ Forderungsverzichte seitens der Gläubiger einzufordern“ (Twele 1995, S. 132).

¹⁰⁷ Sowohl durch Druckmittel (wie die Blockierung kurzfristiger Kredite) als auch durch Belohnung ‚gefügiger‘ Schuldnerländer mit moderaten Umschuldungsbedingungen (vgl. Twele 1995, S. 134f.).

Michael von Hauff und Werner Heinecke (1992, S. 117) betonen in diesem Zusammenhang, dass die Länder des Südens nicht nur als passive Opfer gesehen werden dürfen. Der Widerstand von manchen PolitikerInnen wurde jedoch aus Mangel an Alternativen gebrochen bzw. spielten auch Eliten in den Ländern des Südens eine Rolle, denen einzelne Aspekte der Strukturanpassung (wie Handelsliberalisierungen) durchaus zugute kamen.

3.1.3 Wirtschaftspolitische Ziele und Maßnahmen der Strukturanpassung

Die vom IWF im Rahmen von Kreditabkommen den Schuldnerländern auferlegten wirtschaftspolitischen Bedingungen (...) boten für die Gläubiger die Gewähr, daß die Schuldnerländer ihre Ökonomien rigoros auf die Schuldendienstwirtschaftung umstellten. (Twele 1995, S. 136)

Nach den obigen Ausführungen zu den strukturellen und interessengeleiteten Hintergründen der Strukturanpassung geht dieses Kapitel auf die Ziele und Maßnahmen der Stabilisierungs-Strategien ein. Strukturanpassungskredite, die von der Weltbank erstmals 1980 vergeben wurden, hatten das Ziel, kurz- und mittelfristig (geplant 5-10 Jahre) Zahlungsbilanzdefizite von Schuldnerländern auszugleichen, damit diese ihre wirtschaftliche Situation verbessern konnten (vgl. Twele 1995, S. 45f.). Die Gewährung eines Kredits war mit bestimmten *wirtschaftspolitischen Auflagen* verbunden, die die makroökonomische Stabilisierung sicherstellen sollten (vgl. Ferroni 1992, S. 30ff.; Rabenau 1992, S. 71): Neben zahlreichen „orthodoxen“ Maßnahmen wie Geldwertstabilität durch Wechselkursabwertung und Inflationsbekämpfung, die Liberalisierungen des Außenhandels und des Kapitalmarkts, die Reduktion von Budgetdefiziten durch Eindämmung öffentlicher Ausgaben, eine restriktive Lohnpolitik etc., waren auch Privatisierungen von Staatsunternehmen – zur Effizienzsteigerung wie als Einnahmequelle – Teil der Auflagen.

Die Tabelle in *Abbildung 3* schafft einen Überblick über die unterschiedlichen Instrumente von Stabilisierungs- und Strukturanpassungs-Maßnahmen sowie über Indikatoren zu deren Messung. Die Maßnahmen dienten dem Ziel, diese Länder vermehrt in die kapitalistische Weltwirtschaft zu integrieren, *marktwirtschaftliche Strukturen* einzuführen, wirtschaftliches Wachstum zu fördern und die Budgetpolitik so zu gestalten, dass der Schuldendienst weiter bedient werden konnte (vgl. Hauff; Heinecke 1992, S. 112f.). Die im Rahmen von SAPs verwendeten Instrumente (Einschränkung öffentlicher Budgets, Privatisierungen und Liberalisierungen, Beschränkung öffentlicher Budgets) lassen sich klar als neoliberal definieren. Ebenso handelt es sich um Ziele im Sinne des Neoliberalismus: Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen, Abschaffung von Handelsbarrieren etc.

Abb. 3: Übersicht über Ansatzpunkte eines Anpassungsprogramms

Anpassungs-begriff	Politikbereich	Instrument	Indikatoren
<i>Stabilisierung</i>	Nachfrageorientierte Politik „Expenditure-reducing-policy“	Fiskalpolitik Geldpolitik	Budgetdefizit Inflation Inländischer Kredit
<i>Stabilisierung/ Struktur- anpassung</i>	Ausgabenumlenkende Politik „Expenditure-switching-policy“	Wechselkurspolitik Handelspolitik	Ertragsbilanzsaldo Realer Wechselkurs
<i>Strukturanpassung</i>	Angebotsorientierte Politik	Abschaffung Lohn- und Preiskontrollen Reprivatisierung Dezentralisierung Kapitalmarkliberalisierung	Reales BIP-Wachstum Investitionen/BIP
<i>Stabilisierung/ Strukturanpassung</i>	Politik externer Finanzierung	Gesamte Wirtschaftspolitik	Internationale Reserven Auslandsverschuldung/ Exporte Schuldendienst/ Exporte

Quelle: Gekürzt übernommen aus Schiesser-Gachnang (1993, S. 119).

3.1.4 Auswirkungen und Kritik an Strukturanpassung

Structural adjustment frequently has reinforced already pronounced tendencies toward the concentration of power in the executive branch and the exclusion of the popular sector from participation in the formulation and implementation of social and economic policies. (Smith; Acuña 1994, S. 1)

Die Maßnahmen im Rahmen der SAPs hatten für zahlreiche Länder eine prinzipielle Änderung ihrer wirtschaftspolitischen Ausrichtung zur Folge, von einer staatlich gelenkten zu einer marktbasierten Wirtschaft. Dabei wurden *staatszentrierte Wirtschaftssysteme* mithilfe von Kreditsystemen sowie IWF- und WB-Auflagen bewusst unterminiert, volkswirtschaftliche Souveränität durch ausländische Kontrolle eingeschränkt und strukturelle Ungleichheiten im globalen Wirtschaftssystem tendenziell verfestigt (vgl. Chossudovsky 2002, S. 75ff.). Strukturanpassung bedeutete also nicht nur eine grundlegende Änderung der wirtschaftspolitischen Ausrichtung, „sondern auch die Atomisierung der Gesellschaft und die Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten transnationalisierter Kapitalfraktionen“ (Schmalz; Tittor 2005, S. 24f.). Tatsächlich hatten die Liberalisierung des

Handels und die Reduzierung von Schutzzöllen im Zuge von Strukturreformen (ganz im Sinne der Ricardinischen Freihandelstheorie) vielfach die Zerstörung der für den Binnenmarkt produzierenden Industrie zur Folge.

Jedoch ist zugleich die konkrete *Messung und Evaluation* der SAPs mit besonderen Schwierigkeiten verbunden: Es handelt sich um große „Untersuchungsgegenstände“, nämlich ganze Staaten, es gibt meist eine schlechte Datenlage, die Kausalbeziehungen sind schwer feststellbar bzw. nachzuweisen,¹⁰⁸ eine differenzierte Analyse methodisch aufwändig. „Die Wirkungen eines Strukturanpassungsprogramms müßten theoretisch vor dem Hintergrund der Ohne-Programm-Entwicklung gemessen werden“, stellt Rabenau (1992, S. 72) fest. Da dies in der Realität nicht möglich ist, blieben nur Vorher-nachher-Vergleiche¹⁰⁹ oder Vergleiche zwischen Ländern,¹¹⁰ die SAPs durchlaufen sind, und anderen ohne SAPs. Zur Überwindung dieser Hürde setzen vor allem neuere Untersuchungen auf Simulation, die allerdings aufwändige *Modellrechnungen* voraussetzt und deren Aussagekraft wesentlich von den vorhandenen (oder geschätzten) empirischen Daten abhängt:

Die Simulationsansätze (...) bergen die Gefahr, dass die dort spezifizierten ökonometrischen Modelle genau das simulieren, was bei ihrer Konstruktion an theoretischem Vorurteil hineingesteckt wurde. (Fritsche 2004, S. 12)

So ist die Bewertung von Strukturanpassungsprogrammen eng mit Ideologien verbunden (Markt vs. Staat) und stark von der jeweiligen Interpretation abhängig, d.h. zum Beispiel wie Kausalzusammenhänge bewertet werden. Diese Einschränkung gilt auch für meine Arbeit, die sich in den nächsten Kapiteln eingehend mit Auswirkungen von Strukturanpassung in Bolivien beschäftigen wird.

Auf *wirtschaftlicher Ebene* war die Strukturanpassungspolitik in den 1980er Jahren jedenfalls nur *mäßig erfolgreich* bzw. ein glatter Fehltritt (je nach Interpretation). Für viele Entwicklungsländer gelten die 1980er daher als ‚verlorenes Jahrzehnt‘. Das BIP pro Kopf stagnierte oder ging sogar zurück (im Zeitraum 1980-1989 in Lateinamerika etwa um 0,4 Prozent, in Afrika südlich der Sahara gar um 1,2 Prozent), ebenso die Bruttoinlandsinvestitionen, zugleich verdoppelte sich die Auslandsverschuldung im Laufe der 1980er Jahre (vgl. Twele 1995, S. 109ff.).¹¹¹ Selbst die Weltbank musste eingestehen, dass das Ziel

¹⁰⁸ „Erfolg‘ und ‚Misserfolg‘ im Sinne hoher Wachstumsraten bei niedriger Inflation oder umgekehrt können dann nahezu beliebig mit ‚Sonderfaktoren‘ erklärt werden“, meint Fritsch (2004, S. 12) bezüglich der empirischen Zuordnung.

¹⁰⁹ Vorher-nachher-Vergleiche sind mit nicht eindeutigen Kausalzusammenhängen konfrontiert, beispielsweise wenn sich wirtschaftliche Kennzahlen durch Naturkatastrophen und eben nicht durch Strukturanpassung verschlechtern.

¹¹⁰ Ländervergleiche gehen mit der impliziten Annahme einher, dass es sich um zwei Länder mit gleichen Ausgangsbedingungen handelt. In der Praxis wird daher meist auf Ländergruppen-Vergleiche zurückgegriffen, da hier die statistischen Abweichungen theoretisch kleiner sind. (vgl. Rabenau 1992, S. 73)

¹¹¹ Hier zeigt sich ein sehr differentes Bild, wenn man unterschiedliche Weltregionen betrachtet (vgl. Twele 1995, S. 2): Während das BIP pro Kopf in LA und Afrika sank, verzeichnete Ostasien (+6,2

des Herauswachsens aus der Verschuldung in keinem Schuldnerland erreicht werden konnte und auch das Wirtschaftswachstum und erhoffte Bilanzüberschüsse unter den Erwartungen blieben (vgl. ebd., S. 187ff.). Somit wurden Ende der 1980er Jahre Strategien des Schuldenabbaus durch Zinsreduktionen und Schuldenerlässe – in erster Linie von öffentlichen Gebern – bei hochverschuldeten Ländern eingeführt.

Wie die makroökonomischen Auswirkungen werden auch die *sozialen Folgen* unterschiedlich bewertet. In Lateinamerika verschlechterten sich die Terms of Trade in diesem Jahrzehnt um 21%, und das bei enorm gewachsener Verschuldung; die Mindestlöhne waren im Durchschnitt um 25% gesunken, und Armut beginnt mit den 1980er Jahren ein städtisches Phänomen zu werden (vgl. Nolte 1991, S. 8f.). Angesichts der ökonomischen Daten – sinkendes BIP/Kopf, sinkende Reallöhne, Rückgang der staatlichen (Sozial-)Ausgaben – ist die weit verbreitete Konstatierung zunehmender Armut und steigender Ungleichheit im Zusammenhang mit SAPs nicht verwunderlich. Ein zentraler Kritikpunkt in der Anfangsphase der SAPs war jener,¹¹² dass die Rückwirkung der Maßnahmen auf arme Bevölkerungsteile viel zu wenig beachtet werde. Die Ausrichtung auf Exportförderung gehe zu Lasten der Produktion für den Binnenmarkt und der Versorgung der eigenen Bevölkerung, vor allem in Verbindung mit dem Rückgang von öffentlichen Subventionen (vgl. Kasch 1992, S. 100ff.). Durch Währungsabwertungen stiegen Preise für Nahrungsmittel und Medikamente oftmals über Nacht. In Sub-Sahara-Afrika schlugen sich der Rückgang der Sozialausgaben und der durchschnittlichen Kalorienzufuhr sogar auf zentrale Indikatoren wie die Lebenserwartung (verbreitet leicht sinkend) und die Kindersterblichkeit (in manchen Staaten stagnierend oder sogar leicht steigend) nieder – wie Zahlen der Weltbank (data.worldbank.org/indicator) beweisen. Ferroni etwa bestätigt zwar, dass die Zahl der Armen in Afrika und Lateinamerika zugenommen hat, sieht dafür aber nicht die SAPs verantwortlich, sondern die „schwierigen strukturellen Ausgangsbedingungen“ (Ferroni 1992, S. 44) – er sieht also andere Kausalzusammenhänge.

Die Weltbank versuchte jedenfalls ab den 1990er Jahren, ihre Maßnahmen durch mehr oder minder erfolgreiche ‚Poverty Reduction Strategies‘ (PRS) abzufedern. Ausgehend von den Erfahrungen der 1980er und 1990er Jahre, die in manchen Ländern steigendes Wirtschaftswachstum, aber enttäuschende Fortschritte bei der Reduktion der Armutszahlen gebracht hatten, etablierte sich zu besseren Feststellung des Zusammenhangs die Analyse-

Prozent) und Südasien (+3,0 Prozent) – wo es keine derart hohe Verschuldung und daher größtenteils keine Strukturanpassung gab – deutliche Wachstumsraten. Die Bruttoinlandsinvestitionen gingen außer in Südasien überall zurück, um 2,2% in Lateinamerika und 5,5% in Subsahara-Afrika. Die Auslandsverschuldung stieg in allen Ländern zwischen 10,2% in Lateinamerika und 14,9% in Subsahara-Afrika.

¹¹² Abgesehen vom grundsätzlichen Vorwurf, die SAP sei eine ideologische Mission zur Propagierung des privaten Sektors und gegen staatliche Intervention.

Methode des *Pro-poor Growth*. Wie bereits bei wachstumskritischen Konzepten im Kontext mit Nachhaltigkeit erläutert (siehe Kapitel 2.4.2), wird auch in diesen Untersuchungen oftmals die Bedeutung von Wachstum für die Armutsreduzierung betont. Die generalisierenden Aussage „growth is good for the poor“ (Dollar; Kraay 2004) wird jedoch überwiegend differenzierter betrachtet. In einem engen Verständnis handelt es sich nur dann um pro-poor growth wenn ärmere Bevölkerungsteile relativ stärker am Wachstum profitieren, d.h. die Ungleichheit sinkt. Zumeist findet man jedoch in der Literatur das weitere Verständnis, nach dem es sich bereits um pro-poor-growth handelt wenn die Armut sinkt (unabhängig davon um wie viel stärker privilegierte Bevölkerungsschichten vom Wachstum profitieren) (vgl. Cord; Lopez; Page 2004, S. 16f.). In Bezug auf Bolivien werde ich auf einige Analysen aus dem Umfeld des pro-poor-growth zurückkommen.

In den letzten Jahren mehrte sich die *Kritik* an den Deregulierungs- und Liberalisierungs-Vorgaben des IWF im Zuge der Strukturanpassung. So würden die Maßnahmen nicht auf die jeweiligen Charakteristika der Krise und des Landes abgestimmt,¹¹³ sondern einheitlich dieselben Maßnahmen gepredigt. Priewe und Herr (2005) etwa beanstanden die mäßige bis schlechte Stabilisierungspolitik in der Mexico- (1994), Asien- (1997) und Russland-Krise (1998). Besondere Brisanz hat die *Asienkrise*. Die prosperierenden Ostasiatischen ‚Tiger-Staaten‘ (Taiwan, Südkorea, u.a.) wurden oftmals als Musterschüler unter den Entwicklungsstaaten behandelt. Ihre erfolgreiche Wirtschaftspolitik in den 1980er und 1990er Jahren fußte allerdings gerade nicht in den von WB und IWF propagierten Deregulierungs- und Liberalisierungsparadigmen, sondern diese waren das Resultat „of effective and many-sided policies of state intervention in markets“ (Radice 2008, S. 1153). Kurz vor der Krise wurden in den meisten Ostasiatischen Ländern die Kapitalmärkte liberalisiert, was eine starke Steigerung der Investitionen zur Folge hatte, wodurch die Märkte ‚überhitzten‘ und sich eine krisenanfällige ‚Finanzblase‘ bildete. Die vom IWF nach dem ‚Platzen‘ dieser Blase verordneten Maßnahmen, verschärften die wirtschaftliche Instabilität und verursachten massive soziale Folgen (vgl. Küblböck; Staritz 2008). Trotz dieser Einsichten wird an der Krisen-Politik mit all ihren sozialen Auswirkungen festgehalten, wie das aktuelle Beispiel Griechenland beweist.

¹¹³ So halten etwa Hauff und Heinecke (1992, S. 115f.) fest, dass die neoklassische Theorie nur die formale Wirtschaft erfassen könne, jedoch der informelle Sektor in vielen Entwicklungsländern eine sehr große Bedeutung spielt, was zu Fehleinschätzungen führen kann.

3.2 Strukturanpassung in Bolivien

While formerly the state acted as the sole agent for development, the new policies hand this role over to private individuals. (Grütter 1993, S. 7)

Nach den allgemeinen Ausführungen zu Hintergründen, Instrumenten und Auswirkungen von Strukturanpassungsprogrammen im letzten Kapitel komme ich nun zum konkreten Fall Bolivien. Ausgehend von einer sehr heterogenen, durch die Kolonialzeit bestimmten Gesellschaftsstruktur, richtete sich Boliviens Wirtschaft – wie andere lateinamerikanische Länder – ab den 1950er Jahren an einer staatlich gelenkten *Importsubstitutionsstrategie* aus (Kapitel 3.2.1). Die *Verschuldungskrise* und interne ökonomische Probleme führten auch in Bolivien Anfang der 1980er Jahre in ein ökonomisches Chaos, unter anderem mit einer Hyperinflation (3.2.2). Die prekäre Wirtschaftslage wurde ab 1985 durch eine radikale Umstellung der Wirtschaftspolitik mit typischen orthodoxen Stabilisierungs- und Strukturanapssungs-Maßnahmen bekämpft, die in den 1990er Jahren eine konsequente Fortsetzung fanden (3.2.3). Dabei spielten *Privatisierungen* eine wesentliche Rolle, die vor allem auf Druck der Weltbank ab Mitte der 1990er Jahre forciert wurden (3.2.4). In diesem Kapitel geht es vor allem um die Darstellung der ökonomischen Ausgangssituation und der konkreten Strukturanpassungspolitik, während sich das nächste Kapitel ausführlich mit den Auswirkungen – sowohl ökonomischer als auch gesellschaftlicher Natur – beschäftigt.

3.2.1 Bolivien – Politische und ökonomische Ausgangslage

Bolivien ist schon seit der Kolonialzeit durch den Gegensatz zwischen natürlichem Reichtum und weitverbreiteter Armut gekennzeichnet. (Raza 1997b, S. 6)

Bolivien ist ein relativ dünn besiedeltes Binnenland im zentral-westlichen Teil Südamerikas mit etwa 10,5 Millionen Einwohnern (Stand 2012). Es teilt sich geographisch in drei große Regionen: die Hochebene (Altiplano), die Täler (Valles) und das Tiefland (Selva) im Osten am Rande des Amazonas. Offizielle Hauptstadt ist Sucre in den Valles, der Regierungssitz jedoch in La Paz in der Hochebene.

Mit der Unabhängigkeit von 1825 befreite sich Bolivien zwar formal von der externen Bestimmung durch die spanische Kolonialmacht, die Herrschaftsformen und Feudalstrukturen der Kolonialzeit blieben allerdings weitgehend erhalten. Boliviens Wirtschaft ist bestimmt von einer hohen Spezialisierung auf einige Rohstoffe und damit verbundener Abhängigkeit von Preisentwicklungen und Nachfrage am Weltmarkt. Seit der Unabhängigkeit zeichnet sich Bolivien vor allem durch eine hohe politische Instabilität aus (192 Putsche 1824-1981) und gilt als das ärmste Land Südamerikas. Der Landbesitz in Bolivien ist sehr

ungleich verteilt: 10 Prozent des Landes und damit 90 Prozent der kultivierbaren Fläche befinden sich in Mittel- und Großgrundbesitz (vgl. Radhuber 2009, S. 12).

Die *Revolution von 1952*, in der sich Bergarbeiter, Bauern und die Mittelklasse gegen Eliten (vor allem die „Zinnbarone“) zusammenschlossen, bildete einen markanten historischen Bruch in der Geschichte Boliviens. Die Zinn-Oligarchen wurden enteignet, demokratische Reformen durchgeführt und die Strategie eines Staatskapitalismus mit Importsubstitution implementiert (vgl. Raza 1995, S. 211). Die ab 1964 regierenden *Militärregime*¹¹⁴ verfolgten je nach politischer Ausrichtung gegensätzliche Wirtschaftspolitiken, ohne langfristige Entwicklungsstrategie. Das staatszentrierte Modell hatte in Verbindung mit zahlreichen (Militär-)Diktaturen einen aufgeblähten Verwaltungsapparat und ein klientelistisches System begünstigt – vor allem unter der Militärdiktatur Hugo Banzers (1971-78).¹¹⁵ Eine kleine Zahl von staatlich-administrativen und wirtschaftlichen Eliten konnte daher alle staatlichen Aktivitäten weitgehend im Sinne ihrer persönlichen Eigeninteressen kontrollieren (vgl. Fuhr 1991, S. 62f.). Das ist ein Mitgrund warum die öffentliche Hand vorrangig in kreditfinanzierte spektakuläre Großprojekte, anstatt in vielleicht sinnvollere regionale Kleinprojekte investierte. So entstanden etwa in La Paz in den 1970er Jahren viele protzige Hochhäuser, aber damit keine längerfristige Verbesserung der Wirtschafts- und Produktionsstrukturen.

Auf *wirtschaftlicher Seite* waren die 1960er Jahre durch Wachstum gekennzeichnet, das sich in den 1970er Jahren infolge der Ölkrise und sinkenden Rohstoffpreise deutlich abschwächte. Zwischen 1952 und 1981 wuchs das BIP pro Kopf – auch aufgrund eines moderaten Bevölkerungswachstums – durchschnittlich jährlich nur um 0,4% (vgl. Schiesser-Gachnang 1993, S. 10). In der Produktionsstruktur fällt auf, dass die Bedeutung des Primärsektors zwischen 1952 und 1982 deutlich zurückging, während der Dienstleistungssektor stark zunahm. Problematisch ist vor allem, dass der Anteil der verarbeitenden Industrie am BIP im selben Zeitraum nur vorübergehend leicht anstieg und 1982 sogar unter den Wert von 1952 zurückfiel (vgl. Schiesser-Gachnang 1993, S. 11).

¹¹⁴ Das Militär, das 1952 abgeschafft worden war, musste auf Druck der USA wiederhergestellt werden, was schließlich in einem Militärputsch endete.

¹¹⁵ So stieg etwa die Zahl der Staatsangestellten von 66.000 1970 auf 170.000 1977 (vgl. Schiesser-Gachnang 1993, S. 8).

3.2.2 Politische Instabilität und ökonomisches Chaos Anfang der 1980er Jahre

Ausgangspunkt für die Strukturanpassung ist immer eine makroökonomische und gesamtwirtschaftliche Krise. (Ferroni 1992, S. 28)

Ausgangspunkt der Strukturanpassung in Bolivien bildete das ‚ökonomische Chaos‘ Anfang der 1980er Jahre. Nach dem Zusammenbruch der Militärdiktatur von Hugo Banzer 1978 konnte sich für mehrere Jahre keine zivile Regierung durchsetzen und auch keine Diktatur halten.¹¹⁶ Erst 1982 übernahm der aus demokratischen Wahlen hervorgegangene Hernán Siles Zuazo das Präsidentenamt. Dieser war bereits mit der äußerst *prekären Wirtschaftslage* konfrontiert, vor allem mit den extrem gestiegenen Kreditzinsen, die Schiesser-Gachnang (1993, S. 23) als „gewaltigen externen Schock“ bezeichnet. Siles Zuazo setzte – aus dem linken Spektrum kommend – auf eine heterodoxe Stabilisierungspolitik und somit etwa auf die Sicherung der Löhne. Er traf aber auch einige wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen und bediente sich der Notenpresse, um dem Staatsbankrott zu entrinnen, was schließlich 1985 zu einer *massiven Hyperinflation* führte.¹¹⁷

„Ein entscheidender Faktor für das Entstehen der bolivianischen Hoch- und Hyperinflation war der gewaltige Anstieg des Schuldendienstes der Zentralregierung (...) von 2,1% des BIP 1981 auf 18,9% 1982“ (Schiesser-Gachnang 1993, S. 94).

Begleitet wurde dies mit der Einstellung der ausländischen Kreditvergabe trotz Rückkehr zur Demokratie. Hinzu kamen die schwache Staatlichkeit, sinkende Steuer-Einnahmen des Staates, eine schlechte Wechselkurspolitik, die arbeiterfreundliche Lohnpolitik (die eine Lohn-Preis-Spirale in Gang setzte), die politische Ablehnung und Gegenstrategien des privaten Sektors durch Forcierung des Schwarzmarkt-Handels sowie zunehmende soziale Unruhen, die sich vor allem in steigenden Streiktagen widerspiegeln (vgl. Schiesser-Gachnang 1993, S. 29ff.). Es zeigt sich also der große Beitrag externer Faktoren an dieser prekären wirtschaftlichen Situation, vor allem die hohen Schuldendienstzahlungen.

3.2.3 Strukturanpassungs-Maßnahmen in den 1980er und 1990er Jahren

Characteristics of the program include measures to liberalize prices (e.g., salaries, exchange rates, interest rates) and conservative monetary and fiscal policy, with the aim of promoting an open, market based economy with reduced state role. (Grütter 1993, S. 17)

Aus den Neuwahlen 1985 ging die alte Revolutionspartei MNR (*Movimiento Nacionalista Revolucionario*) aus dem Jahre 1952 als Sieger hervor, und der damalige Revolutionsführer

¹¹⁶ In einem der blutigsten Putsche kam 1980 etwa kurzzeitig eine Militärfraktion an die Macht, die enge Verbindungen mit der Drogen-Mafia unterhielt (vgl. Pastor 1992, S. 76).

¹¹⁷ Die Inflation betrug zwischen April 1984 und September 1985 unglaubliche 60.000 Prozent (Schiesser-Gachnang 1993, S. 1).

Paz Estenssoro übernahm das Präsidentenamt. Er brach mit dem staatlich geleiteten Entwicklungs-Modell, das er selbst 1952 auf die Wege gebracht hatte, indem er auf eine *orthodoxe wirtschaftspolitische ‚Schock-Therapie‘* setzte¹¹⁸ – *Nueva Política Económica* (NPE) bzw. *New Economic Policy* (NEP).

The NEP sought three basic objectives: liberalization of the economy, ascendance of the private sector as the central actor in economic development, and recoupment of control over key state enterprises which had been captured by factional cliques and labor groups. (Gamarra 1994, S. 105)

Die NPE enthielt also alles, was IWF und Weltbank für eine effektive Krisenpolitik empfahlen: Stabilisierung der Wechselkurse, Liberalisierungen (etwa durch Senkung der Zölle), Reduktion der Staatsausgaben (Sparprogramme) und Verschlankung des Staates,¹¹⁹ Einfrieren der Löhne etc. Protesten von Seiten der Gewerkschaften begegnete die Staatsführung mit *repressiven Maßnahmen*, Ausnahmezuständen und Verhaftungen von Gewerkschafts-Führern, wodurch die Gewerkschaften und damit die bisherigen zentralen Widerstandskräfte für Jahre paralysiert wurden. Der Regierung gelang es, das vorgegebene Hauptziel zu erreichen, nämlich durch ‚brave Politik‘ die *internationale Kreditwürdigkeit* wieder zu erlangen, und bereits 1986 wurden erste Strukturanpassungs-Kredite gewährt (vgl. Schiesser-Gachnang 1993, S. 190). Juan A. Morales betont den bedeutenden technokratischen und autoritären Aspekt der Strukturanpassung unter Estenssoro und den beispiellosen Einfluss von Experten des IWF auf Entscheidungsprozesse der Regierung:

„The close collaboration between Bolivian technocrats and functionaries of international credit agencies established external credibility, which was at least as important as internal credibility“ (Morales 1994, S. 131).

1990 wurde *Jaime Paz Zamora* mit seiner drittplatzierten Partei MIR (*Movimiento de Izquierda Revolucionaria*) vom Kongress zum Präsidenten gewählt.¹²⁰ Er musste – obwohl dem linken politischen Lager zugehörig – aufgrund des *massiven internen und externen Drucks* die liberale Politik fortsetzen:

„(...) the first post-NEP government found its hands tied: The openness of the capital accounts and the dependence on foreign credit gave both domestic capital and international lenders veto power over economic policy“ (Pastor 1992, S. 151).

Paz Zamora war zwar mit dem Versprechen von mehr ‚sozialer Gerechtigkeit‘ durch den Wahlkampf gezogen, sah sich jedoch gezwungen, die orthodoxe Politik aufgrund der Abhängigkeit von nationalem und internationalem Kapital fortzusetzen. Morales (1994, S. 132) etwa attestiert Zamora durchaus verteilungspolitische Absichten, die jedoch –

¹¹⁸ Pastor (1992, S. 100) sieht zur Strukturanpassungspolitik von Paz Estenssoro im Grunde keine Alternative, da sich viele Versuche heterodoxer Lösungsansätze linker Parteien in den Vorjahren diskreditiert hatten. Zentrale Voraussetzungen wie ein starker Staat, der Preiskontrollen und andere Interventionen durchsetzen hätte können, waren nicht gegeben.

¹¹⁹ Bis Oktober 1987 wurden über 23.000 Personen aus öffentlichen Einrichtungen und öffentlichen Unternehmen entlassen (vgl. Eróstegui T. 1993, S. 48f.).

¹²⁰ Erreicht keine der Parteien eine absolute Mehrheit, wählt der Kongress den Präsidenten aus jenen drei Parteien, die die meisten Stimmen erhalten haben.

entsprechend der vorgegebenen Stoßrichtung ‚Zuerst Wachstum, dann Verteilung‘ – nur sehr bedingt umgesetzt wurden. Hingegen wurden die Liberalisierungs-Maßnahmen sogar ausgebaut: Ausländische Investitionen in das Bergbauwesen und in fossile Energieträger wurden zugelassen (wobei der freie Kapitalfluss auch die Rückführung von Gewinnen durch ausländische Unternehmen umfasste), Importzölle mit maximal 10% vereinheitlicht und gedeckelt, Handelsverträge mit den USA abgeschlossen und Privatisierungen nun auch langsam in die Realität umgesetzt (vgl. Gamarra 1994, S. 106).

Auf Paz Zamora folgte von 1993 bis 1997 die erste Präsidentschaft von *Gonzalo Sanches de Lozada* (MNR), vormalig Wirtschaftsminister und Chef-Stratege unter Paz Estenssoro. Nachdem er in den USA studiert hatte, war er durchaus von der neoliberalen Wirtschaftspolitik überzeugt. Er setzte zusätzlich auch auf – zumindest vorgegebene – Demokratisierungs-Maßnahmen, in Form des ‚Plan de Todos‘ (‚Plan für alle‘), durch den Dezentralisierungen und ein Pensionssystem umgesetzt werden sollten (Details siehe *Kapitel 3.2.4*).¹²¹ Während seiner Regierungszeit wurden erstmals umfassende Privatisierungsmaßnahmen verwirklicht. 1997 wurde der *ehemalige Diktator Hugo Banzer* (ADN – *Accion Democrática Nacionalista*) mithilfe einer breiten Koalition zum Präsidenten. Er setzte die Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik fort und begann in Kooperation mit den USA, einen breit angelegten Koka-Vernichtungsplan umzusetzen, der auf breiten Widerstand in der Bevölkerung stieß.

Neben der erschreckenden Tatsache, dass ein ehemaliger Diktator, auf den zahlreiche Menschenrechtsverletzungen zurückgehen, nochmals Präsident werden konnte, sieht Fuhrmann (2005, S. 221f.) ein grundsätzliches Problem der bolivianischen Politik darin, dass die traditionellen Parteien, die zwischen 1985 und 2003 regierten, einer *kleinen Unternehmerelite* entstammten, die ihre Politik zu deren Gunsten am neoliberalen Modell ausrichteten. Gamarra (1994) argumentiert, dass diese ‚stabile‘ und langfristige Form der einschneidenden Austeritätspolitik nur durch strategisch kluge und längerfristige Pakte zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien möglich war. So sicherte sich bereits Paz Estenssoro die Unterstützung der wichtigsten Oppositionspartei ADN um Ex-General Banzer, indem er die ADN an der staatlichen Vetternwirtschaft beteiligte. Dabei gelang es den konservativen Parteien auch, die immer wieder „aufkommenden linken Kräfte in die Regierung einzubinden und mit ihnen ungestört das neoliberale Modell fortzusetzen“ (Fuhrmann 2005, S. 222). So schaffte es Banzer während seiner Präsidentschaft, mit einer Megakoalition von über 70% der Parlamentssitze zu regieren.

Es zeigt sich in der politischen Entwicklung Boliviens deutlich, wie sehr die Parteien auf eine Regierungsbeteiligung fixiert waren und sich dafür auch dem herrschenden Diskurs des Neoliberalismus unterordneten. (Fuhrmann 2005, S. 223)

¹²¹ Unter Sanches de Lozada wurde etwa auch ein ‚Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Umwelt‘ sowie ein ‚Ministerium für nachhaltige menschliche Entwicklung‘ geschaffen, denen es jedoch an Handlungskompetenz und finanziellen Ressourcen fehlte (vgl. Raza 2000).

Neben regelmäßigen Wahlbetrugsvorwürfen – vor allem bei der Wahl 1989 – scheint diese Form der *politischen ‚Packelei‘*¹²² nicht förderlich für ein demokratisches System und das Vertrauen der Bevölkerung. Es liegt auf der Hand, dass es zu Politikverdrossenheit führt, wenn die Wahl weder die Ausrichtung der Politik noch die zentralen politischen Akteure bestimmt. Damit wird auch die in *Kapitel 2.3.4* herausgearbeitete problematische Beziehung neoliberaler Theorien zur Demokratie wiederum deutlich. Trotz Demokratie kann die neoliberale Marktwirtschaft nicht abgewählt werden.

3.2.4 Strukturanpassung und Privatisierungen in Bolivien

With the law of Capitalization and the Hydrocarbons Law of 1996, the Bolivian state (...) privatized the hydrocarbons sector, returning to a type of management not seen since the 1920s. (...) Through this legislation, wellhead royalties owed to the state by the translations were reduced from 50 percent to 18 percent in all ‚new‘ discovery sites. (Spronk; Webber 2007, S. 34)

Wie einleitend erläutert und in *Kapitel 2.5.3* dargestellt, sind Privatisierungen ein zentrales Element neoliberaler Politik. Da Privatisierungen auch in Bolivien umfangreich umgesetzt wurden, gut analysiert sind und wesentlicher Auslöser für Widerstandsbewegungen waren, möchte ich auf diese Maßnahme fokussieren.

Privatisierungen standen zwar von Beginn an im Maßnahmen-Katalog von IWF und WB, doch erst im Laufe der 1990er Jahre wurden sie tatsächlich intensiv umgesetzt. 1985 gab es in Bolivien insgesamt 157 SOEs (State Owned Enterprises), die von Hotels über agro-industrielle Unternehmen, größere Produktionsstätten bis hin zu großen Dienstleistungs- und Transportunternehmen reichten (vgl. Schiesser-Gachnang 1993, S. 263ff.). In den 1980er Jahren beschränkte sich die Regierung darauf, effizienzsteigernde Maßnahmen (etwa Personalabbau, Preisanpassungen, Aufgliederungen etc.) umzusetzen. Erste Privatisierungen von kleineren öffentlichen Unternehmen wurden Anfang der 1990er Jahre in der Regierungszeit Paz Zamoras durchgeführt; und zwar vor allem durch den Druck des Auslands, da der IWF bei seinen Verhandlungen die langsame Privatisierung offen kritisierte (vgl. ebd., S. 269). Besondere Bedeutung in der bolivianischen Debatte hatten von Beginn an *fossile Brennstoffe*, d.h. Erdgas- und Erdölvorkommen sowie die traditionell sehr wichtigen Mineralien (Zinn, Kupfer etc.). Der ‚(Aus)Verkauf‘ natürlicher Ressourcen wurde in den 1990er Jahren stark forciert, mit dem Ziel, private Investitionen in das Land zu holen.¹²³

¹²² Chávez León und Mokrani Chávez (2012, S. 43) sehen in der „paktierten Demokratie“ eine „Privatisierung der Politik“ während der neoliberalen Regierungszeit.

¹²³ Anfang der 1990er-Jahre beschloss Präsident Zamora neue Gesetze für Bergbau und Förderung fossiler Energieträger, in denen besonders hervorgehoben wurde, dass private Eigentumsrechte von Investoren garantiert würden (vgl. Morales 1994, S. 141f.).

In der Regierungszeit von Sanches de Lozada (1993-1997) wurden schließlich Privatisierungen größeren Ausmaßes umgesetzt. Dabei wurde von ‚*Capitalization*‘ und nicht von Privatisierung gesprochen, da die Unternehmen nicht vollständig an private Eigentümer übergingen. Anbieter konnten 50 Prozent der Unternehmensanteile erwerben, übernahmen die geschäftsführende Kontrolle und verpflichteten sich, innerhalb der kommenden fünf Jahre Investitionen in Höhe des gebotenen Betrags zu tätigen. Die anderen 50 Prozent behielt sich der Staat bzw. zur Verwaltung beauftragte Banken, und die Dividenden flossen in einen *Pensions-fonds* (‚BONOSOL‘).¹²⁴ Sanches de Lozada verband seine Privatisierungspolitik mit Dezentralisierungs-Maßnahmen¹²⁵ und einem Pensionsfonds, pathetisch genannt ‚El Plan de Todos‘ (‚Der Plan für alle‘). Er reagierte damit auf die in der Bevölkerung aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen weit verbreitete Befürchtung, „that privatization would result in a ‚selling off‘ of the national wealth and a return to foreign economic domination“ (Graham 1997, S. 8). Der ‚Plan de Todos‘ vereinte also drei Ziele: „privatization, social security reform and broadening the base of stakeholders in the market process“ (ebd.). Die Bevölkerung sollte das Gefühl haben, in den Reformprozess eingeschlossen zu sein und davon zu profitieren. Das entspricht auch der von Tittor (2005, S. 47) formulierten These, dass „Privatisierungspolitik nicht nur Teil der neoliberalen Wende war, sondern sogar eine wichtige Stütze für die Hegemoniebildung des Neoliberalismus bildete.“

Unter Sanches de Lozada wurden auch die sechs *staatlichen Monopole* in das Privatisierungsprogramm aufgenommen, die zum damaligen Zeitpunkt für 12,5 Prozent des BIP und 60 Prozent der Staatseinnahmen verantwortlich waren (vgl. Kohl; Farthing 2006, S. 109). Die großen staatlichen Infrastruktur-Unternehmen ENTEL (Telekommunikation), ENDE (Stromversorgung), ENFE (Staatsbahn), LAB (nationale Fluglinie), YFPB (Öl und Gas) und EMV (Verhüttung) wurden 1997 von ausländischen Unternehmen übernommen.¹²⁶ Sanches de Lozada argumentierte Privatisierungen damit, dass internationale Investoren angezogen (prognostizierte 24 Prozent des BIP im Jahr 1997), das Wirtschaftswachstum erhöht (erhoffte 11 Prozent Wirtschaftswachstum für 1997), hunderttausende Jobs geschaffen und Verluste an staatlichen Einkommen durch Steuereinnahmen mehr als ersetzt

¹²⁴ Die beiden eigens eingerichteten Pensionsfonds wurden übrigens nicht von bolivianischen, sondern mehrheitlich von spanischen Banken verwaltet (vgl. Graham 1997, S. 8).

¹²⁵ Durch die Dezentralisierung wurde die Entscheidungsgewalt über den Einsatz öffentlicher Mittel auf kommunale Ebene übertragen. Kohl (2002) zeigt jedoch auf, dass sich der gut gemeinte Ansatz der Partizipation auf eine kleine lokale Elite beschränkte, die die Verwendung der finanziellen Ressourcen in ihrem Sinne lenkte.

¹²⁶ ENTEL wurde von einem italienischen Unternehmen übernommen, ENDE wurde in drei Unternehmen zerschlagen und jeweils von US-amerikanischen Investoren erworben; ENFE ging an ein chilenisches, LAB an ein brasilianisches Konsortium; YFPB wurde in drei Sektoren aufgegliedert, wobei der gesamte Bereich der Öl- und Gas-Förderung mit den meisten MitarbeiterInnen vorerst in staatlicher Hand verblieb, wobei die anderen Bereiche an Shareholder aus den USA, Holland, Argentinien und Spanien vergeben wurden. Präsident Banzer verkaufte später noch die Raffinerien.

werden würden (vgl. Kohl; Farthing 2006, S. 103). Mit den ‚Erfolgen‘ und Folgen dieser Privatisierungsmaßnahmen beschäftigt sich *Kapitel 3.3.2*.

Die Privatisierungspolitik begleitete auch die folgenden Regierungen von Hugo Banzer (1997-2001) und die zweite Regierungszeit von Sanches de Lozada (2002-2003). Banzer vergab wiederum auf Druck des IWF 1999 die *Wasserversorgung* der Stadt Cochabamba an ein internationales Konsortium unter dem amerikanischen Investor Bechtel. Dies war Auslöser für massive Proteste und das Erstarken der sozialen Bewegungen. Diese Proteste kulminierten dann 2003 als Reaktion auf den Ressourcenausverkauf von Sanches de Lozada, der nach massiven Ausschreitungen mit zahlreichen Todesopfern, provoziert durch das brutale Vorgehen des Militärs, aus dem Land flüchtete. Diese Aspekte des Widerstands mit der starken Rolle von sozialen Bewegungen werden im *Kapitel 3.4.1* näher behandelt.

3.3 Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme in Bolivien

The existing information (...) seems to indicate that those who have benefited from the NEP are, above all, the export and commercial elites, those with financial means, and the upper- and middle-class sectors able to channel the flow of international aid resources to their benefit. (Morales 1994, S. 143)

Nach der Beschreibung der SAPs als Instrument neoliberaler Politik (*Kapitel 3.1*) und der konkreten Analyse der Umsetzung der SAPs in Bolivien (3.2) beschäftige ich mich nun mit den *Auswirkungen* dieser Maßnahmen in den 1980er und 1990er Jahren. Mit den längerfristigen Folgen und dem Erstarken der Zivilgesellschaft ab dem Jahr 2000 setzt sich dann *Kapitel 3.4* auseinander. Stefan Schmalz und Anne Tittor (2005, S. 35) schreiben bezogen auf Lateinamerika von einer „schockierenden“ sozialen Bilanz nach zwei Dekaden neoliberaler Wirtschaftspolitik: Einkommensverluste der Ärmsten, genereller Rückgang der Reallöhne (um 50% in den 1980ern, um weitere 10% in den 1990ern) und große Ausbreitung des informellen Sektors (84 von 100 neu geschaffenen Arbeitsplätzen entstehen dort).

In Bezug auf Bolivien werden nun komprimiert die kurzfristigen und mittelfristigen Auswirkungen auf *makroökonomischer Ebene* beleuchtet (*Kapitel 3.3.1*), d.h. die Konsequenzen der NPE auf Wirtschaftsindikatoren wie das BIP, anschließend die Folgen der umfangreichen *Privatisierungen* in den 1990er Jahren (3.3.2). Im *Kapitel 3.3.3* befasse ich mich mit den *gesellschaftlichen Folgen* der SAPs, d.h. den Konsequenzen für soziale Indikatoren. Abschließend werden die Auswirkungen auf die beiden definierten Kernelemente Sozialer Nachhaltigkeit, soziale (Un)Gleichheit (3.3.4) und gesellschaftliche Solidarität (3.3.5), separat behandelt.

3.3.1 Ökonomische Auswirkungen der NPE

Much of the success of the program, however, was due to the ‚credibility-gaining‘ political strategy of repressing the labor movement which, along with the more technical measures, helped Bolivian policy makers win the hearts and dollars of international financial institutions. (Pastor 1992, S. 68)

Die *Nueva Política Económica* (NPE) Paz Estenssors wirkte 1985 sehr rasch stabilisierend auf die wirtschaftliche Situation und makroökonomische Indikatoren. Schiesser-Gachnang (1993, S. 201ff.) sieht in der ersten *Stabilisierungspolitik* klare Erfolge: Die Hyperinflation konnte vor allem mithilfe eines stabilen Wechselkurses rasch beendet werden, und durch eine restriktive Fiskalpolitik wurde das Budgetdefizit fast auf Null gesenkt. Ähnlich resümieren Thiele und Wiebert (2004, S. 145): „Bolivia is one of the few adjusting countries where significant achievements in terms of macroeconomic stabilization and structural reforms are beyond doubt.“ Dies machte Bolivien zu einem ‚Liebling‘ internationaler Geberorganisationen und neoliberaler Theoretiker und brachte neue Kredite ins Land:

„Bolivia (...) had become a minor darling of both the international financial community and orthodox economic scholars. The so-called Miracle of La Paz brought annual inflation below 20 percent (...), and Bolivian authorities sought and received significant new credit flows from official lenders.“ (Pastor 1992, S. 5)

In mehreren Analysen wird die Unterstützung durch internationale Kredite als wesentlicher Faktor zur wirtschaftlichen Rehabilitation eingeschätzt.¹²⁷ Die *Gunst der Kreditgeber* erreichte man einerseits durch den ungemein raschen Erfolg der NPE, was die Stabilisierung der Inflation betrifft, die Bolivien zu einem internationalen Vorzeige-Beispiel machte (vgl. Gamarra 1994, S. 105). Andererseits durch die restriktive Politik gegenüber Gewerkschaften und Arbeitnehmer, die zugleich auch eine Lösung des Verteilungskonflikts im Sinne der Eliten bedeutete:

The orthodox policy shift helped arrest the hyperinflation because it attracted to foreign financial support needed to arrest the exchange rate and seemed to resolve the distributional conflicts in favor of capitalist interests (Pastor 1992, S. 67).

Der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, die Reduktion des Budgetdefizits und die Aufgabe einer aktiven Lohnpolitik hatten einen dramatischen *Fall der Einkommen* zur Folge (wie ich in *Kapitel 3.3.3* noch näher beleuchte). Mittelfristig konnten zwar durch Steuerreformen (Einführung von Massensteuern) steigende Staatseinnahmen verzeichnet werden, jedoch wuchsen die Importe an, und die *Liberalisierung des Finanzsystems* führte gleich 1987 zu einer kleinen Bankenkrise (vgl. Pastor 1992, S. 67f.). Die *landwirtschaftliche Produktion* war – bis auf einige forcierte Exportschlager wie Soja – in den ersten Jahren der Strukturanpassung rückläufig. Trotz schwierigen klimatischen Bedingungen, v.a. ‚El Niño‘ 1988, sieht Grütter (1993, S. 63ff.) darin keine hinreichende Erklärung für den Rückgang

¹²⁷ Wie in *Kapitel 3.2.2* dargestellt, war genau das bei der linksorientierten Vorgänger-Regierung von Hernán Siles Zuazo nicht gegeben, die international isoliert wurde.

über den gesamten Zeitraum (1985-1989). Arze und Kruse (2004, S. 23) machen dafür klar die Handelsliberalisierungen im Zuge der SAPs verantwortlich, die großen Druck auf landwirtschaftliche KleinproduzentInnen ausübte.¹²⁸ Damit in Zusammenhang stehen einerseits die weiterhin hohe Landflucht und andererseits der Anstieg des informellen Sektors, vor allem des Koka-Anbaus (wo sich etwa ehemalige Minenarbeiter eine neue Existenz aufbauten). Die Bedeutung der *informellen Ökonomie* Boliviens blieb dadurch sehr hoch, und vor allem die Einnahmen aus dem Koka- und Kokain-Geschäft das eigentliche Rückgrat des Landes:¹²⁹

Few deny that revenue from coca and cocaine has been a great source of stability and that if the country were to stop producing coca leaves, overnight the national economy would face a catastrophe. (Gamarra 1994, S. 115f.)

Die *Verschuldungssituation* konnte, nach einem weiteren Ansteigen bis 1987, Anfang der 1990er Jahre leicht verbessert werden, vor allem aufgrund der Möglichkeit von Umschuldungen infolge der ‚braven‘ Strukturpolitik. Trotz beträchtlicher Schuldenerlasse blieb die Budgetsituation im Laufe der 1990er Jahre weiterhin prekär und Bolivien damit stark vom Ausland abhängig.¹³⁰ Die Wirtschaft konnte zwar rasch stabilisiert werden, jedoch stagnierte das BIP/Kopf auf niedrigem Niveau.

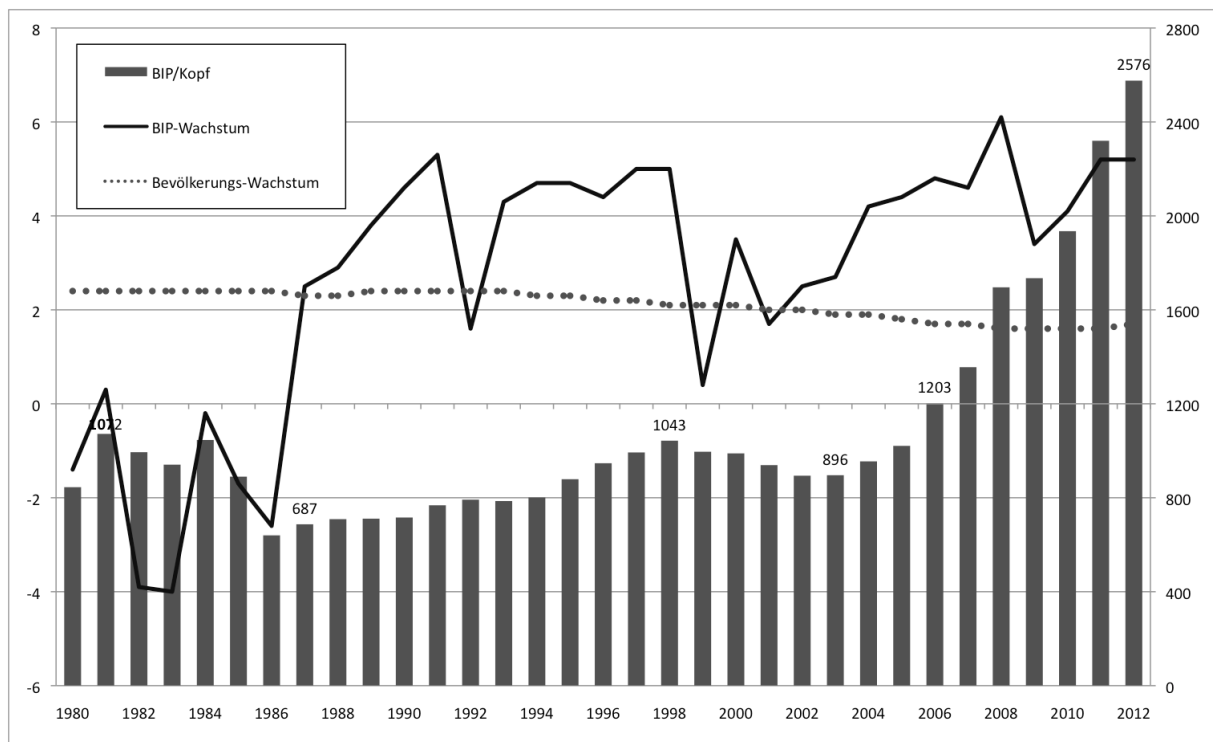
Wie die umseitig angeführte Tabelle zeigt – die das *Wirtschaftswachstum*, das Bevölkerungs-Wachstum und das *BIP/Kopf* abbildet –, konnte erst unter Paz Zamora ein etwas höheres Wirtschaftswachstum und damit ein langsames Ansteigen des BIP/Kopf erzielt werden. Trotzdem erreichte das BIP/Kopf in den gesamten 1990er Jahren nie den bis dahin höchsten Stand vom Jahr 1981 (1076 Dollar) und sank Ende der 1990er Jahre sogar wieder. Abgesehen davon, dass das BIP/Kopf noch nichts über die Verteilung aussagt, ist dieser Verlauf meines Erachtens doch ein deutliches Zeichen für den mäßigen längerfristigen wirtschaftlichen Erfolg der Strukturanpassungspolitik. Damit dürfte auch die erfolglose Privatisierungspolitik der 1990er Jahre zusammenhängen, mit der sich der nächste Abschnitt beschäftigt.

¹²⁸ Unterstrichen wird dies auch durch die starke Zunahme von Lebensmittelimporten (vgl. Arze; Kruse 2004, S. 26f.)

¹²⁹ Schätzungen zufolge betrug der Anteil der Drogen-Wirtschaft in den 1990er-Jahren etwa 50 Prozent des offiziellen BIP (vgl. Chossudovsky 2002, S. 252ff.).

¹³⁰ Kapitalabflüsse, wie während der kurzzeitigen Unsicherheit im Zuge der Präsidentschaftswahlen 1989, brachten die bolivianische Volkswirtschaft sofort in Bedrängnis. Es zeigte sich in Folge immer wieder der große Einfluss des internationalen Kapitals.

Abb. 4: Entwicklung zentraler Wirtschaftsindikatoren in Bolivien (1980-2012)



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Weltbank-Daten (data.worldbank.org/indicator)

3.3.2 Verlauf und Folgen der Privatisierungen in den 1990er Jahren

Not only did the government lose revenue, it also largely relinquished the ability to use price structures as a policy tool. For example before capitalization, Telephone and electric companies did not maximize profits but rather kept the cost of the Telephone service and electricity affordable to urban consumers. (Kohl; Farthing 2006, S. 111)

Wie im *Kapitel 3.2.4* dargestellt, setzte erst Sanches de Lozada (1993 – 1997) Privatisierungen in größerem Stil um. Dabei wurden im Programm der ‚Kapitalisierung‘ – mit der Übernahme war die Verpflichtung verbunden den gebotenen Anteil in das Unternehmen zu investieren – auch vormals staatliche Monopole im Infrastrukturbereich (Bahn, Fluglinie, Telefon, Erdgas-Förderung) an internationale Konzerne und Konsortien vergeben. Im Programm der „Capitalization“ sehen Kohl und Farthing (2006, S. 111) fünf *zentrale Annahmen*: Dass die Investitionen der Käufer zu einem starken Wirtschaftswachstum führen würden; dass bolivianische Unternehmen das Investitionskapital nutzen könnten, um neue Jobs zu schaffen; dass die Dividenden aus dem Pensionsfonds ausreichen würden, um BONOSOL zu finanzieren; dass der Buchwert der privatisierten Firmen durch die Investitionen und Erhöhung der Produktivität rasch steigen würde; und schließlich, dass die Steuereinnahmen durch das hohe zukünftige Wirtschaftswachstum die Einnahmenverluste vor allem aus dem Öl- und Gassektor kompensieren würden.

„None of these assumptions has proven correct. The nature of these failures gives practical and theoretical insights into market restructuring, privatization programmes and the changing nature of the state.“ (Kohl; Farthing 2006, S. 111)

Relativ klar konstatieren Kohl und Farthing, dass diese Annahmen allesamt nicht wie angenommen eintrafen. Etwa wurden zwar zumeist die vertraglich festgesetzten Investitionen getätigt, der Großteil dieser Investitionen betraf allerdings kapitalintensive Güter ausländischer Herkunft mit sehr wenig bis keinem nationalen Multiplikatoreffekt (etwa eine Boeing für die LAB). Ebenso konnte der Buchwert der Unternehmen trotz dieser Investitionen nicht gesteigert werden, sondern sank überwiegend, was negative Auswirkungen auf den Kapitalbestand und die Ausschüttungen der Pensionsfonds hatte.¹³¹ Das versprochene Wirtschaftswachstum wurde bei weitem nicht erreicht: Das Wachstum betrug zwar 1998 noch fünf Prozent, ging, jedoch in den Jahren 1999 (0,4 Prozent), 2000 (2,5 Prozent) und 2001 (1,7 Prozent) stark zurück, was einen Rückgang des BIP pro Kopf bedeutete. Insgesamt nahmen das Budgetdefizit und damit die internationale Verschuldung weiter zu.

Die Bewertung von Kohl und Farthing (2006, S. 103ff.) zu den mittelfristigen Wirkungen der Privatisierungen fällt somit ernüchternd aus. Es zeigen sich darin zahlreiche *Konsequenzen*, die auch in den Studien zu Privatisierungen in Entwicklungsländern beschrieben werden: Die Privatisierungen führten zu *Massenentlassungen*, die durch die vorgeschriebenen Investitionen bei weitem nicht wettgemacht wurden – die Folge war ein weiteres Anwachsen des informellen Sektors; trotz der Einführung einer äußerst umstrittenen Steuer auf Energie wurden die weggefallenen Einnahmen aus den profitablen vormals öffentlichen Unternehmen nicht wettgemacht; statt einem Ende der Korruption wurde sie von öffentlichen in private Unternehmen verlagert; die politische Instabilität nahm zu, da die Ressourcen des Staates sanken und der Unmut der Bevölkerung wuchs; für die Bevölkerung wichtige Dienstleistungen und Infrastruktur (wie im Bereich der Telekommunikation oder des Transports) wurden nur mehr an der Maxime des Profits ausgerichtet und nicht mehr so gestaltet, dass sie für die Bevölkerung leistbar sind.¹³² Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Feststellung, dass der Großteil der privatisierten SOEs Monopolstellungen betraf. Teilweise wurde durch Aufspaltung der Unternehmen (z.B. Stromversorger ENDE) versucht, Wettbewerbscharakter ‚zu simulieren‘, im Fall von ENTEL (Telekommunikation) wurde dies jedoch nicht getan (vgl. Garrón B.; Machicado; Capra 2003, S. 18f.).

Die *Privatisierung der Erdöl- und Erdgasförderung* sehen Spronk und Webber (Spronk; Webber 2007, S. 34) beispielhaft für Harveys „Accumulation by Dispossession“: Private Unternehmen konnten die Kredite internationaler Entwicklungsbanken nutzen, die

¹³¹ BONOSOL wurde nur ein Mal, nämlich kurz vor den Wahlen 1997, ausgezahlt (vgl. Fuhrmann 2005, S. 220).

¹³² So stiegen etwa die Preise für Strom vor allem in ländlichen Gebieten stark an, der Versorgungsgrad wurde nicht erhöht (vgl. Tittor 2005, S. 55).

dem bolivianischen Staat für den Bau von Pipelines zugesagt worden waren, steuerten die daraus resultierenden Gewinne aber natürlich nicht in die Staatskasse. Die Auswirkungen dieser Privatisierungen auf das öffentliche Budget waren daher katastrophal.

In einigen Bereichen – etwa Telekommunikation – konnte die Regierung durch die Vorgabe von Dienstleistungszielen und Tarifschemata *regulierend eingreifen*. Die Bahn, wo diese Regulierung nicht gelang, bildet ein gutes Beispiel für die volkswirtschaftlichen Konsequenzen eines Privatisierungs-Erfolgs (vgl. Kohl; Farthing 2006, S. 116f.): Vor dem Verkauf noch rote Zahlen schreibend, konnten binnen Kürze Gewinne erzielt werden, indem 80 Prozent der Arbeitskräfte entlassen wurden, die Bedienung von landwirtschaftlichen Produzenten und privaten kleinen Bergbau-Unternehmen aufgelassen und der unprofitable Personenverkehr eingestellt wurde – „closing service to over fifty stations in communities that had no road access“ (Kohl; Farthing 2006, S. 117). Ähnliche Strategien und Probleme zeigen sich auch im Bereich der LAB, die schließlich ausgeblutet und illegal abgeschöpft (etwa wurden Zahlungen in Millionenhöhe für Büros an die Tochterfirma bezahlt) 2001 vor dem Bankrott stand und an einen bolivianischen Investor verkauft wurde. Verdächtigungen zu Praktiken *illegaler Finanztransfers* wurden etwa auch im Telekommunikationsbereich vorgebracht, da die Gewinne der vormals profitablen ENTEL nach der Privatisierung deutlich zurückgingen. „While existing laws theoretically control such behaviour, in practice, regulatory agencies have been unable to do so“ (Kohl; Farthing 2006, S. 118). Die *ungenügenden Regulationsmechanismen* führten wiederum dazu, dass die privatisierten Unternehmen nicht wie prognostiziert zu den Staatseinnahmen beitrugen.

„(...) projected increased tax revenues have yet to materialize as companies reinvest or transfer earnings out of the country rather than distribute profits and pay taxes in Bolivia.“ (Kohl; Farthing 2006, S. 122)

3.3.3 Gesellschaftliche Auswirkungen der SAPs

Bezieht man die Auslandsverschuldung und den Ausverkauf des Landes (Ressourcen, Industrie etc.) der letzten 20 Jahre mit ein, bleibt festzuhalten, dass in Relation zu den enormen Kosten die soziale Entwicklung kaum Fortschritte gemacht hat. (Fuhrmann 2005, S. 225)

Trotz der vermeintlich deutlichen Faktenlage fallen die *Analysen zu den gesellschaftlichen Auswirkungen* der SAPs in Bolivien vor allem Anfang der 1990er Jahre unterschiedlich aus. Jürg Grütter (1993) etwa kommt zu dem Ergebnis, dass die SAPs in Bolivien die sozio-ökonomische Situation verbessert habe, vergleicht allerdings nur mit der Phase des wirtschaftlichen Chaos (1980-1985). Er konstatiert Erfolge im ökonomischen Bereich, wie auch bei der sozialen Entwicklung (Verteilung, Grundbedürfnisse); jedoch langsamer als in anderen lateinamerikanischen Staaten. Dagegen stehen allerdings mehrere Untersuchungs-

en, die betonen, dass die makroökonomischen Erfolge einen *hohen sozialen Preis* hatten. Etwa eine Studie von Carlos Arze et al. (1993, S. 45), die sich mit den Auswirkungen der Strukturanpassung auf Beschäftigungsverhältnisse und Löhne in Bolivien und in Folge auf Lebensstandard und Armut auseinandersetzt.¹³³ Das geringe wirtschaftliche Wachstum und Massenentlassungen in öffentlichen Unternehmen¹³⁴ habe demnach zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung geführt, damit zu einem *wachsenden informellen Sektor* (1991 sind 56 Prozent der arbeitenden Bevölkerung im informellen Sektor tätig) und zur Zunahme von Prekarisierung in Folge sinkender Löhne¹³⁵ (vor allem für Frauen). Juan A. Morales (1994, S. 139f.) konstatiert einen deutlichen Rückgang sozialer Ausgaben, der zwar im Gesundheitsbereich weitgehend durch ausländische Entwicklungszusammenarbeit kompensiert wurde, jedoch im Bildungsbereich für die Bevölkerung doch deutlich zu spüren war. Ebenso lässt sich für die *Steuerpolitik* ein problematischer Trend feststellen, weg von Steuern auf Einkommen und Kapital (vor 1985 noch 69 Prozent des gesamten Steueraufkommens) hin zu allgemeinen Konsumsteuern (Ende der 1990er Jahre 77 Prozent der staatlichen Steuereinnahmen), die ärmere Haushalte tendenziell mehr belasten (vgl. Arze; Kruse 2004, S. 24).

Direkt *armutsvermindernde Programme* wurden stark gekürzt (vgl. Morales 1994, S. 130). So wurde die NPE zwar von einem sozialen Notfall-Fond FSE (Fondo Social de Emergencia) begleitet, durch den Infrastruktur- und Sozialprojekte unterstützt werden konnten, dieser erreichte jedoch die tatsächlich Ärmsten in den ländlichen Regionen nicht (vgl. Schiesser-Gachnang 1993, S. 200f.). Dies trug dazu bei, dass Bolivien ‚die rote Laterne‘ bezüglich sozialer Indikatoren in Lateinamerika behielt:

„(...) social indicators in Bolivia have not improved and, according to the World Bank, they are comparable to those of Sub-Saharan Africa, India and Bangladesh. Bolivia's infant mortality rate, for example, ist the highest in South America (...). The same situation is found across the board for health indicators“ (Gamarra 1994, S. 115).

¹³³ Aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit von Daten beschränkt sich die Untersuchung auf vier große Städte (La Paz, El Alto, Cochabamba und Santa Cruz), trifft also keine Aussage über Veränderungen im ländlichen Bereich.

¹³⁴ 23.000 MinenarbeiterInnen und weitere 45.000 Beschäftigte im öffentlichen Bereich wurden durch die Umstrukturierungen nach 1985 entlassen. Die legale Beschäftigung ging sowohl im öffentlichen und privaten Sektor stark zurück von rund 245.000 Beschäftigten 1985 auf 209.000 1989 (vgl. Morales 1994, S. 138f.).

¹³⁵ Der generelle Rückgang der Löhne zwischen 1987 und 1991 hing zusammen mit der Entmachtung der Gewerkschaften, sowie mit der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, was zum Beispiel zunehmende befristete Beschäftigungsverhältnisse zur Folge hatte (vgl. Arze u. a. 1993, S. 339).

3.3.4 Neoliberale Reformen, Verteilung und Ungleichheit

Under these reforms, Bolivia has become one of the most socially and economically unequal societies in Latin America, as measured by the Gini index. (Healy 2004, S. 28)

In diesem Abschnitt möchte ich mich nun Verteilung und Ungleichheit widmen, die, wie festgestellt, für Soziale Nachhaltigkeit besonders relevant sind. ‚Soziale‘ Analysen der Strukturanpassung beziehen sich in erster Linie auf Armut und Armutsbekämpfung, d.h. auf den Zusammenhang von Strukturanpassung, Wirtschaftswachstum und Armutsdaten. Das hat nicht direkt mit Verteilung zu tun, denn die Armut kann leicht sinken, aber die Reichen zugleich viel reicher werden. Einige Studien zu Bolivien gehen aber auch auf Verteilungs-Fragen ein, bzw. hab ich selbst auf Basis von Weltbank-Daten die Entwicklung des Gini-Index und anderer Verteilungs-Indikatoren dargestellt.

Für die *1980er Jahre* liegen nur Teilanalysen vor, die meist nur auf größere Städte bezogen sind. Die bereits zitierte Studie von Arze et al. (1993) kommt zu dem Ergebnis, dass 1991 70 Prozent der LohnbezieherInnen (d.h. des formellen Sektors) ein Einkommen unterhalb einer definierten Warenkorb-Grenze erhielten, gegenüber 60 Prozent im Jahr 1985.¹³⁶ Sie konstatieren somit für die späten 1980er Jahre auch eine *Polarisierung der Einkommensverteilung*: „En efecto (...) en el período 1987-1991 los extremos del sistema distributivo se polarizaron“ (Arze u. a. 1993, S. 342).¹³⁷

Bezüglich der *Entwicklung der Armutsquote* in den 1990ern kommen die Untersuchungen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Einige Analysen aus dem Umfeld des „Pro-poor Growth“ (grundsätzlich erläutert bereits in *Kapitel 3.1.4*) errechnen, auf der Basis von Mikrosimulationsmodellen, über die gesamte Phase der Strukturanpassung eine *leicht abnehmende Armut* auf hohem Niveau. Rainer Thiele und Manfred Wiebelt (2004, S. 149f.) konstatieren einen leichten Anstieg der Armut während der Stabilisierungsphase (1986-89) und einen moderaten Rückgang in den 1990ern. Julius Spatz (2006, S. 35) beziffert den simulierten Rückgang von 78 Prozent (1989) über 72 Prozent (1994) auf 65 Prozent (1999). Erst Anfang des Jahrtausends sei die Armut wieder leicht auf 67 Prozent (2002) gewachsen.

Hingegen errechnen Greg O'Hare und Sara Rivas (2007, S. 311ff.) auf Basis von Daten aus Volkszählungen *leicht steigende Armutszahlen*: von 64 Prozent (1992) über 63 Prozent (1999) auf 65 Prozent (2000) und gar 68 Prozent im Jahr 2003. Diese Zunahme entspricht auch den Ergebnissen von Untersuchungen für den gesamten lateinamerikanischen Raum.

¹³⁶ Die Unterbeschäftigungsquote stieg von 35 Prozent (1987) auf 41 Prozent (1991) (vgl. Arze u. a. 1993, S. 342).

¹³⁷ „In der Tat polarisierten sich die Extreme im Verteilungssystem im Zeitraum 1987 bis 1991.“ (Übersetzung RRS)

Priewe und Herr (2004, S. 17) etwa beziffern den Anstieg der Armut in Lateinamerika zwischen 1990 und 2005 mit 161 Prozent.

Auffällig ist jedenfalls die *zunehmende Differenzierung* zwischen den städtischen und ländlichen Armutszahlen. Die Armutsrate in ländlichen Regionen war 2002 mit über 83 Prozent noch immer extrem hoch (vgl. Spatz 2006, S. 35). Rainer Thiele und Manfred Wiebelt (2004, S. 149) resümieren daher: „The regional differences are so pronounced that (...) one can speak of a large widening rural-urban gap in living conditions.“

Einhellig wird weiters eine steigende Differenzierung der *Einkommen zwischen unterschiedlichen Berufsgruppen* festgestellt. „We find that the poverty incidence across professions increased over time“ (Spatz 2006, S. 44). So ist der Einkommenszuwachs (1989-1999) zwischen Angestellten (58,1 Prozent), Arbeitern (26,9 Prozent), Selbständigen (stagnierend) und umso mehr zum informellen Sektor (in dem relativ gesehen sinkende Einkommens-Möglichkeiten vermutet werden) sehr ungleich verteilt.

The rising skill premium for white collar workers suggests growing disparities in the urban labor market, and the meagre results for the self-employed point towards a relative decline of earning opportunities in the informal sector. (Thiele; Wiebelt 2004, S. 150)

Weiters weisen Thiele und Wiebelt (2004, S. 152) auf große Ungleichheiten zwischen unterschiedlichen Branchen hin. So ist die *Armuts-Inzidenz* etwa in der Landwirtschaft doppelt so hoch wie im Dienstleistungsbereich.

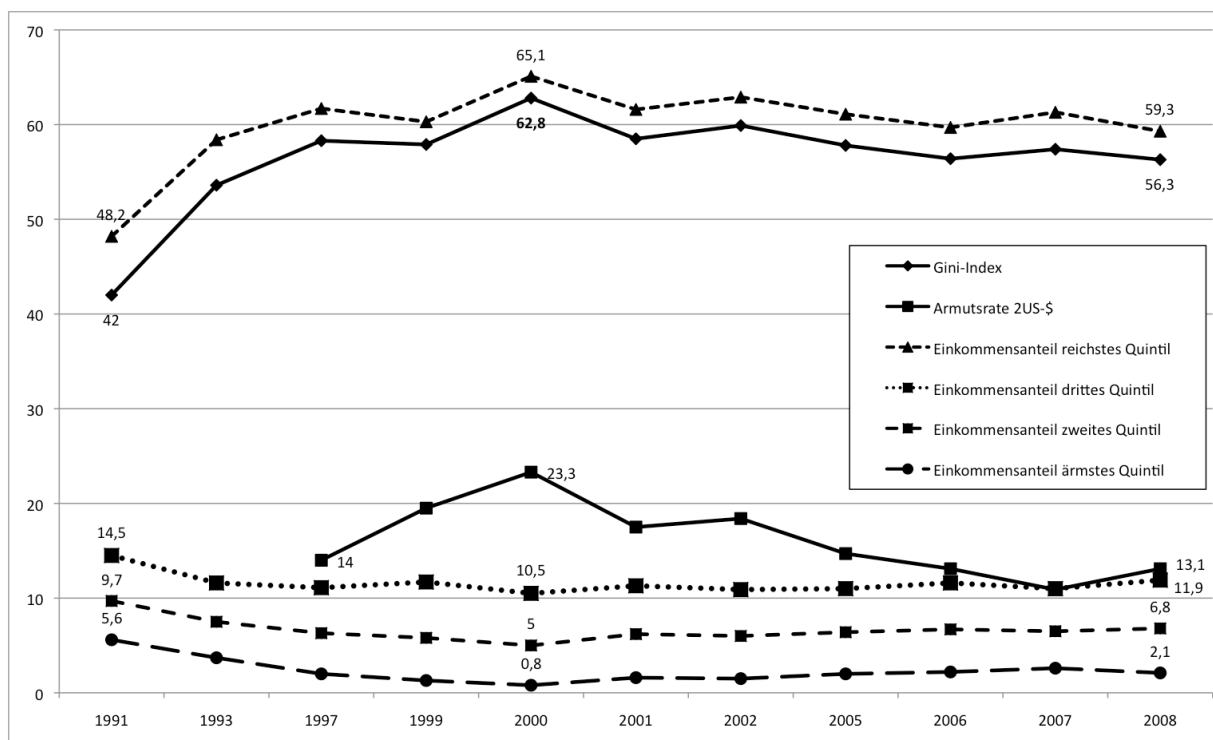
Trotz der festgestellten gesellschaftlichen Differenzierungen kommt Spatz zu dem Ergebnis, dass die Zahlen nahelegen, dass die *Einkommensungleichheit* zwischen 1989 und 2002 zurückgegangen sei und daher von Pro-poor Growth gesprochen werden kann: „(...) suggesting that income inequality declined and that economic growth between 1989 und 2002 can be considered as pro-poor“ (Spatz 2006, S. 65). Thiele und Wiebelt (2004, S. 153) hingegen sehen den Gini-Index konstant bei etwa 0,5 und resümieren daher: „Altogether, Bolivia's economic growth over the period 1985-99 cannot be called pro-poor.“ Den Widerspruch zwischen dem gleichbleibenden Gini-Koeffizienten der gesamten Haushaltseinkommen und der auseinanderklaffenden Schere unterschiedlicher Berufsgruppen erklären sich Thiele und Wiebelt (2004, S. 150) damit, dass Frauen aus ärmeren Haushalten viel stärker am Erwerbsleben teilnehmen, „which has had the effect of lowering income disparities between households while raising wage inequality.“ Diese Entwicklung erscheint mir jedoch höchst problematisch. Die scheinbar gleichbleibende Ungleichheit ist nur möglich durch eine Doppelbelastung der weiblichen Haushaltsmitglieder von Care- und Erwerbsarbeit, meist unter prekären Bedingungen.

Nicht nur aus diesem Grund scheinen mir die *Ergebnisse zweifelhaft* und widersprüchlich. Wie bereits im *Kapitel 3.1.4* im Zusammenhang mit der Schwierigkeit zur Bewertung der SAPs festgehalten, sind Simulationsberechnungen mit Skepsis zu begegnen. Vor allem war das Ziel der zitierten Studien meist nicht Ungleichheit, sondern die Auswirkungen auf Armut

festzustellen. Darüber hinaus liegen ‚offizielle‘ Verteilungszahlen (etwa der Weltbank) erst einige Jahre im Nachhinein vor, wurden in diesen Berechnungen noch nicht berücksichtigt.

In *Abbildung 5* habe ich daher eine eigene Darstellung zur *Entwicklung der Verteilung* zusammengestellt, in der der Gini-Index, die Armutsrate bei zwei Dollar pro Tag sowie die Einkommensanteile unterschiedlicher Quintile (Fünftel) der Bevölkerung abgebildet sind. Bezüglich Gini-Index kursieren generell sehr unterschiedliche Zahlen, weshalb ich mich hier an den relativ vollständigen Zeitreihen der Weltbank (die ab 1991 vorliegen) orientiere, wodurch ich auch von der Vergleichbarkeit der Zahlen ausgehen kann.

Abb. 5: Entwicklung der Einkommensverteilung und Armut in Bolivien (1991-2008)



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Weltbank-Daten (data.worldbank.org/indicator)

Die Zahlen der Weltbank belegen einen *deutlichen Anstieg der sozialen Ungleichheit* im Zeitraum verfügbarer Daten (ab 1991) bis zum Höhepunkt im Jahr 2000. Der Gini-Index stieg in diesem Zeitraum sehr stark an von 42 Punkten auf 62,8 Punkte. Der auch von Spatz festgestellte Anstieg der Armut Ende der 1990er Jahre wird durch die Zahlen der Weltbank belegt (allerdings verwendet Spatz nicht die oftmals kritisierte Armutsdefinition von 2 Dollar pro Tag).

Besonders dramatisch ist der *Fall der Einkommen* des untersten Quintils, das im Jahr 2000 mit nur 0,8 Prozent weniger als ein Fünftel des Werts von 1991 (5,6 Prozent) betrug. Die ebenfalls erfolgten Einkommensverluste des zweiten und dritten Quintils legen nahe,

dass breite Bevölkerungsschichten vom Rückgang des Lebensstandards betroffen waren. Der in der Tabelle nicht angeführte Anteil des vierten Quintils stagnierte bei etwa 20 Prozent. Alleine das reichste Fünftel der Bevölkerung dürfte also von der Strukturanpassungspolitik profitiert haben, was eine *massive Konzentration der Einkommen* bedeutete, und den derart starken Anstieg des Gini-Index erklärt. Diese Daten der Weltbank widersprechen offensichtlich den oben zitierten Studien, die eine stagnierende oder sogar leicht sinkende Einkommensverteilung konstatieren. Auch die dort simulierte rückläufige Armutsquote scheint angesichts der massiven Einkommensrückgänge für das unterste Quintil sehr zweifelhaft. Hier reicht meines Erachtens auch der mögliche Erklärungsansatz nicht aus, dass vor allem die (unteren) Mittelschichten (etwa durch die umfangreichen Entlassungen im öffentlichen Bereich und durch die generellen Lohnrückgänge) betroffen waren, was eine Zunahme der Einkommens-Ungleichheit bei gleichzeitig sinkender Armut begründen könnte. Unterstützt werden die von mir angeführten Zahlen und Argumentationen durch einige aktuellere Publikationen, die für den lateinamerikanischen Raum in den 1990er Jahren sowohl eine Zunahme der Armut als auch der sozialen Ungleichheit konstatieren (siehe dazu etwa Kacowicz 2013, Cornia 2010).

3.3.5 Neoliberalisierung und gesellschaftliche Solidarität

Structural adjustment, in its Bolivian incarnation, tried to mobilize society around "engineering" values, such as efficiency and the optimal allocation of resources, while ignoring more traditional values in the political culture, such as solidarity and common destiny. (Morales 1995, S. 34)

Der Zusammenhang von neoliberalen Reformen und Solidarität wird in der Literatur zu Bolivien selten behandelt. Neben der grundsätzlichen Problematik der *Messbarkeit* von Solidarität fehlt es hier an quantitativen Untersuchungen, um eine konkrete Veränderung aufzuzeigen. Auf qualitativer Seite sei hier beispielhaft eine anthropologische Studie von Karin Naase (1998) erwähnt, die sich mit der wirtschaftlichen Handlungsrationalität indigener Kleinbauern im bolivianischen Hochland beschäftigt, die noch sehr wenig in die Marktwirtschaft einbezogen sind und viel über Naturalientausch regeln. In bewusster Kontrastierung des neoklassischen Postulats des Wettbewerbs um knappe Ressourcen arbeitet sie die große *Bedeutung der Kooperation* in den kleinbäuerlichen Gemeinschaften heraus, die wesentlich auf *Reziprozität* und geringen ökonomischen Ungleichheiten gründen.

Die Gemeinschaft (...) basiert noch weitgehend auf den gemeinsamen Werten und Normen, auf Beziehungen, die direkt und vielschichtig sind und auf dem Prinzip der Reziprozität sowie auf relativer sozio-ökonomischer Gleichheit. (Naase 1998, S. 206)

Durch die fortschreitende Integration in die *Marktwirtschaft* werden diese traditionellen Formen der Reziprozität und Kooperation zunehmend in Frage gestellt.¹³⁸ So stellt auch Dieter Boris fest, dass in Folge der Neoliberalisierung in der Landwirtschaft statt dem bisherigen Fokus auf Agrarreform und bessere Landverteilung „eine Bewegung der Landregistrierung und der Absicherung der privaten Eigentumsrechte ein[setzte] sowie die Förderung von nicht kollektiven Produktionsformen“ (Boris 2005, S. 70f.).¹³⁹ Neoliberalismus wirkte also entsprechend seines Individualisierungs-Paradigmas auch in der Landwirtschaft *gegen gemeinschaftliche Organisationsformen*, verringerte Ernährungssouveränität und trug zur Landflucht bei. Die Bedeutung der Reziprozität als zentrales Ordnungsprinzip andiner Gesellschaften betont Lange ebenso:

Im Gegensatz zur Solidarität hat die Reziprozität einen eminent praktischen, keinen moralischen oder ideologischen Kern, sie ist sowohl soziales als auch ökonomisches Grundprinzip. Sie macht beide Seiten gleichermaßen zu Gebern und Nehmern und schafft damit das hierarchische Verhältnis ab. (Lange 2012, S. 10)

Reziprozität ist von daher tatsächlich weitreichender als Solidarität, jedoch meines Erachtens etwa als Grundprinzip der Nachhaltigkeit schwer realisierbar, da wir de facto bereits in einer sehr ungleichen Welt mit großen hierarchischen Verhältnissen leben.

Morales (1995) bestätigt, dass SAPs versuchen, die Gesellschaft rund um die technischen Werte von Effizienz und optimaler Ressourcenallokation zu strukturieren, während gemeinschaftliche Ziele, der *Wert der Gleichheit und Solidarität vernachlässigt* werden:

(...) structural reforms (...) were generally justified on the basis of engineering values of efficiency and rationality at the expense of the ingrained values of solidarity and expectations of greater equality. (Morales 1995, S. 34)

Es wird deutlich, dass es, wie bereits in *Kapitel 2.5.1* erläutert, im Zuge von Neoliberalisierung auch immer um die Veränderung von Werten geht. Die bolivianische Gesellschaft hat jedoch nicht nur in den letzten Jahrzehnten, sondern über Jahrhunderte des Kolonialismus „eine Kultur des Widerstands“ (Lessmann 2010, S. 145) aufrechterhalten:

Unter der Decke eines nach europäischen Mustern gestrickten politischen und gesellschaftlichen Systems lebte eine indianische Parallelkultur weiter, mit ihrer traditionellen Medizin, mit eigenen Mechanismen kollektiver Entscheidungsfindung und Rechtsprechung (ebd.).

Diese Kultur des Widerstands durchzieht somit die blutige Geschichte Boliviens von Widerstandskämpfen gegen die spanische Kolonialmacht über den Weltrekord an politischen Putschen bis hin zur Revolution von 1952. Durch die Niederschlagung der Gewerkschaft ab 1985 paralysiert, kamen soziale Bewegungen erst im Laufe der 1990er Jahre wieder in die Gänge. Doch ab dem Jahr 2000 traten sie massiv gegen die Neoliberalisierung auf und erwirkten einen Bruch mit dem neoliberalen System, wie das nächste Kapitel beleuchtet.

¹³⁸ Miriam Lange erläutert die problematischen Nebeneffekte der Zerstörung kleinbäuerlicher Landwirtschaft. Diese wird oftmals als rückschrittlich hingestellt und dabei übersehen, „dass bis heute über die Hälfte der Welternährung durch Kleinbauern sichergestellt wird, während weniger als ein Drittel aller menschlichen Nahrung von der Agroindustrie herrührt“ (Lange 2012, S. 7).

¹³⁹ Dies begründet Boris (2005, S. 72f.) vor allem mit der verstärkten Export-Orientierung, die Großunternehmer stark gegenüber Kleinbauern bevorzugte.

3.4 Solidarische Gegenbewegungen und politische Transformation

Uralte Formen der dörflichen Gemeinschaftsarbeit wie *minga* und die Nachbarschaftshilfe *ayni* sind zumindest weiter gang und gäbe und Ausdruck der Persistenz andiner Kollektivität. (Lessmann 2004, S. 89)

In Auseinandersetzung mit den ökonomischen und sozialen Auswirkungen ist besonders die zunehmende soziale Ungleichheit im Zuge der SAPs deutlich geworden. Die Neoliberalisierungsprozesse wirkten sich zwar tendenziell auch negativ auf Solidarität aus, jedoch konnte sie tatsächlich nicht zurückgedrängt werden, und zivilgesellschaftliche *soziale Bewegungen* lehnten sich ab dem Jahr 2000 verstärkt gegen die neoliberale Politik des ‚Ausverkaufs‘ auf (Kapitel 3.4.1). Der Wert der Gemeinschaft, die Achtung kultureller Vielfalt und der Wunsch nach Dekolonisierung spielte auch im folgenden *politischen Machtwechsel* und der „Neugründung Boliviens“ durch eine Verfassungsgebende Versammlung eine wesentliche Rolle (3.4.2). Dabei möchte ich mich abschließend zwei darin enthaltenen Konzepten widmen: der *Plurinationalität* und dem Leitbild des *Buen Vivir*, die als nachhaltige Gegenkonzepte interpretiert werden können (3.4.3).

3.4.1 Soziale Bewegungen und der Bruch mit dem neoliberalen System ab 2000

Das gesellschaftliche Umfeld, in dem soziale Bewegungen entstehen, besteht in Bolivien in Ungleichheit auf allen gesellschaftlichen Ebenen, großer Armut und rassistischer Diskriminierung der als *indios* klassifizierten Bevölkerungsmehrheit. (Ströbele-Gregor 2008, S. 129)

Ab 1999 erhielt die Protestbewegung eine neue Qualität, und breite Bevölkerungsteile schlossen sich den Protesten an. Ein zentrales Motiv für das Erstarken sozialer Bewegungen und die sozialen Unruhen besteht in der *großen Ungleichheit* in Bolivien und dem Gefühl breiter Bevölkerungsschichten, dass die neoliberalen Reformen nicht zur Verbesserung ihres Lebensstandards beigetragen haben.

These widespread circumstances of crushing hardship imply the loss of rights and exclusion from economic and political citizenship for a majority of Bolivians. This reality underlies the recent rebellions. (Arze; Kruse 2004, S. 27)

Ähnlich sehen Thorp et al (2006) den Zusammenhang, die etwa „horizontale Ungleichheit“ klar als *Auslöser für politische Gewalt* in Bolivien bewerten. Die Gewalt und der Widerstand gegen neoliberale Wirtschaftspolitik entfachte sich vor allem rund um Privatisierungen,¹⁴⁰ was der Charakteristik sozialer Bewegungen entspricht:

¹⁴⁰ Gemeinsame zentrale Kritikpunkte an den Privatisierungen waren „erstens die Situation der Beschäftigten in den zuvor staatlich organisierten Sektoren und/oder zweitens die massive Einschränkung der Zugangsmöglichkeiten der Bevölkerung“ (Tittor 2005, S. 41)

Soziale Bewegungen haben ihren Ursprung in der Verteidigung kollektiver Interessen und sind auf die Abwehr der Gemeinschaft zuwiderlaufender Entwicklungen gerichtet. Sie entstehen spontan und auf regionaler Ebene. (...) Ihrem Wesen nach sind sie basisdemokratisch aufgebaut und horizontal organisiert. (Wahl 2008, S. 122)

Die Organisation und Mobilisierung der sozialen Bewegungen erfolgte in Bolivien vor allem durch die gewerkschaftsähnlichen Interessenvertretungen der *sindicatos* und durch Nachbarschaftsvereinigungen (*juntas vecinales*) (vgl. Lessmann 2010).

Der erfolgreiche Widerstand sozialer Bewegungen nahm im ‚Wasserkrieg‘ in Cochabamba im Jahr 2000 seinen Ausgangspunkt, als nach wochenlangen Protesten und Straßensperren, die sich auf mehrere Städte Boliviens ausweiteten, die Privatisierung der Wasserversorgung der Stadt Cochabamba zurückgenommen werden musste.¹⁴¹ Ein internationales Konsortium unter dem amerikanischen Konzern *Bechtel* hatte die Konzession zur Wasserversorgung erhalten, nachdem der IWF neue Kredite von dieser Privatisierungsmaßnahme abhängig gemacht hatte. Der Widerstand der Bevölkerung formierte sich vor allem aufgrund von Preiserhöhungen um bis zu 300%.¹⁴² Der Widerstand der Stadtbevölkerung stieß auf breite Unterstützung in vielen Teilen des Hochlands und in vielen sozialen Bewegungen, die sich gemeinsam vor allem mittels der dezentralen kommunalen Strukturen der indigenen *Comunidades* in der *Koordinationsstelle zur Verteidigung des Wassers und des Lebens* organisierten. Die Koordinierungsstelle wurde selbst „zu einem Raum der basisorientierten gesellschaftlichen Selbstorganisation, die auf der Überzeugung gründet, dass Politik ausgehend von und für die Bedürfnisse der Bevölkerung gedacht werden muss“ (Chávez L.; Mokrani Ch. 2012, S. 48). In den monatelangen Auseinandersetzungen wurden hunderte Personen verletzt und sechs getötet. In diesem erfolgreichen Widerstand entstanden innerhalb der sozialen Bewegungen „neue Formen von sozialer Eingliederung und kollektiver Aktion“ (Tittor 2005, S. 56), indem breite Teile der Bevölkerung einbezogen wurden.

2003 folgten die nächsten heftigen Widerstandskämpfe. Zuerst im ‚Tax War‘, der durch die Erhöhung der *Einkommenssteuer*¹⁴³ ausgelöst wurde, mit seinem Höhepunkt im ‚schwarzen Februar‘. Streikende Polizeieinheiten versuchten mit der wütenden Bevölkerung den Regierungspalast zu stürmen. Bürgerkriegsähnlich kam es zu Schießereien mit dem angerückten Militär. 31 Todesopfer waren die Folge. „Die Wut über die Parteien, die korrupte

¹⁴¹ 2005 musste dann etwa auch die bereits 1997 durchgeführte Privatisierung der Wasserversorgung von El Alto rückgängig gemacht werden. Breiter Widerstand formierte sich, als Neuanschlüsse gestrichen wurden und bekannt wurde, dass dem Unternehmen 12 Prozent Rendite zugesichert worden waren (vgl. Tittor 2005, S. 57).

¹⁴² Zusätzlich wurde auch die Benutzung der kommunalen Brunnen und der lokal organisierte Wasserhandel eingeschränkt und sogar die Besteuerung von Regenwassersammlung angekündigt (vgl. Chrenko 2008, S. 90).

¹⁴³ Die allgemeine Erhöhung der Einkommenssteuer wurde auf Druck des IWF umgesetzt, um das Budgetdefizit von 8,5 auf 5,5 Prozent zu drücken. In diesem Fall ging es zwar nicht direkt um Privatisierung, jedoch stand das hohe Budgetdefizit nach wie vor in Zusammenhang mit dem Verkauf profitabler öffentlicher Unternehmen und den daraus resultierenden Einnahmenverlusten des Staates, die bis dahin nicht kompensiert werden konnten.

Politik und das Missmanagement entlud sich unvorhergesehen heftig“ (Fuhrmann 2005, S. 230).

Die Auseinandersetzungen gipfelten schließlich im ‚Gas War‘ mit seinem Höhepunkt im ‚roten Oktober‘ 2003. Auslöser waren Medien-Berichte über die billigen Konditionen, denen ausländische Großkonzerne in Bolivien Gas und Öl fördern konnten, und neue Pläne von Präsident Sanches de Lozada, die vorsahen, per Pipeline über einen chilenischen Hafen Öl und Gas nach Mexiko und in die USA zu exportieren. Die Forderung nach der *Renationalisierung der Öl- und Gasbestände* verband die unterschiedlichsten Gruppen und zahlreiche zusätzliche Forderungen:

Abkehr vom neoliberalen Wirtschaftsmodell, Re-Nationalisierung des Erdgas- und Erdöl-Sektors, grundlegende Dienstleistungen wie Wasser und Sozialversicherung in öffentlicher Hand, Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung unter Beteiligung der indigenen Völker, eigene selbstverwaltete Territorien, Eigentumsrechte an den natürlichen Ressourcen. (Ströbele-Gregor 2008, S. 130)

El Alto, die rasch wachsende Nachbarstadt von La Paz,¹⁴⁴ wurde zu einem *Zentrum des Widerstands*. Durch die Blockade der Straße nach La Paz wurde die Hauptstadt weitgehend von der Außenwelt abgeschnitten, was zu Versorgungsengpässen führte. El Alto profitierte dabei von seiner hochgradigen (gemeinschaftlichen) Organisation und seiner engen Vernetzung mit den ländlichen Regionen, um diese große Mobilisierung zu erreichen:

Aus der Selbsthilfe der meist bitterarmen Einwohner entstand ein Netz von lokalen Organisationen, das mit ländlichen Gemeinden eng verbunden geblieben ist und durch ein Komitee der Nachbarschaftsräte (Fejuve) Aktivitäten in der ganzen Region koordiniert. (Chrenko 2008, S. 88)

Brutale militärische Interventionen zur Auflösung von Straßensperren in El Alto forderten bis Mitte Oktober *über 70 Menschenleben* und zwangen Sanches de Lozada schließlich zum Rücktritt (vgl. Spronk; Webber 2007, S. 33ff.).

Der ‚schwarze Oktober‘ hinterließ in der Erinnerung der BolivianerInnen tiefe Spuren. Denn nun konnten die sozialen Bewegungen nicht nur gemeinsam einen Konzern aus dem Land jagen, sondern waren stark genug, einen Präsidenten zu stürzen. (Fuhrmann 2005, S. 231)

Trotz des Blutvergießens gingen die sozialen Bewegungen gestärkt aus diesen Konfrontationen hervor und prägten auch in den darauffolgenden Jahren die öffentliche Politik. Für den gestürzten Sanches de Lozada übernahm sein Vize Carlos Mesa das Präsidentenamt, der allerdings den zentralen Forderungen der sozialen Bewegungen nach einer verfassunggebenden Versammlung und nach einer Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasreserven nicht nachkam und aufgrund des steigenden Drucks¹⁴⁵ Mitte 2005 zurücktrat.

¹⁴⁴ Die Einwohnerzahl der vor allem von BinnenmigrantInnen aus dem Hochland besiedelten Stadt auf über 4000 Meter wuchs von 11.000 im Jahre 1950 auf über 800.000 in der Gegenwart.

¹⁴⁵ Auf der anderen Seite sah er sich mit den zunehmend formierenden Eliten des Tieflandes konfrontiert, welche die großen Erdgasreserven in diesen Provinzen für sich beanspruchten und mit einer Abspaltung vom verarmten Hochland drohten.

Zahlreiche Analysen setzen sich mit den sozialen Bewegungen in Bolivien auseinander. Tittor erkennt in den sozialen Bewegungen *neue Formen gesellschaftlicher Solidarität* und sieht etwa in den Entwürfen einer selbstorganisierten Wasserversorgung in Cochabamba ein „neue[s] Verständnis von Souveränität und sozialer Demokratie“ (Tittor 2005, S. 57). Radhuber und Schilling-Vacaflor (vgl. 2012, S. 14f.) konstatieren, dass soziale Bewegungen die neokolonialen und neoliberalen Realitäten der bolivianischen Gesellschaft vermehrt in Frage stellen, wodurch die bestehende Ordnung an Legitimität verliert. Innerhalb der sozialen Bewegung würden neue Form der Gesellschaft und der Politik bereits gelebt:

In den Nachbarschaftsräten (*asambleas de barrio*), den Stadträten (*cabildos*), dem Rotationsverfahren unter den Nachbarn zur Gewährleistung der Mobilisierungsstärke, (...) präsentierten die sozialen Bewegungen sich selbst als Ausgangspunkt für eine andere Art der Politik. (Chávez L.; Mokrani Ch. 2012, S. 50)

3.4.2 Demokratische Revolution 2005 – MAS und Evo Morales

Eine tiefe Demokratisierung der Gesellschaft steht an wie in vielen anderen Ländern, aber sie erhält in Bolivien besondere Züge durch die Aufgabe, die juristische und politische Gleichberechtigung und soziale Teilhabe aller ethnischen Gruppen zu sichern, ausgehend von der Anerkennung der kulturellen Verschiedenheit. (Chrenko 2008, S. 92)

Mit der *gesellschaftlichen Transformation* und dem Bruch mit dem neoliberalen System steht Bolivien in Südamerika nicht alleine da (angefangen bei Chavez in Venezuela, über Lula in Brasilien bis hin zu Kirchner in Argentinien).

Waren die 1990er Jahre geprägt durch neoliberale Politikansätze in fast allen Staaten, so ist derzeit in vielen Ländern des Subkontinents eine Rehabilitierung staatlicher Regulierung festzustellen. (Schmalz; Tittor 2005, S. 7)

In Bolivien war diese Transformation, wie im letzten Abschnitt erörtert, eng mit sozialen Bewegungen verbunden. Im Dezember 2005 fand dieser Wandel auch Ausdruck auf den Wahlzetteln, als *Evo Morales*, aus der Gewerkschaft der Kokabauern (*Cocaleros*) kommend, mit seiner Partei MAS (*Movimiento al Socialismo* – Bewegung zum Sozialismus) mit 54 Prozent der WählerInnen-Stimmen zum ersten *indigenen Präsidenten* Boliviens gewählt wurde. Die MAS ist, wie Evo Morales, eng mit den *Cocaleros* verknüpft, die sich im Widerstand gegen die staatlich vorangetriebene Koka-Vernichtung in den 1990er Jahren zu einer schlagkräftigen Organisation entwickelte. Die MAS ist also keineswegs die Partei aller sozialen Bewegungen, doch vereint sie „indianische und gewerkschaftliche Positionen und wird getragen von (...) Bauern und Migranten in den Hochlandstädten“ (Ströbele-Gregor 2008, S. 131). Sie bekennt sich zu einem ‚Sozialismus des 21. Jahrhunderts‘, den Raul Prada (2012, S. 58ff.) als „kommunitären Sozialismus“ bezeichnet. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch der *Vizepräsident Álvaro García Linera*, der sich in den 1980er Jahren aus sozialistischer Überzeugung einer indigenen Guerilla-Organisation

anschloss und in den 1990er Jahren fünf Jahre im Gefängnis verbrachte, danach Soziologie studierte und den Transformationsprozess intellektuell neo-marxistisch begleitet (siehe dazu etwa García Linera 2012a, 2012b).

Inhaltlich hatte die MAS den Forderungskatalog der Protestbewegungen weitgehend übernommen. In *Abkehr zum neoliberalen Modell* baute sie auf einen „starken Staat, dessen vordringlichste Aufgabe die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerungsmehrheit ist“ (Ströbele-Gregor 2008, S. 132). Die beiden zentralen Forderungen nach einer *Verfassungsgebenden Versammlung* und die (zumindest teilweise) *Nationalisierung* der Erdgas- und Erdölvorkommen¹⁴⁶ wurden von Evo Morales innerhalb der ersten beiden Regierungsjahre umgesetzt. Die Teilnahme neuer politischer Akteure aus sozialen Bewegungen führte auch zu einem Wandel der politischen Kultur, da „politische Entscheidungen nicht mehr so einfach zwischen den Parteien ausgetauscht werden konnten wie bisher“ (ebd., S. 131).

Gleichzeitig hat der Aufstieg der MAS die *soziale und politische Spaltung* des Landes sichtbar gemacht. Die Tieflanddepartments, die unter anderem über mehr als 90 Prozent der Erdgas- und Erdölvorkommen verfügen, bestärkten ihre *Autonomieforderung*.¹⁴⁷ Nachdem ihre traditionellen Parteien zurückgedrängt worden waren, sammelten sich die politischen Gegenkräfte rund um die Präfekten der reichen Tieflanddepartments. Die Autonomieforderung wurde „auf diese Weise zum Banner der politischen Rechten“ (Lessmann 2010, S. 150)

Die ressourcenreichen Regionen Santa Cruz, Traija, Beni und Pando verweigern eine Umverteilung ihrer Einnahmen. Die sich ‚weiß‘ verstehenden herrschenden Mittel- und Oberschichten sind nicht bereit ihre Machtposition zu teilen. (Ströbele-Gregor 2008, S. 140)

Die Autonomieforderung der mit internationalem Kapital vernetzten Eliten hat „klare rassistische, ausgrenzende, autoritäre und entsolidarisierende Züge“ (Chávez L.; Mokrani Ch. 2012, S. 51). Wobei auch von Seiten radikaler indigener Organisationen ein rassistischer Diskurs gegen ‚Weiße‘ geführt wird.

Die *Verfassungsgebende Versammlung*, die von Mitte 2006 bis November 2007 tagte, wurde Schauplatz des Kampfes um Hegemonie. Die Vertreter der traditionellen Parteien, mit deren Basis in den separatistischen Regionen, versuchten mehrfach, die Verabschiedung der Verfassung zu verhindern (siehe dazu Chávez L.; Mokrani Ch. 2012, S. 55ff.). Nach

¹⁴⁶ Melanie Eckl weist darauf hin, dass im Grunde nur von einer Neuordnung der Verträge, nicht von einer ‚echten‘ Nationalisierung gesprochen werden kann, „da der Staat nicht über alle Stationen der Wertschöpfungskette verfügt“ (Eckl 2009, S. 210). Jedenfalls wurden neue Steuern geschaffen mit dem Ziel, zumindest Abgaben in der Höhe von 50% zu erreichen.

¹⁴⁷ Die ungleiche Entwicklung und die Zuspitzung regionaler Disparitäten geht bereits in die 1970er-Jahre zurück, als der aus Santa Cruz stammende Diktator Hugo Banzer bewusst die Agroindustrie in der östlichen Tiefebene und damit eine aufstrebende regionale Oligarchie förderte (vgl. Raza 1995, S. 214f.).

einigen Turbulenzen kam es aber doch zu einem Abschluss der Verfassung, in der Bolivien als ein plurinationaler Staat konstituiert wird und Rechte der indigenen Bevölkerung weltweit am umfassendsten berücksichtigt werden (vgl. Lessmann 2010, S. 153). (Näher gehe ich auf einige zentrale Inhalte der Verfassung im nächsten Kapitel ein). Die Verfassung wurde schließlich im Rahmen einer Volksabstimmung im Jänner 2009 von einer überwältigenden Mehrheit (61,4 Prozent) angenommen. In den neuerlichen Parlamentswahlen im Dezember 2009 erreichte die MAS in beiden Kammern eine Zwei-Drittel-Mehrheit.

3.4.3 *Plurinationaler Staat und Buen Vivir als nachhaltige Gegenkonzepte?*

Der Nationalstaat ist gestorben, und der plurinationale, gemeinschaftliche und autonome Staat wurde geboren. (...) Eine der ersten Eigenschaften ist seine plurinationale Beschaffenheit; (...) im Sinne der Dekolonisierung, im Sinne der Emanzipation der indigenen bäuerlichen Nationen und Völker. (Prada A. 2012, S. 174)

Ich möchte hier nun zwei zentrale Elemente des neuen bolivianischen Staates diskutieren, die eng mit Fragen der Verteilung und generell mit der *Frage nachhaltiger Entwicklung verbunden* sind. In gewisser Weise komme ich nun abschließend von der wirtschaftspolitischen und gesellschaftlichen Realität wieder zur Theorie zurück. Sowohl beim plurinationalen bolivianischen Staat als auch beim Konzept des *Buen Vivir* (des guten Lebens) handelt es sich um *Ideen* des Zusammenlebens (und auch des Umgangs mit Natur), die allerdings durch die Verankerung in Verfassungsrang auch die Chance auf praktische Umsetzung haben.

Nach Radhuber und Schilling-Vacaflor (2012) umfasst das plurinationale Demokratie-Modell starke *partizipative und gemeinschaftliche Elemente* sowie die Schaffung von selbstregierten indigenen Einheiten. Im Zusammenhang mit internationalen Menschenrechten „kann die Plurinationalität als Anerkennung von kollektiven Rechten sozialer Gruppen verstanden werden“ (Sousa Santos 2012, S. 337). Der Staat wird dabei als ein Raum interpretiert, in dem verschiedene kulturelle Nationen zusammenleben. Prada A. (2012, S. 174ff.) sieht im plurinationalen Staat Boliviens (bzw. in dessen Verfassung) sechs wesentliche Elemente: Mit ihm geht eine umfassende Dekolonisierung einher, er hat einen starken gemeinschaftlichen Charakter, und er basiert auf gesellschaftlicher Partizipation, einem autonomen Pluralismus, auf Geschlechtergerechtigkeit sowie auf einer *pluralen Ökonomie*. In den Gemeinschaftsformen liege die besondere Stärke zur Veränderung der politischen Gesellschaften durch „die gemeinschaftlichen Institutionen, die gemeinschaftlichen Prinzipien und Werte der Solidarität, der Reziprozität, der Komplementarität und der Umverteilung“ (Prada A. 2012, S. 176). Für diese Arbeit wichtig ist weiters die Definition der

Ökonomie als eine soziale und gemeinschaftliche Wirtschaft, in der der *Staat* (wieder) als *zentraler Akteur* definiert wird:

Im Bereich der Wirtschaftsorganisation wird dem Staat eine Schlüsselrolle in der Verknüpfung unterschiedlicher Wirtschaftsformen zugesprochen: in der Industrialisierung der natürlichen Ressourcen und der Stärkung der gemeinschaftlichen Wirtschaft, der Mikro- und Kleinunternehmen und der genossenschaftlichen Organisationsform. (Prada A. 2012, S. 178)

In den Charakteristiken des plurinationalen Staats zeigen sich also sehr deutlich die herausgearbeiteten Kernelemente Sozialer Nachhaltigkeit – zumindest in der ‚theoretischen Konzeption‘, d.h. in der Verfassung dieses Staates.

Das plurinationale Staatsverständnis hängt eng zusammen mit dem in der Verfassung verankerten Prinzip des *Buen Vivir*¹⁴⁸ „als normatives Paradigma der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung“ (Sousa Santos 2012, S. 338). *Buen Vivir* als Bestandteil der alten indigenen Gesellschaften setzt nicht so sehr auf materielle Werte, sondern vor allem auf „Wissen, soziale und kulturelle Anerkennung, ethische und spirituelle Verhaltenskodizes (...)“ (Acosta 2011, S. 174), wodurch es den westlichen Wohlstandsgedanken in Frage stellt. Jedoch gibt es für *Buen Vivir* noch keine allgemeingültige Definition, sondern es handelt sich um ein Konzept, das es ausgehend von indigenen Lebensweisen und Grundhaltungen, die alle Lebewesen als Teil der Natur und des Kosmos begreifen, neu zu beschreiben und zu befüllen gilt (vgl. Gudynas 2012, S. 28f.). Alberto Acosta (2011, S. 173) sieht im Konzept des *Buen Vivir* darüber hinaus einen wichtigen Schritt „zur Dekonstruktion der traditionellen Vorstellungen von Fortschritt und Entwicklung“. Zugleich warnt er aber auch – und das halte ich für wichtig – vor einer „falsche[n] Idealisierung der indigenen Lebensweisen“ (ebd., S. 175),¹⁴⁹ doch können uns Weisheiten und Praktiken der marginalisierten Völker inspirieren.

In der politischen Kultur der Aymara und Quechua sind Gruppenharmonie und Kollektivität statt Individualismus und daraus abgeleitet Konsensentscheidungen, Reziprozität, Dienst für die Gemeinschaft, Würde und Respekt die Leitideen des Zusammenlebens. (Ströbele-Gregor 2008, S. 135)

Neben den sozialen Aspekten benennt Acosta auch deutlich den Zusammenhang von *Buen Vivir* mit der ökologischen Krise und dem Klimawandel und schließt an die *Wachstums-Kritik* an, denn „unendliches Wachstum könnte in einem kollektiven Selbstmord enden“ (ebd.). Durch den Aspekt der *Dekolonisierung* wird nicht nur das Wachstums-Paradigma, sondern das privatkapitalistische Wirtschaftssystem als ganzes in Frage gestellt.

Damit impliziert das Konzept eine fundamentale Kritik an der Unfähigkeit des herrschenden Entwicklungsbegriffs und der daraus resultierenden politischen Praxis, das Armutsproblem zu lösen, und an den verheerenden ökologischen und sozialen Folgen dieser allein auf Wachstum ausgerichteten Politik. (Gudynas 2012, S. 29)

¹⁴⁸ *Sumak Kawsay* auf Quechua bzw. *Suma Qamaña* in der Sprache der Aymara, was sinngemäß übersetzt eher ‚erfülltes Leben‘ bedeutet.

¹⁴⁹ So führt Ströbele-Gregor (2008, S. 139) etwa die vertikalen Strukturen in den Organisationen sowie Zwangspartizipation als problematische Aspekte an.

Stattdessen sei es notwendig, *neue Konsummuster* zu entwickeln, die es den Menschen ermöglichen, ihre Bedürfnisse im Einklang mit der Natur zu befriedigen. *Buen Vivir* bietet hier Anhaltspunkte, die mit Enthaltksamkeit bzw. Einfachheit einhergehen, weil es als normatives Ziel setzt, „gut zu leben, aber nicht besser zu leben auf Kosten anderer oder auf Kosten der Umwelt“ (Gudynas 2012, S. 32). So erkennt auch Prada in der Verfassung einen wesentlichen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung:

(...) und drittens die Öffnung hin zu einem ökologischen Verständnis von Ökonomie, indem der Landbesitz, (...) die natürlichen Ressourcen, das Wasser, die Energie, die Waldressourcen als die Ökonomie konditionierende Faktoren eingeführt werden, und die Verbindung all dieser Elemente mit der sozialen und kommunitären Wirtschaft als *nachhaltige Entwicklung* verstanden wird. (Hervorhebung RRS) (Prada A. 2012, S. 51)

In diesem Prinzip finden sich also deutliche Aspekte der *Suffizienz* und damit der starken Nachhaltigkeit (*siehe Kapitel 2.1.2*) wieder.

Wie im plurinationalen Staat spielt die *Verteilungsfrage* im Konzept des *Buen Vivir* eine wichtige Rolle, denn „dieser Lebensentwurf erfordert (...) eine grundlegende Umverteilung des in wenigen Händen angehäuften Reichtums“ (Acosta 2011, S. 180). Ebenso betonen Radhuber und Schilling-Vacaflor (2012, S. 17) neben kultureller Diversität die Umverteilung von Ressourcen als zentrales Element des neuen Politikverständnisses. Erreicht werden soll dies durch eine „plurale Wirtschaft“ und durch eine aktive Rolle des Staates, der gemeinschaftliche Wirtschaftsformen (etwa genossenschaftliche oder sozial-kooperative Strukturen) gezielt fördert. Wichtig erscheint mir abschließend die Anmerkung von Acosta (2011, S. 182), dass *Buen Vivir* zwar Harmonie anstrebt, diese jedoch „keinem friedvollen Paradies“ gleichen wird, weil es „immer Widersprüche und Spannungen in der Gesellschaft und in ihrer Beziehung zu ihrer natürlichen Umwelt geben [wird].“

So toll die beiden Konzepte klingen und so gut der Transformationsprozess theoretisch fundiert wurde, liegt die große *Herausforderung* jedoch ganz klar in der *praktischen Umsetzung*. Die Transformation der Gesellschaft geschieht wohl nicht von heute auf morgen, und die ambitionierte Verfassung muss sich erst der Realität stellen. Neben der Herausforderung, eine alternative Wirtschaftsweise trotz Eingebundensein in eine weiterhin neoliberal geprägte Weltwirtschaft zu etablieren (Druck von außen), kämpfte die Regierung Morales 2010 auch mit internen Konflikten (die durchaus mit wirtschaftlichem Druck von außen zusammenhängen). So konstatiert Mokrani (2012) *zahlreiche Konfliktszenarien*, etwa interne Brüche der MAS selbst bzw. mit einigen sozialen Bewegungen (was sich etwa in vermehrten Protestmärschen gegen die Regierung äußert), Proteste aufgrund neuer Massensteuern sowie Konflikte um die Erhaltung eines Nationalparks, für den die Regierung Siedlungs-, Infrastruktur- und Ressourcenausbeutungs-Pläne hegt. Vor allem letzterer Fall hat der Regierung den Vorwurf der Unglaubwürdigkeit und des Verfassungsbruchs eingebracht. Wie angeführt, müssen die neuesten Entwicklung hier ausgespart bleiben.

3.5 Fazit: Neoliberalisierungsprozesse, Soziale Ungleichheit und Solidarität in Bolivien

(...). Overvalued exchange rate, swelling of imports, high real interest rates, increasing fragility in the financial system, enhanced dependence on foreign capital flows and orthodox international institutions, and a regressive redistribution that sharpened social tensions. (Pastor 1992, S. 67f.)

Wie in *Kapitel 3.1* und *3.2* herausgearbeitet, können die SAPs in Bolivien ab 1985 klar als *neoliberal* bezeichnet werden, da die orthodoxen Instrumente der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung zur Umstrukturierung der Wirtschaftspolitik und der Gesellschaft eingesetzt wurden. SAPs verfolgten grundsätzlich das Ziel, die Wirtschaftspolitik derart umzustellen, dass die betroffenen Länder die Schuldendienstzahlungen aufbringen konnten. Das heißt sie zielten in erster Linie auf Budgetdisziplin (Kürzung staatlicher Ausgaben) und auf Wirtschaftswachstum zur Generierung höherer Staatseinnahmen. Wie in *Kapitel 3.1.2* dargestellt, war die wirtschaftliche Intervention in Ländern des Südens mit Macht- und Kapitalinteressen vor allem der amerikanischen Politik und US-amerikanischer Banken verbunden. Damit einher ging gerade in Lateinamerika die *Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen* und eine zunehmende Integration in den Weltmarkt, die sich auf einige Sektoren (z.B. die landwirtschaftliche Kleinproduktion oder die Industrie) negativ auswirkten.

Durch die Beendigung der zuvor binnenorientierten und staatszentrierten Wirtschaftsweise kam es in Bolivien nach 1985 zu Massenentlassungen von Beschäftigten in der Verwaltung und in öffentlichen Betrieben. Auf *makroökonomischer Ebene* konnte diese Politik zwar rasche Erfolge verzeichnen – etwa durch die Reduzierung der Inflation und die Eindämmung des Budgetdefizits –, sie war allerdings mit einem großen Ansteigen des informellen Sektors, einer Prekarisierung der Arbeit und einer massiven Schwächung der Gewerkschaft verbunden. „This means that SA not only has an economic side, but also leads to power shifts in society“, konstatiert Grütter (1993, S. 17) in diesem Sinne.

Die *negative Entwicklung einiger sozialer Indikatoren* in Bolivien seit 1985 wurde in den letzten Kapiteln deutlich herausgearbeitet. In der Tabelle in *Abbildung 6* habe ich ausgewählte in den letzten Kapiteln analysierte wirtschaftliche und soziale Indikatoren zusammengestellt. Die Tendenz dieser Indikatoren ist durch den langen beobachteten Zeitraum von zwei Jahrzehnten natürlich schwer eindeutig zu fassen. So sind bei den wirtschaftlichen Indikatoren etwa die Staatseinnahmen anfangs durch die Einführung neuer Steuern gestiegen, sanken aber in den 1990er Jahren durch den Verkauf profitabler Staatsunternehmen; das Budgetdefizit konnte in den 1980er Jahren durch Sparpolitik und Ausgaben-Reduktion eingedämmt werden, stieg jedoch durch die misslungene Privatisierungspolitik Ende der 1990er wieder massiv an. Daher wurde hier in beiden Fällen eine gleichbleibende Tendenz angegeben. Mit dem zentralen Wirtschafts-Indikator des BIP/Kopf, das im gesamten

Zeitraum der SAPs den Wert Anfang der 1980er nicht erreichte, habe ich mich intensiver beschäftigt, da es die Erfolglosigkeit der Strukturanpassungspolitik ‚dick unterstreicht‘.

Abb. 6: Ökonomische Wirkungen und soziale Auswirkungen der SAPs in Bolivien

Allgemeine Wirtschaftsdaten	Tendenzen	Soziale Ungleichheit	Tendenzen	Gesellschaftliche Solidarität	Tendenzen
Inflation	↓	Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung	↑	Kooperation kleinbäuerlicher Gemeinschaften	↓
Wirtschaftswachstum	=	Löhne	↓	Reziprozität durch relative sozioökon. Gleichheit	↓
Landwirtschaftliche Klein-Produktion	↓	Prekäre Beschäftigung	↑	Kollektive Produktionsformen	↓
BIP/Kopf	=	Informelle Beschäftigung	↑	Private Eigentumsformen	↑
Informelle Ökonomie	↑	Konsumsteuern	↑	Gewerkschaftliche Organisation	↓
Verschuldung	=	Landflucht/Binnenmigration	↑	Gemeinschaftliche Organisationsformen (z.B. Wasserversorgung)	↓
Staatseinnahmen	=	Einkommensunterschiede Berufsgruppen	↑	Einhegung der Gemeingüter/ Commons	↑
Budgetdefizit	=	Armut	=	Autonome Bestimmung über natürliche Ressourcen	↓
Importe	↑	Stadt-Land-Disparitäten	↑	Soziale Bewegungen, Soziale Proteste	↑
		Einkommensverteilung (Gini-Index)	↑		
Legende: ↑ ... steigend, zunehmend ↓ ... sinkend, fallend = ... gleichbleibend, stagnierend					

Bei den angeführten *Indikatoren zu sozialer Ungleichheit* sind die Tendenzen relativ klar. Während die Löhne sanken, stiegen Arbeitslosigkeit/Unterbeschäftigung, prekäre und informelle Beschäftigung, Konsumsteuern und die Landflucht. Aufgrund der gegensätzlichen Analysen betreffend Armut – die vor allem durch Berechnungen der meines Erachtens mit Skepsis zu belegenden Simulationsmodelle zustande kamen – wurde die Armutsrate mit stagnierend angenommen (was ‚schlimm‘ genug ist). Eindeutig zeigen die angeführten Studien steigende Einkommensunterschiede zwischen unterschiedlichen Berufsgruppen (Angestellte, Arbeiter, Selbständige, informell Beschäftigte) und zunehmende Stadt-Land-Disparitäten. Es kursieren zwar widersprüchliche Zahlen zur Entwicklung des Gini-Index, d.h. zur Einkommensverteilung, die massiv steigenden Zahlen der Weltbank-Reihe scheinen jedoch valide und im Einklang mit zahlreichen qualitativen Einschätzungen. Zusammenfassend kann also von einer deutlich zunehmenden Ungleichheit seit dem Beginn der Strukturanpassung gesprochen werden.

Die Indikatoren und Bewertungen der *gesellschaftlichen Solidarität* haben aufgrund fehlender Hard Facts und quantitativer Analysen einen gewissen interpretativen Gehalt. Im letzten Kapitel wurden immerhin einige qualitative Studien behandelt, die diese Tendenzen nahelegen. Qualitative Untersuchungen zeigen, dass sich die Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen negativ auf die solidarischen Organisations- und Entscheidungsstrukturen in ländlich und indigen geprägten Regionen ausgewirkt haben. Durch die starke Förderung privater Eigentumsrechte sind die auf reziproken und kollektiven Produktionsformen aufbauenden Dorfgemeinschaften vermehrt unter Druck geraten. Diese These wird durch den Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion im kleinstrukturierten Hochland ‚quantitativ‘ belegt. Der Druck auf gemeinschaftliche Organisationsformen im städtischen Bereich (etwa kommunale genossenschaftlich organisierte Wasserversorgung) hängt eng mit Privatisierungen zusammen. Daraus resultierte weiters der Rückgang öffentlich verfügbarer Güter und Dienstleistungen (Commons) sowie die autonome Bestimmung über natürliche Ressourcen. Vor allem darauf bezogen soziale Bewegungen – als Ausdruck gesellschaftlicher Solidarität – ihren erfolgreichen Protest, der schließlich zu einem Bruch mit dem neoliberalen System führte.

Während sich an Indikatoren sozialer Ungleichheit die Auswirkungen neoliberaler Politik relativ klar ablesen lassen, ist das Verhältnis zu gesellschaftlicher Solidarität weniger offensichtlich. Hier konnte zwar auf qualitativer Ebene festgestellt werden, dass sich neoliberale Politik gegen solidarische Organisations- und Produktionsformen richtete, jedoch ist die Beurteilung einer quantitativen Veränderung schwierig (auch deshalb, weil Solidarität generell nicht mit so eindeutigen Messgrößen ausgestattet ist). Das Aufkommen und der *Protest sozialer Bewegungen* legt den Schluss nahe, dass gesellschaftliche Solidarität durch neoliberale Eingriffe zwar unter Druck geriet, sich soziale Bewegungen, Nachbarschafts-Vereinigungen etc. aber gerade wegen dieses Drucks formierten. Plump könnte man daraus schlussfolgern, dass Neoliberalismus Solidarität fördert. Angesichts des Protests der sozialen Bewegungen, der sich eben gerade gegen die durch die Neoliberalisierung ausgelöste Politik richtete, kann diese Schlussfolgerung aber klar widerlegt werden. Beispielhaft sei hier nochmals Spatz zitiert, der den Zusammenhang der sozialen Proteste mit der Unzufriedenheit mit der neoliberalen Politik belegt:

„The (...) social unrest in Bolivia (...) was partly driven by the growing discontent among the Bolivian people with the slow progress in improving their living standard over the last 20 years“ (Spatz 2006, S. 1).

Es kann also festgehalten werden, dass sich im Fallbeispiel Bolivien neoliberale Politik negativ auf gesellschaftliche Solidarität auswirkte.

Noch stärker wird dieses Argument, wenn auch die ‚post-neoliberalen‘ Transformationsprozesse berücksichtigt werden, die sich neben der Bejahung kultureller Vielfalt (Plurinationalität) gerade durch die *Förderung gemeinschaftlicher Werte* auszeichnet (wie es

im Konzept des *Buen Vivir* formuliert wird). Durch die Wahl von Evo Morales zum ersten indigenen Präsidenten Boliviens wurde ein politischer Wandel eingeläutet, der vor allem in der Renationalisierung der Erdöl- und Erdgasvorkommen sowie in der Abhaltung einer Verfassungsgebenden Versammlung sichtbar wurde. Bolivien wurde dabei als plurinationaler Staat ‚neu gegründet‘ und wesentliche Elemente des andinen Konzepts des *Buen Vivir* darin aufgenommen. So wurden auch starke partizipative und gemeinschaftliche Elemente, soziale und kollektive Rechte sowie Selbstbestimmungsrechte für indigene Völker in der Verfassung verankert. In einer ‚*pluralen Ökonomie*‘ sollen besonders genossenschaftliche Organisationsformen gefördert werden. Damit einher geht also auch die Förderung der Solidarität und der Reziprozität in der Gesellschaft sowie die Forderung nach Umverteilung. Das Konzept des *Buen Vivir* enthält neben der Betonung gemeinschaftlicher Aspekte eine skeptische Position gegenüber materiellen Werten und die *Forderung nach Achtung der Natur*. Es wird also darin eine ‚suffiziente‘ Lebensweise entworfen, die nach einer Konsumweise verlangt, welche die Einhaltung natürlicher Grenzen berücksichtigt. In der theoretischen Konzeption des neuen Staates werden also nicht nur ausdrückliche Tendenzen in Richtung Sozialer Nachhaltigkeit deutlich, sondern auch in Richtung ganzheitlicher nachhaltiger Entwicklung.

Die *herausfordernde praktische Umsetzung* steht noch am Beginn, und eine tiefer gehende Beschäftigung muss hier ausgespart bleiben. Klar ersichtlich ist aber bereits, dass es sowohl von innen (durch separatistische Bemühungen der Eliten ressourcenreicher Regionen) als auch von außen (finanzielle Abhängigkeiten, Investitionsbedarf, Exportdruck, grundsätzlich neoliberale Weltwirtschafts-Politik) großen Druck auf dieses neue Modell gibt.

4 Conclusio

„Unser Problem ist (...) nicht eine zu geringe Produktion, sondern die ungerechte Verteilung“ (Meadows 1998, S. 25).

Dennis Meadows in einem Interview anlässlich 25 Jahre „Die Grenzen des Wachstums“

Abschließend möchte ich nun die wesentlichen Erkenntnisse resümieren, Konsequenzen daraus ziehen und weitergehende Fragestellungen andeuten. Einiges wurde bereits in den abschnittsbezogenen Fazit-Kapiteln (2.6 und 3.5) festgehalten. *Kapitel 4.1* fasst die zentralen Erkenntnisse der Gegenüberstellung auf theoretischer Ebene und der Auswirkungen neoliberaler Praxis nochmals zusammen. In *Kapitel 4.2* beschäftige ich mich mit den Konsequenzen dieser Erkenntnisse und mit weiterführenden Fragen. Im *Kapitel 4.3* ziehe ich ein abschließendes Fazit.

4.1 Erkenntnisse – Die Gegensätze auf theoretischer Ebene und in der wirtschaftspolitischen Praxis

Der verbreitete Behauptung, dass Wirtschaftswachstum und die Steigerung der Exporte und Investitionen die Entwicklung eines Landes vorantreiben, ist entgegenzuhalten, dass vielerorts zwar das Bruttoinlandsprodukt gestiegen und die Exporte in die Höhe geschossen sind – die sozialen und ökologischen Lebensbedingungen sich dadurch jedoch kaum oder gar nicht verbessert haben. (Gudynas 2012, S. 31)

Als Fragestellungen habe ich anfangs formuliert: Erstens, die *Frage nach essentiellen Elementen der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit*. Zweitens, die *Frage nach den Gegensätzen zwischen diesen Prinzipien und den wesentlichen Annahmen des Neoliberalismus*, d.h. die Gegenüberstellung der beiden normativen Konzepte. Drittens, die Frage ob sich die gegensätzlichen Ziele auch auf realpolitischer (empirischer) Ebene feststellen lassen, und zwar anhand der *Auswirkungen neoliberaler Reformen in Bolivien*.

Im *Kapitel 2.2* wurden Solidarität und ‚begrenzte Ungleichheit‘ (mit der Forderung nach Umverteilung zur Vergrößerung der Handlungsfreiheit) als zwei Kernelemente Sozialer Nachhaltigkeit herausgearbeitet. In *Kapitel 2.3* anschließend die zentralen Prämissen und Annahmen des Neoliberalismus. In *Kapitel 2.4* folgte die *Gegenüberstellung* der beiden moralischen Prinzipien, denn die Nachhaltigkeits-Idee und neoliberales Denken haben gemeinsam, dass es sich in beiden Fällen um *normative Konzepte* handelt. Der Neoliberalismus präsentiert seine Annahmen, wie Konkurrenz, Nutzenorientierung, und individuelles Freiheitsstreben, gerne als ‚*natürliche*‘ *Eigenschaften* des Menschen. Doch selbst wenn sich der Neoliberalismus als objektives und naturgegebenes Prinzip zu inszenieren sucht, haben

beide Ansätze faktisch einen tiefen moralischen Gehalt, basieren auf Werten und beinhalten Forderungen zur Ausgestaltung der Gesellschaft. Wie in *Abbildung 2* in *Kapitel 2.6* zusammenfassend dargestellt, gibt es in zahlreichen Punkten diametrale Gegensätze zwischen den Werten und damit verbundenen Forderungen der Sozialen Nachhaltigkeit und des Neoliberalismus. Diese beruhen vor allem auf den unterschiedlichen Menschenbildern (die Ablehnung des *Homo oeconomicus*), dem gegensätzlichen Gerechtigkeitsverständnis (die unterschiedliche Bewertung distributiver Gerechtigkeit) und der Bewertung gesamtgesellschaftlicher, kollektiver Ziele. Während das neoliberale Denken die Möglichkeit kollektiver Ziele kategorisch ausschließt, stellt die Nachhaltigkeit gerade ein solches kollektives Ziel dar.

Auch auf *politischer Ebene* wurde in Auseinandersetzung mit dem Fallbeispiel Bolivien deutlich, dass sich der ‚realexistierende‘ Neoliberalismus unter anderem negativ in den definierten Indikatoren Sozialer Nachhaltigkeit niederschlägt. Wie in *Abbildung 6 (Kapitel 3.5)* tabellarisch aufgeschlüsselt, kam es im Zuge neoliberaler Reformen insbesondere zu höheren Einkommensunterschieden zwischen unterschiedlichen Berufsgruppen, steigenden Stadt-Land-Disparitäten und zu einer stark zunehmenden Ungleichheit in der Einkommensverteilung (Gini-Index). Ebenso konnte ein steigender Druck auf kollektive und solidarische Organisations- und Entscheidungsstrukturen innerhalb der Gesellschaft festgestellt werden. Jedoch führte dieser Druck nicht zu einem tatsächlichen Zurückdrängen gesellschaftlicher Solidarität, sondern die zivilgesellschaftlichen Kräfte organisierten sich, um massiv gegen Neoliberalisierungsprozesse, vor allem gegen Privatisierungen, aufzutreten. Wie in *Kapitel 2.6* festgehalten, wäre es ein Trugschluss, daraus zu folgern, dass Neoliberalismus gesellschaftliche Solidarität begünstigt. Denn die auf Solidarität basierenden *sozialen Bewegungen* formierten sich gerade aufgrund der negativen Entwicklungen im Zuge neoliberaler Reformen und *gegen den Neoliberalismus*. Trotzdem muss eingeräumt werden, dass das Verhältnis des Neoliberalismus zu gesellschaftlicher Solidarität weitaus weniger klar zu fassen ist. Jedenfalls kann zusammenfassend festgehalten werden, dass sich der Neoliberalismus in Form von Strukturanpassungsprogrammen in Bolivien negativ auf Soziale Nachhaltigkeit auswirkte. Die theoretischen wie die praktischen Untersuchungen des Verhältnisses von Neoliberalismus und Sozialer Nachhaltigkeit haben somit die These der Unvereinbarkeit belegt.

Neben diesen auf die Forschungsfragen bezogenen Antworten sind meines Erachtens noch folgende Erkenntnisse relevant. Zum einen hat sich gezeigt, welche *zentrale Rolle die soziale Dimension* der Nachhaltigkeit einnimmt, die diesem Konzept erst ihren ethischen Kern gibt, wie Holstein treffend formuliert:

„Die soziale Dimension von Nachhaltigkeit erklärt somit, warum die Beschäftigung mit der ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeitsdimension moralisch geboten ist“ (Holstein 2003, S. 37f.).

Zum anderen möchte ich auf das im Kontext von Nachhaltigkeit sehr wichtige *Nord-Süd-Verhältnis* zurückkommen. Trotz der Beschäftigung mit den globalen Interessen im Hintergrund der Strukturanpassung sind die internationalen Zusammenhänge durch den länderspezifischen Fokus etwas aus dem Blickfeld geraten. Denn die Privatisierungs- und vor allem die Ressourcenpolitik in Bolivien haben ganz klar mit der imperialen Lebensweise des globalen Nordens zu tun, weshalb „das Nord-Süd-Gefälle gewaltsam aufrechterhalten [wird]“ (Lange 2012, S. 8). Den Ländern des Südens wird eine Funktion als Rohstofflager aufgezwungen. „Globalisierung mündet so in eine andere Variante von Kolonialismus. Die sozialen und ökologischen Folgen des materiellen Wohlstands trägt dabei der Süden (...)“ (ebd.). Die von Lange angesprochenen *ökologischen Folgen der Strukturanpassung* werden für Bolivien an mehreren Stellen dokumentiert (etwa der vermehrte Druck auf die indigene Bevölkerung im Tiefland durch internationale Holz-Unternehmen), mussten hier jedoch ausgespart bleiben (siehe dazu etwa Raza 1997a, S. 126ff.). Aus politökonomischer Perspektive halte ich diese Analyse auch für Nachhaltigkeit und Lebensstil-Fragen sehr relevant, weshalb sie hier exkursorisch erwähnt sei.

4.2 Konsequenzen und weiterführende Fragestellungen

Der erste Schritt in Richtung einer progressiven Reform des gesellschaftlichen Bewusstseins ist ein Verständnis dessen, dass das neoliberale Credo kein Schicksal ist, sondern von Menschen gemacht wird und auch wieder über den Haufen geworfen werden kann. (Thomasberger 2012, S. 211)

Die erste weiterführende Fragestellung, die sich angesichts der Ergebnisse aufdrängt, ist jene nach der Übertragbarkeit bzw. gar *Generalisierbarkeit der Ergebnisse*. Die theoretische Diskussion wurde sehr breit angelegt, d.h. die Feststellung der Unvereinbarkeit der Werte der neoliberalen Theorie und des Konzepts Sozialer Nachhaltigkeit kann m.E. verallgemeinert werden. Auf praktischer Ebene wurde hier nur ein kleiner – aber meiner Ansicht nach sehr relevanter – Ausschnitt der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit in einem ‚kleinen‘ historischen Fallbeispiel behandelt. Das heißt, eine Einschränkung bezieht sich auf die analysierten Faktoren, die erweitert werden müssten, um ein vollständiges Bild zu haben. Die andere Einschränkung hat mit dem gewählten Fallbeispiel selbst zu tun. Auf Länderebene und in historischer Perspektive lassen sich ähnliche Tendenzen im Zuge von Neoliberalisierungsprozessen wohl auch in anderen Ländern feststellen (etwa kann der Anstieg des Gini-Index in den 1980er und 90er Jahren auch in GB und in den USA beobachtet werden). Der Einwand, neoliberale Maßnahmen hätten sich mittlerweile gewandelt, trifft meines Erachtens nicht zu, wie sich aktuell in der Krisenpolitik an den

‚Rändern Europas‘ (Griechenland, Portugal) zeigt. Hier werden dieselben ‚Rezepturen‘ angewandt wie vor dreißig Jahren im globalen Süden: Verschlinkung des Staates (Entlassungen), Kürzung von Staatsausgaben, Privatisierungen, Senken der Löhne etc. Und das alles mit verheerenden sozialen Folgen (siehe dazu etwa Ernst Kaiser 2013). Trotzdem wäre m.E. eine Generalisierung überhöht. Gerade was *gesellschaftliche Solidarität* betrifft, bräuchte es jedenfalls *weitere empirische Untersuchungen*.

Die zweite weiterführende Fragestellung bezieht sich darauf, welche *Konsequenzen* aus diesen Erkenntnissen gezogen werden können. In dieser Arbeit wurde bewusst auf die Analyse von Widersprüchlichkeiten fokussiert. Sowohl die theoretischen als auch die praktisch-empirischen Ergebnisse legen nahe, dass es einer *Überwindung des neoliberalen Wirtschaftssystems* bedarf, wenn Nachhaltigkeit tatsächlich umgesetzt werden soll. Oder wie ließe sich Nachhaltigkeit in einer neoliberalen Marktwirtschaft umsetzen, die kollektive Ziele grundsätzlich ausschließt? Wie ließe sich Nachhaltigkeit in einem Wirtschaftssystem umsetzen, das derart auf Konsum sowie auf Privatisierung und Inwertsetzung von Gemeinschaftsgütern und Umwelt (als Ressource) setzt und eine Umverteilung von unten nach oben zur Folge hat? Es geht also im Grunde darum, ob das Verlassen des neoliberalen Wirtschaftspfads – als eine besondere Ausformung kapitalistischer Produktion – ausreicht, oder ob der *Kapitalismus als Ganzer* überwunden werden muss. In meiner Arbeit habe ich mich auf einige AutorInnen bezogen, die der neo-marxistischen und kapitalismuskritischen Ecke zugeordnet werden. Die Stärke der marxistisch inspirierten Positionen liegt in der tiefgreifenden Analyse des kapitalistischen Regimes als eine konsum- und ressourcenbasierte Wirtschaftsweise. Es ist damit zwar nicht zwangsläufig eine grundlegende Ablehnung des Kapitalismus verbunden, jedoch zumeist zumindest eine kritische Haltung. Als zentrales Problem wird dabei oftmals das bereits in *Kapitel 2.4.2* ausführlich behandelte *Wachstumsprinzip* betrachtet. Egan Krieger et al. formulieren die Grundfragen daher folgendermaßen: „(...) ist eine Ökonomie jenseits des Wachstums als kapitalistische Ökonomie denkbar und wünschenswert, oder weist Postwachstum über den Kapitalismus hinaus?“ In der Literatur wird diese Frage unterschiedlich beantwortet. Biesecker (2011, S. 79) etwa spricht sich deutlich *gegen die kapitalistische Produktionsweise* aus:

Das kapitalistische System schafft seinen angeblichen Reichtum durch die Zerstörung der Reichtumsgrundlagen. Daher ist diese Ökonomie nicht zukunftsfähig, daher muss diese Art von Wachstum überwunden werden. (Biesecker 2011, S. 75)

Ähnlich kritisch äußert sich Altvater in seinen diversen Publikationen. Auch er hält eine Überwindung des Kapitalismus für unausweichlich, wenn das Prinzip der Nachhaltigkeit gelebte Realität werden soll, und erläutert dies am Beispiel des wichtigen Suffizienz-Prinzips:

Das Prinzip der Suffizienz wird demnach innerhalb des Kapitalismus wirkungslos bleiben, weil sich die kapitalistische, selbstreferentielle Grenzenlosigkeit gegen die Grenzen der Suffizienz durchsetzen wird. (Altvater 2009, S. 212)

Für Stratmann-Mertens (2011, S. 135) hingegen sind „systemimmanente Triebkräfte des Wachstums“ im kapitalistischen System kein Anlass, den Kapitalismus insgesamt abzulehnen, sondern im Kern gehe es um die *Überwindung der Dominanz des Profitmotivs*. Wobei meines Erachtens die Zweifel durchaus berechtigt sind, dass ein Kapitalismus ohne Profit, d.h. unter anderem ohne Zinsen, denkbar wäre. Ich kann diese spannende Diskussion hier nicht weiter ausführen, aber halte sie angesichts der Erkenntnisse dieser Arbeit für umso wichtiger.

Die dritte weiterführende Frage bezieht sich auf mögliche *alternative Wirtschaftsweisen*, Lebensweisen oder Konsumstile. Auch diese Frage kann ich nur streifen. Beispielfhaft seien hier verschiedene Entwürfe einer solidarischen Ökonomie (siehe dazu etwa Habermann 2011), einer Postwachstumsgesellschaft (wie in *Kapitel 2.4.2* behandelt), eine Neubewertung der Commons durch selbstorganisierte Verwaltung von Gütern und Dienstleistungen (siehe dazu etwa Helfrich; Heinrich Böll-Stiftung 2009) oder alternative Wirtschaftsentwürfe wie jener des „Vorsorgenden Wirtschaftens“ (Biesecker 2011) erwähnt. Im Zusammenhang mit Bolivien bin ich ausführlicher auf die beiden dort implementierten Alternativen der Plurinationalität und des *Buen Vivir* eingegangen. Generell hält etwa Raza fest, dass wir von indigenen Kulturen sehr viel lernen können, wenn es um das Verhältnis zur Natur geht:

Diese Kulturen zeichnen sich im Gegensatz zur westlichen durch ein gesellschaftliches Naturverhältnis aus, das einen effizienten und möglichst schonenden Umgang mit dem natürlichen Kapital zum Prinzip hat und im Gegensatz zum Kapitalismus die Nutzung von Natur bewußt einschränkt. (Raza 1997a, S. 111)

Diese Grundhaltung findet sich ebenso im Konzept des *Buen Vivir*. Auch in Auseinandersetzung damit wird die *kapitalistische Produktionsweise in Frage gestellt*. Acosta (2011, S. 174) etwa sieht keine Möglichkeit innerhalb des Kapitalismus, den er als eine „Zivilisation der Ungleichheit“ bezeichnet, eine Gesellschaftsordnung zu entwickeln, „in der Menschenrechte und die Rechte der Natur gültig sind“. Acosta schließt die Konzepte der nachhaltigen Entwicklung und des ‚grünen Kapitalismus‘ in seine Kritik ein, da sie „den Vermögenszuwachs, das heißt den Kapitalismus, unangetastet lassen“ (Acosta 2011, S. 176), denn „für einen zivilisatorischen Wandel muss die Natur aus der Warenform befreit werden“ (ebd., S. 177). Diese Möglichkeit sieht Acosta offensichtlich nur außerhalb eines kapitalistischen Systems. Dann dazu müsse sich unsere anthropozentrische Perspektive zu einer „sozio-biozentrischen Perspektive“ (ebd., S. 178) wandeln, die den Schutz der Biodiversität garantiert und sorgsam mit Energie und Rohstoffen umgeht.

Um das System zu überwinden – egal ob den Neoliberalismus oder den Kapitalismus insgesamt –, braucht es einen *umfassenden Wertewandel*. Serge Latouche (2011, S. 67) sieht im Zusammenhang mit der Décroissance-Perspektive drei zentrale Punkte, „nämlich umwerten, umstrukturieren und umverteilen“, wobei ein starkes Umwerten – und damit ein

radikales Umdenken – als erster großer Schritt notwendig sei. Latouche betont ganz im Sinne eines gouvernementalen und hegemonialen Verständnisses die Bedeutung der Transformation des Denkens, in dem der Markt und das Rationalitätsprinzip als „ökonomische Unvernunft“ tief verwurzelt ist.

Selbst wenn es wünschenswert ist, daß neben der Umverteilung und der Reziprozität Märkte und Marktbeziehungen erhalten bleiben, ist es das Imaginäre des Marktes, das zuerst abgeschafft werden muß, wenn man mit der Logik der Maßlosigkeit brechen will. (Latouche 2004, S. 180)

4.3 Fazit: Starke Nachhaltigkeit braucht Umverteilung jenseits des Neoliberalismus!

Eine Umverteilung zugunsten der Armen und Ausgegrenzten und zulasten der übermäßigen Konzentration von Reichtum und Macht in den Händen weniger, wird die notwendige Reduzierung von Armut und Ungleichheit, die Erweiterung der Freiheit und die Einhaltung der Menschenrechte möglich machen. Es geht um die Beseitigung von Armut und Überfluss gleichermaßen. (Acosta 2011, S. 181)

Von diesen ausblickenden und weiterführenden Gedanken möchte ich nun abschließend zu den Erkenntnissen der Arbeit und deren Konsequenzen zurückkehren. Das Konzept und der Begriff der Nachhaltigkeit wurden zwar nur ausschnittsweise kritisch reflektiert, doch wurde m.E. deutlich, dass Nachhaltigkeit eine sehr *einfache, doch gleichzeitig revolutionäre Formel* für eine grundsätzliche Verbesserung der Welt liefert. In existenzialistisch anmutender – und damit auch fast beängstigender – Weise macht uns Nachhaltigkeit darauf aufmerksam, dass wir in allem, was wir tun, verantwortlich sind. *Verantwortlich* für die Umwelt, andere Menschen und jene Menschen, die in der Zukunft leben werden. Gerade in seiner Anfangszeit hatte ‚nachhaltige Entwicklung‘ daher einen stark subversiven und systemkritischen Charakter, der jedoch durch die Vereinnahmung durch Unternehmen und Politik zunehmend verwässert wurde. Zur Unglaublichkeit beigetragen hat schließlich auch die Übernahme des Begriffs durch neoliberale Wirtschaftspolitik: „The co-option of sustainable development by neo-liberal imperatives has begun to undermine the concept’s integrity“ (Paton 2011, S. 109). Somit ist heute zu beobachten, dass Nachhaltigkeit ‚real-politisch‘ einen deutlich *ökologisch-ökonomischen Schwerpunkt* hat.

Though the concept of sustainable development originally included a clear social mandate, for two decades this human dimension has been neglected amidst abbreviated references to sustainability that have focused on bio-physical environmental issues, or been subsumed within a discourse that conflated ‘development’ and ‘economic growth’. (Vallance; Perkins; Dixon 2011, S. 342)

Es geht um effizienten Ressourcenverbrauch, um nachhaltiges Wachstum oder um Wettbewerbsfähigkeit. Ökonomie dient dabei nicht etwa der Existenzsicherung oder der Schaffung von Lebensqualität, sie wird zum Selbstzweck.

Das *Konzept starker Nachhaltigkeit* hingegen, wie es hier vertreten wurde, hätte als umfassendes moralisches und ethisches Prinzip – als ‚*globales Leitbild*‘ – das Potential, die Welt zu verändern. Nachhaltigkeit in diesem Verständnis ist unbequem, es stellt unsere *Lebensweise radikal in Frage*, vor allem einen Lebensstil, der auf Wachstum beruht: „Früher oder später müssen wir einem Sättigungszustand Priorität einräumen, der durch das vorgegeben wird, was wirklich gebraucht wird“ (Acosta 2011, S. 179). Womit wir bei der *Forderung nach Suffizienz* angelangt wären. Diese ist gegenüber der Effizienz deutlich vernachlässigt, da sie Konsumverzicht impliziert. Muraca (2010, S. 421f.) betont allerdings, dass sich der Suffizienz-Begriff nicht alleine auf Reduktion und Verzicht bezieht, sondern die Überwindung ideologischer Wachstumslogiken und damit die Verschiebung auf andere Wertvorstellungen bedeutet.

Es geht dabei vor allem um die gemeinsame Gestaltung von sozialem Leben und um die Vorstellung einer Gesellschaft, die ‚nachhaltig‘ lebt aber nicht nur weil sie *weniger* verbraucht oder verschmutzt. (Muraca 2010, S. 422)

Auch Uta von Winterfeld ist sich der ‚Verzichts-Problematik‘ bewusst und dreht daher den Spieß um, indem sie ein Recht auf Suffizienz postuliert: „Niemand soll mehr haben wollen müssen“ (Winterfeld 2011, S. 58). Das heißt das Recht, sich dem Konsumzwang zu entziehen. Der Zwang zu Wachstum entsteht dadurch, weil „grundlegende Fragen sozialer Gerechtigkeit ausgeklammert werden“ (ebd., S. 59). Wachstum befreit von Verteilungsfragen, denn „[w]er immer mehr hervorbringen kann muss das vorhandene nicht teilen“ (ebd.).

Damit bin ich über die Suffizienz nun zu der für Nachhaltigkeit wichtigen Forderung nach einem gewissen *Maß an Gleichheit*, bzw. ‚*begrenzter Ungleichheit*‘ zurückgekommen. Nachhaltige Entwicklung bedarf nicht nur aufgrund seines sozialen Grundgehalts einer Begrenzung der Ungleichheit (die sich vor allem gegen (absolute) Armut richtet). Sondern auch aufgrund des kausalen Zusammenhangs mit Konsum und Ressourcenverbrauch, d.h. mit der ökologischen und ökonomischen Dimension (wie vor allem im *Kapitel 2.2.5* argumentiert). Die soziale und die ökologische Ebene sind darüber hinaus durch die gemeinsame Diagnose verbunden, dass das Wachstums- und das Wettbewerbs-Paradigma zu überwinden seien: „(...) die ständige Wettbewerbsspirale mit den daraus resultierenden Tretmühlen [ist] eine der Hauptursachen für subjektive Unzufriedenheit“ (Muraca; Egan-Krieger von 2011, S. 50). Muraca und Egan-Krieger (ebd.) sprechen weiters von einer „sozialen Konstruktion des Neides“, die sich in willkürlichen „Scheinwünschen“ manifestieren, „die im globalen Süden durch Werbung und Marketing erzeugt werden und wichtige Triebkräfte des Wachstums sind“. Der ständige Vergleich und die ständige Erzeugung von ‚Bedürfnissen‘ treiben also sowohl den *Ressourcenverbrauch* an, wie sie auch zu *sozialer Unzufriedenheit* führen. Wilkinson und Pickett halten in ihrer, im *Kapitel 2.2.3* ausführlich behandelten Studie zum Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und

gesellschaftlichen Problemen in diesem Sinne fest: „Mehr Gleichheit ist die Voraussetzung für eine Wirtschaft ohne Wachstum“ (Wilkinson; Pickett 2009, S. 253). Die globalen gesellschaftlichen und ökologischen Probleme hängen eng mit großer sozialer Ungleichheit zusammen. Daran schließt die These dieser Arbeit an: Der Schlüssel zur Nachhaltigkeit ist eine gerechtere Verteilung, doch diese scheint in einem neoliberalen Wirtschaftssystem nicht realisierbar.

Literaturverzeichnis

- Acosta, Alberto (2011): „Buen Vivir auf dem Weg in die Post-Entwicklung. Ein globales Konzept?“ In: Rätz, Werner u. a. (Hrsg.): *Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit, Soziale Rechte, Gutes Leben*. Hamburg: VSA, S. 173–183.
- Alemann, Ulrich von; Forndran, Erhard (2002): *Methodik der Politikwissenschaft. Eine Einführung in Arbeitstechnik und Arbeitspraxis*. Stuttgart: W. Kohlhammer.
- Altvater, Elmar (2009): *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Altvater, Elmar (2008): „Globalisierter Neoliberalismus.“ In: Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (Hrsg.): *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*. Wiesbaden: VS, S. 50–68.
- Altvater, Elmar (2004): „Korruption bei der Privatisierung öffentlicher Güter.“ In: Hufschmid, Jörg (Hrsg.): *Die Privatisierung der Welt. Hintergründe, Folgen, Gegenstrategien*. Hamburg: VSA, S. 59–71.
- Altvater, Elmar (2003): „Was passiert, wenn öffentliche Güter privatisiert werden?“ In: *Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt*. (Sommer 2003). Online im Internet: <http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/personal/lohmann/datenbank/altvater2003.pdf> (Zugriff am: 30.08.2013).
- Amann, Emily (2012): *Politische Ökonomie von El Buen Vivir / Das Gute Leben. Potenzial und Grenzen einer Alternative zur wirtschaftlichen „Entwicklung“ in Ecuador*. Diplomarbeit an der Universität Wien.
- Andreasch, Michael u. a. (2012): „Vermögensverteilung in Österreich.“ In: BMASK (Hrsg.): *Sozialbericht 2011-2012. Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen*. Wien, S. 247–265. Online im Internet: http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/3/7/2/CH2171/CMS1353079209699/abschnitt_13.pdf.
- Arze, Carlos u. a. (1993): *Empleo y Salarios*. El Círculo de la Proeza. La Paz: CEDLA.
- Arze, Carlos; Kruse, Tom (2004): „The consequences of neoliberal reform.“ In: *NACLA Report on the Americas*, Vol.38 (Nov/Dec 2004), S. 23–28.
- Bayertz, Kurt (1998): „Begriff und Problem der Solidarität.“ In: Ders. (Hrsg.): *Solidarität. Begriff und Problem*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bayliss, Kate; Fine, Ben (2008): „Privatization in Practice.“ In: Dieselben (Hrsg.): *Privatization an Alternative Public Sector Reform in Sub-Saharan Africa. Delivering on Electricity and Water*. Basingstoke, Hants [u.a.]: Palgrave Macmillan, S. 31–54.
- Becker, Joachim (1997): „Entwicklungsmodelle, Internationalisierung und Verteilung.“ In: Novy, Andreas; Raza, Werner G. (Hrsg.): *Nachhaltig reich - nachhaltig arm?* Frankfurt am Main: Brandes und Aspel, S. 135–173.
- Beckmann, Jan P. (2011): „Über Solidarität und Individualismus.“ In: Busche, Hubertus (Hrsg.): *Solidarität. Ein Prinzip des Rechts und der Ethik*. Würzburg: Königshausen & Neumann, S. 55–70.

- Biebricher, Thomas (2011): Neoliberalismus zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Bierhoff, Hans-Werner; Fetchenhauer, Detlef (2001): „Solidarität: Themen und Probleme.“ In: Dieselben (Hrsg.): Solidarität. Konflikt, Umwelt, Dritte Welt. Opladen: Leske & Budrich, S. 9–19.
- Biesecker, Adelheid (2011): „Vorsorgendes Wirtschaften. Ökonomie für gutes Leben statt für Wachstum.“ In: Rätz, Werner u. a. (Hrsg.): Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit, Soziale Rechte, Gutes Leben. Hamburg: VSA, S. 75–84.
- Biesecker, Adelheid; Kesting, Stefan (2003): Mikroökonomik. Eine Einführung aus sozial-ökologischer Perspektive. München; Wien: Oldenbourg.
- Bontrup, Heinz-J. (2010): „Durch Umverteilung von unten nach oben in die Krise.“ In: WISO-Diskurse, Dezember 2010. Online im Internet: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07705.pdf> (Zugriff am: 23.02.2014).
- Boris, Dieter (2005): „Neoliberalismus und Landwirtschaft in Lateinamerika.“ In: Boris, Dieter; Schmalz, Stefan; Tittor, Anne (Hrsg.): Lateinamerika. Verfall neoliberaler Hegemonie? Hamburg: VSA-Verlag, S. 69–86.
- Brand, Ulrich (2004): „Nachhaltigkeit in der neoliberal-neoimperialen Globalisierung. Nicht nur der „Rio-Prozess“ fördert die Kommerzialisierung der Natur.“ In: Huffschild, Jörg (Hrsg.): Die Privatisierung der Welt. Hintergründe, Folgen, Gegenstrategien. Hamburg: VSA, S. 119–129.
- Brandl, Sebastian; Hildebrandt, Eckart (2002): Zukunft der Arbeit und soziale Nachhaltigkeit. Zur Transformation der Arbeitsgesellschaft vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsdebatte. Opladen: Leske.
- Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (Hrsg.) (2008): Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden: VS.
- Chahoud, Tatjana (1992): „Verschärften Strukturanpassungsmaßnahmen das Massenelend und die ökologische Degradierung in der Dritten Welt?“ In: Hauff, Michael von; Heinecke, Werner (Hrsg.): Strukturanpassungspolitik der Weltbank. Will die Weltbank mehr als Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern? Ludwigsburg; Berlin: Wissenschaft und Praxis, S. 11–25.
- Chávez L., Patricia; Mokrani Ch., Dunia (2012): „Das Öffnen politischer Horizonte in Bolivien durch die sozialen Bewegungen.“ In: Brand, Ulrich; Radhuber, Isabella M.; Schilling-Vacaflor, Almut (Hrsg.): Plurinationale Demokratie in Bolivien. Gesellschaftliche und staatliche Transformation. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 42–64.
- Chossudovsky, Michel (2002): Global brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg. Frankfurt am Main: Zweitausendeins.
- Chrenko, Helma (2008): „Bolivien. Aufbruch in eine neue Zeit.“ In: Modrow, Hans; Schulz, Dietmar (Hrsg.): Lateinamerika, eine neue Ära? Berlin: Karl Dietz, S. 81–101.
- Christen, Christian (2008): „Marktgesteuerte Alterssicherung. Von der Entwicklung zur Implementierung eines neoliberalen Reformprojekts.“ In: Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (Hrsg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden: VS, S. 181–199.

- Cord, Louise; Lopez, J. Humberto; Page, John (2004): „When I use a word ... Pro-poor growth and poverty reduction.“ In: Krakowski, Michael (Hrsg.): *Attacking Poverty. What makes growth pro-poor?* Baden-Baden: Nomos, S. 15–37.
- Cornia, Giovanni Andrea (2010): „Income Distribution under Latin America’s New Left Regimes.“ In: *Journal of Human Development and Capabilities: A Multi-Disciplinary Journal for People-Centered Development*, Vol.11, No.1, S. 85-114.
- Dahl, Robert Alan (1991): *Modern political analysis*. London [u.a.]: Prentice-Hall.
- Daly, Hermann E. (1999): *Wirtschaft jenseits von Wachstum. Die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung*. Salzburg; München: Pustet.
- Deepak, Lal; Myint, Hla (1996): *The political economy of poverty, equity and growth*. Oxford: Clarendon Press.
- Demirovic, Alex (2008): „Neoliberalismus und Hegemonie.“ In: Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (Hrsg.): *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*. Wiesbaden: VS, S. 17–33.
- Diefenbacher, Hans (2001): *Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Zum Verhältnis von Ethik und Ökonomie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Dollar, David; Kraay, Aart (2004): „Growth is good for the poor.“ In: Shorrocks, Anthony; Hoeven, Ralph van der (Hrsg.): *Growth, inequality and poverty. Prospects for pro-poor economic development*. Oxford; New York: Oxford University Press, S. 29–61.
- Drekonja-Kornat, Gerhard (1997): „Vom Markt zum Staat und wieder zurück.“ In: Gabriel, Leo (Hrsg.): *Die globale Vereinnahmung und der Widerstand Lateinamerikas gegen den Neoliberalismus*. Frankfurt am Main: Brandes und Aspel, S. 11–21.
- Eckl, Melanie (2009): *Die Entwicklung der bolivianischen Erdöl- und Erdgasindustrie von der Privatisierung zur Verstaatlichung. Eine polit-ökonomische Analyse der Jahre 1994-2006*. Dissertation an der Wirtschaftsuniversität Wien.
- Egan-Krieger von, Tanja u. a. (2011): „Ausgewachsen! Nachdenken über eine solidarische Postwachstumsökonomie.“ In: Rätz, Werner u. a. (Hrsg.): *Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit, Soziale Rechte, Gutes Leben*. Hamburg: VSA, S. 7–17.
- Ekardt, Felix (2005): *Das Prinzip Nachhaltigkeit. Generationengerechtigkeit und globale Gerechtigkeit*. München: C. H. Beck.
- Engartner, Tim (2008): „Privatisierung und Liberalisierung – Strategien zur Selbstentmachtung des öffentlichen Sektors.“ In: Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (Hrsg.): *Kritik des Neoliberalismus*. Wiesbaden: VS, S. 87–133.
- Ernst Kaiser, Sandra (2013): *Der Hunger der Athenerinnen*. In: diestandard.at. Online im Internet: <http://diestandard.at/1361241413298/Der-Hunger-der-Athenerinnen>. (Zugriff am: 23.02.2014).
- Eróstequi T., Rodolfo (1993): „Bolivien: Die Gewerkschaftsbewegung im Übergang.“ In: Köhler, Holm-Detlev; Wannöfel, Manfred (Hrsg.): *Münster: Westfälisches Dampfboot*, S. 46–55.
- Escobar, Arturo (2008): „Die Hegemonie der Entwicklung.“ In: Fischer, Karin; Hödl, Gerald; Wiebke, Sievers (Hrsg.): *Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development*. Wien: Mandelbaum, S. 264–277.

- Falk, Rainer (2008): „Das Pendel schwingt zurück. Erkundungen an den Grenzen des Washington Consensus.“ In: Schmalz, Stefan; Tittor, Anne (Hrsg.): *Jenseits von Subcomandante Marcos und Hugo Chávez. Soziale Bewegungen zwischen Autonomie und Staat*. Hamburg: VSA, S. 15–30.
- Ferroni, Marco (1992): „Strukturanpassung und Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern. Planung Durchführung und vorläufige Auswertung.“ In: Hauff, Michael von; Heinecke, Werner (Hrsg.): *Strukturanpassungspolitik der Weltbank. Will die Weltbank mehr als Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern?* Ludwigsburg; Berlin: Wissenschaft und Praxis, S. 27–51.
- Fischer, Karin; Hödl, Gerald; Parnreiter, Christof (2007): „Entwicklung. Eine Karotte, viele Esel?“ In: Fischer, Karin u. a. (Hrsg.): *Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien*. Wien: Mandelbaum, S. 13–54.
- Foucault, Michel (1979): *Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II. Vorlesung am College de France 1978-1979*. Hrsg. Von Michel Sennelart. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Frank, André Gunder (2008 [1966]): „Die Entwicklung der Unterentwicklung.“ In: Fischer, Karin; Hödl, Gerald; Wiebke, Sievers (Hrsg.): *Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development*. Wien: Mandelbaum, S. 148–167.
- Friedman, Milton (1971): *Kapitalismus und Freiheit*. Stuttgart: Seewald.
- Fritsche, Ulrich (2004): *Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds in den 90er Jahren. Hintergründe, Konzeptionen und Kritik*. Berlin: Duncker & Humboldt.
- Fuhr, Harald (1991): „Strukturanpassung und Dezentralisierungspolitiken in Lateinamerika. Implementationsversuche und ihre Folgen in Bolivien, Ekuador, Peru und Venezuela.“ In: Nolte, Detlef (Hrsg.): *Lateinamerika im Umbruch? Wirtschaftliche und politische Veränderungen an der Wende von den 80er zu den 90er Jahren*. Münster; Hamburg: LIT, S. 61–74.
- Fuhrmann, Max (2005): „Bolivien. Soziale Bewegungen brechen den neoliberalen Konsens.“ In: Boris, Dieter; Schmalz, Stefan; Tittor, Anne (Hrsg.): *Lateinamerika. Verfall neoliberaler Hegemonie?* Hamburg: VSA, S. 213–241.
- Gamarra, Eduardo A. (1994): „Crafting Political Support for Stabilization. Political Pacts and the New Economic Policy in Bolivia.“ In: Smith, William C.; Acuña, Carlos H.; Gamarra, Eduardo A. (Hrsg.): *Democracy, Markets, and Structural Reform in Latin America. Argentina, Bolivia, Brazil, Chile, and Mexico*. New Brunswick; London: Transaction Publishers, S. 105–127.
- García Linera, Álvaro (2012a): „Der Staat in Transition. Neuer Machtblock und Bifurkationspunkt.“ In: Brand, Ulrich; Radhuber, Isabella M.; Schlling-Vacaflor, Almut (Hrsg.): *Plurinationale Demokratie in Bolivien. Gesellschaftliche und staatliche Transformation*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 65–91.
- García Linera, Álvaro (2012b): *Vom Rand ins Zentrum. Die Neugestaltung von Staat und Gesellschaft in Bolivien*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Garrón B., Mauricio; Machicado, Carlos Gustavo; Capra, Katherina (2003): *Privatization in Bolivia. The impact on firm performance*. New York: Inter-American Development Bank.

- Gerstenlauer, Therese u. a. (2008): „Neoliberalismus, Sozialstrukturveränderung und politische Artikulation.“ In: Schmalz, Stefan; Tittor, Anne (Hrsg.): *Jenseits von Subcomandante Marcos und Hugo Chávez. Soziale Bewegungen zwischen Autonomie und Staat*. Hamburg: VSA, S. 31–44.
- Glocker, Christian; Horvath, Thomas; Mayrhuber, Christine (2012): „Die Entwicklung und Verteilung der Einkommen.“ In: BMASK (Hrsg.): *Sozialbericht 2011-2012. Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen*. Wien, S. 217–246. Online im Internet: http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/3/7/2/CH2171/CMS1353079209699/absc hnitt_12.pdf.
- Graham, Carol (1997): „Building Support for Market Reforms in Bolivia. The Capitalization and Popular Participation Programs.“ In: Brada, Josef C.; Graham, Carol; Xue, Lan (Hrsg.): *The deepening of market based reform. Bolivia's capitalización program*. Woodrow Wilson International Center for Scholars (= Working Paper Series 231), S. 1–37.
- Groeneveld, Sigmar (1997): „Unterhalt statt Nachhaltigkeit.“ In: Novy, Andreas; Raza, Werner G. (Hrsg.): *Nachhaltig reich - nachhaltig arm?* Frankfurt am Main: Brandes und Aspel, S. 24–40.
- Grütter, Jürg (1993): *A Socio-Economic Evaluation of the Structural Adjustment Program of Bolivia*. Chur; Zürich: Rüegger AG.
- Gudynas, Eduardo (2012): „Buen Vivir. Das gute Leben jenseits von „Entwicklung“ und „Wachstum“.“ In: Lange, Miriam (Hrsg.): *Demokratie, Partizipation, Sozialismus. Lateinamerikanische Wege der Transformation*. Berlin: Karl Dietz, S. 28–45.
- Guevara, Ernesto (1968): *Che Guevara. Hasta la victoria siempre. Eine Biografie mit einer Einführung von Bolívar Echeverría*. Kurnitzky, Horst (Hrsg.): Berlin: Maikowski.
- Günter, Mario (2002): *Kriterien und Indikatoren als Instrumentarium nachhaltiger Entwicklung. Eine Untersuchung zur Operationalisierung sozialer Nachhaltigkeit am Beispiel von Interessengruppen der Forstbewirtschaftung auf Trinidad*. Dissertation an Geographischen Institut der Universität Heidelberg.
- Habermann, Friederike (2011): „Peerökonomie, Gemeingüter, Solidarisches Wirtschaften.“ In: Rätz, Werner u. a. (Hrsg.): *Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit, Soziale Rechte, Gutes Leben*. Hamburg: VSA, S. 152–160.
- Hakel, Christina (2005): *Soziale Gerechtigkeit. Eine begriffshistorische Analyse*. Wien: ÖGB.
- Hall, David (1999): „Privatisation, multinationals, and corruption.“ In: *Development in Practice*, Vol.9, No.5, S. 539–556.
- Hartmann, Michael (2013): *Soziale Ungleichheit - Kein Thema für Eliten?* Frankfurt am Main: Campus.
- Harvey, David (2004): „Die Geographie des „neuen“ Imperialismus. Akkumulation durch Enteignung.“ In: Zeller, Christian (Hrsg.): *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 183–215.
- Harvey, David (2005): *The new imperialism*. Oxford; New York: Oxford University Press.
- Hauff, Michael von; Heinecke, Werner (1992): „Die Perspektiven der Strukturanpassungspolitik der Weltbank. Bleibt SAP das entwicklungspolitische Paradigma der 90er Jahre?“ In: Dieselben (Hrsg.): *Strukturanpassungspolitik der*

- Weltbank. Will die Weltbank mehr als Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern? Ludwigsburg; Berlin: Wissenschaft und Praxis, S. 111–120.
- Haug, Frigga (2008): Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke. Hamburg: Argument.
- Haug, Sonja; Gerlitz, Jean-Yves (2007): „Messkonzepte sozialen Kapitals.“ In: Meyerhoff, Jürgen (Hrsg.): Soziale Nachhaltigkeit. Marburg: Metropolis, S. 189–218.
- Hayek, Friedrich A. von (1991): Die Verfassung der Freiheit. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Hayek, Friedrich A. von (1977): Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Hayek, Friedrich A. von (1981): Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Band 2: Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit. Landsberg am Lech: Moderne Industrie.
- Healy, Kevin (2004): „Towards an Andean Rural Development Paradigm?“ In: NACLA Report on the Americas, Vol.38, (Nov/Dec 2004), S. 28–33.
- Helfrich, Silke; Heinrich Böll-Stiftung (Hrsg.) (2009): Wem gehört die Welt. Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter. München: Oekom.
- Hengsbach S.J., Friedhelm (1997): „Marktkonkurrenz auf der Grundlage gesellschaftlicher Kooperation.“ In: Brieskorn, Norbert; Wallacher, Johannes (Hrsg.): Homo oeconomicus. Der Mensch der Zukunft? Stuttgart; [u.a.]: W. Kohlhammer, S. 47–76.
- Hofmann, Mathias (2008): Wie Zinsen eine nachhaltige Entwicklung schwierig machen. Online im Internet: mathias-hofmann.de/file_download/2/zins-nachhaltigkeit.pdf (Zugriff am: 13.02.2014).
- Holstein, Lars (2003): Nachhaltigkeit und neoklassische Ökonomik. Homo Oeconomicus und die Begründung intergenerationeller Gerechtigkeit. Marburg: Metropolis.
- Horn, Karen (2014): Neoliberalismus. Konrad Adenauer Stiftung - Soziale Marktwirtschaft. Online im Internet: <http://www.kas.de/wf/de/71.11514/> (Zugriff am: 09.02.2014).
- Huber Abendroth, Hans (2004): Der Wasserkrieg von Cochabamba. Zur Auseinandersetzung um die Privatisierung einer Wasserversorgung in Bolivien. Wien: Bundeskammer für Arbeiter u. Angestellte (Informationen zur Umweltpolitik 161).
- Huffschnid, Jörg (2004): „Erdumfassend und porentief: Die Privatisierung der Welt. Eine Einführung.“ In: Ders. (Hrsg.): Die Privatisierung der Welt. Hintergründe, Folgen, Gegenstrategien. Hamburg: VSA, S. 9–17.
- Huffschnid, Jörg (2010): „Finance as Driver of Privatisation.“ In: Frangakis, Marica; Hermann, Christoph; Huffschnid, Jörg (Hrsg.): Privatisation against the European Social Model. A critique of European policies and Proposals for Alternatives. Basingstoke, [u.a.]: Palgrave Macmillan, S. 49–60.
- Jäger, Johannes; Springler, Elisabeth (2012): Ökonomie der internationalen Entwicklung. Eine kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Wien: Mandelbaum.
- Kacowicz, Arie M. (2013): Globalization and the Distribution of Wealth. The Latin American Experience, 1982-2008. Cambridge [u.a.]: Cambridge University Press.

- Kanatschnig, Dietmar (1992): Vorsorgeorientiertes Umweltmanagement. Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft. Wien; New York: Springer.
- Kasch, Volker (1992): „Die Bewertung der Weltbank - Strukturanpassungspolitik aus der Sicht der Süd-NGOs.“ In: Hauff, Michael von; Heinecke, Werner (Hrsg.): Strukturanpassungspolitik der Weltbank. Will die Weltbank mehr als Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern? Ludwigsburg; Berlin: Wissenschaft und Praxis, S. 99–109.
- Kersting, Wolfgang (1997): „Der Markt - das Ende der Geschichte? Zur sozialphilosophischen Kritik des liberal-ökonomischen Gesellschaftsmodells.“ In: Brieskorn, Norbert; Wallacher, Johannes (Hrsg.): Homo oeconomicus. Der Mensch der Zukunft? Stuttgart; Berlin; Köln: W. Kohlhammer, S. 93–129.
- Kirchgässner, Gebhard (2006): „Das ökonomische Verhaltensmodell: Der Homo oeconomicus.“ In: Nell, Verena von; Kufeld, Klaus (Hrsg.): Homo oeconomicus. Ein neues Leitbild in der globalisierten Welt? Berlin: LIT, S. 81–106.
- Kohl, Benjamin (2002): „Stabilizing neoliberalism in Bolivia. Popular participation and privatization.“ In: Political Geography, Vol.21, S. 449–472.
- Kohl, Benjamin H.; Farthing, Linda C. (2006): Impasse in Bolivia. Neoliberal hegemony and popular resistance. London; New York: Zed Books.
- Koller, Peter (2012): „Die Idee sozialer Gerechtigkeit. Normative Voraussetzung und historische Genese.“ In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Vol.37, No.1, S. 47–64.
- Krakowski, Michael (Hrsg.): (2004): Attacking poverty. What makes growth pro-poor? Baden-Baden: Nomos.
- Krakowski, Michael; Bojanic, Antonio N. (2003): „Regulation of the Electricity Industry in Bolivia: Its Impact on Access to the Poor, Prices and Quality.“ In: SSRN Electronic Journal, (2003). Online im Internet: <http://ageconsearch.umn.edu/bitstream/26201/1/dp030250.pdf> (Zugriff am: 12.09.2013).
- Krempin, Michael (1990): Krise als Chance? Neoliberale Wirtschaftspolitik und Gewerkschaftsbewegung in Bolivien. Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde.
- Kromp-Kolb, Helga (2009): „Welches Wachstum lässt der Klimawandel zu?“ In: Hinterberger, Friedrich u. a. (Hrsg.): Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium. Wien: Mandelbaum, S. 126–133.
- Krysiak, Daniela (2007): „Nachhaltigkeit im Spannungsfeld von intra- und intergenerationeller Gerechtigkeit.“ In: Meyerhoff, Jürgen (Hrsg.): Soziale Nachhaltigkeit. Marburg: Metropolis, S. 129–155.
- Krysmanski, Hans-Jürgen (2004): „Privatisierung der Macht.“ In: Hufschmid, Jörg (Hrsg.): Die Privatisierung der Welt. Hintergründe, Folgen, Gegenstrategien. Hamburg: VSA, S. 111–118.
- Küblböck, Karin; Staritz, Cornelia (Hrsg.) (2008): Asienkrise. Lektionen gelernt? Finanzmärkte und Entwicklung. Hamburg: VSA.
- Lange, Miriam (2012): „Linke in Europa und Lateinamerika. Solidarität, Reziprozität und Internationalisierung. Einleitung.“ In: Dies. (Hrsg.): Demokratie, Partizipation,

- Sozialismus. Lateinamerikanische Wege der Transformation. Berlin: Karl Dietz, S. 7–16.
- Latouche, Serge (2011): „Décroissance als Projekt der politischen Linken.“ In: Rätz, Werner u. a. (Hrsg.): Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit, Soziale Rechte, Gutes Leben. Hamburg: VSA, S. 66–74.
- Latouche, Serge (2004): Die Unvernunft der ökonomischen Vernunft. Vom Effizienzwahn zum Vorsichtsprinzip. Zürich; Berlin: diaphanes.
- Lay, Jann; Thiele, Rainer; Wiebelt, Manfred (2006): „Policy Options for Achieving Pro-poor Growth in Bolivia.“ In: Menkhoff, Lukas (Hrsg.): Pro-poor Growth. Policy and Evidence. Berlin: Duncker & Humboldt, S. 95–115.
- Lessmann, Robert (2010): „Bolivien: Der steinige Weg zum plurinationalen Staat.“ In: Gabriel, Leo; Berger, Herbert (Hrsg.): Lateinamerikas Demokratien im Umbruch. Wien: Mandelbaum, S. 145–163.
- Lessmann, Robert (1997): „Bolivien. Vom Sindicalismo zur zivilen Gesellschaft.“ In: Gabriel, Leo (Hrsg.): Die globale Vereinnahmung und der Widerstand Lateinamerikas gegen den Neoliberalismus. Frankfurt am Main: Brandes und Aspel, S. 109–123.
- Lessmann, Robert (2004): Zum Beispiel Bolivien. Göttingen: Lamuv.
- Littig, Beate; Grießler, Erich (2004): Soziale Nachhaltigkeit. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte (Informationen zur Umweltpolitik 160).
- Lösch, Bettina (2008): „Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie.“ In: Butterwege, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (Hrsg.): Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden: VS, S. 221–283.
- Luks, Fred (2009): „Wachstum hinterfragen? Yes we can!“ In: Hinterberger, Friedrich u. a. (Hrsg.): Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium. Wien: Mandelbaum, S. 169–175.
- Mahnkopf, Birgit (2004): „Wider die Privatisierung öffentlicher Güter oder: Warum die soziale Demokratie das erste Opfer der Privatisierung wird.“ In: Huffscheid, Jörg (Hrsg.): Die Privatisierung der Welt. Hintergründe, Folgen, Gegenstrategien. Hamburg: VSA, S. 79–94.
- Manstetten, Rainer (2006): „Menschenbild und Wirtschaft.“ In: Nell, Verena von; Kufeld, Klaus (Hrsg.): Homo oeconomicus. Ein neues Leitbild in der globalisierten Welt? Berlin: LIT, S. 41–58.
- McDonald, David A.; Ruiters, Greg (2005): „Rethinking Privatization. Towards a Critical Theoretical Perspective.“ In: Public Services Yearbook 2005/06, TransNational Institute (Amsterdam), S. 8–23. Online im Internet: http://www.municipalservicesproject.org/sites/municipalservicesproject.org/files/uploads/file/Archive/McDonald-Ruiters_Rethinking_Privatization_Towards_a_Critical_Theoretical_Perspective_2006.pdf (Zugriff am: 13.09.2013).
- Meadows, Dennis L. (1998): „Der Kollaps kommt. Im Interview mit Fritz Vorholz.“ In: Die Zeit, 9. Aufl. Hamburg 19. Februar 1998, S. 25. Online im Internet: <http://www.ubs.sbg.ac.at/pdf/AC07082034.pdf>.

- Meadows, Donella H. u. a. (1972): The limits to growth. A report for the Club of Rome's project on the predicament of mankind. New York: Universe Books.
- Merk, Bernhard Jimi (2003): „Die Blei-Silber-Hütte im bolivianischen Karachipampa. Eine Entwicklungsruine nach Plan.“ In: Kaiser, Jürgen (Hrsg.): Handbuch illegitime Schulden. Düsseldorf: Erlassjahr.de, S. 36–37.
- Meyerhoff, Jürgen (Hrsg.) (2007): Soziale Nachhaltigkeit. Marburg: Metropolis (= Jahrbuch Ökologische Ökonomik Band 5).
- Michalitsch, Gabriele (2006): Die neoliberale Domestizierung des Subjekts. Von den Leidenschaften zum Kalkül. Frankfurt; New York: Campus.
- Michalitsch, Gabriele (2012): „Politische Ökonomie. Begriffe, Horizonte und Wissenspolitik.“ In: Kreisky, Eva; Löffler, Marion; Spitaler, Georg (Hrsg.): Theoriearbeit in der Politikwissenschaft. Wien: Facultas, S. 117–129.
- Milanovic, Branko (2005): Worlds Apart. Measuring international and global inequality. Princeton, Oxford: Princeton University Press.
- Mokrani, Dunia (2012): „Konfliktszenarien in der zweiten Amtszeit von Präsident Evo Morales.“ In: Lange, Miriam (Hrsg.): Demokratie, Partizipation, Sozialismus. Lateinamerikanische Wege der Transformation. Berlin: Karl Dietz, S. 63–80.
- Montada, Leo (2001): „Solidarität mit der Dritten Welt.“ In: Bierhoff, Hans-Werner; Fetchenhauer, Detlef (Hrsg.): Solidarität. Konflikt, Umwelt, Dritte Welt. Opladen: Leske & Budrich, S. 65–92.
- Morales, Juan Antonio (1995): Bolivia and the Slowdown of the Reform Process. Private Sector Development Department: The World Bank.
- Morales, Juan Antonio (1994): „Democracy, Economic Liberalism, and Structural Reform in Bolivia.“ In: Smith, William C.; Acuña, Carlos H.; Gamarra, Eduardo A. (Hrsg.): Democracy, Markets, and Structural Reform in Latin America. Argentina, Bolivia, Brazil, Chile, and Mexico. New Brunswick; London: Transaction Publishers, S. 129–148.
- Mörth, David (2003): Formen und Effekte Sozialer Nachhaltigkeit. Diplomarbeit an der Karl-Franzens-Universität Graz.
- Moser, Michaela (2009): „Es ist genug für alle da. Wachstum aus der Verteilungsperspektive.“ In: Hinterberger, Friedrich u. a. (Hrsg.): Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium. Wien: Mandelbaum, S. 193–202.
- Muraca, Barbara (2010): Denken im Grenzgebiet. Prozessphilosophische Grundlagen einer Theorie starker Nachhaltigkeit. Freiburg; München: Karl Alber.
- Muraca, Barbara; Egan-Krieger von, Tanja (2011): „Gerechtigkeit und gutes Leben jenseits von Wachstum.“ In: Rätz, Werner u. a. (Hrsg.): Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit, Soziale Rechte, Gutes Leben. Hamburg: VSA, S. 43–56.
- Mutlak, Natalie; Schwarze, Reimund (2007): „Bausteine einer Theorie sozialer Nachhaltigkeit.“ In: Meyerhoff, Jürgen (Hrsg.): Soziale Nachhaltigkeit. Marburg: Metropolis, S. 13–34.
- Myrdal, Gunnar (2008 [1957]): „Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen.“ In: Fischer, Karin; Hödl, Gerald; Wiebke, Sievers (Hrsg.): Klassiker der

- Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development. Wien: Mandelbaum, S. 73–89.
- Naase, Karin M. (1998): Knappheit und Kooperation. Wirtschaftliche Handlungsrationalität indianischer Kleinbauern in den südbolivianischen Anden. Markt Schwaben: Anton Saurwein.
- Nolte, Detlef (1991): „Lateinamerika im Umbruch. Ein wirtschaftspolitischer und politischer Neuanfang?“ In: Ders. (Hrsg.): Lateinamerika im Umbruch? Wirtschaftliche und politische Veränderungen an der Wende von den 80er zu den 90er Jahren. Münster; Hamburg: LIT, S. 7–41.
- Nordmann, Jürgen (2008): „Das Prinzip des Nichtwissens im Jahrhundert der Wissenschaft. Zum Verhältnis von Neoliberalismus und liberaler Wissenschaftstheorie.“ In: Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (Hrsg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden: VS, S. 111–131.
- Novy, Andreas (2007): Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderung in der Einen Welt. Frankfurt am Main: Brandes und Aspel.
- Novy, Andreas (1997): „Über die Nachhaltigkeit von Herrschaft. Eine selbstkritische Analyse eines Entwicklungsprojekts in Arce/Brasilien.“ In: Novy, Andreas; Raza, Werner G. (Hrsg.): Nachhaltig reich - nachhaltig arm? Frankfurt am Main: Brandes und Aspel, S. 70–88.
- Nussbaum, Martha C. (2010): Die Grenzen der Gerechtigkeit. Behinderung, Nationalität und Spezieszugehörigkeit. Berlin: Suhrkamp.
- O'Hare, Greg; Rivas, Sara (2007): „Changing poverty distribution in Bolivia. The role of rural-urban migration and urban services.“ In: Geo-Journal 68/2007, S. 307–326.
- Ostrom, Elinor (1999): Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Markt und Staat. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Ott, Konrad; Döring, Ralf (2007): „Soziale Nachhaltigkeit: Suffizienz zwischen Lebensstilen und politischer Ökonomie.“ In: Meyerhoff, Jürgen (Hrsg.): Soziale Nachhaltigkeit. Marburg: Metropolis, S. 35–71.
- Ott, Konrad; Döring, Ralf (2008): Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit. Marburg: Metropolis.
- Oxfam (2014): Working for the Few. Political capture and economic inequality. Oxfam Briefing Paper No. 178. Online im Internet: <http://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/bp-working-for-few-political-capture-economic-inequality-200114-en.pdf> (Zugriff am: 19.02.2014).
- Paech, Niko; Pfriem, Reinhard (2007): „Wie kommt das Soziale in die Nachhaltigkeit?“ In: Meyerhoff, Jürgen (Hrsg.): Soziale Nachhaltigkeit. Marburg: Metropolis, S. 99–128.
- Prada A., Aloreza (2012): „Schwellen und Horizonte der Dekolonisierung.“ In: Brand, Ulrich; Radhuber, Isabella M.; Schilling-Vacaflor, Almut (Hrsg.): Plurinationale Demokratie in Bolivien. Gesellschaftliche und staatliche Transformation. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 152–179.
- Prada A., Raúl (2012): „Kommunitärer Sozialismus und plurinationaler Staat.“ In: Lange, Miriam (Hrsg.): Demokratie, Partizipation, Sozialismus. Lateinamerikanische Wege der Transformation. Berlin: Karl Dietz, S. 46–62.

- Priddat, Birger P. (1997): „Moral Based Rational Man. Über die implizite Moral des homo oeconomicus.“ In: Brieskorn, Norbert; Wallacher, Johannes (Hrsg.): Homo oeconomicus. Der Mensch der Zukunft? Stuttgart; Berlin; Köln: W. Kohlhammer, S. 1–31.
- Priewe, Jan; Herr, Hansjörg (2005): The macroeconomics of development and poverty reduction. Strategies beyond the Washington Consensus. Baden-Baden: Nomos.
- Ptak, Ralf (2008): „Grundlagen des Neoliberalismus.“ In: Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (Hrsg.): Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden: VS, S. 11–86.
- Pufé, Iris (2012): Nachhaltigkeit. Konstanz; München: UVK.
- Raab, Gerhard (2006): „Ist der Homo oeconomicus noch zu retten? Das Bild vom Menschen in der Behavioral Finance.“ In: Nell, Verena von; Kufeld, Klaus (Hrsg.): Homo oeconomicus. Ein neues Leitbild in der globalisierten Welt? Berlin: LIT, S. 107–123.
- Rabenau, Kurt von (1992): „Förderung von Strukturanpassungsprogrammen. Wirtschaftliche Wirkungen und Perspektiven.“ In: Hauff, Michael von; Heinecke, Werner (Hrsg.): Strukturanpassungspolitik der Weltbank. Will die Weltbank mehr als Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern? Ludwigsburg; Berlin: Wissenschaft und Praxis, S. 69–80.
- Radhuber, Isabella (2009): Die Macht des Landes. Der Agrardiskurs in Bolivien. Eine Analyse der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen und der Machtbeziehungen. Wien, Berlin: LIT.
- Radhuber, Isabella M.; Schilling-Vacaflor, Almut (2012): „Plurinationale Demokratie in Bolivien. Gesellschaftliche und staatliche Transformation. Zur Einleitung.“ In: Brand, Ulrich; Radhuber, Isabella M.; Schilling-Vacaflor, Almut (Hrsg.): Plurinationale Demokratie in Bolivien. Gesellschaftliche und staatliche Transformation. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 13–40.
- Radice, Hugo (2008): „The developmental state under global neoliberalism.“ In: Third World Quarterly, (2008), Vol.29, No.6, S. 1153–1174.
- Raffer, Kunibert (1997): „Globalisierung und Regionalisierung. Ökonomische und Ökologische Gewinner und Verlierer.“ In: Novy, Andreas; Raza, Werner G. (Hrsg.): Nachhaltig reich - nachhaltig arm? Frankfurt am Main: Brandes und Aspel, S. 174–186.
- Rammel, Christian (2002): „Sir Isaac Newton, Dr. Pangloss und die unbegrenzte Welt. Neoklassische Ökonomie und Nachhaltige Entwicklung.“ In: Kurswechsel, 4/2002, S. 24–37.
- Raza, Werner (1995): „Industrialisierungsversuche in Bolivien.“ In: Feldbauer, Peter (Hrsg.): Industrialisierungsversuche. Entwicklungsprozesse in Afrika, Asien und Lateinamerika. Frankfurt am Main: Brandes und Aspel, S. 209–226.
- Raza, Werner G. (2000): Desarrollo sostenible en la periferia neoliberal. Una mirada a Bolivia desde fuera. La Paz: Plural Ed.
- Raza, Werner G. (1997a): „Entwicklungsdynamik der kapitalistischen Weltwirtschaft, Naturaneignung und ökologische Verteilung.“ In: Novy, Andreas; Raza, Werner G. (Hrsg.): Nachhaltig reich - nachhaltig arm? Frankfurt am Main: Brandes und Aspel, S. 104–134.

- Raza, Werner G. (1997b): Nachhaltige Entwicklung in der „Dritten Welt.“ Möglichkeiten und Grenzen am Beispiel Bolivien und nachhaltige Regenwaldnutzung. Wien: Österr. Ges. f. Kritische Geographie.
- Reitzig, Jörg (2008): „Eine Kategorie des Unsinn ...‘ Die soziale Gerechtigkeit im Visier der neoliberalen Theorie.“ In: Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (Hrsg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden: VS, S. 132–146.
- Rogall, Holger (2002): Neue Umweltökonomie - Ökologische Ökonomie. Ökonomische und ethische Grundlagen der Nachhaltigkeit, Instrumente zu ihrer Durchsetzung. Opladen: Leske & Budrich.
- Rolle, Robert (2005): Homo oeconomicus. Wirtschaftsanthropologie in philosophischer Perspektive. Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Rügemer, Werner (2008): „Privatisierung als Kernelement der neoliberalen Gegenreform.“ In: Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (Hrsg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden: VS, S. 259–276.
- Ruzicka, Johanna (2012): EU-Emissionshandel dürfte wirkungslos bleiben. In: derstandard.at. Online im Internet: <http://derstandard.at/1353207236487/EU-Emissionshandel-duerfte-wirkungslos-bleiben> (Zugriff am: 30.01.2014).
- Rybaczek, Robert (2007): Sozialarbeit hat nichts mit Che Guevara zu tun. Sozialarbeit als politisches Instrument der Herrschaftssicherung. Diplomarbeit an der Fachhochschule St. Pölten.
- Schiesser-Gachnang, Doris (1993): Bolivien: Hyperinflation, Stabilsierung und Strukturanpassung. Eine makroökonomische Analyse. Dissertation an der Hochschule St. Gallen.
- Schmalz, Stefan; Tittor, Anne (2005): „Hegemoniezyklen in Lateinamerika. Einführung und Kontext.“ In: Boris, Dieter; Schmalz, Stefan; Tittor, Anne (Hrsg.): Lateinamerika. Verfall neoliberaler Hegemonie? Hamburg: VSA-Verlag, S. 7–39.
- Schoop, Wolfgang (2006): „Regionale Disparitäten in Bolivien.“ In: Hispanorama, 112, (Mai 2006), S. 27–29.
- Schweickert, Rainer; Thiele, Rainer; Wiebelt, Manfred (2003): Makroökonomische Reformen und Armutsbekämpfung in Bolivien. Ebnet die HIPC-Initiative den Weg zur sozialverträglichen Anpassung? Kiel: Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 398.
- Sen, Amartya (2010): Die Idee der Gerechtigkeit. München: C. H. Beck.
- Senf, Bernd (2009): Der Nebel um das Geld: Zinsproblematik - Währungssysteme - Wirtschaftskrisen. Ein Aufklärungsbuch. Kiel: Verlag für Sozialökonomie.
- Smith, William C.; Acuña, Carlos H. (1994): „Future Politico-Economic Scenarios for Latin America.“ In: Smith, William C.; Acuña, Carlos H.; Gamarra, Eduardo A. (Hrsg.): Democracy, Markets, and Structural Reform in Latin America. Argentina, Bolivia, Brazil, Chile, and Mexico. New Brunswick; London: Transaction Publishers, S. 1–28.
- Socher, Karl (2008): Kreditkrise durch Neoliberalismus? Online im Internet: <http://www.hayek-institut.at/img/media/83/183/mediacenter183.pdf> (Zugriff am 21.02.2014).

- Sousa Santos, Boaventura de (2012): „Plurinationaler Konstitutionalismus und experimenteller Staat in Bolivien und Ecuador.“ In: Brand, Ulrich; Radhuber, Isabella M.; Schilling-Vacaflor, Almut (Hrsg.): Plurinationale Demokratie in Bolivien. Gesellschaftliche und staatliche Transformation. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 337–355.
- Spatz, Julius (2006): Poverty and inequality in the era of structural reforms. The case of Bolivia. Berlin [u.a.]: Springer.
- Spehr, Christoph; Stickler, Armin (1997): „Morphing Zone. Nachhaltigkeit und postmodernes Ordnungsdenken.“ In: Novy, Andreas; Raza, Werner G. (Hrsg.): Nachhaltig reich - nachhaltig arm? Frankfurt am Main: Brandes und Aspel, S. 12–24.
- Spronk, Susan; Crespo, Carlos; Olivera, Marcela (2012): „Struggles for Water Justice in Latin America. Public and „Social Public“ Alternatives.“ In: McDonald, David A.; Ruiters, Greg (Hrsg.): Alternatives to Privatisation. Public Options for Essential Services in the Global South. New York; Oxon: Routledge, S. 421–452.
- Spronk, Susan; Webber, Jeffery R. (2007): „Struggles against Accumulation by Dispossession in Bolivia. The Political Economy of Natural Resource Contention.“ In: Latin American Perspectives, Vol.34, No.2, S. 31–47.
- Stiglitz, Joseph (2012): Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht. München.
- Stratmann-Mertens, Eckhard (2011): „Schrumpfung statt Wachstum. Übergang zu einer Gleichgewichtsökonomie.“ In: Rätz, Werner u. a. (Hrsg.): Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit, Soziale Rechte, Gutes Leben. Hamburg: VSA, S. 130–140.
- Ströbele-Gregor, Juliana (2008): „Kanon mit Gegenstimme. Soziale Bewegungen und Politik in Bolivien.“ In: Schmalz, Stefan; Tittor, Anne (Hrsg.): Jenseits von Subcomandante Marcos und Hugo Chávez. Soziale Bewegungen zwischen Autonomie und Staat. Hamburg: VSA, S. 129–141.
- Tapia, Luis (2008): Política Salvaje. La Paz: Muela del diablo.
- Thiele, Rainer; Wiebelt, Manfred (2004): „Growth, Poverty, and Income Distribution in Bolivia. A Regional and Sectoral Perspective.“ In: Krakowski, Michael (Hrsg.): Attacking Poverty. What makes growth pro-poor? Baden-Baden: Nomos, S. 145–170.
- Thomas, Tanja (2008): „Marktlogiken in Lifestyle-TV und Lebensführung. Herausforderung einer gesellschaftskritischen Medienanalyse.“ In: Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (Hrsg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden: VS, S. 147–163.
- Thomasberger, Claus (2012): Das neoliberale Credo. Ursprünge, Entwicklung, Kritik. Marburg: Metropolis.
- Thorp, Rosemary; Caumartin, Corinne; Gray-Molina, George (2006): "Inequality, ethnicity, political mobilisation and political violence in Latin America. The cases of Bolivia, Guatemala and Peru." In: Bulletin of Latin American Research, Vol.25, No.4, S. 453–480.
- Tittor, Anne (2005): „Soziale Kämpfe gegen Privatisierung in Lateinamerika.“ In: Boris, Dieter; Schmalz, Stefan; Tittor, Anne (Hrsg.): Lateinamerika. Verfall neoliberaler Hegemonie? Hamburg: VSA, S. 40–68.

- Toussaint, Eric (2000): Profit oder Leben. Neoliberale Offensive und internationale Schuldenkrise. Köln: ISP.
- Twele, Cord (1995): Die Entwicklungspolitik der Weltbank-Gruppe vor dem Hintergrund der Schuldenkrise der „Dritten Welt“ seit Beginn der achtziger Jahre. Frankfurt am Main: Europäischer Verlag der Wissenschaften.
- Ulrich, Hans G. (1997): „Theologische Zugänge zum Menschenbild der Ökonomie.“ In: Brieskorn, Norbert; Wallacher, Johannes (Hrsg.): Homo oeconomicus. Der Mensch der Zukunft? Stuttgart; [u.a.]: W. Kohlhammer, S. 147–164.
- Vallance, Suzanne; Perkins, Harvey C.; Dixon, Jennifer E. (2011): „What is social sustainability? A clarification of concepts.“ In: Geoforum, Vol.42, S. 342–348.
- Vitali, Stefania; Glattfelder, James B.; Battiston, Stefano (2011): The network of global corporate control. Online im Internet: <http://arxiv.org/pdf/1107.5728.pdf> (Zugriff am: 13.02.2014).
- Wahl, Achim (2008): „Die Linke Lateinamerikas und die sozialen Bewegungen.“ In: Modrow, Hans; Schulz, Dietmar (Hrsg.): Lateinamerika, eine neue Ära? Berlin: Karl Dietz, S. 121–130.
- WCED - World Commission on Environment and Development (1987): Our common future. Oxford; [u.a.]: Oxford University Press.
- Weltbank (o.J.): The World Bank | Data | Indicators. Online im Internet: <http://data.worldbank.org/indicator> (Zugriff am: 25.02.2014).
- Wilkinson, Richard; Pickett, Kate (2009): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Berlin: Tolkemitt.
- Wilkinson, Richard; Pickett, Kate (2010): The authors respond to questions about The Spirit Level's analysis. The equality trust. Online im Internet: <http://www.equalitytrust.org.uk/resources/authors-respond-questions-about-spirit-levels-analysis> (Zugriff am: 02.01.2014).
- Willke, Gerhard (2003): Neoliberalismus. Frankfurt; New York: Campus.
- Winterfeld, Uta von (2011): „Vom Recht auf Suffizienz.“ In: Rätz, Werner u. a. (Hrsg.): Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit, Soziale Rechte, Gutes Leben. Hamburg: VSA, S. 57–65.
- Wissen, Markus (2012): „Menschheitsprobleme oder Verteilungsfrage? Ein macht- und herrschaftskritischer Zugang zur ökologischen Krise.“ In: Kreisky, Eva; Löffler, Marion; Spitaler, Georg (Hrsg.): Theoriearbeit in der Politikwissenschaft. Wien: Facultas, S. 231–243.
- Zeller, Christian (2004): „Von der Verteidigung öffentlicher Dienste zur gesellschaftlichen Aneignung.“ In: Huffschild, Jörg (Hrsg.): Die Privatisierung der Welt. Hintergründe, Folgen, Gegenstrategien. Hamburg: VSA, S. 34–42.
- Ziegler, Jean (2012): Wir lassen sie verhungern. Die Massenvernichtung in der Dritten Welt. München: Bertelsmann.

Anhang

Zusammenfassung

Vorliegende Diplomarbeit beschäftigt sich mit dem Verhältnis des Neoliberalismus zum Konzept Sozialer Nachhaltigkeit. Sie geht der Frage nach, inwiefern die Annahmen und Prämissen des neoliberalen Denkens bzw. Konsequenzen neoliberaler Wirtschaftspraxis den Prinzipien Sozialer Nachhaltigkeit widersprechen. Methodische Grundlage bilden das Gesellschaftsverständnis und die Analysekategorien der Neuen Politischen Ökonomie. Inhaltlich schließt die Arbeit an Argumentationen der Ökologischen Ökonomie an, welche die Umsetzbarkeit starker Nachhaltigkeit – die die Grenzen des ökologischen Systems berücksichtigt – in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem bezweifelt. Diese These wird hier für die soziale Dimension der Nachhaltigkeit entwickelt und sowohl auf theoretischer Ebene als auch für das Fallbeispiel Bolivien überprüft.

Dazu werden in einem ersten Schritt (relative) Gleichheit und Solidarität als zwei Kernelemente Sozialer Nachhaltigkeit ermittelt, die sich aus dem distributiven Gerechtigkeitsverständnis der Nachhaltigkeits-Idee ableiten lassen. Anschließend werden einige zentrale Annahmen des neoliberalen Denkens – insbesondere der einflussreichen Gesellschaftstheorie von Friedrich A. von Hayek – ergründet, die auf neoklassischen Theorien und dem methodologischen Individualismus des *Homo oeconomicus* basieren. Die Gegenüberstellung der zentralen Annahmen und Werthaltungen der beiden Konzepte bringt deutliche Gegensätze zutage, unter anderem was das Gerechtigkeits- und Freiheitsverständnis, den Zugang zu Demokratie und die Haltung gegenüber sozialer Ungleichheit betrifft.

Der zweite Teil der Arbeit beschäftigt sich mit den Widersprüchen auf praktischer Ebene anhand des Fallbeispiels Bolivien. Dazu werden neoliberale Strukturanpassungsprogramme, durch die in Bolivien ab 1985 marktwirtschaftliche Strukturen eingeführt bzw. liberalisiert wurden, hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf (Un)Gleichheit und gesellschaftliche Solidarität untersucht. Im Mittelpunkt der Analyse steht dabei das Instrument der Privatisierung. Die Daten weisen eindeutig auf eine Zunahme sozialer Ungleichheit hin. Die negativen Auswirkungen auf gesellschaftliche Solidarität werden zwar in einigen Studien behandelt, diese sind allerdings schwer quantifizierbar. Soziale Ungleichheit und Neoliberalisierungsprozesse sind jedoch deutliche Motive für umfangreiche Proteste von solidarischen sozialen Bewegungen, die ab dem Jahr 2000 zu einem Bruch mit dem neoliberalen System führten und einen demokratischen Transformationsprozess einläuteten. In der neuen Verfassung wurden mit den Grundsätzen der Plurinationalität und des *Buen Vivir* zwei Prinzipien verankert, die als nachhaltige Gegenkonzepte zum Neoliberalismus interpretiert werden können.

Die Gegensätze, die sowohl auf theoretischer wie auf praktischer Ebene feststellbar sind, legen nahe, dass es eine Änderung des Wirtschaftssystems braucht, wenn Soziale und damit auch ganzheitliche Nachhaltigkeit tatsächlich realisiert werden soll.

Abstract

The present diploma thesis deals with the relationship between neo-liberalism and the concept of social sustainability. It deals with the question to which extent assumptions and premises of neo-liberal thinking and consequences of neo-liberal economic practice, respectively contradict the principles of social sustainability. The understanding of society and categories of analysis of the New Political Economy constitute the methodical basis. As regards contents, this paper follows the reasoning of ecological economy, which doubts the feasibility of strong sustainability, which takes into consideration the limits of the ecological system, in a capitalist economic system. In this context, this thesis has been developed for the social dimension of sustainability, and is examined on a theoretical level as well as in the case example of Bolivia.

For this purpose, in a first step (relatively) equality and solidarity as two core elements of social sustainability are identified, which can be deduced from the distributive concept of justice concerning the idea of sustainability. Subsequently, some central assumptions of neo-liberal thinking, especially the influential social theory of Friedrich A. von Hayek, are researched, which are based on neoclassical theories and the methodological individualism of the *homo oeconomicus*. The comparison of the central assumptions and value preservations of these two concepts reveals clear contradictions, amongst others concerning the understanding of justice and liberty, access to democracy, and the attitude towards social inequality.

The second part of this paper deals with contradictions with respect to practice, using the case example of Bolivia. For this purpose, neo-liberal structural adjustment programs, which have introduced and liberalized, respectively free-market structures in Bolivia starting from 1985, are examined with regard to their effects on (in)equality and social solidarity. The focus of the study is drawn on the instrument of privatization. The data clearly indicate an increase of social inequality. Although the negative consequences for social solidarity are shown in some studies, they can hardly be quantified. Social inequality and processes of neo-liberalism are, however, clear motives for large protests of solidly united social movements, which have led to disruption of the neo-liberal system starting from the year 2000, and have opened a democratic process of transformation. In the new constitution, the principles of plurinationalism and *Buen Vivir* have been integrated as two principles, which can be interpreted as sustainable counter-concepts to neo-liberalism.

The opposites, which can be established on a theoretical as well as on a practical level, suggest strongly that a change of the economic system is required, if social and thus integral sustainability shall actually be implemented.

Lebenslauf

Persönliche Daten

Name: Mag. (FH) Robert Rybaczek-Schwarz
Wohnhaft in: 3073 Stössing
E-Mail: robert.r.sch@gmail.com
Staatsangehörigkeit: Österreich
Geboren: 1983 in St. Pölten
Familienstand: Verheiratet (zwei Töchter)

Ausbildung

1989–1997 Volksschule Eschenau, Hauptschule Traisen (NÖ)
1997–2001 BORG St. Pölten
2003–2007 Studium Sozialarbeit, FH St. Pölten
2008–2014 Studium Internationale Entwicklung, Uni Wien
Schwerpunkte: Nachhaltige Entwicklung, Soziale Ungleichheit, Politische Ökonomie, Bolivien

Auslandsaufenthalte

12/2002-04/2003 Peru (Ayacucho, Lima) – Voluntaryat
03/2005-07/2005 Bolivien (El Alto, La Paz) – Streetwork-Praktikum *Maya Paya Kimsa*
02/2006-06/2006 Spanien (Jerez de la Frontera) – Auslandssemester

Berufliche Laufbahn

03/2008–01/2011 Psychosoziales Tageszentrum Regenbogen – Sozialarbeiter (Teilzeit)
seit 09/2008 Komunitas OG – Projektassistenz und wissenschaftliche Mitarbeit „Soziale Produktion“ www.sozialproduziert.at (Teilzeit)
seit 09/2008 Die Armutskonferenz – Öffentlichkeitsarbeit / Web (Teilzeit)

Wissenschaftliche Tätigkeiten und Publikationen

Mitarbeit beim Aufbau und Betreuung der sozialwissenschaftlichen Datenbank der Armutskonferenz: www.allesueberarmut.at

Rybaczek, Robert (2007): Sozialarbeit hat nichts mit „Che Guevara“ zu tun. Sozialarbeit als politisches Instrument der Herrschaftssicherung. Diplomarbeit an der FH St. Pölten.

Rybaczek, Robert (2008): Initiativen gegen Stigmatisierung. In: Die Armutskonferenz (Hg.): Schande Armut. Dokumentation der siebenten österr. Armutskonferenz. Wien, S. 90-91.

Mitherausgeber / Redaktion: Die Armutskonferenz (Hg.) (2013): Was allen gehört. Commons – Neue Perspektiven in der Armutsbekämpfung. Wien: ÖGB.